

C 21734 D

Die Frauen in Angola S.8



Arbeiterkampf

Jg.5 Nr.67 2.10.'75 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

Franco-Mörder!

Fünf Antifaschisten hingerichtet

Am 27. September wurden fünf spanische Antifaschisten durch Erschiessen hingerichtet: Juan Paredes („Txiki“) und Angel Otaegui von der baskischen Autonomisten-Organisation ETA sowie José Sanchez Bravo, Ramon Garcia Sanz und José Baena Alonso von der FRAP.

Die bereits verkündeten Todesurteile gegen sechs weitere Antifaschisten – gleichfalls Genossen von der ETA und FRAP, darunter zwei schwangere Frauen – wurden in 30-jährige Gefängnisstrafen umgewandelt.

Allen elf Genossen war vorgeworfen worden, an der Erschießung von Mitgliedern der faschistischen Polizei beteiligt gewesen zu sein. B e w e i s e gab es in den „Prozessen“, die jeweils kaum eine halbe Stunde dauerten, a b s o l u t keine! Einziger „Beweis“ waren die unter Folterungen abgelegten „Geständnisse“ sowie die Mitgliedschaft in ETA bzw. FRAP, zu der sich alle Genossen stolz bekannten.

Diese Mitgliedschaft in den antifaschistischen Organisationen ist es denn auch, die mit den Todesurteilen bestraft und von der abgeschreckt werden soll. Die Todesurteile und Hinrichtungen sind ein besonders bestialischer Ausdruck der verzweifelten Bemühungen des Franco-Regimes, die Macht zu behalten und jeden Widerstand zu unterdrücken.

Allein in den letzten Wochen wurden 300 Menschen verhaftet, die großenteils ebenfalls der ETA, der FRAP und anderen antifaschistischen Organisationen angehören sollen. Lediglich wegen Mitgliedschaft in der FRAP wurden vor einigen Tagen fünf Genossen verurteilt: viermal 15 Jahre, einmal 18 Jahre Gefängnis.

Daß sich in Spanien der Faschismus lange genug halten könnte, um die Genossen so lange eingekerkert zu halten, glaubt allerdings niemand! Der Sturz des Franco-Regimes wird bald ihre Kerker-Türen öffnen!

Sobald bekannt war, daß die Todesurteile gegen die fünf Genossen von ETA und FRAP vollstreckt werden sollten, gab es zahlreiche Demonstrationen im Baskenland. An der größten, in San Sebastian, beteiligten sich mehrere Tausend Menschen. Am 29. und 30. September drückte das Baskenland seine Trauer und seinen Haß mit einem Generalstreik aus, zu dem die ETA und andere Organisationen aufgerufen hatten. Verschiedene Demonstrationen im Baskenland und anderen Teilen Spaniens wurden von der Franco-Polizei auseinandergeknüppelt.

In ganz Europa gab es eine Welle des Protests. In Lissabon wurden das spanische Konsulat und die Botschaft abgebrannt, zwei Tage später auch die spanische Botschaft in Porto. In Rom und Paris gingen zahlreiche spanische Niederlassungen in Flammen auf. Mehrere Tausend Menschen demonstrierten in Saloniki (Griechenland), 10.000 in Schweden, 15.000 in Amsterdam. In der BRD war der Protest gegen die Hinrichtungen Bestandteil der an diesem Tag in verschiedenen Städten stattfindenden Portugal-Demonstrationen.

Es ist klar: Das Franco-Regime kann sich durch Hinrichtungen, Einkerkerung von Antifaschisten usw. noch verhaßter machen, aber seinen Sturz kann es nicht aufhalten. Jeder ermordete, jeder eingekerkerte Genosse wird den Willen und die Entschlossenheit des spanischen Volkes stärken, mit seinen Peinigern abzurechnen. Die Stunden Francos und seines Regimes sind gezählt!

NIEDER
MIT DER FRANCO-DIKTATUR





Portugal

Am Rande des Bürgerkriegs

Regierung läßt Rundfunksender besetzen

In Portugal hat am Morgen des 29. September Ministerpräsident Azevedo alle Rundfunkstationen vom Militär besetzen lassen. Diese Maßnahme ist ein weiterer Teil des von Reaktion und Sozialdemokratie vorangetriebenen „schleichenden Putsches“, d.h., der schrittweisen Zurückdrängung und Ausschaltung aller revolutionären Kräfte. Dieser „schleichende Putsch“ (das „langsame“ Tempo wird den bürgerlichen Kräften durch die Stärke der Linken aufgezwungen) soll der offenen Machtergreifung der Reaktion, der brutalen faschistischen Unterdrückung wie in Chile, den Weg bereiten.

Die Rundfunkstationen sollen zunächst ausgeschaltet und dann mit reaktionären Kräften neu besetzt werden. Als Begründung wurde von Azevedo offen das Verhalten der Rundfunkstationen während der letzten Tage genannt: Insbesondere der von Arbeitern selbstverwaltete – früher kirchliche – Sender „Radio Renascenca“, aber z.B. auch „Radio Clube Portugues“ hatten in den letzten Tagen intensiv die Demonstrationen der Linken (für die Freilassung verhafteter Soldaten, gegen die Todesurteile im faschistischen Spanien) durch Aufrufe und kontinuierliche Meldungen unterstützt. Der staatliche Rundfunksender „Emissora Nacional“, war vor einigen Tagen von Kriegsversehrten des Angola-Krieges besetzt worden, die Informationen über ihren Kampf über den Sender verbreiteten. Diese Genossen, die den Kolonialismus in seiner ganzen Scheußlichkeit auch am eigenen Leib erfahren haben, stehen heute an vorderster Front im Kampf gegen Reaktion und Sozialdemokratie und deren Putschvorbereitungen.

Die Besetzung der Rundfunk-Stationen auf Anweisung Azevedos verlief jedoch nicht so reibungslos wie erhofft. Im Laufe des Tages kam es in den meisten Sendern zur Verbrüderung zwischen den „Besetzern“ und den Beschäftigten der Stationen. Verschiedene Sender strahlten Aufrufe aus, in denen die Bevölkerung über die Vorgänge informiert wurde und die Werktätigen zu Kampfaktionen aufgerufen wurden.

Die Armee-Führung reagierte mit der Entsendung neuer Truppen, die bisher als „zuverlässiger“ gelten.

Die PS von Soares unterstützt ausdrücklich die Besetzung der Rundfunksender, während die gleichfalls an der Regierung beteiligte PCP erklärte, sie sei über die Maßnahmen „nicht informiert“ worden. Die PS hat, zusammen mit der PPD, dazu aufgerufen, am 30. September für Azevedo und für die Besetzung der Rundfunkstationen zu demonstrieren.

Die PS übernimmt heute in Portugal dieselbe Rolle wie seinerzeit in Chile die Christdemokratie: Mit antikommunistischer Demagogie und verlogenen Parolen der „Verteidigung der Demokratie“ sammelt sie die Kräfte der Konterrevolution und bereitet den Boden für einen faschistischen Putsch vor. Nach dem Putsch würde Soares dann, wie die Christdemokratie in Chile, lamentieren, daß er es ja so blutig und brutal eigentlich nicht gewollt habe.

„Praktische Hilfe“ soll Soares dabei von den Jusos erhalten, die bis zum Mannheimer SPD-Parteitag Mitte November 100.000 Mark zur Unterstützung der PS sammeln wollen.

Fortsetzung Seite 2



Am Rande des Bürgerkriegs Regierung läßt Rundfunksender besetzen

Fortsetzung von Seite 1

Die Finanzierung der PS teilen sich die Jusos übrigens laut „New York Times" mit dem CIA! (siehe „FAZ", 26.9.75). Die Imperialisten werden sich über diesen kleinen Beitrag von „links" zur portugiesischen Konterrevolution gewiß freuen.

Kampf gegen die Besetzungen

Um 8 Uhr morgens begann die Besetzung der Rundfunkstationen. Bereits eine dreiviertel Stunde später wurden die ersten Flugblätter der Revolutionären Einheitsfront (FUR), in der sich sechs linke Organisationen zusammengeschlossen haben, verteilt. Die FUR rief zu einer allgemeinen Mobilisierung und zum Generalstreik auf.

In den meisten Betrieben fanden spontane Versammlungen statt. Hierbei zeigte sich, daß die von der FUR angesprochende Gewerkschaftszentrale Intersindical (von den Revisionisten kontrolliert) entschieden gegen einen Streik war. Auch die PCP betrieb eine aktive Gegenmobilisierung. Kampfmaßnahmen zur Verteidigung von „Radio Renascenca" und der Zeitung „Republica" wurden von der PCP abgelehnt.

Da offenbar nur in wenigen - wenn auch z.T. wichtigen – Betrieben nach diesen Stellungnahmen von Intersindical und PCP noch breite Bereitschaft zum Streik da war, entschied sich die FUR, den Streik abzusagen.

Ab 13 Uhr versammelten sich Tausende auf dem „Rossio" (zentraler Platz von Lissabon). Als bekannt wurde, daß sich COPCON-Chef Carvalho zu Verhandlungen mit den Arbeiterkommissionen der Sender im Gebäude der „Emissora Nacional" befand, zog die Menge dorthin. Im Zug massenhaft Arbei-
dorthin. Im Zug massenhaft Arbeiter von Lisnave, Setenave und Siderurgia Nacional in Arbeitskleidung. Sie forderten, mit Carvalho zu sprechen. Als dieser sich nicht blicken ließ, drohte die Menge, das Gebäude zu stürmen. Erst jetzt erschien Carvalho, um eine demagogische Rede zu halten; insbesondere hob er lang und breit seine „Verdienste um die Revolution" hervor. Die Menge pfiff ihn aus und rief „Redner der Bourgeoisie, verschwinde!"

Inzwischen waren Soldaten erschienen, irgendwo fiel ein Schuß und die Menge rief: „Soldados, sempre ao lado do povo" (Soldaten, immer an der Seite des Volkes). In kurzer Zeit verbrüderten sich die Soldaten mit den Demonstranten und entluden ihre Waffen.

50.000 Menschen zogen dann zu „Radio Renascenca", das bis weit in die Nacht hinein von den Demonstranten „belagert" wurde.

Die Arbeiterkommissionen der Rundfunk-Stationen haben jetzt enge Verbindungen untereinander hergestellt. Den Arbeitern von „Radio Renascenca" ist angeboten worden, daß ihnen die anderen Sender zur Verfügung stehen werden, falls die Regierung „Radio Renascnca" dichtmachen bzw. an die katholische Kirche zurückgeben will.

In den Betrieben soll die Mobilisierung jetzt verstärkt werden, um die Besetzungen der Sender zu Fall zu bringen.





Die Regierung Azevedo – „Übergangsregierung" nach rechts

Anfang September konnten Reaktion und Sozialdemokratie mit dem Sturz der Regierung Goncalves (V. Regierung) eines ihrer Zwischenziele erreichen. Goncalves war zuvor mehrere Monate lang systematisch als d e r Ausdruck „kommunistischer Machenschaften" angegriffen worden, speziell von der sozialdemokratischen PS des SPD-Freundes Soares.

Es dauerte etwa zwei Wochen, bis nach dem Sturz von Goncalves die neue Regierung unter Ministerpräsident Azevedo (zuvor Stabschef der Kriegsmarine) feststand (VI. Regierung).

In der VI. Regierung ist die PS mit vier Minstern vertreten, die noch weiter rechtsstehende PPD mit zwei Ministern und die „Kommunistische" Partei (PCP) mit einem Minister („Soziales"). Außenminister wurde Melo Antunes, sogenannter „gemäßigter" Offizier, Inspirator des „Dokuments der Neun" (Plattform der reaktionären Kräfte innerhalb der Armee).

Die PCP ist in der neuen Regierung schwächer vertreten, als in der letzten Koalitionsregierung, der IV. Regierung (die im Juli durch den Rücktritt zuerst der PS- und dann der PPD-Minister geplatzt war). Die MDP/CDE, die allgemein als der PCP nahestehend bezeichnet wird, und die an der IV. Regierung beteiligt war, ist in der VI. Regierung nicht mehr vertreten. Sie hat eine Beteiligung an der Regierung bzw. eine Unterstützung ausdrücklich abgelehnt!

Das Programm der VI. Regierung enthält u.a. folgende Punkte:

- Garantie für das Funktionieren der Verfassungsgebenden Versammlung (im April gewählt, von PS und PPD beherrscht);
- gegen „illegal" gebildete örtliche Verwaltungen, d.h. gegen Verwaltungen, die in der Hand der Revisionisten sind oder die von Basis-Organen kontrolliert werden;
- „Pluralismus" in den staatlichen Informationsmitteln;
- strenge Gesetzgebung gegen „Gruppen bewaffneter Zivilisten";
- Abschluß der Verstaatlichung der Grundindustrie. Weiterführung der Agrarreform;
- Stärkung der Handelsbeziehungen zur EFTA und EG;
- Beschränkung des „überflüssigen" Konsums, „Sparpolitik" auf dem Energie-Sektor.

Die PS hatte außerdem ihre Beteiligung an der Regierung von folgenden Forderungen abhängig gemacht:

- Rückgabe der von den Arbeitern selbstverwalteten Zeitung „Republica" und „Radio Renascenca" an die alten Besitzer, d.h. im ersten Fall die PS, im zweiten Fall die katholische Kirche.
- Aufteilung der vom Staat kontrollierten Zeitungen an die Parteien, entsprechend den Wahlergebnissen zur „Verfassunggebenden Versammlung" (viele portugiesische Zeitungen werden vom Staat kontrolliert, nachdem die früheren Besitzer, verschiedene Großbanken, verstaatlicht wurden).

Es ist nicht bekannt, daß die PS auf diese Bedingungen für ihren Regierungseintritt verzichtet hätte; es wird daher angenommen, daß sie „heimlich" auch Teil des Regierungsprogramms sind.

Als offen reaktionäre Kraft „profilierte" sich die PPD. Sie forderte, mit den Verstaatlichungen und mit der Agrarreform Schluß zu machen. Der Revolutionsrat und das MFA müßten aufgelöste werden. Mit der Diffamierung des Entkolonialisierungs-Prozesses in Angola als „Tragödie" und „blutiges Chaos" versuchte sich die PPD insbesondere an die unter den Rückkehrern aus Angola verbreiteten reaktionären Stimmungen anzuhängen.

PPD-Führer sprachen von der „Notwendigkeit, 50.000 Mann unserer Partei-Miliz zu bewaffnen" – gegen die Revolution. Besondere Aufmerksamkeit fand in diesem Zusammenhang ein Besuch von Carneiro, einem der PPD-Führer, im faschistischen Spanien.

Die PCP-Führer mußten entsprechende demagogische Purzelbäume schlagen, um ihre Koalition mit der PS und PPD vor der Arbeiterklasse zu rechtfertigen. Beispielsweise erschien der „Diario de Noticias" (gilt als der PCP nahestehend) am 12. September mit der großen Schlagzeile **„Alvaro Cunhal: Es wird keine Koalition zwischen PC und PPD geben".**

Ganz auf dieser Linie lagen auch die Reden von PCP-Generalsekretär Cunhal, der überall lautstark versicherte, es werde keine Koalition mit der PPD geben. Leiser fügte er dann hinzu, es könnten natürlich irgendwelche Parteimitglieder in die Regierung eintreten, ohne dort als offizielle Repräsentanten der Partei zu gelten. Das ganze ist also reine Wortklauberei: Man bildet eine Koalitionsregierung, erklärt aber, diese Koalitionsregierung sei gar keine, sondern einfach ein Gremium von Individuen, die nebenbei auch noch der einen oder anderen Partei angehören. Wahrlich ein Glanzstück revisionistischer „Prinzipienfestigkeit"!

Das reaktionäre Presse-Gesetz – vorerst gescheitert

Am 8. September beschloß der Revoltutionsrat ein Gesetz, das die Pressefreiheit und die Meinungs- und Organisationsfreiheit der Soldaten und fortschrittlichen Unteroffiziere einschränken sollte.

„Art. 1,1: Es ist den Kommunikations-Mitteln verboten, Berichte und Meldungen über Vorgänge in militärischen Einheiten oder Anlagen zu verbreiten, ebenso wie Berichte über individuelle oder kollektive Stellungnahmen von Militärs.

1,2: Gleichfalls verboten ist die Verbreitung irgendwelcher Kommuniques, Resolutionen oder Dokumente dieser Art . . . Falls sie nicht von einer der folgenden Stellen kommen: a) Präsident der Republik; b) Revolutionsrat; c) Generalstabschef der Streitkräfte; d) Stabschef der Flotte; e) Stabschef des Heeres; f) Stabschef der Luftwaffe; g) Kommandant des COPCON.

Art. 2,1: Verstöße gegen diese Anordnung werden mit Suspendierung von einem bis zu zehn Tagen bestraft, oder – wenn es sich nicht um Tageszeitungen handelt – von einem bis zu vierzig Tagen . . .".

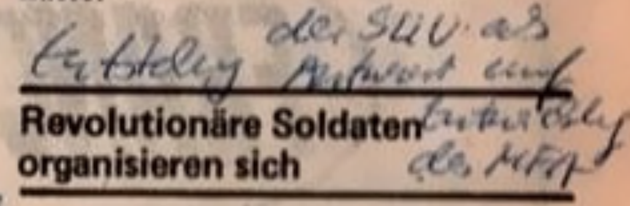
vierzig Tagen . . .".

Das Presse-Gesetz sollte in erster Linie dazu dienen, die fortschrittlichen Soldaten und Unteroffiziere mundtot zu machen. Diese hätten zwar vorerst noch Beschlüsse fassen können, aber ohne Möglichkeit, diese außerhalb der Kasernen bekannt zu machen. Das Recht auf politische Äußerungen wäre einer Handvoll führender Militärs vorbehalten geblieben. Die Reaktion hätte weit ungestörter ihre konterrevolutionären „Säuberungen" in der Armee durchführen können.

Das Presse-Gesetz stieß aber sofort auf breiten Widerstand. Selbst die reaktionäre Presse sowie die PS und PPD waren zu „distanzierten" Stellungnahmen gezwungen.

Die fortschrittliche Presse erklärte einheitlich, sich an das Presse-Gesetz nicht zu halten. Demonstrativ erschienen am folgenden Tag viele Zeitungen mit einer Stellungnahme von Einheiten der „Militärpolizei" auf der ersten Seite. Die fortschrittliche Presse hat nie aufgehört, Berichte über Soldatenversammlungen, Resolutionen o.ä. zu veröffentlichen.

Am 18. September hob der Revolutionsrat das Presse-Gesetz wieder auf, nachdem es sich als – zumindest vorerst – undurchführbar erwiesen hatte.



Revolutionäre Soldaten organisieren sich

Am 10. September trat in Porto erstmals der revolutionäre Soldatenverband SUV (Soldaten vereint werden siegen) mit einer Demonstration auf. Einige Zehntausend Menschen beteiligten sich an dieser Demonstration, zu der u.a. von den in der Einheitsfront „FUR" zusammengeschlossenen Organisationen (MES, PRP/BR, MRD-CDE, LCI, FSP) sowie von den „ML"-Organisationen ORPC/ml-UDP und „1. Mai" aufgerufen worden war.

Der SUV entstand zunächst in Nordportugal, im Kampf der Soldaten gegen die reaktionäre „Säuberungs"welle in den Kasernen. Die Bildung des SUV ist die Reaktion auf die Tatsache, daß das MFA als ehemalige antifaschistisch-demokratische Bewegung weitgehend in der Hand bürgerlicher Kräfte ist und für die Verteidigung und Weiterentwicklung der Revolution kein taugliches Instrument ist. Die SUV ist gezwungen, einen großen Teil ihrer Arbeit „illegal" zu führen, was z.B. bedeutet, daß ihre Sprecher auf Presse-Konferenzen mit Tüchern maskiert auftreten.

einerseits einen festen konterrevolutionären militärischen Kern und dient zum anderen der schrittweisen Ausschaltung des COPCON, das – trotz des Rechtsschwenks seines Kommandeurs Carvalho – insgesamt immer noch zu den fortschrittlichsten Truppenteilen zählt.

„Reforcar e armar o poder popular"

„Die Volksmacht stärken und bewaffnen", das ist jetzt die Parole schicken zu lassen. Neue Beispiele sind die Teilnahme Tausender von Soldaten (es wird von 10 - 15.000 gesprochen) an der gewaltsamen Befreiung zweier Kameraden aus dem Militärgefängnis und die Ereignisse während der Besetzung der Rundfunkstationen am 29. September.

Es ist offenbar, daß sich Reaktion und Sozialdemokratie auf zahlreiche, z.T. wichtige Einheiten nicht mehr verlassen können. Diese Einheiten können nicht gegen die Revolution und die Arbeiterklasse eingesetzt werden. Sie stehen im Gegenteil an ihrer Seite.



Um die SUV zu unterdrücken, haben Reaktion und Sozialdemokratie sogar zu dem Mittel gegriffen, sie als „konterrevolutionär" zu verleumden. Dies konnte jedoch, ebensowenig wie Drohungen mit Disziplinar-Maßnahmen, die Ausdehnung der demokratischen Soldatenbewegung auf das ganze Land verhindern.

Am 25. September demonstrierten auf einen Aufruf der SUV hin in Lissabon erneut über 100.000 Menschen, mit Tausenden von Soldaten an der Spitze. Sie forderten die Freilassung zweier Soldaten, die im Militär-Gefängnis eingesperrt waren, weil man bei ihnen angeblich „Dokumente" des SUV gefunden hatte.

Die Demonstranten zogen zu einem nahegelegenen Autobus-Depot und kurz darauf bewegten sich Dutzende von Bussen mit Demonstranten und Soldaten zum Militärgefängnis von Trafaria.



Der Kommandant forderte Verstärkung an – Fallschirmjäger und Panzer wurden in Marsch gesetzt. Die Demonstranten errichteten Barrikaden. Schließlich wurde die Freilassung der beiden Soldaten-Genossen bekanntgegeben.

Bereits kurz zuvor hatte der Stabschef des Heeres, der Reaktionär Fabiao, seine höchsten militärischen Führer zusammengerufen, um mit ihnen über die „Wiederherstellung der Disziplin in den Kasernen" zu beraten. Einen Tag vor der Demonstration hatte der „Revolutionsrat" beschlossen, parallel zum COPCON eine neue „Einsatzgruppe" aus „zuverlässigen" (konterrevolutionären) Einheiten von Heer, Luftwaffe und Marine zu bilden. Diese Maßnahme schafft einerseits ... der Revolutionäre.

Man kann wohl davon ausgehen, daß sich heute mehr oder weniger die gesamte Linke, bis in die Reihen der PCP, auf den bewaffneten Zusammenstoß mit der Konterrevolution vorbereitet, auch wenn dieses Thema naturgemäß in der Öffentlichkeit nur „zurückhaltend" diskutiert wird.

Ein spektakulärer Ausdruck derartiger Vorbereitungen ist das Verschwinden eines Postens von rund 1.000 Maschinenpistolen auf einem Transport, von denen bekannt wurde, daß sie in den Händen von „Volksmilizen" seien. Weniger spektakulär, aber ebenso wirksam, ist das permanente „Verschwinden" einzelner Waffen aus den Kasernen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Zersetzung der Armee. In den letzten Monaten sind die Widersprüche in der Armee immer schärfer hervorgetreten. Die scheinbare Einheit, die unter der Decke des MFA bestehen sollte, ist offensichtlich zerbrochen. Während reaktionäre Offiziere ihre Gesinnung immer weniger verheimlichen, vollzieht sich auf der anderen Seite eine rasche Radikalisierung in den Einheiten.

Massenhafte Befehlsverweigerungen, in einer „normalen" Armee und zu „normalen" Zeiten praktisch unmöglich, sind heute in Portugal an der Tagesordnung. Bereits bei der Besetzung der 5. Division (Propaganda-Abteilung des MFA, siehe AK 66) durch COPCON-Truppen entzogen sich viele Soldaten durch Verlassen der Kasernen dem Befehl. Es folgte die Weigerung zweier Einheiten der „Militärpolizei", sich nach Angola schicken zu lassen. ...

Selbst diejenigen Einheiten, die bisher nicht auf Seiten der Revolution stehen, scheinen aber großenteils nicht bereit zu sein, sich gegen andere Einheiten einsetzen zu lassen. Die Parole „Kein Soldat wird die Waffe auf einen Kameraden richten", scheint auch außerhalb der eigentlichen fortschrittlichen Einheiten verankert zu sein.

Schließlich haben Reaktion und Sozialdemokratie auch mit der Zurücknahme des Presse-Gesetzes vom 8. September (das vor allem die Rechte der Soldaten weitestgehend aufheben sollte) gezeigt, wie sie das aktuelle Kräfteverhältnis einschätzen.

Gegenwärtig stehen in Portugal die Kräfte der Revolution und der Konterrevolution in einem „Wettlauf" um die Zeit. Beide Seiten sammeln ihre Kräfte für den bewaffneten Zusammenstoß, versuchen, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern, neue Verbündete und bessere Ausgangsstellungen zu gewinnen usw.

Es müssen von der internationalen Linken heute die allergrößten Anstrengungen unternommen werden, um Klarheit über die Ereignisse in Portugal zu schaffen und eine Solidaritätsbewegung aufzubauen. Dies ist zumal in der BRD besonders wichtig, weil die SPD heute – anders als im Fall Chile – nicht einmal in Worten die antifaschistischen Kräften unterstützt, sondern im Gegenteil offen die portugiesische Konterrevolution unterstützt und sich mit antikommunistischer Demagogie an den ideologischen Putschvorbereitungen beteiligt. ●



Hamburg Portugal-Veranstaltung der Frauengruppe







Am 25. September fand in Hamburg eine von der Frauengruppe des KB organisierte Veranstaltung mit 600 - 700 Teilnehmern statt.

Thema: „Der Kampf der portugiesischen Frauen beginnt ihre gesellschaftliche Lage zu verändern". Als Gäste wurden eine Arbeiterin der seit Monaten von Frauen besetzten Fabrik SOGANTAL und eine Kollegin vom Krankenhaus Santa Cruz herzlich begrüßt. Die beiden Genossinnen berichteten zuerst von ihrem Kampf und antworteten dann auf Fragen – z.B. nach der gewerkschaftlichen Organisierung der portugiesischen Arbeiterinnen, nach dem Kampf gegen den Einfluß der Kirche, nach der Kindererziehung und nach Problemen der politischen Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in den revolutionären Organisationen.

In kurzen Referaten stellten Genossinnen der Frauengruppe die Verbindung zur doppelten Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen auch in der BRD, zur Rolle der Frauen in der russischen Revolution (als Vorbild der Teilnahme der Frauen am revolutionären Kampf, mit dem sie zugleich ihre eigene Befreiung erreichten) und zur Teilnahme der Frauen Angolas am Befreiungskampf her.

Während der Veranstaltung konnten rund 6.800 DM für die MPLA gesammelt werden. Dieses Geld soll der MPLA mit der Bitte übergeben werden, es an ihre Frauenorganisation, die O.M.A., weiterzuleiten.

Leider erwies sich die Mobilisierung zu der Veranstaltung als insgesamt zu schwach, was auch in der relativ geringen Teilnehmerzahl zum Ausdruck kam. Hierzu trug die starke Belastung aller Genossen während der Solidaritätswoche wesentlich bei; sicher zeigt sich hierin aber auch eine immer noch vorhandene Unterschätzung der Bedeutung der „Frauen-Frage" und der Möglichkeit, gerade an diesem ihren „ureigensten" Problem auch Kolleginnen und Bekannte zu so einer Veranstaltung zu mobilisieren. ●

Portugal-Woche
Um einige Erfahrungen reicher

Vom 21. bis 27. September fand in Westeuropa eine internationale Solidaritätswoche unter der Parole „Portugal darf nicht das Chile Europas werden" statt. Die Initative dazu war von zahlreichen portugiesischen Arbeiter- und Stadtteil-Kommissionen, portugiesischen revolutionären Organisationen sowie ausländischen Organisationen auf einer Massenkundgebung in Lissabon am 13. August ausgegangen. Aus der BRD hatten zunächst der KB, die SAG und der RK („Spontis") daran teilgenommen. Später kam, nach zum Teil mühsamen und langwierigen Verhandlungen, eine Aktionseinheit zustande, an der außer den genannten auch folgende Organisationen und Gruppen beteiligt waren: Bund Demokratischer Jugend (BDJ), CISNU (Verband iranischer Studenten), GIM (Trotzkisten), Lotta Continua, MIR (Chile), Sozialistisches Büro (SB) und Spartacus-Bund (Trotzkisten). Nicht beteiligt waren insbesondere der KBW und die DKP.



Die DKP bestätigte damit ihre bekannte Position: Keinerlei Zusammenarbeit mit Organisationen links von der DKP. Ohnehin sind die „Aktivitäten" der DKB zu Portugal denkbar gering. Die Tätigkeit der DKP beschränkt sich schon weitgehend auf Pressefeste und interne Feierstunden („Es lebe die Freundschaft mit der Sowjetunion" etc.)

In Hamburg brachte es die DKP sogar fertig, eine Aufforderung ihrer spanischen „Bruderpartei" PCE abzulehnen, gegen die Todesurteile in Spanien zu demonstrieren, weil auch der KB beteiligt sei. Und mit „Maoisten" macht die DKP eben nicht ... Die spanischen „Genossen" wurden auf das große UZ-Pressefest vertröstet („Da werden wir dann sicher eine Resolution machen") und anschließend unsanft vor die Tür gesetzt.

Die DKP, die sich einstmals mit dem Slogan „Eine Partei in Aktion" anzupreisen versuchte, ist heute of-

Die DKP, die sich einstmals mit dem Slogan „Eine Partei in Aktion" anzupreisen versuchte, ist heute offensichtlich eine Partei „im Ruhestand". Da die DKP jedoch kaum noch aktive fortschrittliche Kräfte bindet, hält sich der Schaden in Grenzen.

Auch der KBW mochte sich an der Portugal-Solidarität nicht beteiligen. Einen Grund gab der KBW dafür offiziell gar nicht erst an.

Erst die Vollstreckung von fünf Todesurteilen in Spanien veranlaßte den KBW, sich in letzter Minute doch noch an den Demonstrationen zum Abschluß der Portugal-Woche, am 27. September, zu beteiligen. Jedoch ausschließlich unter Parolen zu Spanien! In Hamburg verteilte der KBW sogar einen Aufruf, man müßte jetzt den Protest gegen die Todesurteile in Spanien ins Zentrum der Portugal-Demonstration stellen.

Der KBW hält es heute offenbar für falsch, dafür zu demonstrieren, daß „Portugal nicht das Chile Europas wird". Selbst eine Beteiligung an den Portugal-Demonstrationen – unter Parolen ausschließlich zu Spanien – verfolgte lediglich den Zweck, den Inhalt der Portugal-Solidarität zu torpedieren, zu der er vorher schon keinen Handschlag getan hatte. Dies alles geschah nicht in den Formen einer ehrlichen Auseinandersetzung.

In Heidelberg, der Hochburg des KBW, wo immerhin 600 Menschen die Portugal-Veranstaltung besucht hatten, warf der KBW in einem Flugblatt einen Tag später der Portugalgruppe, die die Veranstaltung wesentlich mitgetragen hatte, vor, *„der Unterstützung der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und des Volkes von Portugal auf's schändlichste geschadet zu haben"*. Die Veranstaltung habe zwar *„gerechte Ziele"* (?) vertreten, aber nicht die *„Forderung zur Unterstützung der revolutionären Bewegung in Portugal"*. Das hier und von einigen anderen KBW-Ortsgruppen vorgebrachte „Argument", man könne sich wegen einiger angeblich falscher (bzw. fehlender) Parolen nicht an den Portugal-Aktionen beteiligen (vergl. dazu Artikel in diesem AK) hat der KBW schließlich durch seine Beteiligung an den Demonstrationen (mit Spanien-Parolen!) selbst zerfetzt. Was dem KBW mißfiel, waren nicht einzelne Parolen, sondern überhaupt die Solidarität mit der portugiesischen Revolution im Kampf gegen die faschistische Gefahr.

Dem KBW muß man ohnehin bescheinigen, daß er bei seinen Verlautbarungen zu Portugal eine ganz besondere Blindheit an den Tag legt und sich mit seinen „Einschätzungen" noch um einiges rechts von der portugiesischen „ML"-Organisation UDP bewegt. Politische Dreistigkeit und schlichte Uninformiertheit gehen dabei offensichtlich Hand in Hand (siehe dazu Artikel in diesem AK).

Provokationen der Vaterlandsverteidiger

Die Vaterlandsverteidiger, namentlich die „KPD", unterstützen in Portugal offen die konterrevolutionären Kräfte (PS, sogenannte „gemäßigte Offiziere", Terrorwelle gegen Parteibüros der PCP), weil dies angeblich die einzige Alternative zu einer unmittelbar drohenden „sozialfaschistischen Machtergreifung" sei. So versuchten sie, was in dieser Offenheit und Gemeinheit z.B. die SPD nicht wagen würde, vom ersten Moment an, die Solidaritäts-Woche mit allen Mitteln zu torpedieren.

Schon bei den Bündnisverhandlungen war ein Vertreter der „Liga gegen den Imperialismus" aufgekreuzt und hatte dort die bekannten provokatorischen und konterrevolutionären Sprüche abgelassen, war dann aber abgezogen. Die Vorstände von „KPD" und „Liga" in NRW erklärten in einem gemeinsamen Flugblatt unter dem Motto: **„Lissabon darf kein zweites Prag werden!"**, daß *„noch immer die Gefahr einer sozialfaschistischen Diktatur"* bestehe. Die Sozialimperialisten unternähmen *„eine breit angelegte Offensive auch im internationalen Maßstab. Und ein Teil dieser Offensive ist die Kampagne, die zur Zeit von trotzkistischen und anderen Organisationen in der BRD durchgeführt wird"*.

Dementsprechend sah auch das Eingreifen der „KPD" aus. Gleich zu Beginn der Woche traten in Braunschweig die Vaterlandsverteidiger mit einem offensichtlich vorher regional zusammengetrommelten Haufen an, um die Veranstaltung zu sprengen. Es kam zu einer Schlägerei, was insgesamt der Veranstaltung sehr geschadet hat. In der Woche traten dann auf fast allen Veranstaltungen zwar nicht mehr so massiv, aber doch vereinzelte Vaterlandsverteidigergruppen auf, die offen mit ihren „Beiträgen" die Veranstaltungen zu sabotieren versuchten. Vielfach konnten durch einen entschlossenen Ordnerdienst diese Provokationen von vorneherein verhindert werden. In einer Reihe von Städten (Frankfurt und Bochum z.B.) waren von den Vaterländischen systematisch die Plakate runtergerissen worden.

Die Portugal-Solidaritätswoche hat gezeigt, daß die Vaterlandsverteidiger ihre Rolle als agents provokateurs der Bourgeoisie zunehmend offener und offensiver spielen. Auf derartige Provokationen wird man sich in Zukunft von vorneherein einrichten müssen, da die Auftritte dieser schrägen Vögel natürlich auf moblisierte Kollegen und Sympathisanten insgesamt abschreckkend wirken.

Die nationale „Aktionseinheit"

Schon im ARBEITERKAMPF-Extra zur Portugal-Solidarität haben wir über die Auseinandersetzungen berichtet, die bei der Bildung der nationalen Aktionseinheit aufgetreten waren. Zum einen forderten die Trotzkisten (GIM, Spartacus und SAG) erst einmal die Bildung von „Komitees" und zum anderen drangen eine Reihe von Organisationen auf eine „nationale Demonstration". Diese Konzeption wurde besonders hartnäckig vom Vertreter von Lotta Continua vertreten, der unserer Organisation mit bedauerlicher Demagogie „Sektierertum", „Zersplitterung" u.ä. mehr vorwarf.





Musikgruppe der MPLA

Mehrfach war der Anlauf genommen worden, weitere regionale Demonstrationen zu „verbieten".

Wir arbeiteten für die Bildung einer nationalen Aktionseinheit, da versucht werden sollte, eine Solidaritätswoche in der gesamten BRD auf die Beine zu stellen, was mit unseren eigenen sehr beschränkten Kräften nicht möglich gewesen wäre. Abgesehen von solidarischer Zusammenarbeit mit einer Reihe von örtlichen Gruppen des „Sozialistischen Büros" (SB), mit der CISNU (Verband iranischer Studenten), mit einer Reihe jeweils nur an einzelnen Orten arbeitenden Gruppen und insgesamt dem BDJ kam es in der Portugal-Woche dann zu derartigen Auseinandersetzungen, daß weniger von einer Aktionseinheit, sondern mehr von offener Konfrontation gesprochen werden muß, so daß dabei in der Regel mehr Arbeit als tatsächliche Unterstützung der Portugal-Solidarität herausgesprungen ist. Mit dazu beigetragen hat die Tatsache, daß es nur zwei nationale Sitzungen der Aktionseinheit gegeben hat (am 24. und 30.8.), wobei die politische Plattform (Lissaboner Aufruf) und die Absprachen über die Durchführung der Kampagne nur gegen erheblichen Widerstand durchgesetzt werden konnten. Die weitere Koordinierung war einem Ausschuß überlassen worden, in dem je ein Vertreter des KB, von Lotta Continua und des RK saßen, später kam von sich aus ein GIM-Vertreter hinzu. Dort wurden dann alle wesentlichen Absprachen selbstherrlich von einem Teil umgestoßen bzw. um„interpretiert".

GIM:
Ein ziemlicher Schrotthaufen

Besonders hervorgetan hat sich dabei die trotzkistische GIM, die vielfach an den Orten nur wenig zur Mobilisierung beigetragen hat. Allein vier ausgefallene Veranstaltungen gehen auf das Konto der GIM (Stuttgart, Westberlin, Marburg und Freiburg). In Freiburg sprang zusammen mit dem KB der Buchladen Jos Fritz ein und in Stuttgart, allerdings mit wenig Kräften, der BDJ.

In Braunschweig verlas die GIM eine Erklärung, daß die MPLA-Genossen nur zur Braunschweiger KB-Veranstaltung gekommen seien, weil der KB behauptet habe, es handle sich um eine gemeinsame Veranstaltung von GIM und KB; in Wirklichkeit kamen die MPLA-Genossen, weil die Stuttgarter Veranstaltung ausgefallen war, wobei die GIM selbst bestätigen mußte, daß der KB sich dort um eine gemeinsame Veranstaltung bemüht hatte. Am nächsten Tag verteilte die GIM ein Flugblatt mit dem Hauptstoß gegen den KB, wo nochmal der erfundene „Schwindel des KB" öffentlich gebrandmarkt wurde. Zu der von den Vaterlandsverteidigern angezettelten Schlägerei wurde erklärt, daß „die Grenzen zwischen Provokateuren und Provozierten verflossen" seien. Die besondere Lumperei ist, daß die Trotzkisten ansonsten keine Gelegenheit auslassen, um unter Begriffen wie „Maoisten" oder „Stalinisten" den KB mit den Vaterlandsverteidigern in einen Topf zu werfen; dann aber gegenüber den Provokationen dieser Vögel die Haltung des Beobachters einnehmen (beide sind schuld, aber vor allem der KB).





Veranstaltungen in der Portugal-Solidaritäts-Woche:

Datum	Ort	Teilnehmer	Sammlung	gesammelt für:
16.9.	Emmendingen	20		
19.9.	Elmshorn	40	514,-	MPLA
22.9.	Wyhl	50		
22.9.	Braunschweig	70	160,-	MPLA
23.9.	Stuttgart	20	46,-	MPLA
23.9.	Tübingen	250		
23.9.	Aachen	130	270,-	MPLA
23.9.	Münster	350		
23.9.	Salzgitter	50	300,-	MPLA
23.9.	Kiel	90	600,-	MPLA
24.9.	Karlsruhe	60	80,-	MPLA
			(310,-)	MPLA in der Region insgesamt
24.9.	Darmstadt	40		nur intern („Spontis")
24.9.	Mannheim	40		für Unkosten
24.9.	Duisburg	40	200,-	MPLA
24.9.	Hildesheim	50	200,-	MPLA
24.9.	Bremen	350	3.000,-	MIR (Chile-Portugal-Veranstaltung)
	"		200,-	MPLA
25.9.	Hamburg	800	6.800,-	MPLA* (im Spendenergebnis von Sonnabend enth.) Frauenveranstaltung
25.9.	Freiburg	70	160,-	MPLA
25.9.	Heidelberg	600		Republica
25.9.	München	550		für Unkosten
25.9.	Darmstad	35		
25.9.	Bochum	200	800,-	je ein Drittel: MPLA, Spanien, Projekte in Portugal
25.9.	Köln	200	850,-	je ein Drittel: MPLA, Spanien, Projekte in Portugal
			300,-	MPLA (Extra-Sammlung)
25.9.	Kassel	150	150,-	MPLA
26.9.	Mainz			
26.9.	Pforzheim	35		
26.9.	Nürnberg	300	780,-	MPLA (Sammlung + Kartenverkauf)
26.9.	Frankfurt	550	1.870,-	MPLA *
26.9.	Bielefeld	250	125,-	MPLA
26.9.	Göttingen	320	1.200,-	MPLA
			830,-	Republica *
26.9.	Lübeck	60		MPLA
26.9.	Westberlin	1500	3.000,-	MPLA *
27.9.	Landshut			
27.9.	Essen (Demo)	500		
	(Veranst.)	400	2.200 – 2.500,-	je ein Drittel: MPLA, Spanien, Projekte in Portugal
			230,-	MPLA (zusätzliche Sammlung)
27.9.	Frankfurt (Demo)	2.500		
27.9.	Hamburg (Demo)	2.800		
	(Veranst.)	2.600	über 60.000,-	MPLA *
27.9.	Hannover (Demo)	650		
	(Veranst.)	200	900,-	Unkosten
	(Veranst.)	500	3.000,-	MPLA
27.9.	Westberlin	1200		

insgesamt wurden rund 75.000 DM für die MPLA gesammelt

* Anmerkung: nicht mit aufgeführt wurde eine Reihe kleinerer Veranstaltungen, z.B. im Bezirk, Jugendzentren u.ä.

In Hannover wollten GIM und SAG keinen Genossen vom MES sprechen lassen. Sonst müßten – so forderten sie – auch andere portugiesische Organisationen zu Wort kommen. Da diese nicht da waren, wollten GIM und SAG freundlicherweise ihren Part übernehmen – GIM für die LCI, SAG für PRP/BR. Von einem Redebeitrag des KB war nicht die Rede.

So gab es schließlich zwei verschiedene Veranstaltungen; dabei kreuzten die Trotzkisten noch bei der KB-Veranstaltung auf und wollten ohne Eintritt bzw. ohne entsprechende Spende für die MPLA reingelassen werden, während sie auf ihrer eigenen Veranstaltung bloß für ihre Unkosten gesammelt hatten.

Dies sind einige der krassesten Beispiele, wo insbesondere die GIM, häufig im Verein mit anderen Trotzkisten, umgekehrt proportional zu



Fast 100.000 DM zur Unterstützung des MIR wurden auf Solidaritätsveranstaltungen des KB – anläßlich des zweiten Jahrestages des faschistischen Putsches – gesammelt. (Auswertung der Kampagne in AK 68)

Fortsetzung von Seite 5

Portugal-Woche

ihrem politischen Einfluß laut Krakeel veranstaltete, um sich selbst in kleinbürgerlicher Eitelkeit in den Vordergrund zu spielen, selbst, wenn die Portugal-Solidarität insgesamt darunter erheblichen Schaden nahm.

willkürlich umgeworfen wurden, wurde politisch insbesondere die Rolle revolutionärer Organisationen im antifaschistischen Kampf aus der Portugal-Solidarität gestrichen zugunsten der eingeengten Solidarität mit einzelnen „Basisorganisationen".



Spanische Genossen hielten am 27.9. die Petri-Kirche besetzt

Spanische Genossen hielten am 27.9. die Petri-Kirche besetzt

vom 27.9.; LC hatte diese Grußadresse nicht weitergeleitet.
MPLA ausdrücklich vereinbart worden waren, verhielt sich LC in dieser Frage äußerst opportunistisch und paktierte gern mit Trotzkisten und Spontis, um plötzlich für ganz andere Zwecke (irgendwelche Projekte in Portugal bzw. auch bloß die Deckung der Unkosten!) sammeln zu lassen. In Köln von einem MPLA-Genossen auf diesen Bruch der Vereinbarungen hingewiesen, entschuldigte sich LC ausdrücklich! Dies hinderte sie nicht, kurz darauf in Essen direkt gegen uns zu hetzen, daß wir die portugiesischen Genossen in der Frage der Sammlung „auf unseren Kurs trimmen" wollten. (Wir hatten den Genossen davon berichtet, daß uns in Essen von der spanischen Organisation Lucha Obrera P r ü g e l angedroht worden waren, falls wir für die MPLA sammeln würden!).

Insgesamt muß man sagen, daß es ein W i t z ist, wenn LC, die über keine konkreten Vorstellungen zur Arbeit in der BRD verfügt (abgesehen von den italienischen Arbeitern), die keine Praxis-Ansätze hierfür hat und die diesbezüglich auch keine Auseinandersetzungen führt, sich in dieser Weise – oft als „entscheidende" Stimme – in die konkreten Aufgaben hier einzumischen versucht.

Man stelle sich, vergleichsweise, einmal vor, wir würden in Rom auftauchen und den italienischen Genossen dort vorschreiben, wofür sie zu sammeln haben.

Man kann nur hoffen, daß diejenigen westdeutschen Vertreter von LC, die sich hier als die großen Heilsbringer aufspielen möchten und die sich im Trotzki-Sponti-Sumpf offenbar am wohlsten fühlen, dafür nicht die Zustimmung ihrer Organisation haben, von deren Politik wir bisher eigentlich eine bessere Meinung hatten.

Zur Arbeit des KB in der Portugalwoche

Neben den Auseinandersetzungen in der nationalen Aktionseinheit soll hier auch die Arbeit unserer Organisation angesprochen werden. Wir haben uns insgesamt bemüht, über den unmittelbaren Rahmen der Organisation hinaus zur Kampagne beizutragen; selbst AK-Lesergruppen und einzelne Sympathisanten ermuntert, Portugal-Veranstaltungen am Ort durchzuführen; wir haben uns bemüht, dies mit unseren Mitteln zu unterstützen. Das trifft insbesondere für NRW und Veranstaltungen im Süden der BRD zu, wo unsere Organisation kaum vertreten ist. Desgleichen waren die Portugal-Veranstaltungen für eine Reihe von Sympathisantengruppen die erste „Feuerprobe". Dabei gab es z.T. beträchtliche Probleme in den Auseinandersetzungen zu bestehen; zum anderen wurden vielfach doch beträchtliche Teilnehmerzahlen erreicht, allerdings von großen Durchbrüchen kann sicher nicht gesprochen werden. Dort, wo unsere Organisation schon länger arbeitet oder stärker verankert ist, insbeson-
Organisation schon länger arbeitet oder stärker verankert ist, insbeson-
dere in Hamburg, sind die erwarteten Teilnehmerzahlen nicht erreicht worden. In der Regel ist sogar ein Rückgang der Mobilisierung zu verzeichnen. Das hat verschiedene Ursachen:

Zum einen sind durch in kurzer Abfolge von unserer Organisation durchgeführte Kampagnen – allein in Hamburg gab es im letzten Monat drei zentrale Veranstaltungen und ebensoviele Demonstrationen – die Genossen z.T. überfordert gewesen.

Zum anderen sind durch die Portugal-Woche – eine Kampagne, die in dieser Breite bisher nicht von unserer Organisation durchgeführt worden ist – Mängel der Organisierung, insbesondere was die Zentralisierung der Kampagne angeht, deutlich geworden.

Zum dritten sind die notwendigen Anstrengungen für eine breite Solidaritätskampagne vielfach von den Genossen unterschätzt worden, insbesondere angesichts der bürgerlichen Hetze und der offenen Sabotage von Organisationen wie dem KBW.

Wir meinen, daß es deshalb notwendig ist, in unserer Organisation die in der Portugal-Solidaritätswoche erreichte Mobilisierung breiter und im einzelnen zu diskutieren und zu analysieren.

Die Spontis und die Schwierigkeit, Vereinbarungen einhalten zu können

Bei den Verhandlungen der Aktionseinheit hatte der „Revolutionäre Kampf" (RK) mehrfach seine Vertreter gewechselt. Dementsprechend wurde auch mit Vereinbarungen umgesprungen. So erzählte etwa ein RK-Mitglied, daß man in Lissabon mit Lotta Continua (entgegen den Abmachungen) „beschlossen" habe, keine Vertreter von Organisationen einzuladen.

Bei den Spendensammlungen wurde vielfach auf Projekte zur Unterstützung einzelner Kommissionen in Portugal umgestiegen, obwohl zentral vereinbart worden war, für MPLA zu sammeln. Auf den Veranstaltungen am Freitag und Sonnabend stiegen die Spontis auf Aktionen gegen die Todesurteile in Spanien um. In Westberlin wurde sogar eigens dafür die Portugalveranstaltung für aufgelöst erklärt, so daß die Veranstaltung im Tumult endete, als eine portugiesische Genossin aus einem Krankenhaus sprach. Bei diesen Manövern erfreuten sich die Spontis in der Regel der Unterstützung der Trotzkisten und leider auch von Lotta Continua. So gab es in Westberlin und Frankfurt am 27.9. praktisch reine Spanien-Demonstrationen.

Neben der Tatsache, daß ohne jegliche Disziplin Vereinbarungen

Allerdings muß dazu gesagt werden, daß es durchaus auch sehr positive Erfahrungen mit spontaneistischen Gruppen gegeben hat; als Beispiel seien hier etwa die Gruppen um die politischen Buchläden in Freiburg bzw. Bochum genannt.

Lotta Continua: Der „ehrliche Makler" ?

Lotta Continua hat, obwohl sie in der BRD nur unter italienischen Kollegen arbeitet, sich massiv in die Kampagne in der BRD eingemischt und dabei in der Regel zugunsten der Trotzkisten und Spontaneisten gegen den KB Partei ergriffen.

Davon abgesehen, hatte LC es offenbar auch verstanden, bei der Vergabe von Rednern, Sängern etc. sich die „fettesten Brocken" selbst nach Italien zu schaffen, so daß wir eine Reihe von Rednern sowie Sängern nur durch eigene persönliche und politische Verbindungen noch in die BRD holen konnten. Insbesondere hatte LC, entgegen den Vereinbarungen, keine Vertreter politischer Organisationen „besorgt"; die Vertrerer des MES mußten wir uns also durchweg selbst nachträglich noch „ranschaffen"!

Als weiteres kleines Indiz, wie LC die Kampagne für sich zu mobilisieren versuchte, ist folgendes zu werten: Eine Grußadresse des Stadtrats von Porto: *„an die Solidaritätskundgebungen ... in Italien, Frankreich und Westdeutschland"* (!) lasen wir erst zufällig in „Lotta Continua"

Portugal-Solidaritäts-Woche in Westeuropa

Die Solidaritätswoche wurde in verschiedenen westeuropäischen Ländern durchgeführt. So demonstrierten in Rom am 27.9. 70.000 Menschen und einige Tage vorher 15.000 in London.

Auf die Solidaritätskampagne in anderen westeuropäischen Ländern wollen wir im nächsten ARBEITERKAMPF genauer eingehen.

Korsika
Das korsische Volk kämpft um seine Rechte

Am 22. August besetzte ein bewaffnetes Kommando der ARC (Aktion für die Wiedergeburt Korsikas) eine leere Weinkellerei in Aleria. Mit dieser Aktion, der in diesem Jahr schon 100 Sprengstoffanschläge sowie wenige Tage vorher eine Versammlung mit 8000 Teilnehmern vorausgegangen waren, protestierten sie gegen die wirtschaftlichen Unterentwicklung ihrer Insel und die totale politische Reglementierung seitens der Zentralregierung.

Der französische Innenminister steuerte auf eine Machtprobe zu: 1000 Polizisten mit Maschinenpistolen, Panzerfahrzeugen und Tränengasgranaten wurden gegen die 50 korsischen Besetzer eingesetzt. Allerdings büßten die Bullen mehr Verluste ein als die Besatzer: zwei Polizisten wurden tötlich verletzt, vier weitere verwundet, während das Komando der ARC nur zwei Verwundete hatte.

Am Dienstag darauf wurde im Rahmen einer Großaktion in ganz Korsika zehn weitere Menschen verhaftet. Am Mittwoch folgte das Verbot der ARC. Dieses Verbot löste überall Protestaktionen der Bevölkerung aus, in deren Verlauf es zu Feuergefechten kam. Dabei wurden weitere zwei Bullen – Angehörige der Bürgerkriegstruppe CRS – getötet. Seitdem gleicht die Insel einem besetzten Land. Am 27. August wurden die wichtigsten Städte der Insel von rund 400 Polizisten plus einem Fallschirmjägerregiment und mit Unterstützung von Hubschraubern durchgeforstet. Es scheint aber, daß die korsische Bevölkerung sich von dieser Demonstration staatlicher
die korsische Bevölkerung sich von dieser Demonstration staatlicher
Macht nicht einschüchtern läßt, es finden immer weitere Demonstrationen statt.Hier und dort, vorwiegend vor Sitzen der französischen Banken, werden Bombenanschläge verübt.

Korsika–eine Kolonie Frankreichs

Die Verwaltung Korsikas wird von Paris gelenkt, von dort kommen die Beamten, kommt das Geld und die Entscheidung über die Verwendung des Geldes.

Die Korsen sind überwiegend Kleinbauern, Schäfer oder Fischer. Die Insel wurde von der Zentralregierung jahrhundertelang unbarmherzig ausgebeutet, ohne das Landwirtschaft oder Industrie gefördert wurden. Jedes Jahr wandern 1500 junge Korsen aus, weil sie auf der Insel keine Arbeit finden. Zwischen 1956 bis 1973 waren es insgesamt 50.000. Nach dem Algerienkrieg, Anfang der sechziger Jahre, siedelte die Zentralregierung mit großzügiger finanzieller Unterstützung die sogenannten „pieds-noirs", das sind ehemalige französische Kolonisten und Söldner aus Algerien, in Korsika an. Heute besitzen 300 „pieds-noirs" 70% des Weinanbaus, und realisieren 180 Mio. Profit. Demgegenüber gibt es 4300 korsische Winzer, die 30 % des Weinanbaus besitzen und 40 Mio. Profit machen.

Die Autonomistenbewegung

Die Autonomistenbewegung hat sich auf Korsika seit 1965 entwikkelt. Die ARC ist die älteste dieser Bewegungen. Sie soll z.Z. 7.000 Mitglieder haben. Bislang betonte sie immer ihren „Apolitismus" und hatte die Ambition, „alle Korsen von links bis rechts zusammenzufassen". Zu Beginn wurde auch nicht von „Autonomie" gegenüber der französischen Regierung gesprochen, sondern von „Regionalismus". Erst 1973 wurde von der ARC die Autonomie für Korsika gefordert. Ihre Kader stammen meistens aus dem Kleinbürgertum und aus der sogenannten „Intelligenz" (d.h. Lehrer usw.)

Das erste Kampfziel der ARC bestand darin, gegen die Korruption und gegen die Clan-Wirtschaft anzugehen. Dadurch gewann sie sehr schnell bei der korsischen Bevölkerung Sympathien, indem sie sich mehr oder weniger als „Moralhüter" profilierte.

Bislang war die ARC eine eher rechts gerichtete Bewegung (im übrigen wird auf Korsika zu 80% rechts gewählt!), die auch bis zu der Aktion von Aleria sich immer legaler Mittel bedient hatte. Auf ihrem letzten Kongress in Corte am 17. August dieses Jahres wurde aber schon eine Wendung ihrer Politik deutlich, möglicherweise unter dem Druck der Jugendlichen und Studenten an ihrer Basis.



Das Vorgehen der Giscard – Regierung

Seit der Aktion von Aleria sind ein Dutzend Autonomisten verhaftet worden. Poniatowski hat die Auflösung der ARC gefordert. Sonderein-
Dutzend Autonomisten verhaftet worden. Poniatowski hat die Auflösung der ARC gefordert. Sonderein-
heiten der französischen Polizei sollen vorerst auf Korsika stationiert bleiben (Fallschirmjäger-Polizisten, „Anti-Gang-Brigade", dem MEK vergleichbar).

Auf der anderen Seite wurde danach auf Korsika der bisherige Präfekt durch einen Korsen ersetzt – er ist der erste korsische Präfekt auf Korsika seit 1870!

Giscard hat auch „Hilfsmaßnahmen" versprochen:
– die Beseitigung der Tarifungleichheiten gegenüber der Metropole im Verkehrswesen;
– eine Untersuchung über die Lage im Weinbau soll bis zum 31. Dezember abgeschlossen werden ...
– und die Wählergebnisse sollen zukünftig nicht mehr gefälscht sein!

Gleichzeitig gab Giscard seinem Premier-Minister Chirac den Rat, *„der besonderen Empfindlichkeit der korsischen Seele Rechnung zu tragen"* („FR", 14.9.). Allerdings hatte Giscard nicht erzählt, ob er den Plan, der von seinen Vorgängern 1972 aufgearbeitet wurde, zurückziehen will.

Dieser Plan legt die wirtschaftliche Zukunft Korsikas auf zwei Hauptachsen fest:

Zum einen: Entwicklung des Tourismus; bis 1985 sollen 250.000 Betten dazukommen, um die Zahl von zwei Millionen Touristen pro Jahr zu erreichen (dieses Jahr waren es 560.000);

zum zweiten: Entwicklung, bzw. weitere Entwicklung der Monokultur in der Region von Aleria, wobei sie fast ausschließlich der „pieds-noirs") zugute kommen soll. ●

Frankreich-Kommission KB / Gruppe Frankfurt und Genossen des SSB Hamburg

Portugal-Woche
Warum der KBW nicht mitmacht

Die KBW-Führung hat es in ihrer gewohnten „intellektuellen" Arroganz nicht für notwendig gehalten, sich in ihrer Presse mit der internationalen Portugal- Solidaritätswoche auseinanderzusetzen. Es blieb den Ortsfürsten des KBW überlassen, sich irgendeine „Begründung" aus den Fingern zu saugen, warum sich der KBW daran nicht beteiligt.

Besonders ungeschickt stellte sich dabei natürlich wieder die Hamburger Ortsgruppe an, die selbst innerhalb des KBW den Ruf besonderer Trotteligkeit und politischer Unfähigkeit genießt.

Ex-„Ortssekretär" Plümer, wegen seiner tölpenhaften Demagogie in Hamburg seit langem als lächerliche Figur bekannt und vom KBW deshalb etwas „aus der Schußlinie" gezogen, hat diesmal die undankbare Aufgabe übernommen, die Politik der KBW-Führung zu „rechtfertigen" (Hamburger Ortsbeilage der „KVZ" vom 18.9.75).

Erst einmal spricht Plümer gleich in der Überschrift frech nicht etwa von einer internationalen Solidaritätswoche, sondern von der „Portugal-Solidaritätswoche des KB Nord". Demagogisch bezweifelt er, ob die von uns angegebenen Arbeiterkommissionen, revolutionären Organisationen etc. wirklich den Aufruf zur Solidaritätswoche unterstützen, oder ob sich der „ KB – Nord" das ganze bloß ausgedacht hat. . . Ihm, Plümer, seien jedenfalls keine öffentlichen Erklärungen der von uns genannten portugiesischen Organisationen bekannt.

Die Sache ist wirklich ganz einfach: die von uns an verschiedener Stelle namentlich aufgezählten 20 Arbeiterkommissionen, 24 Bewohnerkommissionen usw.usf., sowie zahlreiche Vertreter der westeuropäischen Linken (darunter auch des KB) haben am 13. August auf einer öffentlichen Massenkundgebung in Lissabon dem Aufruf und den Parolen zur internationalen Portugal – Solidaritätswoche zugestimmt. Wenn daran der KBW nicht teilgenommen hat, ist das jedenfalls nicht unsere Schuld. Wenn Plümer und seine Organisation nach dem Prinzip aller bürgerlichen Gauner verfahren: „Wir behaupten erst mal frech, etwas bleibt schon hängen". (Daß der KBW häufig nach diesem Prinzip verfährt, ist ja bekannt!).

Plümer erwähnt natürlich in seinem Artikel weder die ausländischen linken Organisationen, die diesen Aufruf unterstützt haben (darunter die bedeutendsten Italiens und Frankreichs!), noch die der BRD (abgesehen von DKP, KBW und Vaterlandsverteidigern praktisch alle!). Er will das ganze ja unbedingt als Privatsache des „KB-Nord" hinlügen. Folgerichtig spricht er auch – wo er den internationalen Aufruf meint – nur von den „vom KB Nord vertretenen Losungen".

Zur Sache selbst ist Plümer herzlich wenig eingefallen:

1. Er bemängelt, daß im Aufruf nicht namentlich der „Sozialimperialismus" als „Feind des portugiesischen Volkes" angegriffen wird.– Es ist uns allerdings nicht bekannt, daß der KBW selbst seinen bisherigen Kampagnen jemals die Verurteilung des „Sozialimperialismus" zur Voraussetzung einer Aktionseinheit gemacht hat. Wir erinnern uns vielmehr, daß der KBW im letzten Jahr zur Chile-Solidarität nicht einmal den US-Imperialismus als Drahtzieher beim Namen nennen mochte, um die „Breite" der „Aktionseinheit" nicht zu beeinträchtigen.–

Es wäre interessant, ob Plümer hier seine abwegige Privatmeinung darstellt, oder ob es allgemeine Auffassung des KBW ist, zukünftig die Verurteilung des „Sozialimperialismus" zur Voraussetzung einer Aktionseinheit zu machen . . .? Dann wird er wohl zukünftig nur noch bei den Vaterlandsverteidigern landen können.

2. Er bemängelt, daß das Bündnis der Arbeiterklasse mit der armen Bauernschaft im Aufruf „abgelehnt" werde. Das ist wieder eine echt plümersche Verdrehung. Richtig ist, daß dieses Bündnis im Aufruf nicht erwähnt wird. Das ist tatsächlich ein Mangel. Hieraus jedoch abzuleiten, daß man sich an der Solidaritätswoche nicht beteiligen könne, ist natürlich absurd. Es hätte sicher auch keine Einwände gegeben, wenn der KBW gewünscht hätte, dieses Bündnis in der Solidaritätswoche zu propagieren. Darum geht es ihm aber gar nicht, sondern nur um das Erfinden irgenswelcher Gründe für ein Abseitsstehen.

3. Plümer bemängelt, daß im Aufruf nichts gegen die portugiesische Regierung gesagt wird (das war zum Zeitpunkt des Aufrufs noch die Goncalves-Regierung). Nun gibt der Aufruf, indem er für die Errichtung der Volksmacht und für die proletarische Demokratie eintritt, selbstverständlich eine klare strategische Linie gegenüber den bisherigen Regierungen an. Etwas anderes ist die taktische Einstellung zu der jeweiligen Regierung. Diese Frage ist komplizierter und in der portugiesischen Linken umstritten. Sinn eines internationalen (!) Aufrufs zudem kann es unserer Meinung nach nicht sein, eine bestimmte Taktik gegenüber einer bestimmten Regierung zur Voraussetzung einer Aktionseinheit zu machen. Zumal diese Regierung inzwischen nicht einmal mehr amtiert!



4. Plümer lehnt die im Aufruf ausgesprochene Unterstützung der angolanischen MPLA ab. Dummdreist spricht er von einer „**Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas**". War dann nicht auch die Unterstützung der FNL Vietnams eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Vietnams"?! Mischen wir uns in „innere Angelegenheiten" des Libanon ein, wenn wir den palästinensischen Widerstand gegenüber den Angriffen der Reaktionäre und Faschisten unterstützen?

Der KBW leugnet, was allgemein bekannt und von der MPLA vielfach bewiesen ist: Daß die FNLA und UNITA keine „Befreiungsbewegungen" sind, sondern pro-imperialistische, konterrevolutionäre Kräfte; daß die FNLA und die UNITA für barbarische Massaker an der Zivilbevölkerung und den Kämpfern der MPLA verantwortlich sind.

Zur Unterstützung seiner Position zitiert Plümer eine angebliche Erklärung zweier Kompanien der Militärpolizei (PM), die sich weigerten, sich nach Angola schicken zu lassen. In dieser Erklärung wird der „russische Sozialimperialismus" und indirekt auch die MPLA angegriffen. Wenn wir also die MPLA unterstützen, so ereifert Plümer sich künstlich, dann sei das „**eine Ohrfeige für die Revolutionäre in der Armee**".

Nun, die gesamte revolutionäre Linke, sogar die vom KBW seit kurzem als seine „Bruderpartei" ausgegebene ORPC/ML-UDP, sind stets für die Unterstützung der MPLA eingetreten. Die ORPC/ML ist erst kürzlich ausgeschert, unter dem Einfluß der bekannten „Weisheiten" aus Peking zu diesem Thema.

Indessen, so einen Schwachsinn, wie in der von Plümer zitierten angeblichen Stellungnahme der PM, würde sich wahrscheinlich nicht einmal die ORPC/ML-UDP abquetschen.

Vielmehr werden dahinter die Provokateure von MRPP sichtbar, die sich eine Zeitlang scheinbaren Einfluß in Einheiten der PM verschafft hatten.

Über die dabei verwendeten Methoden, mit der dann solche Erklärungen wie die von Plümer freudig zitierte zustande kamen, schreibt „A Causa Operaria", Zeitung der ORPC/ML-UDP, vom 19.9.75:

„Was gewöhnlich auf Versammlungen der Militärpolizei geschah, war folgendes: Die Versammlungen begannen mit hunderten von Soldaten. Dann fing MRPP an, lange Reden zu halten, bis nur noch 30 Soldaten da waren. Schließlich, am Ende der Veranstaltung, ließen sie die Resolutionen mit ihren Parolen abstimmen".

Dem KBW ist kaum zu verargen, daß er zur Verteidigung seiner falschen Positionen gierig nach jedem Strohhalm greift. Nur „seltsam", daß er dabei mit sicherem Instinkt immer wieder ausgerechnet bei den schlimmsten Provokateuren wie MRPP und AOC-„PCP/ML" landet. Aber schließlich muß sich jeder seine Freunde da suchen, wo er sie finden kann. Und da hat der KBW ja keine allzu große Auswahl mehr . . .

Bleibt festzuhalten: Als „ernstzunehmende" Gründe für die Nicht-Beteiligung des KBW an der internationalen Portugal-Solidarität sind Plümer zwei Punkte eingefallen:

1. Der „Sozialimperialismus" wird nicht angegriffen.
2. „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas", weil wir eine revolutionäre Befreiungsbewegung nicht mit den pro-imperialistischen, reaktionären Mörderbanden auf eine Stufe stellen wollen.

Dem KBW wird als „Bündnispartner" wohl wirklich bloß noch die „KPD/ML" übrig bleiben! ●

Protest gegen Soares-Besuch in Frankfurt

Am 15.9. war der portugiesische „Sozialisten"-Führer Soares in Frankfurt, auf Einladung des (linken!?) SPD-Verbands Hessen-Süd, und sprach gemeinsam mit Brandt auf einer geschlossenen Veranstaltung vor rund 1.500 geladenen SPD-Mitgliedern. Sowohl durch die Ausgabe von Eintrittskarten nur an Parteimitglieder als auch durch die Verlegung der Veranstaltung möglichst weit an den Rand von Frankfurt (Bürgerhaus Nied) wollte die SPD von vornherein sicherstellen, daß der Protest gegen den konterrevolutionären Kurs der Soares-Partei und ihre massive Unterstützung durch die SPD-Führung möglichst gering gehalten wird.

Nichtsdestoweniger fanden sich verschiedene Organisationen der revolutionären Linken in Frankfurt zusammen, um gegen den Besuch von Soares zu protestieren. Einige Hundert Demonstranten zogen von einem Platz im Stadtzentrum zum Hauptbahnhof und fuhren gemeinsam mit Zügen nach Nied raus. Eine Gegenkundgebung direkt vor dem Veranstaltungshaus war von der Polizei verboten worden; und schon Tage vorher war das Bürgerhaus in Nied unter die Aufsicht der „Sicherungsgruppe Bonn" gestellt worden. Als „Alternative" für die Protestkundgebung hatte die Polizei lediglich einen unbeleuchteten, von umstehenden Häusern völlig isolierten Platz (eingegrenzt von einem kleinen Fluß und Baumreihen) genehmigt.

Dennoch zog die Demonstration zunächst vor das Bürgerhaus und machte ihren Protest deutlich: *„Nied, nied, nieder mit Soares!", „BRD-Kapital, Hände weg von Portugal!" „Kein Kredit, kein Bares – für Mario Soares!", „Lutar, criar – poder popular!"* wurde immer wieder gerufen. Da die Polizei nach kurzer Zeit gegen die Demonstranten vorzurücken begann, entschied man sich kurzfristig dazu, zunächst durch mehrere bewohnte Straßen in Nied zu marschieren, bevor schließlich auf dem „genehmigten" Platz die Kundgebung stattfand. Nachdem dort eine gemeinsame Erklärung der beteiligten Organisationen verlesen wurde (RK, SB, SAG, GIM, Spartacusbund, Lotta Continua und KB), berichtete ein Arbeitergenosse von REPUBLICA über die Auseinandersetzung, die zur Übernahme dieser Zeitung in die Hände der Arbeiter geführt hat, sowie über die konterrevolutionären Machenschaften der Soares & Co.

Zweimal wurde diese Demonstration übrigens von der Polizei mit Knüppeleinsätzen und Wasserwerfern überfallen, wobei ein Genosse mit einer Platzwunde am Kopf zum Krankenhaus abtransportiert werden mußte: ein deutlicher Beleg, was diese „soziale Demokratie" wert ist, für die Brandt und Soares „die Faust ballen".

In der SPD-Versammlung selbst ging es auch trotz peinlich gezielter Kartenausgabe nicht ganz „störungsfrei" ab: zwei Jusos gelang es für kurze Zeit ein Transparent zu entrollen, auf dem in portugiesischer Sprache stand *„Sozialismus in Portugal: ja – Solidarität mit Soares: nein!"*. Das Transparent wurde ihnen sofort entrissen (von Karsten Voigt höchstpersönlich) und die beiden unsanft rausgeschmissen! Die gleiche „sozialdemokratische Toleranz" bekam anschließend noch ein Dritter zu spüren, der Soares bei seinem richtigen Namen nannte: *„Demagoge!"*

Unrühmlich zu vermerken (aber mittlerweile schon nicht mehr anders zu erwarten) ist noch das Verhalten des Provokateurs-Haufen "FML" zum Soares-Besuch: in ihrer Buchhandlung „Libresso" (eine der ältesten „linken Buchhandlungen" in der BRD) hängten sie ein Plakat auf, auf dem zu lesen stand: *„Soares, willkommen in Frankfurt"*. Ein Wunder, daß sie keine Eintrittskarten bekommen haben; da hätte die SPD noch ein paar stramme Ordner dazu gehabt.

KB/Gruppe Frankfurt ●

Griechenland:
Solidarität mit der portugiesischen Revolution

Der nachfolgende Aufruf, der gemeinsam von der KKE („Ausland") und der PASOK (Papandreou) unterzeichnet ist, wurde Mitte September in Kjesariani (Stadtteil von Athen) verteilt und in alle Hausbriefkästen geworfen.

Kjesariani blickt auf eine große antifaschistische Tradition zurück. Selbst zur Zeit der Besetzung durch die deutschen Faschistentruppen hat in Kjesariani nie ein Nazi seinen Fuß hineingesetzt bzw. nicht wieder lebend hinausgesetzt.

Damals, wie auch unter dem Papadopoulos' Militärstiefel, war hier eines der Zentren des Widerstandes.

Heute ist ein Genosse der KKE („Ausland") Bürgermeister. Er gewann damals die Wahl knapp vor dem gemeinsamen Kandidaten der „PASOK", KKE („Inland") und EK-ND.

Griechenland-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Aufruf

Die jüngsten Entwicklungen in Portugal haben alle fortschrittlichen Kräfte in unserem Land und auf der ganzen Welt bewegt.

Der internationale Imperialismus, hauptsächlich der amerikanische und die Kräfte, die sich in seinem Dienst in Europa befinden, die Sozialdemokraten und die NATO, geraten angesichts der neuen Realität, die die vereinten Kräfte Volk – Armee (Povo – MFA) in Portugal herausbilden, in Wut.

Alle diese Kräfte in Zusammenarbeit mit der einheimischen Reaktion, den Pseudosozialisten Soares benutzend, eskalieren in der letzten Zeit einen tobsüchtigen, blutigen und unverhüllten Angriff gegen die ökonomischen und politischen Errungenschaften des Volkes, gegen die konsequenten Sozialisten, gegen die Kommunisten und die anderen Verteidiger der Demokratie und der Revolution, gegen das ganze werktätige Volk und seine Organisationen.

Wir drücken, zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften unseres Landes, das so sehr unter der faschistischen Diktatur der Obristen gelitten hat, unsere internationalistische Solidarität mit dem heldenhaften Volk Portugals aus, das wie wir für die Freiheit, die Demokratie, die nationale Unabhängigkeit, den Sozialismus kämpft!

KKE
PASOK ●

Was machen Spinola und Holden Roberto in Paris ?

Bekanntlich hielt sich der portugiesische Putsch-General Spinola kürzlich in Paris auf. Am 3. September kam er, unter falschem Namen und unter dem Schutz des französischen Geheimdienstes. Am gleichen Abend wurde im französischen Fernsehen ein Interview mit Spinola gesendet, das am 29. August in Brasilien aufgenommen worden war, wo Spinola u.a. sagte, er sei bereit, nach Portugal zurückzukehren, „sobald die Diktatur beseitigt" sei und sobald „die Renegaten, die im Dienst ausländischer Imperialismen stehen, ausgeschlossen worden sind". Am nächsten Tag wurde Spinolas' Ankunft auf den ersten Seiten der bürgerlichen Tageszeitung groß kommentiert.

Den Vogel schoß die reaktionäre Illustrierte „Paris-Match", die auf drei Seiten titelte: *„Spinola: Die Stunde der Befreiung rückt näher"*.

Was Spinola in Paris tut, enthüllte die Tageszeitung „Le Quotidien de Paris" am 5.9.:

„Der SDECE, dessen Chef Alexandro de Mareuche eng mit Spinola liiert ist, hat kürzlich seine Zusammenarbeit mit den ex-Mitgliedern der geheimen Polizei von Salazar verstärkt".

(SDECE: französischer Spionage-Abwehr Dienst).

Darüberhinaus organisierte Spinola in der französischen Hauptstadt Geldbittgänge und koordinierte die terroristischen Aktivitäten seiner sogenannten „Demokratischen Befreiungsbewegung"; das alles unter dem Schutz der französischen Regierung und ihres Polizeiapparates.

Auch zu Holden Roberto – Chef der angolanischen Söldnertruppe FNLA – unterhält die französische Regierung die besten Beziehungen. Bereits im Juni war Roberto in Paris. Aus gut informierten Quellen heißt es, daß Roberto Mitte September wieder in Paris sein wird („aus privaten Gründen"); wahrscheinlich hat er bereits eine Zusammenkunft mit Giscard d'Estaing gehabt. Die Unterstützung dieser Mörderbande durch die französische Regierung hat sich mit einer Meldung der Zeitung „Le Monde" voll entlarvt:

Danach hat kürzlich ein französisches Militärflugzeug in Kinshasa (Zaire) Waffen für die FNLA abgeladen. In Caxito (Angola) ist ein zairischer Offizier gefangen genommen worden, der einen französischen Panzerwagen des Typs „Panhard" fuhr (Nach „Politique - Hebdo", 18. 9.75).

Weiterhin soll sich ein französischer Militärexperte in der Zeit vom 25. bis zum 30. August in Angola aufgehalten haben, der die Kampfmethoden der FNLA studieren sollte.

Bislang hat die französische Regierung nur die erste Meldung dementiert (Waffenlieferungen über Zaire für die FNLA); weder der Besuch von Holden Roberto noch die Abkommandierung eines französischen Militärexperten nach Angola zwecks besserer Unterstützung der FNLA sind bisher dementiert worden.

Frankreich-Kommission
KB-Gruppe Frankfurt ●

Die Frauen in Angola

„Die Frauen in Angola haben immer eine zweitrangige Rolle in der Gesellschaft gespielt. Aber in der Tat haben sie eine große Bedeutung für den Kampf.
Früher beschäftigte sich die Frau in Angola ausschließlich mit der Hausarbeit, erlitt die Ausbeutung durch den Mann und lieferte eine billige Arbeitskraft.
Wir gaben der militanten Frau andere Aufgaben. Die Frau nimmt noch nicht im Ganzen an den Kämpfen teil. Einige haben schon an militärischen Aktionen teilgenommen. Aber ihre Hauptaufgabe ist der Transport von Kriegsmaterial sowie Unterstützungsarbeit für die Partisanen. Die Frau ist z.B. auch sehr aktiv in der Produktion und ein sehr wichtiges Element für die Erziehung. Sie ist eine gute Agitatorin und leistet eine hervorragende politische Arbeit, indem sie die Ziele der Revolution in den Dörfern erklärt. . ." (Augostino Neto, Präsident der MPLA).

Die Unterdrückung der angolanischen Frau hat eine lange Tradition

In der ersten Zeit der angolanischen Geschichte, wie auch in der Geschichte aller Völker der Welt, arbeiteten Männer und Frauen gemeinsam und machten die gleichen Arbeiten. Das Leben war hart und die Arbeitsinstrumente primitiv. Die Arbeit war also kollektiv – die Länder, die Flüße und Wälder gehörten allen und die erarbeiteten Produkte wurden gleichmäßig verteilt. In dieser Zeit gab es keine Reichen und keine Armen, es gab kein Privateigentum. Es gab also auch keine sozialen Klassen, es gab weder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, noch Unterdrückung der Frau durch den Mann. Die Abstammung bestimmte sich nach der Mutter; dieses war das matriarchalische Recht, wonach die Kinder der mütterliche Sippe angehörten. Durch die allmähliche Entwicklung der Produktionsmittel setzte eine natürliche Arbeitsteilung nach Geschlechtern ein.

Die Männer gingen vor allem auf die Jagd; die Frauen blieben zuhause, zogen die Kinder auf, fütterten das Vieh und bestellten die Felder. Durch diese Arbeitsteilung entstanden der Austausch von Produkten, das Privateigentum und die Existenz von Armen und Reichen. Das sind die Ursachen für die Entstehung der sozialen Klassen mit ihren verschiedenen Interessen, und damit die Herrschaft der einen Klasse über die andere, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und damit auch die Ausbeutung und doppelte Unterdrückung der Frau . . .

So wurde das matriarchalische Recht durch das partriarchalische Recht ersetzt. Dadurch verlor die Frau die gleichberechtigte Stellung und wurde zur unbezahlten Arbeitskraft; und ihre Rolle wurde auf Haushalt und ständiges Kindergebären beschränkt.

Diese Produktionsverhältnisse brachten bestimmt gesellschaftliche Formen hervor:

In Angola ebenso wie in anderen Kolonien und gewissen afrikanischen Ländern werden die Jugendlichen sogenannten „Einführungsriten" unterworfen. Diese unterscheiden sich zwar der Form nach, entsprechend den Regionen, aber haben gemeinsam, daß sie darauf ausgerichtet sind, den Mädchen den Geist der Unterwerfung gegenüber dem Mann einzupflanzen. Es wird ihnen gesagt, daß es ihre Rolle sei, Kinder zu kriegen und den Mann und den Haushalt zu versorgen.

Andere Erscheinungsformen dieses traditionellen Erziehungssystems zur zweitrangigen Stellung der Frau sind z.B.:

Der Brautkauf, wodurch die Frau zu einer bloßen Ware gemacht wird.

Die Polygamie in anderen Regionen, wo die Produktionsgrundlage wesentlich auf Frauenarbeit beruht.

Diese reaktionären Sitten sind ein ernstes Hindernis für die Integration der angolanischen Frau in den Befreiungskampf. Denn die Entfremdung, in die sie so gerät, hindert sie daran, an den politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Aufgaben teilzunehmen und kettet sie ausschließlich an den Haushalt und die landwirtschaftliche Produktion im Dienst des Mannes.

Das portugiesische Kolonialsystem hat diese Situation noch verschlimmert. Die Kolonialisten brachten die Ideologie von der Frau als „minderwertiges Wesen", sie unterwarfen die angolanische Frau einer doppelten Unterdrückung und Ausbeutung:

– Eine allgemeine Form, die gleichermaßen Männer und Frauen traf: Zwangsarbeit, Hungerlöhne, Rassismus;

– Eine besondere Form gegenüber der Frau: indem sie durch die Zwangsarbeit vom Mann getrennt wurde und indem sie der Mittel beraubt wurde, ihr Heim und ihre Kinder zu unterhalten, zwang der Kolonialismus die Frau, ihren Körper zu verkaufen, sich zu prostituieren, um zu überleben. So machte das Kolonialsystem aus der Frau nicht nur eine Arbeitskraft, sondern auch ein Lustobjekt.



MPLA-Genossinnen im Training für den bewaffneten Kampf

Die MPLA hat stets gegen Kolonialismus und Imperialismus gekämpft. Dieser Kampf muß mit Festigkeit und ohne Zögern geführt werden.

Man kann nicht gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, ohne zu berücksichtigen, daß die angolanischen Frauen, die die Hälftes unse[illegible] Volkes sind, in besonderer Weise a[illegible]gebeutet und unterdrückt werden. [illegible]e erhalten z.B. für gleiche Arbeit niedrigere Löhne als die Männer. Die Zahl der Analphabeten ist unter ihnen größer als bei den Männern.

Im Bewußtsein der historischen Notwendigkeit gründete die MPLA 1962 die O.M.A, Organizacao da Mulher Angolana (Organisation der Frau von Angola). Sie soll alle angolanischen Frauen für diesen wichtigen Teil des nationalien Befreiungskampfes mobilisieren und zusammenschließen. Die Frauen können nur vereint und organisiert kämpfen und siegen.

Gegenwärtig gibt es mehrere wichtige Aufgaben:

– Die erste Aufgabe, die den Frauen zufällt, ist die Erziehung der Kinder. Zu diesem Zweck müssen die Initativen zur Schaffung von Kinderkrippen und Kindergärten in allen Wohnvierteln unterstützt werden. So erhalten gleichzeitig alle Kinder eine Erziehung, die sie zu guten Revolutionären macht und die Mütter werden von dieser Arbeit befreit, so daß sie Seite an Seite mit den Männern in den Fabriken und anderswo arbeiten können.

– Zweite, ebenso wichtige Aufgabe ist es, die aktivsten und bewußtesten Frauen zu organisieren und diejenigen aufzuwecken, die sich gegenüber der Ausbeutung passiv und unterwürfig verhalten.

Die O.M.A. ist die Massenorganisation der MPLA zur Teilnahme der Frau an der Revolution. Hauptziel der Teilnahme der angolanischen Frau an der Revolution ist nicht eigentlich die Befreiung der Frau als solche, sondern der Sieg der Revolution und dadurch die Befreiung der Frau als gesellschaftliches Wesen, das einer doppelten Ausbeutung unterworfen ist.

Die angolanische Frau nimmt aktiv an folgenden Arbeitsgebieten teil:

▶ **Erziehung:**

In den befreiten Zonen, wo die Erziehung von den Fesseln des Kolonialismus befreit wurde, wo die Erziehung kein Instrument der Kolonial-Ideologie mehr ist, leistete und leistet die Frau einen bedeutenden Beitrag zur Erziehung; diese ist eines der wichtigsten Gebiete im Befreiungskampf, denn durch sie bekämpft man die Unwissenheit, die Entfremdung und die kulturelle Unterdrükkung.

Die Frau ist direkt beteiligt an der Herstellung der Schulbücher; sie verfaßt kleine revolutionäre Theaterstücke und führt sie auf, die die Realität des Landes widerspiegeln und ein mächtiges Instrument für die Politisierung sind, als Träger der theoretischen Grundlagen des Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus.

▶ **Produktion:**

Die Teilnahme der Frauen an der Produktion reiht sich ein in die Aktivitäten der Arbeiterorganisationen der MPLA. Die Frau nimmt dieselben Aufgaben war wie ihr Waffenbruder: das Land bestellen, fischen, jagen, allgemeine Beteiligung an der Versorgung der Guerilla-Einheiten und der Bevölkerung.

▶ **Kampf:**

Die Kämpferin der MPLA nimmt als aktive Trägerin der Revolution auch am militärischen Kampf teil. Es wäre ein Irrtum, wenn man annehmen würde, daß die Frauen in einem Land im Kampf, wo sie mehr als 50% der Bevölkerung sind, nicht auch am Befreiungskampf teilnehmen. Diese Teilnahme kommt in vielen Punkten zum Ausdruck: Informationen über die Bewegungen des Feindes und seine militärische Stärke; Transport von Waffen, Munition und Lebensmittel für die Partisanen.

▶ **Gesundheitswesen:**

Auf diesem Gebiet ist der Beitrag der Frau ganz besonders groß, angesichts der chaotischen Lage, die der Kolonialismus auf diesem Sektor geschaffen hat.

Die geleistete medizinische Hilfe in den befreiten Gebieten steht in totalem Widerspruch zum Typ der kolonialen „Hilfe", für die nur die gesellschaftliche Stellung des einzelnen zählt. Die medizinische Hilfe steht sowohl und im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt der Vorbeugung – durch Impfungen, Hygiene, Kinderpflege, Gesundheitswesen – wie auch unter dem Gesichtspunkt der Heilung.

Die Behandlung der im Kampf verwundeten Partisanen ist eine der Hauptaufgaben der Genossinnen der O.M.A. auf diesem Gebiet.

Wir sehen also, daß die von der O.M.A. im Prozeß der Befreiung der angolanischen Frau angewendete Strategie richtig ist; denn die Befreiung der Frau kann nicht getrennt von der des Mannes geschehen. Da ihr Feind und ihre Ziele die selben sind, ist der einzige Weg für die Frau ihre Integration in die Kampfaufgaben des revolutionären Prozesses. So trägt sie direkt zum Sieg der Revolution bei, beschleunigt den Moment ihrer Befreiung.

Zugleich eröffnet sie sich, indem sie sich auf allen Ebenen in den Kampf einreiht, neue Perspektiven für ihre Zukunft; sie zerstört in der Praxis die Vorstellung, daß die Frau zu einer passiven Rolle verpflichtet ist, ohne Stimme in der Gesellschaft. So schafft sie die Bedingungen für ihre Beteiligung an der Macht und hält ihr Geschick in den eigenen Händen.

Wenn wir von der O.M.A. sprechen, dürfen wir auf keinen Fall den Namen der Genossin Deolinda Rodrigues vergessen. Sie war von der ersten Stunde an einer der aktivsten Kader der MPLA und ihr ist die Gründung der O.M.A. zu verdanken. Im Februar 1967 nahm sie, zusammen mit vier weiteren Genossinnen, an einer Marschkolonne teil, die heimlich den Zaire überquerte, um die Kader der 1. Politisch-Militärischen Region der MPLA zu verstärken. Verfolgt von den örtlichen Autoritäten zerstreute sich die Kolonne. Die fünf Genossinnen wurden am 2. März gefangen genommen und den Konterrevolutionären von der FNLA ausgeliefert, die sie barbarisch ermordeten. Augenzeugen berichten, daß die Genossin Deolinda lebend zerstückelt wurde.

Das Leitende Komitee der MPLA erklärte zur Erinnerung an die Genossinnen Deolinda, Irene, Engracia, Teresa und Lucrecia den 2. März zum Tag der angolanischen Frau.

Ihnen, die niemals ihre Kinder in einem freien Angola werden spielen sehen, schwört das angolanische Volk, ihr Blut zu rächen. ●

(Gekürzte und zusammengestellte Übersetzung nach einer Broschüre der MPLA zum 2. März, Tag der angolanischen Frau).

Fortschrittliche und revolutionäre Staaten Afrikas auf der Seite der MPLA !

Wir haben uns schon häufiger mit den (der chinesischen Außenpolitik entliehenen) Thesen des KBW und der „KPD" von der „Gleichberechtigung der drei Bewegungen, die keine antagonistischen Gegensätze haben" auseinandergesetzt. Diese Thesen leugnen den Klassencharakter der Auseinandersetzungen in Angola, leugnen das Wesen von FNLA/UNITA als Agenturen des Imperialismus, und sie sind in der Konsequenz rassistisch, gehen sie doch davon aus, daß die „Schwarzen" von „ausländischen Mächten" grundlos aufeinander gehetzt werden können.

Dagegen gibt sich FNLA selbst längst keine Mühe mehr, den politischen, klassenmäßigen Charakter des Bürgerkriegs zu verschleiern. FNLA *„beschuldigt die MPLA in Angola eine Volksdemokratie (!) errichten zu wollen"* (Erklärung der FNLA nach „O Seculo", 15.9.), daher sei *„ein Kompromiß nicht möglich"* und die *„einzige Lösung des Konflikts ist der Krieg"* (ebenda).

Ebenso deutlich sagte F.J. Strauß in der KSZE-Debatte im Bundestag (25.7.75), worum es in Angola geht: *„Ich habe ein führendes Mitglied einer angolanischen Befreiungsorganisation* (wahrscheinlich J. Eduardo von der FNLA, Anm. d. Red.) *zu Besuch* (!), *der mit Tränen in den* *sation* (wahrscheinlich J. Eduardo von der FNLA, Anm. d. Red.) *zu Besuch* (!), *der mit Tränen in den* *Augen gesagt hat, daß er nicht 15 Jahre gegen den Kolonialismus gekämpft habe (?), damit Angola jetzt kommunistisch wird"* (nach „issa-informationsdienst", 6/75). Daß Eduardo nicht bei Strauß war, um sich mal ordentlich auszuheulen, versteht sich von selbst; es ging mit Sicherheit um erhebliche Unterstützung der Faschisten Angolas.

Besonders der KBW „rechtfertigt" seine Position zu Angola mit der Resolution der letzten OAU-Konferenz in Kampala, wo mehrheitlich beschlossen wurde, die „drei Bewegungen" als „gleichberechtigt" anzuerkennen und sich für „Waffenruhe und Versöhnung" einzusetzen. Wir haben diesen Beschluß von Anfang an als einen Sieg der neokolonialistisch beherrschten, rückschrittlichen Staaten in der OAU gewertet (vergl. AK 65, „Faule Kompromisse in Kampala").

Diese Einschätzung ist heute leicht beweisbar, denn alle revolutionären und fortschrittlichen Staaten Afrikas haben zwischenzeitlich deutlich für die MPLA (und damit inhaltlich gegen die OAU-Resolution) Stellung bezogen! Die FRELIMO (Mosambique) enthüllt in ihrer Zeitung „Tempo" (24.8.75) die Machenschaften der FNLA und schreibt im Vorwort:

„Der Imperialismus und seine Kräfte in Angola – FNLA und UNITA – beginnen, die territoriale Einheit dieser früheren portugiesischen Kolonie zu bedrohen; sie massakrieren weiterhin die Bevölkerung und haben als Endziel die Zerstörung der MPLA. Indessen haben alle Versuche des Imperialismus, die MPLA zu zerstören, eine katalysierende Kraft für die Einheit des angolanischen Volkes gebildet, zur Konsolidierung des Bewußtseins des angolanischen Volkes beigetragen, das immer besser definieren kann, wer der Feind ist, und wie er agiert, und wer die Interessen des Volkes wirklich vertritt, auch wenn ihn dies viel Blut kostet.

Aber die Ideologie der MPLA ist real, konkret, objektiv – die Volksmacht in Angola errichten – und diese Ideologie – so beweist es die Geschichte – wird siegen; sie siegte in Vietnam, in Kambodscha, in Guinea-Bissau, in Mosambique. Sie wird siegen."

Zwei Leitungskader der PAIGC (Guinea-Bissau und Kapverdische Inseln), die Genossen Antonio Pires und Horacio da Silva (Landwirtschaftsminister) haben den Standpunkt der PAIGC zu Angola der „Amilcar Cabral Gesellschaft" dargestellt:

„Die PAIGC unterstützt nur und ausschließlich die MPLA als legitime Vertreterin des Volkes von Angola, als einzige revolutionäre Kraft und einzige Befreiungsbewegung und bezeichnet die beiden anderen Organisationen (FNLA, UNITA) als ‚Marionettenorganisationen des Imperialismus' und als ‚Terrororganisationen'." („Ortsgruppenrundbrief der ACG", 25.9.75)

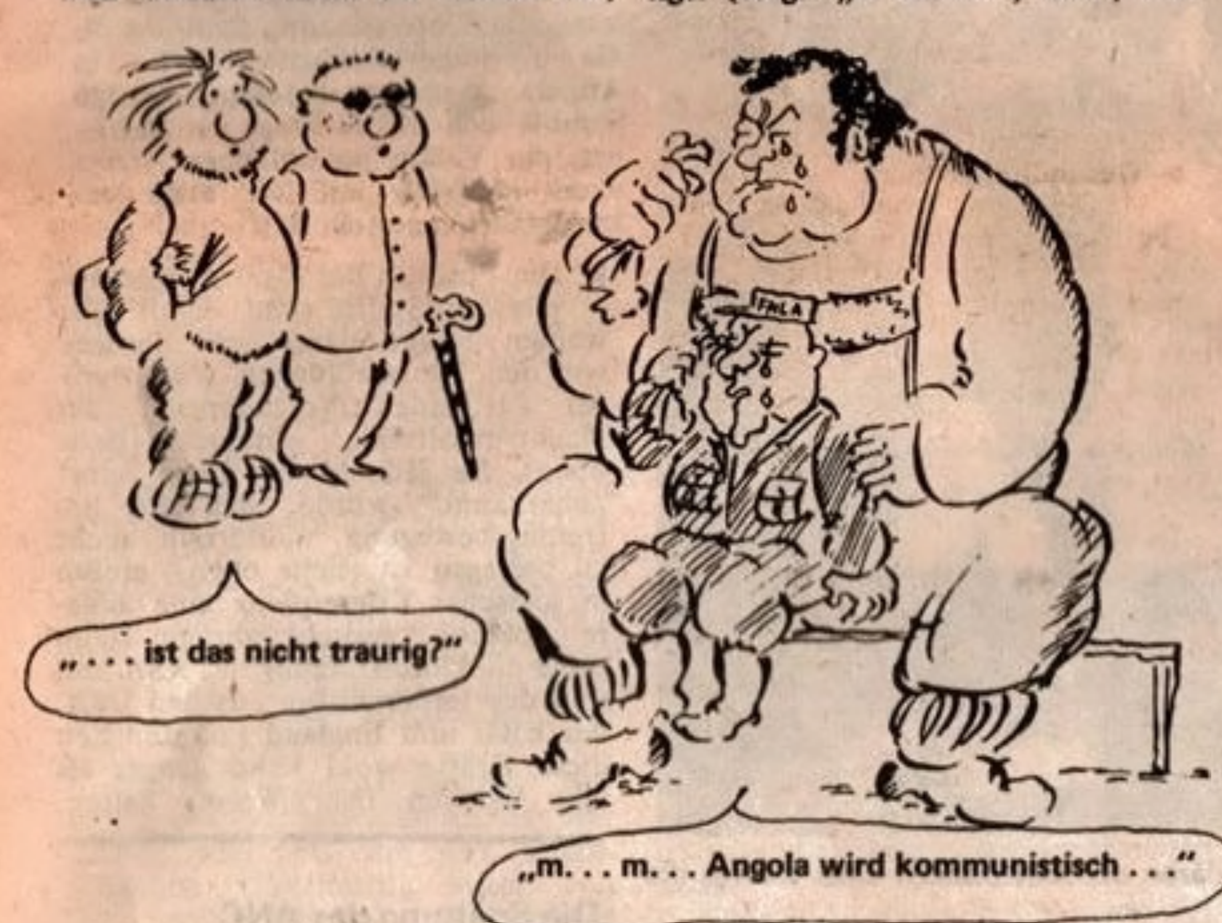
Aber nicht nur die revolutionären Staaten Afrikas unterstützen MPLA. ACG", 25.9.75)

Aber nicht nur die revolutionären Staaten Afrikas unterstützen MPLA, sondern auch die um mehr Unabhängigkeit vom Imperialismus bemühten afrikanischen Regierungen. Congo (Brazzaville) hat erneut seine materielle Unterstützung für MPLA bekräftigt. (vergl. „O Seculo", 20.9.) und Sekou Toure (Guinea-Conacry) formuliert (und dabei hat man direkt den Eindruck als kenne er die Thesen des KBW):

„Wir dürfen keine Angst vor dem Kommunismus oder Sozialismus haben; und am Vorabend der Unabhängigkeit stellt sich nicht das Problem einer ideologischen Option, sondern die konkrete Frage des anti-imperialistischen Kampfes."

Es kann festgestellt werden, daß die Politik von KBW und „KPD" bezüglich Angola in Einklang steht mit der reaktionären, heute teilweise noch dominanten Fraktion innerhalb der OAU, mit den Staaten, die neokolonialistisch beherrscht werden. Gegenüber dem revolutionären und fortschrittlichen Afrika jedoch sind die Nachbeter der chinesischen Außenpolitik (und im zunehmenden Maße auch die VR-China selbst) mit ihren „Angola-Thesen" vollständig isoliert! ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Berichtigung

Im AK 66 hatten wir den Koordinator der MPLA-Gruppen in der BRD ausführlich zur chinesischen Außenpolitik bezüglich Angola zitiert. Der Genosse macht uns darauf aufmerksam, daß dabei ein Fehler unterlaufen ist. Rumänien unterstützt nicht einseitig die FNLA, sondern gewährt sowohl MPLA als auch FNLA materielle Unterstützung.

Angola:

Konterrevolution fordert: „Internationalisierung des Konflikts !"

Die militärische Situation in Angola ist weiterhin gekennzeichnet durch den Vormarsch der sozialistischen Befreiungsbewegung MPLA. Mittlerweile kontrolliert MPLA zwölf der 16 Provinzen Angolas (siehe Karte). Die noch vor einigen Wochen gemachten großmäuligen Ankündigungen der imperialistischen Marionettenorganisation FLNA und UNITA, die MPLA zu „zerschlagen", „überrennen" etc., sind sang- und klanglos durch wesentlich defensivere „Forderungen" ersetzt worden. So ist die UNITA für Verhandlungen unter der Bedingung, daß „das militärische Gleichgewicht (wieder hergestellt wird), das dann geschaffen ist, wenn das Territorium das die MPLA illegal (?) besetzt hält. zurückgegeben (!) ist", außerdem soll die Hauptstadt „Luanda zur neutralen Zone erklärt werden". Mit anderen Worten: das angolanische Volk soll die opferreich errungenen Siege kampflos wieder aus der Hand geben!

Die FNLA – die schon vor sechs Wochen Luanda einnehmen wollte – bescheidet sich zwischenzeitlich mit der Ankündigung, die Kleinstadt Coxito (60 km nördlich von Luanda) mit einer „Gegenoffensive" zu erobern („O Seculo", 15.9). (Dies scheint ihr zwischenzeitlich tatsäch- **obern („O Seculo", 15.9). (Dies scheint ihr zwischenzeitlich tatsäch-** **lich gelungen zu sein.)**

Insgesamt ist deutlich, daß bei Beibehaltung der jetzigen Form des Bürgerkrieges in Angola die Niederlage des Imperialismus relativ kurzfristig besiegelt würde.

Es ist allerdings zu befürchten, daß eine weitere Eskalation von Seiten des Imperialismus vollzogen wird, die über zwei Wege laufen könnte: der blutigen Steigerung der imperialistischen Aggression und der „Internationalisierung des Konflikts". Die Umrüstung von FNLA/UNITA auf den modernsten Stand der Kriegsmaschinerie. Besonders der massive Einsatz einer imperialistischen Luftwaffe mit direkter Einbeziehung von Zaire würden auf eine „Politik der verbrannten Erde" hinauslaufen.

In Negage, nicht weit von Carmona (Hauptquartier der FNLA) wurde am 23.8. die Luftwaffe der FNLA gegründet. Die Flugzeuge werden in der nächsten Zeit erwartet. „Frankreich, Großbritannien, die BRD (!!) und Spanien haben uns versprochen, welche zu liefern, die USA werden folgen" (so ein FNLA-Mann gegenüber „Le Monde", 11.9.).

Zwar wird auch der Einsatz von modernsten Flugzeugen, Raketen und sonstigen „vietnamerprobten" Material die MPLA nicht zerschlagen können, allerdings möglicherweise den Vormarsch der Befreiungsstreitkräfte stoppen und so verhindern, daß am entscheidenden Zeitpunkt – dem 11. November – die Machtfrage in Angola eindeutig geklärt ist. Der 11. November ist der Tag, an dem Angola unabhängig werden soll, und in den Verträgen von Alvor war vereinbart worden, daß dann „die Macht den drei Befreiungsbewegungen übergeben " werden soll. Diese Formel war damals der MPLA aufgezwungen worden. Sie ist heute durch den Gang der Klassenkämpfe überholt (insbesondere durch den Bruch des Abkommens durch UNITA/FNLA selbst). Heute fordert die MPLA völlig zu Recht: Abzug aller portugiesischen Truppen bis zum 11.11.75 und Übergabe der Macht an die MPLA. Aus der Position der Stärke formuliert MPLA-Präsident Neto: *„Man kann Diskussionen ins Auge fassen, die die Probleme bezüglich des Rückzugs Portugals aus Angola regeln. Denn ich glaube nicht mehr, daß es momentan einen Anlaß gibt, über die Modalitäten bei der Gewährung der Unabhängigkeit zu diskutieren. Die Unabhängigkeit muß kommen, entgegen dem Wunsch gewisser Portugiesen, die das Problem gerne vor die Uno tragen wollen, oder anderer, die vielleicht die Kolonialzeit verlängern wollen"* („Le Monde", 20.9.).

Genosse Neto spielt hier auf Bestrebungen an, die sowohl von reaktionären portugiesischen Militärs als auch von UNITA und afrikanischen, neokolonialistisch beherrschten Staaten (Nigeria, Elfenbeinküste, Uganda) betrieben werden.

Für diese Kreise fordert der portugiesische Hochkommissar, Admiral Leonel Cardoso: *„Wenn die MPLA sich weigert, sich an die Seite von FNLA und UNITA zu setzen* (also die befreiten Gebiete für die imperialistischen Söldner erneut zu öffnen, Anm. d.Red.), *werden wir die Uno um Schiedsspruch bitten. Wir werden die Macht nur dann der MPLA übergeben, wenn die internationalen Organisationen entscheiden, daß diese Bewegung das angolanische Volk repräsentiert, was gegenwärtig nicht der Fall ist"* („O Seculo").

Da eine Pro-MPLA-Entscheidung der Uno unmöglich erscheint, andererseits die hier diktierten Bedingungen für die MPLA unannehmbar sind, könnte das portugiesische Vorgehen der erste Schritt zum Einmarsch von Uno-Truppen in Angola sein. Ein Einmarsch, der sich – angesichts des momentanen Kräfteverhältnisses – einseitig gegen die MPLA richten würde. *„Die MPLA wehrt sich weiterhin gegen jede Einmischung, sei es von Seiten der Uno oder der OAU. Dies würde den beiden anderen Bewegungen einen Vorwand liefern, die Intervention ausländischer Truppen zu fordern, eingeschlossen die Subversionsspezialisten des CIA. Das Ergebnis wäre eine Situation wie in Zaire nach der Unabhängigkeit von Belgien"* („O Seculo",8.9.75) (dort waren 1960 die UNO-Truppen als sogenannte „Schlichter im Bürgerkrieg" einseitig gegen die Truppen des Antiimperialisten Lumumba vorgegangen; erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Rolle der „UNO-Truppen" im Bürgerkrieg gegen Korea, wo diese Truppen – zusammengesetzt aus US-amerikanischen, japanischen, griechischen, türkischen, französischen etc. Eliteeinheiten – massiv auf Seiten der Konterrevolution kämpften, tausende von Revolutionären umbrachten und schließlich die Teilung Koreas besiegelten).

Die Schwäche der imperialistischen Marionettenorganisation Angolas, die auch durch den Einmarsch faschistischer südafrikanischer Einheiten im Süden und dem massiven Anhang weißer Söldner nicht überwunden werden konnte, macht heute die „Internationalisierung des Konflikts" mit zur Hauptgefahr der angolanischen Revolution! ●

Afrika-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

versionsspezialisten des CIA. Das KB/ Gruppe Hamburg



Von der MPLA befreite Gebiete (schraffiert)

Politik der „Nichteinmischung" ??

Wie im ARBEITERKAMPF berichtet, hat die chinesische Regierung der Sowjetunion in scharfer Form eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas" vorgeworfen, da sie die MPLA unterstütze.

Was von diesem Vorwurf zu halten ist, geht noch einmal deutlich aus einer Stellungnahme aus berufenem Munde hervor:

In einem Interview mit der (reaktionären) portugiesischen Zeitung „Tempo" (18.9.75) antwortete Monteuro Barreto, Leiter einer FNLA-Delegation, auf die Frage, ob die FNLA von den USA unterstützt wird: *„Die FNLA erhält moralische und logistische* (Nachschub – Anm. AK) *Unterstützung durch die Republik Zaire* (ehem. Kongo – Anm. AK), *denn dieses Land hat stets unseren antikolonialen Kampf unterstützt. Unsere militärische Ausrüstung stammt fast vollständig aus China; möglicherweise sind einige unserer schweren Waffen französischen Ursprungs und von Zaire geliefert worden. Insgesamt können wir jede Hilfe der USA für unsere Bewegung abstreiten".*

Sei es nun wie es sei. Ganz sicher hat die FNLA aufgrund der seit Monaten dauernden Kämpfe und ihrer Niederlagen gegen die MPLA einen enormen Bedarf an Ersatzteilen u.ä. sowie an der vollständigen Ersetzung zerstörten Kriegsmaterials durch neue Lieferungen. Woher bekommt es diese, das ist die Frage?! Möglichkeit 1): In erster Linie weiterhin von der VR China? Möglichkeit 2): Von imperialistischen Staaten?

Eine andere Möglichkeit, z.B. Lieferungen aus Zaire scheiden wohl weitgehend aus, da Zaire selbst völlig auf Waffenlieferungen imperialistischer Länder angewiesen ist.

Also: Entweder die chinesische Regierung unterstützt weiter massiv die FNLA. Dann wären ihre Nichteinmischungs-Parolen ein glatter Hohn. Oder aber die FNLA wird massiv von den Imperialisten unterstützt. Dann wäre die Parole von der „Gleichberechtigung der drei Befreiungsbewegungen" ein Hohn!

Wie man's auch ansieht – kein Ruhmesblatt für die gegenwärtige chinesische Außenpolitik und deren westdeutsche Nachbeter KBW, „KPD/ML" etc.! ●

Zimbabwe:

Spaltung des ANC



Rückschlag oder Fortschritt für den Befreiungskampf ?

Mitte September spaltete sich der ANC (African National Council).

Der ANC war eine Vereinigung von vier oppositionellen Gruppen der schwarzen und weißen Bevölkerung im rassistisch-faschistischen Zimbabwe (Rhodesien).

Seine derzeit wesentliche Funktion sollte darin bestehen, in Verhandlungen mit den weißen Faschisten den Widerstand zu koordinieren und mit einer Stimme sprechen zu lassen. So traten die vier Oppositions- und Befreiungsbewegungen noch Ende August gemeinsam in dem Treffen mit dem faschistischen Regierungschef Smith auf.

Dieses Treffen – im Wesentlichen initiiert vom RSA-Chef Vorster und von Sambias Präsident Kaunda – stellte bisher den Höhepunkt der seit Jahren laufenden „Verfassungsdiskussion" in Zimbabwe dar. Da die derzeitige Regierung nicht bereit war, die Schwarzen (95 % der Bevölkerung) mehrheitlich in Parlament und Regierung wählen zu lassen, mußten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden.

Im Anschluß daran brachen die Widersprüche innerhalb der derzeitigen Opposition offen aus:

- ▶ die ZANU und FROLIZI vertrat die Forderung „ein Mann – eine Stimme", „sofortige Mehrheitsregierung". Bis zur endgültigen Er-

die Forderung „ein Mann – eine Stimme", „sofortige Mehrheitsregierung". Bis zur endgültigen Er-

füllung dieser Ziele müsse der bewaffnete Kampf fortgesetzt werden.

- ▶ die ZAPU und der „alte" ANC waren bereit, weiterhin über eine „Übergangsregelung" bis zur Mehrheitsregelung zu verhandeln und den bewaffneten Kampf bis dahin einzustellen.

Durch die Politik der ZAPU und des „alten ANC" scheint den faschistischen Kräften im südlichen Afrika (Vorster und Smith), aber auch der schwarzen Bourgeoisie (hier hauptsächlich Sambias Kaunda) das Ziel – nämlich eine „gemäßigte" und „verhandlungsbereite" schwarze Opposition – ein Stück näher gerückt zu sein!

Die Verfassungsgespräche

Ende August trafen Vertreter des ANC mit dem Faschisten Smith (auf einer Brücke über dem Sambesi in einem Eisenbahnwaggon) zu Verhandlungen über die zukünftige Verfassung von Zimbabwe zusammen.

Das Treffen machte deutlich, daß sich in dieser Frage die Auffassungen der Verhandlungsteilnehmer antagonistisch gegenüberstehen:

- ▶ Smith: *„Solange ich lebe, wird es keine schwarze Regierung in Rhodesien geben.'*
- ▶ Der Sprecher des ANC, Bischof Muzorewa: *„Wir wollen eine Regierung der afrikanischen Mehrheit, wir verhandeln nur noch über die Modalitäten des Machtwechsels'*

(Zitate aus „Stern", Nr. 37).

Für den revolutionären Teil des Widerstandes – der ZANU – hatte deren Führer N. Sithole nur den Verhandlungsspielraum deutlich gemacht:

- ▶ *„... Die einzige Bedingung, die wir für die Konferenz stellen, ist die, daß sie eine sofortige Mehrheitsregierung bringen soll. Die Forderung hat zwei Aspekte: Über die Mehrheitsregierung kann nicht verhandelt werden, das muß als absolute Voraussetzung akzeptiert werden. Es muß akzeptiert werden, daß es in Zimbabwe einen Übergang der Macht von der weißen Minderheit auf die schwarze Mehrheit geben muß. Verhandelbar ist nur das kleine Wort „sofort", weil es die Zeitfrage enthält und das Problem der Art und Weise, wie die Macht von der Minderheit auf die Mehrheit des Volkes übergehen soll. Wir akzeptieren deshalb eine Übergangsperiode, die mehr oder weniger der in Mozambique entsprechen soll. Das heißt, sie soll nicht über 12 Monate hinausgehen, alles darüber ist für uns vollständig unakzeptierbar. In der Übergangsperiode enthalten ist im Prinzip eine provisorische Regierung, die durch afrikanische Vertreter dominiert sein muß, damit sie die Entstehung der kommenden Mehrheitsregierung erleichtert"* („KVZ", 19.6.75).

Die einander ausschließenden Positionen ließen die Verhandlungen nach zehn Stunden platzen.



Ein politischer Führer der ZANU hält eine Versammlung mit den Bewohnern eines Dorfes in Zimbabwe ab

Ein politischer Führer der ZANU hält eine Versammlung mit den Bewohnern eines Dorfes in Zimbabwe ab



Politische Kader der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) erklären den Bewohnern eines Dorfes die Ziele des Befreiungskampfes

Weitere Verhandlungen der beteiligten Parteien sind schon deshalb auszuschließen, weil Smith provokativ fordert, nur noch in Rhodesien zu verhandeln, aber nicht bereit ist, den Vertretern von ZANU und FROLIZI hierzu Immunität zuzusichern, sondern sogar mit Verhaftung droht, *„da es sich um bekannte Terroristenführer handelt, die die Verantwortung für Morde und andere Greueltaten, die sich im Lande ereignet haben, tragen. Diese Männer lassen sich nur mit Baader-Meinhof und dem Schwarzen September vergleichen"* („NZZ", 27.8.75).

Die einzige Möglichkeit, die Machtverhältnisse in Zimbabwe real zu verändern, schilderte der Vertreter der ZANU in Westeuropa, R. Chiwara, so:

„Wir stecken unsere ganzen Anstrengungen nicht in Diskussionen und Verfassungskonferenzen, sondern in den bewaffneten Kampf, den einzigen Weg, der die vollständige Unabhängigkeit bringen wird" („KVZ", 4.9.75).

Gleichzeitig rüsten die Faschisten zum Versuch, den Widerstand zu liquidieren oder zumindest schwer zu treffen. Smith: *,Unsere Truppen haben Pläne ausgearbeitet, nach denen die Terroristen ausgerottet werden.'* Zur Verfügung stehen ihm 5.000 Mann starke, mit modernsten Waffen ausgerüstete Landstreitkräfte, sowie eine 1.500 Mann starke Luftwaffe mit modernsten Kampfflugzeugen.

Dazu kommt, daß fast der gesamte weiße Mob schwer bewaffnet ist: *„Heute sind die Farmen im Norden Rhodesiens verbarrikadiert wie Festungen. Nachts werden Stahlplatten mit Schießscharten vor die Fenster und Türen gerückt."* Ebenso rekrutieren die Faschisten in Europa und den USA: *„Mehrere hundert Söldner, Engländer, Amerikaner, Österreicher und Deutsche dienen bereits in der regulären rhodesischen Armee..."* (alle Zitate aus „Stern", Nr. 37).

Im Norden wird die gesamte afrikanische Bevölkerung in „Wehrdörfer" gepfercht, um ihre Teilnahme am Befreiungskampf zu verhindern!

Taktikwechsel der Faschisten

Neben dem verstärkten Terror des Smith-Regimes gegen den Widerstand gibt es natürlich eine andere Seite der Medaille. Sie liegt darin „Verhandlungsbereitschaft" vorzutäuschen. Hiermit tragen die Imperialisten und die Faschisten im südlichen Afrika der dortigen Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Völker Rechnung:

- ▶ Die großen Erfolge der ZANU in den letzten drei Jahren. ZANU hat heute faktisch überall im Land Unterstützungs- und Versorgungsbasen. Sie kontrolliert vollständig Gebiete, die größer sind als die Schweiz. Im Dezember 74 war aus Teilen der rhodesischen Armee zu hören, daß der Krieg gegen die Befreiungsbewegungen militärisch nicht mehr zu gewinnen ist. Die Reihen der ZANU verbreitern sich so schnell wie nie zuvor (Angaben nach „NZZ", 8.12.74).
- ▶ Der Sieg der FRELIMO in Mozambique sichert den Nachschub und die Ausbildung der Kämpfer. Hier befindet sich das Ausbildungslager der FRELIMO in Tansania.
- ▶ Die Schwächung der südafrikanischen Rassisten.

Besonders die Erfolge der SWAPO in Namibia binden einen großen Teil des Repressionsapparates der RSA und machen ein starkes Engagement der RSA in Zimbabwe unmöglich.

Vor diesem Hintergrund suchen die Imperialisten verstärkt nach schwarzen Kollaborateuren. Sie sollen auf der einen Seite die imperialistische Ausbeutung in Zimbabwe sichern und auf der anderen Seite die ausgebeuteten Schwarzen integrieren und beruhigen, indem eine „Beteiligung an der Macht" vorgegaukelt wird. Für diese Politik sprechen – neben dem militärischen Aspekt – auch noch einige andere Dinge:

- ▶ Seit langem versuchen die RSA-Faschisten eine Annäherung an die reaktionären Staaten Afrikas und die OAU-Staaten insgesamt. Hierdurch sollen neue Märkte für die eigenen Expansionsbestrebungen geöffnet werden. Bisher stehen dem die OAU-Boykottbeschlüsse, die im wesentlichen an die Namibia- und Rhodesienfrage geknüpft sind, entgegen (diese werden lediglich von Malawi, Elfenbeinküste und Sambia durchbrochen!). Das ist der Grund, weshalb sich gerade der Rassist Vorster für eine „Beteiligung der schwarzen Mehrheit" in Zimbabwe einsetzt. Hierdurch erhofft sich das RSA-Kapital „Einbrüche" in die OAU-Staaten und die Absicherung des eigenen Machtbereiches.
- ▶ Zweiter wesentlicher Initiator der Verhandlungen war Sambias Staatschef Kaunda. Sambia ist ökonomisch stark von der RSA abhängig. Der größte Teil der Importe kommt aus der RSA. Die Kupferwerke Sambias, deren Produkte 90 % der Auslandseinkünfte ausmachen, sind in der Hand von zwei Konzernen: Anglo-American (Sitz in Johannesburg!) und Metal-Climex (Sitz: New York). *„Sambia benötigt eine Regelung, um erneut den traditionellen Transport seiner Kupferexporte über Rhodesien aufnehmen zu können"* („NZZ", 26.8.75). Hiervon profitiert die schwarze Oberschicht in Sambia ganz erheblich. Daher schaltet sich Kaunda mehr und mehr in die Auseinandersetzungen in Zimbabwe ein.

ganz erheblich. Daher schaltet sich Kaunda mehr und mehr in die Auseinandersetzungen in Zimbabwe ein.

Seit März 75 wurden in Sambia zahlreiche Führer der ZANU und FROLIZI verhaftet, andere kamen auf „mysteriöse Weise" ums Leben. Alle Aktionen der Befreiungsbewegungen von sambischen Gebiet wurden verboten. *„Das scharfe Vorgehen Sambias gegen die von dort aus gegen Südafrika und Rhodesien operierenden Guerillos hat überrascht'* („SZ", 23.9.75).

Sieht man in diesem Zusammenhang die Unterstützung Sambias für die pro-imperialistische UNITA in Angola, so muß man feststellen, daß Sambia sich in der Frage der Befreiung der Völker im südlichen Afrika wohl endgültig auf die Seite der Imperialisten gestellt hat!

- ▶ Die Position des rhodesischen Faschisten Smith (und damit aller weißen Reaktionäre) war dagegen vor den Verhandlungen weit weniger auf eine „Veränderung" der Machtverhältnisse gerichtet (siehe oben). Da jedoch von ihnen selbst „anerkannt" wurde, daß die Befreiungsbewegung militärisch nicht zu besiegen ist (siehe oben), mußte in logischer Konsequenz eine andere „Lösung" gesucht werden. Denn ohne die Unterstützung der RSA und und der Imperialisten aus den USA, der BRD und England könnten sich diese Kräfte wohl kaum länger als vier Wochen über Wasser halten.

Die Spaltung des ANC

Nach den gescheiterten „Verfassungsgesprächen, an denen auch der Rassist Vorster und der sambische Staatschef Kaunda, teilgenommen hatten, wurden die Widersprüche innerhalb des ANC offen ausgetragen.

So kam es schon einer Zerschlagung der gemeinsamen Verhandlung gleich, als die ZAPU der Smith-Erpressung nachgab und sich bereit erklärte, auch auf rhodesischem Gebiet weiterzuverhandeln.

- ▶ **Da hier die anderen ANC-Vertreter verhaftet würden (siehe oben), könnte hier die ZAPU dann praktisch „im Alleingang" verhandeln!**

Sieht man dabei, daß die ZANU und FROLIZI faktisch als einzige Befreiungsorganisationen den bewaffneten Kampf gegen das weiße Siedlerregime führen und sie auch die Mehrheit innerhalb des ANC stellen, so wird allein daran die ZAPU-Taktik genug entlarvt.

Damit nicht genug:

- ▶ Während die ZAPU-Vertreter des ANC in den Verhandlungen noch „Einheit" und volle „Übereinstimmung" mit den Forderungen des Volkes von Zimbabwe („ein Mann – eine Stimme"; kurze „Übergangsregierung" dann schwarze „Mehrheitsregierung" etc.) demonstrierten, hatten sich die ZAPU-Führer mit Smith schon anders geeinigt.

Der ZANU-Führer N. Sithole wirft der ZAPU vor *"...eine Übereinkunft mit Smith ausgehandelt zu haben. Ziel dieser Übereinkunft sei*



Weiße Rassisten in Zimbabwe

*es, Nkomo (*Chef der ZAPU, die Red.) *als schwarzen Ministerpräsidenten und den derzeitigen Informations - minister Wickus de Kock als weißen Vizeregierungschef zu etablieren*" („FAZ", 26.9.75).

Das Eingehen der ZAPU auf dieses Konzept ließ den Faschisten, Staatschef, Smith dann auch plötzlich feststellen, „*daß eine Teilung der*

(„FAZ", 26.9.75).

Das Eingehen der ZAPU auf dieses Konzept ließ den Faschisten, Staatschef, Smith dann auch plötzlich feststellen, „*daß eine Teilung der* *Macht zwischen Weißen und Afrikanern eine ,absolut logische' Eventualität darstelle und dem ,gesunden Menschenverstand' entspreche.* (!!)" („SZ", 23.9.75).

Die ANC-Mehrheit beschloß aufgrund der Kollaborationspolitik der ZAPU, diese aus dem ANC auszuschließen. Gleichzeitig wurde von den fortschrittlichen Kräften des ANC eine neue Organisation geschaffen, die ZLC. Die ZLC (Befreiungsrat von Zimbabwe) wird erst dann „*die Waffen niederlegen, wenn die Herrschaft der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit gewährleistet ist*" („SZ", 4.9.75).

Die ZAPU hat für Mitte Oktober zu einem „ANC-Kongreß" in Salisbury (der Hauptstadt Zimbabwes) aufgerufen. Dieser Kongreß ist von den Faschisten ausdrücklich genehmigt worden, während das Einreiseverbot für die Vertreter der Befreiungsbewegungen wiederholt wurde.

Hierzu der Vertreter der ZANU in Westeuropa:

▶ „*(Es) ist ausgemacht, das Nkomo sofort die Gründung einer neuen politischen Organisation verkündet, die durch Smith anerkannt würde als offizielle politische Partei. Smith würde erklären, daß er nur in Rhodesien und nur mit legalen politischen Parteien verhandeln würde. Die einzige, die dann existieren würde, wäre die von Nkomo neu gegründete. Das ist es auch, was die Regierungen von Südafrika und Sambia sehen wollen...*" („KVZ", 4.9.75).

Durch einen solchen Schritt wäre die Organisation geschaffen, die die Aufgabe hätte, im Interesse der Imperialisten die ausgebeutete Mehrheit in ein „neues" System zu integrieren, indem eine Beteiligung an der Macht vorgetäuscht würde. Smith tönt schon heute, er „*könne sich gut vorstellen, daß Rhodesien eines Tages von einem schwarzen Ministerpräsidenten und einem gemischtrassigen Kabinett regiert werde*" („FAZ", 26.9.75).

Eine schon sehr „starke Wandlung" für einen Mann, der noch vor Tagen meinte, „*Zu meinen Lebzeiten gibt es keinen Schwarzen in der Regierung*" (s.o.).

Der bewaffnete Kampf geht weiter

Der bewaffnete Kampf geht weiter

Daß die opportunistische Politik der ZAPU-Führung zwar bei Smith „Zustimmung" findet – und auch das wohl mehr aufgrund des Drucks von der RSA und Sambia – bedeutet noch lange nicht, das diese Politik von der Mehrheit der weißen Reaktionäre akzeptiert und hingenommen wird.

Innerhalb seiner faschistischen Partei wurde festgestellt „*Smith habe Rhodesien mit seinen nachgiebigen Äußerungen ,schweren Schaden im Inland und im südlichen Afrika' zugefügt*" („SZ", 26.9.75).

Die weißen Faschisten in Zimbabwe werden also kaum gewillt sein, auch nur scheindemokratische Änderungen zugunsten der schwarzen Mehrheit hinzunehmen.

Angesichts der Bewaffnung der Faschisten (siehe ohen) stellt die opportunistische Politik Verrat und eine direkte Entwaffnung der schwarzen Mehrheit dar.

Dagegen stellt die ZANU:

- ▶ **Wir bestehen auf sofortiger Mehrheitsherrschaft.**
- ▶ **Über die Mehrheitsherrschaft wird nicht verhandelt.**
- ▶ **Wir akzeptieren eine Übergangsregierung von sechs bis zwölf Monaten, was darüber hinausgeht ist nicht akzeptabel.**
- ▶ **Wir akzeptieren keinen Waffenstillstand als Bedingung für Gespräche, wie Smith es will. Der Krieg geht weiter.**
- ▶ **Wenn es bis Ende Oktober keinen vernünftigen Fortschritt gibt, wird die Antwort ein noch intensiverer bewaffneter Kampf sein, bis die vollständige Befreiung mit dem Gewehr erreicht ist.**

Alles weniger wäre ein grober Betrug an der Nation von Zimbabwe. ZANU wird die kämpfenden Massen in Zimbabwe auf keinen Fall verkaufen (Nach „KVZ", 4.9.75). ●

Afrika-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Fälscher am Werk

Es ist bekannt, daß sich die sogenannte „KPD"(!) in ganz besonderer Weise der portugiesischen Reaktion und Sozialdemokratie verbunden fühlt ; keine Nummer der „Roten (?) Fahne", wo diese Konterrevolutionäre nicht als angebliche „fortschrittliche Kräfte" beweihräuchert werden, die Portugal gegen den „Sozialimperialismus" und „Sozialfaschismus" verteidigen.

Nicht etwa, daß die „KPD" gänzlich unkritisch die Konterrevolution unterstützen würde! O nein: In ihrem Pressedienst „RPK" vom 2.8.75 übt die „KPD" deutliche Kritik: „**Langes Zögern arbeitet Sozialfaschisten in die Hände.**" Die „KPD" ist nicht damit einverstanden, daß Goncalves nach seinem „Rücktritt" als Ministerpräsident formal zum Generalstabschef ernannt wurde (ohne freilich dieses Amt jemals antreten zu können). Nun, nachträglich hat sich gezeigt, daß hier die portugiesische Reaktion und Sozialdemokratie einfach s c h l a u e r war als die „KPD" – **war dies doch der viel reibungslosere und risikolosere Weg, um Gonsalves einige Tage später endgültig abzuhalftern. Das wird inzwischen wohl auch die „KPD" eingesehen haben, der es einfach noch an dem nötigen taktischen „Fingerspitzengefühl" fehlt, das die Bourgeoisie in solchen Angelegenheiten durch lange Erfahrung sich erworben hat.** In der „RPK" vom 2.8. wird jedenfalls noch wild herumgetobt, daß die „*Kräfte der Unabhängigkeit*" (gemeint sind Reaktion und Sozialdemokratie) „*eine vorläufige Niederlage einstecken*"mußten. Präsident Gomes wird zwar gelobt, daß er „*dem Hetzmonopol Cunhals im Informationswesen*" entgegengetreten sei (durch die Lahmlegung der 5.Division, der Propagandaabteilung des MFA); kritisiert wird aber, daß er „*offensichtlich vor den massiven Bürgerkriegsdrohungen Cunhals zurückgewichen*" sei (indem er Goncalves zum Generalstabschef ernannte). **Auch der ansonsten löblichen Gruppe** um Melo Antunes,„*die in der jüngsten Zeit zum Kristallisationskern der für nationale Unabhängigkeit und Selbstständigkeit eintretenden Kräfte der Bewegung der Streitkräfte geworden war*" (RPK), wird bemängelt, daß sie „*der entschlossenen Konfrontation und Machtprobe mit Cunhal ausgewichen*" sei. Wenn man dies von der lächerlichen personalistischen Hülle befreit (Antunes contra Cunhal), dann ist es in der Tat so, daß die Konterrevolution bisher dem frontalen Zusammenstoß mit der PCP und damit deren Basis in der portugiesischen Arbeiterklasse „ausgewichen" ist. Der „KPD" geht das alles offenbar nicht

revolution bisher dem frontalen Zusammenstoß mit der PCP und damit deren Basis in der portugiesischen Arbeiterklasse „ausgewichen" ist. Der „KPD" geht das alles offenbar nicht schnell genug mit der Errichtung einer faschistischen Terrorherrschaft in Portugal!

Dafür wird in der „RPK" jeder reaktionäre Militärbefehlshaber erwähnt, der mit dem konterrevolutionären Säbel gerasselt hat – natürlich als Beweis des Kampfes für „*Unabhängigkeit und Freiheit* (? !) *des portugiesischen Volkes.*"

Am Ende kommt dann der größte Hammer! Um zu „beweisen", daß jetzt auch die portugiesische Arbeiterklasse gegen den „Sozialfaschismus" kämpft, wird die machtvolle Demonstration der revolutionären Linken am 20. 8. in Lissabon in ihr genaues Gegenteil v e r f ä l s c h t:

„Im Vertrauen auf seine Kraft wird das portugiesische Volk entschlossen den sozialfaschistischen Vormarsch bremsen. Gegen den Agenten Breschnews und Bürgerkriegstreiber Cunhal riefen die Demonstranten in Lissabon: ,Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen: Vereint werden wir siegen!"

Noch schweinischer kann auch die Springerpresse nicht lügen! Tatsächlich brachte die Demonstration vom 20.8. die Unterstützung für das Papier fortschrittlicher Copcon-Offiziere zum Ausdruck. Dieses „Copcon-Papier" wurde als revolutionäre Alternative zum „Antunes-Dokument" (der konterrevolutionären Plattform der Gruppe um Melo Antunes) verfaßt. Die Demonstration richtete sich also in Wirklichkeit direkt gegen Antunes und die sonstigen Busenfreunde der "KPD"!

Es ist aber nicht weiter verwunderlich, daß die „KPD" zu solch unverschämten Fälschungen und Lügen greifen muß. Die portugiesische Arbeiterklasse w e i ß „leider", wer ihr Hauptfeind ist – das sind heute Reaktion und Sozialdemokratie und der hinter ihnen stehende Imperialismus. Wer daran etwas ändern will, muß eben zum Mittel der Lüge greifen. ●

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

zur Diskussion im Kommunistischen Bund
28 Seiten DM 1,–
Nr. 16/17 Zur Auseinandersetzung mit den ABG/München
40 Seiten DM 1,50

Bücher und Broschüren

Anzahl

○ **Polizei der BRD – keine staatlichen Mörder?**
Justiz legitimiert die Todeskommandos der Neuen Gestapo
Dokumentation zum Prozeß der Hamburger Polizeiführung gegen den Presseverantwortlichen des Kommunistischen Bund
(Sept. 75) ca. 100 Seiten DM 2,50

DIE INTERNATIONALE-Sondernummer

○ **Portugal**
Armee und Revolution (Juni 75)
12 Seiten 3. Auflage DM 1,–
Übersetzung sechs aktueller Texte aus „Esquerda Sozialista" (MES), „Poder Popular" (Massenzeitung des MES), die Plattform des MFA (Bewegung der Streitkräfte) sowie die Proklamation der „1. Großen Delegiertenversammlung der Matrosen der Marine".
12 Seiten mit zweiseitigem Drei-Farb-Poster „Povo – MFA"

○ **Revolutionärer Volkskrieg in Argentinien** (Sept. 75)
22 Seiten DM 1,–
Interview mit der PRT/ERP / Artikel zur Geschichte der PRT / ERP / Nachdruck des ARBEITERKAMPF - Artikels „Krise der Bourgeoisie – Vormarsch der Linken"

○ **MPLA – der Sieg ist gewiß** (Sept. 75) 30 Seiten
Geschichte und Kampf der MPLA und Dokumente DM 1,–

ARBEITERKAMPF-Sondernummer

○ **Zur Außenpolitik der VR China**
12 Seiten (Juli 75) DM 0,50

○ **ARBEITERKAMPF - EXTRA zur Chilesolidarität: (Sept. 75)**
Zur aktuellen Lage in Chile / Die Auseinandersetzungen im chilenischen Widerstand u.a. 8 Seiten DM 0,50

○ **ARBEITERKAMPF-EXTRA zur Portugalsolidarität: (Sept. 75)**
„Portugal darf nicht das Chile Europas werden" / Gespräch mit Genossen der SUV. / Manifest der Revolutionären Einheitsfront (FUR) / MPLA, Angola: der Sieg ist gewiß / u.a. 8 Seiten DM 0,50

○ **Die politischen Parteien in Portugal** (Mai 75)
55 Seiten **DM 1,–**
Behandelt werden die rechten und bürgerlichen Parteien CDS, PDC, PPD, P.S.P., PCP, MDP, FSP und die revolutionäre Linke MES, L.U.A.R., P.R.P-B.R., UDP, FEC/ML, MRPP, PCP/ML, AOC, PUP, LCI. Im 15seitigen Anhang sind AK-Artikel nachgedruckt; z.B. wird das Wahlergebnis behandelt („Vernichtende Niederlage für die offene Reaktion"), außerdem die Übersetzung der ersten von Arbeiterhand herausgegebenen Nummer der Zeitung „Republica" („Geschichte eines Kampfes").

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

○ **Eins teilt sich in zwei** (Dez. 71)
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat DM 6,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging** (Jan. 75)
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten!** (April 71)
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Schallplatten

Schallplatten

○ **Lieder des Hamburger Straßentheaters**
Sie haben den Präsident
Schallplatte 17 cm DM 5,–

○ **Wir führen den Kampf weltweit**
Schallplatte 17 cm DM 5,–

○ **Guten Morgen!**
Schallplatte 17 cm DM 5,–

○ **„Das politische Lied"** DM -,5o
Platten-Katalog
Dieser Katalog stellt die wichtigsten im ARBEITERBUCH lieferbaren Schallplatten (jeweils mit kurzer Beschreibung) vor.

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 8,40
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 16,80
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 10,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 20,–

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 8,–

(67)

Anschrift: ______________________

____

____

(Datum) (Unterschrift)

Portugal

Kleiner „ML"-Flirt des KBW



KBW auf Freiersfüßen?

Nachdem der KBW der Entwicklung in Portugal lange Zeit ziemlich ratlos gegenüberstand, scheint er dort jetzt endlich seine „große Liebe" entdeckt zu haben – die ORPC/ML und die mit ihr verbundene UDP.

Leider bewahrheitet es sich auch hier, daß "Liebe blind macht". Beispielsweise verkündet in der „KVZ" des KBW vom 18.9. ein kkw, den man dafür eigens nach Lissabon geschickt hat: *„In dieser Lage kommt alles darauf an, daß die Arbeiterklasse revolutionär und einheitlich auftritt. Das ist bisher nur teilweise der Fall".*

Da könnte einem ja einfallen, daß vor einiger Zeit mehrere linke Organisationen – MES, PRP/BR, LUAR, MDP/CDE, FSP und LCI – eine Einheitsfront gebildet haben und inzwischen mehrere Kampfaktionen organisiert haben. Mit dieser Einheitsfront hat jedoch der KBW – hierin ganz seiner neuen Liebe folgend – überhaupt nichts im Sinn. Stattdessen preist kkw die Vereinigungsbestrebungen der ORPC/ML mit der „PMLP" (gemeint ist die CMLP) und OCMLP: *„Gelingt es ihnen, sich auf einer richtigen* (??) *Plattform* (da könnte vielleicht der KBW mit sei-

OCMLP: „Gelingt es ihnen, sich auf einer richtigen (??) Plattform (da könnte vielleicht der KBW mit sei-

nem berühmten „demokratischen Programm" aushelfen?) *zur Kommunistischen Partei zu vereinigen, so entsteht damit eine revolutionäre Organisation..."* usw. usf.

Diese Liebe des KBW ist zweifellos recht pikant. Gegensätze scheinen sich hier anzuziehen: Der r e c h t s - opportunistische KBW und die l i n k sopportunistische ORPC/ML-UDP. Während der KBW hierzulande den Gewerkschaftsführern, Sozialdemokraten und DKPlern auf der Suche nach der „Aktionseinheit der Massen" regelmäßig förmlich in den Arsch kriecht, lehnt ORPC/ML-UDP „prinzipiell" jede Aktionseinheit mit der revisionistischen PCP ab.

Noch interessanter wird der „ML"-Flirt des KBW, wenn man sich einen weiteren Partner der vom KBW für Portugal gewünschten „revolutionären Organisation" ansieht, die OCMLP (=FEC-ml). Das sind nämlich ziemlich waschechte „Vaterlandsverteidiger".

Da der KBW nun einmal mit der ORPC/ML anzubändeln wünscht und da sich sogar ein kkw zur Zeit in Portugal aufhält, sollte man eigentlich erwarten, daß dieser auch mal einen Blick in die dort erhältliche Zeitschrift „A Causa Operaria", Organ der ORPC/ML, wirft? – Das scheint aber wohl nicht der Fall zu sein.

In „A Causa Operaria" vom 12.9. wird nämlich einiges über die OCMLP gesagt: Da wird zunächst der *„Renegat Vilar"* als *„Lakai der Bourgeoisie"* angegriffen. Der *„Renegat Vilar"*, das muß man vielleicht dazu sagen, ist der Chef der „PCP/ML"; das ist die „Bruderpartei" der hiesigen „KPD" und die e i n z i g e porgiesische Organisation, deren Vertreter bisher in Peking empfangen wurden! (Allein in diesem Jahr schon

giesische Organisation, deren Vertreter bisher in Peking empfangen wurden! (Allein in diesem Jahr schon

zweimal).

Weiter heißt es in „A Causa Operaria": *„Mit Vilar zu diskutieren ist sinnlos, weil er bloß ein Dutzend Provokateure um sich hat, die ein halbes Dutzend Schwachköpfe"* (und die „chinesischen Genossen"?!) *an der Nase herumführen. Aber unglücklicherweise gibt es heute marxistisch-leninistische Organisationen, die eine politische Linie verfolgen, die der von Vilar sehr ähnlich ist. Das ist der Fall bei der OCMLP; sie hat kürzlich angefangen, von einer Regierung der nationalen Unabhängigkeit zu sprechen, von den „positiven" Aspekten des Programms der Neun* (das reaktionäre Antunes-Papier), *von der Notwendigkeit, die nationale Wirtschaft wiederaufzubauen, von der Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse Kräfte sammelt, indem sie ein bürgerliches Regime unterstützt, das eine gewisse Normalisierung der Lage verspricht...".*

Soweit zur OCMLP, mit der KBW anscheinend gern die „revolutionäre Organisation" in Portugal aufbauen möchte....

Daß es dem KBW mit seinem „ML"-Flirt Ernst zu sein scheint, läßt ein weiterer Punkt des genannten Artikels der „KVZ" vermuten. Triumphierend wird gemeldet: *„Fast in allen wichtigen Gewerkschaften sieht sich die PCP revolutionären Einheitslisten gegenüber, die im Fall der Versicherungsangestellten z.B. 70% aller Stimmen auf sich vereinigen konnten".*

Zur Erläuterung:

1. Abgesehen von den Versicherungsangestellten wurden die bisher gelaufenen Wahlen von Listen gewonnen, auf denen die PS gemeinsam mit der Provokateurs-Organisation MRPP („ML"er) kandidierte. „A Causa Operaria" von ORPC/ML-UDP schreibt in der schon zitierten Ausgabe vom 12.9. dazu: „ *...daß die Allianz MRPP/PS, die bei den Bankangestellten, Journalisten und Schriftstellern unter „antisozialfaschistischen" Parolen den Sieg davontrug, nichts vom Kampf gegen den Faschismus sagt, daß sie die Arbeiter für diesen Kampf entwaffnet. Man muß sie als Konterrevolutionäre entlarven".*

2. Mit der vom KBW so genannten „revolutionären Liste" bei den Versicherungsangestellten hat es folgende Bewandnis: Auch dort kandidierten (gegen ein Listenbündnis von PCP, MES, FSP und LCI) gemeinsam Vertreter der PS und der Vaterlandsverteidiger, MRPP und AOC („PCP/ML"). Offensichtlich i r r t ü m l i c h wurde z.T. berichtet, daß diese Liste auch von der ORPC/ML-UDP unterstützt würde (siehe z.B. „Republica", 11.9. und 12.9.). In diesem Irrtum befangen, hat wohl kkw in der „KVZ" diese Liste als „revolutionär" hochgejubelt.

ORPC/ML-UDP s e l b s t hat diesen Irrtum kurz darauf richtiggestellt:

ORPC/ML-UDP s e l b s t hat diesen Irrtum kurz darauf richtiggestellt:

„Verschiedene Informationsorgane haben berichtet, daß die UDP mit einem Kandidaten der Liste A unterstützt, die kürzlich die Wahlen in der Gewerkschaft der Versicherungsangestellten gewonnen hat. Zu diesen Berichten geben wir folgende Klarstellung:

Die UDP unterstützt in keiner Weise irgendeine Liste, die von der Allianz MRPP-AOC-PS gebildet wird, wie die Liste A bei den Versicherungsangestellten. Denn die von dieser Allianz vertretene gewerkschaftliche Linie ist klarer Verrat an den Bestrebungen des arbeitenden Volkes und öffnet den Faschisten die Tore der Gewerkschaften . . ." (nach „Republica", 19.9.).

Hier ist der KBW, was die Haltung seiner „Freundin" ORPC/ML-UDP angeht, offenbar im Übereifer voll reingefallen.

Indessen geht es nicht um einen bloßen „Irrtum", da allgemein bekannt ist, daß insgesamt die bisherigen Gewerkschaftswahlen nicht von „revolutionären Listen", sondern von der PS, im Bunde mit den Vaterlandsverteidigern, gewonnen wurden. Wenn man bedenkt, daß diese Wahlen durchweg im eher kleinbürgerlichen Bereich (Angestellte, Journalisten) stattfanden, wird man – abgesehen von tatsächlichen Fehlern der bisherigen revisionistischen Gewerkschaftsvorstände, den k l a s s e n - mäßigen Charakter dieser „revolutionären" Wahlsiege leicht durchschauen.

Insgesamt muß man feststellen, daß der KBW in Portugal schon fest im Sumpf der Vaterlandsverteidiger und des Sozialdemokratismus steckt. Die ORPC/ML-UDP, die zu einer Reihe Fragen korrektere Positionen als die „KVZ" vertritt (!!), hat der KBW dabei schon rechts überholt.

Man darf gespannt sein, ob der KBW als nächsten Schritt und schöpferische Weiterentwicklung, der „KPD/ML" hierzulande entsprechende „Vereinigungs"-Offerten zu machen gedenkt. Unmöglich ist beim KBW ja wohl nichts mehr . . . ●

Portugal:

China wärmt imperialistische Lügen auf !

In einem längeren haarsträubenden Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur „hsinhua" zur Lage in Portugal, wird kräftig Partei für den US-Imperialismus genommen: Ford *„warnte"* die Sowjetunion, *„im Trüben zu fischen"*; Vizepräsident Rokkefeller *„widerlegte diese Behauptungen"* (der sowjetischen Presse über die Unterstützung der portugiesischen Konterrevolution durch den US-Imperialismus!!) usw.

Höhepunkt dieses traurigen Geschreibsels ist die Behauptung, *„Moskau"* (!), benütze in Portugal *„moskautreue Elemente"* (die PCP), denen es *„große Geldsummen"* und *„sogar durch verschiedene Kanäle W a f f e n"* gegeben habe.

Man erinnert sich daran, daß erst kürzlich die bürgerliche Presse Greuelgeschichten kolportierte, daß in der DDR die „Baader-Meinhof-Terroristen" ausgebildet würden (hoffentlich ist das nicht die nächste „Enthüllung" von „hsinhua"!). Man erinnert sich aber vor allem daran, was vor einigen Wochen im Athener Prozeß gegen die Führer der faschistischen Junta aufgedeckt wurde: Zur propagandistischen Vorbereitung des Putsches lieferten der CIA und der griechische Geheimdienst erlogene Meldungen, daß die Sowjetunion die griechischen Revisionisten mit Waffen für einen Aufstand versorgen würde. – So wurde die Putschstimmung innerhalb des Offizierskorps gehoben. Bei den „hsinhua"-Märchen stellt sich bloß noch die Frage, ob sie bei den imperialistischen Geheimdiensten abgeschrieben sind, oder ob sie nicht etwa frei erfunden sind und somit Zuliefererdienste für die konterrevolutionäre Propaganda leisten.

Offensichtlich ist in der VR China wieder mal eine Kulturrevolution fällig! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

§ 218
KBW was nun?

Am 21. September fand in Bonn eine nationale Demonstration des KBW und seiner Komitees „Weg mit dem § 218! – Volksentscheid gegen den § 218!" statt. Als Teilnehmerzahl gibt der KBW selbst 25.000 an („KVZ", 25.9.); Zählungen von Genossen, die in Bonn dabei waren, ergaben allerdings nur etwa 16.000.

Der KBW war bekanntlich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ganz groß in diese Kampagne eingestiegen, um der Bewegung gegen das Abtreibungsverbot mit der Forderung nach einem „Volksentscheid" die „einzig mögliche Perspektive" zu geben. Der KBW hatte in den letzten Monaten den größten Teil seiner Aktivitäten auf diese Kampagne konzentriert, unter Zurückstellung fast aller anderen Aufgaben. Jeder Kritik an der schwachsinnigen Forderung nach einem „Volksentscheid" (siehe AK 65) hatte der KBW unverschämt entgegengehalten, die Parole sei „gut, weil sie richtig ist", und sei außerdem als einzige geeignet, „die Massen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen".

Die Demonstration ist den Beweis für die Unfehlbarkeit der „Volksentscheid"-Parole schuldig geblieben. Wenn auch sicherlich viele gutwillige Menschen daran teilnahmen, um ihren Protest gegen den § 218 zum Ausdruck zu bringen, kann doch von der vom KBW versprochenen „Zusammenfassung" der Bewegung gegen den § 218 – die um ein Vielfaches breiter ist – keine Rede sein. So vermeidet der KBW in seiner eigenen Einschätzung der Demonstration auch wohlweislich diese bisher von ihm gebrauchte Formulierung („Zusammmenfassung der Bewegung"). Abgeschwächt heißt es jetzt, die Forderungen der Komitees („Volksentscheid gegen § 218") seien geeignet gewesen, einen „aktiven Kern" zusammenzuschließen („KVZ", 25.9.) . Wir meinen, daß angesichts des vom KBW monatelang betriebenen Aufwands die erreichte Mobilisierung nicht gerade sensationell ist.

Die „Perspektive Volksentscheid" scheint als „Aufhänger" für diese Demonstration gerade gut gewesen zu sein, für mehr aber nicht . Eher peinlich wird es, wenn man in der „KVZ" j e t z t nach einer Antwort über die Weiterführung des Kampfes sucht. Da wird man keineswegs erfahren, wie, wann oder wodurch der „Volksentscheid" jetzt durchzusetzten wäre (vielleicht durch eine Fortführung der Unterschriftensammlung ??). Da helfen auch die überaus weisen Worte der „KVZ" kaum weiter, daß die Demonstration *„die Möglichkeiten erheblich verbessert (habe), den Machenschaften des bürgerlichen Staates entgegenzutreten"* („KVZ", 25.9.).

Die ganze als geradezu einmalige und phantastische Idee angepriesene Stoßrichtung der KBW-Kampagne reduziert sich auf das, was überraschend häufig von Teilnehmern in Bonn unverblümt zum Ausdruck gebracht wurde: Die Forderung nach einem „Volksentscheid" würde ihnen auch nicht einleuchten, aber i r g e n d w a s habe man ja machen müssen. Wie es danach w e i t e r gehen soll, steht in den Sternen. Ernsthafte Beiträge für den Aufbau einer Kampffront gegen den § 218 sind von dieser Politik nicht zu erwarten.

KBW zu Chile
Ganz neue Erkenntnisse

Anläßlich des 2. Jahrestages des faschistischen Putsches in Chile schreibt die „KVZ" des KBW (18.9.75): *„Vor zwei Jahren . . . haben wenige vorausgesehen, daß sich die faschistische Militärjunta so lange am Ruder halten könnte, ohne durch massive Widerstandsaktionen der Arbeiterklasse und des Volkes ernsthaft erschüttert zu werden".*

Allerdings! Zu denjenigen, die das damals absolut nicht begreifen wollten, gehörte der KBW. Zu den „wenigen", die das r i c h t i g vorausgesehen haben, gehörte damals der KB. Davon steht natürlich in der „KVZ" kein Wort!

In AK 35 (November 1973) kann man auf S. 22 bis 23 die Auseinandersetzung finden, die wir damals um diese Frage mit dem KBW führten. Wie üblich waren damals die KBW-Führer viel zu arrogant, um auch nur mit einem Wort auf unsere Argumente einzugehen.



Nach zwei Jahren der Fehleinschätzung: Ohne Selbstkritik beginnt sich der KBW mit den Tatsachen vertraut zu machen!

Erinnern wir uns: Am 26. September 1973, also immerhin zwei Wochen nach dem Putsch, erschien die „KVZ" mit der knalligen Überschrift: *„Chile: Das Volk ist nicht besiegt"*. Und selbst in der „KVZ" vom 29. Oktober 1973 hieß es noch: *„Die Situation in Chile läßt sich noch nicht eindeutig einschätzen (!). Sicher ist, daß es der Militärjunta noch nicht gelungen ist, die Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes zu zerschlagen und wahrscheinlich ist, daß es ihr auch nicht gelingen wird, die Lage zu konsolidieren und ein konsolidiertes konterrevolutionäres Regime zu errichten".* Überschrift dazu: *„Chile, organisierter Widerstand. Die einheitliche Führung wird hergestellt".*

Die Hamburger Ortsgruppe des KBW triumphierte eine Woche nach dem faschistischen Putsch in einem Flugblatt: *„Die Junta hat ihr Ziel nicht erreicht!"*. Die Lage der Junta sei *„h o f f n u n g s l o s"* !!! Denn: *„Über die Situation auf dem Lande dürfen Presse und Rundfunk nicht berichten, was darauf hindeutet, daß es dort für die Junta nicht besonders gut aussieht. Die Junta beherrschte am Sonntag* (Das war der sechste Tag nach dem Putsch – Anm. AK) *also lediglich einen kleinen Teil des Landes, das Zentrum von Santiago und diejenigen Viertel, in denen sich die Reichen niedergelassen haben".*

Im AK 35 hieß es zu diesen euphorischen „Einschätzungen": **„ . . . So scheint es sich jetzt in Chile gerade darum zu handeln, daß nach einer Phase des spontanen Widerstands unmittelbar nach dem Putsch jetzt mit der Organisierung eines langfristigen revolutionären Kampfes begonnen worden ist. Dabei geht es nicht um Tage oder Wochen (wie der KBW immer noch seinem gutgläubigen Publikum vorgaukelt), sondern sicher zumindest um Monate, wenn nicht um einen Zeitraum von mehreren Jahren".**

Nunmehr, zwei Jahre später, scheint sich die Erkenntnis auch im KBW durchgesetzt zu haben: *„Versteht man die bittere Wahrheit nicht, daß der 11. September 1973 nicht nur eine Niederlage, sondern ein Zusammenbruch gewesen ist, kann man auch nicht verstehen, was jetzt in Chile notwendig ist: die Neubildung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung". „Auf der Seite der Arbeiterklasse herrschte am 11. September und danach das Chaos (!). Betrieb auf Betrieb, Poblacion auf Poblacion konnte von der Junta aufgerollt werden, ohne daß über einzelne verzweifelte Gefechte hinaus ernsthafter Widerstand hätte geleistet werden können" (!). „Die Solidaritätsbewegung in Westdeutschland muß begreifen, daß in Chile ein schwieriger und langwieriger Aufbauprozeß notwendig ist und daß es falsch wäre, die Solidarität auf die Hoffnung rascher und spektakulärer Erfolge zu gründen"* („KVZ", 18.9.75).

Sicher ist es zu begrüßen, daß sich der KBW zwei Jahre nach dem faschistischen Putsch mit den Tatsachen vertraut zu machen beginnt. Das Unverschämte daran ist jedoch, daß er nicht nur keinerlei Selbstkritik an seinen früheren Fehl„einschätzungen" übt, sondern sich sogar noch frech in die Positur desjenigen wirft, der der „Solidaritätsbewegung in Westdeutschland" Lehren zu erteilen hat. Dies zeigt, daß vom KBW in der Frage einer ehrlichen und sachlichen politischen Auseinandersetzung auch in Zukunft vorerst kein Wandel zum Besseren zu erwarten ist. •

USA
Auch das ist „Nach Vietnam Politik"

US-Oberleutnant Calley auf freiem Fuß und bereit zu neuen Massakern!

William L. Calley, am 31. Mai 1971, in Fort Benning vom Gericht des Massenmordes für schuldig erkannt und zu lebenslangem Gefängnis verurteilt, ist wieder voll in die bürgerliche Gesellschaft integriert. Er wurde nachträglich freigesprochen!

Am 16. März 1968 hatte Calley seinem Zug der US-Army die Ausrottung aller Bewohner des südvietnamesischen Dorfes My Lai befohlen, und dabei kräftig mitgeholfen. Mehr als 5.000 Männer, Frauen und Kinder starben im Serienfeuer der MP's.

Heute ist dieser Gangster wieder obenauf. Im Auftrage oder zumindest unter ausdrücklicher Billigung durch die US-Army reist Calley jetzt im Lande herum und hält Vorträge über seine Erlebnisse in Vietnam. D. h. er ist Reisender in Sachen Massenmord, denn eine gewisse Erfahrung kann ihm keiner absprechen. Gage pro Abend 5.000 Dollar! Gleichzeitig ist Calley in weitere Geschäfte eingestiegen: Titelheld einer Rock-Oper, eines Theaterstückes und eines Schallplattenhits.

Auch ist jetzt ein Buch von ihm erschienen: „Ich war gern in Vietnam – Leutnant Calley berichtet"; finanzieller Erlös, eine halbe Million Dollar. Geplant ist, dieses Werk sogar in mehrere Sprachen zu übersetzen. Daß diese Literatur offen und kriegshetzerisch zum Völkermord auffordert, ist nicht nur „logisch" sondern die Aufgabe, die Mr. Calley bestimmt glänzend erfüllt hat.

Dies ist ein Beitrag, um in den USA selbst nicht nur den Völkermord in Vietnam zu rechtfertigen, sondern hier wird deutlich, daß die Imperialisten ihre Expansionspläne noch lange nicht aufgegeben haben. Sie sind gefährlicher denn je.

(nach „die tat" vom 14.6.75)

USA-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Thessaloniki / Griechenland:

„Nieder mit Franco"

Am Mittwoch, dem 17. September, fand in Thessaloniki ein Fußballspiel im Rahmen des „Europapokalwettbewerbes der Landesmeister" zwischen PAOK Thessaloniki und dem spanischen Meister FC Barcelona statt.

Dieses Spiel wurde sowohl in Griechenland als auch in ganz Spanien „live" übertragen.

Während des Spieles wurden plötzlich im ganzen Stadion riesige Transparente entrollt und aufgehängt; darunter folgende Losungen: „Nieder mit dem Faschisten Franco", „Nein zu den Exekutionen der spanischen Kämpfer", „Freiheit für das spanische Volk".

Die Transparente wurden mit Beifall im Stadion aufgenommen und blieben während des gesamten Spieles hängen. Was für ein Publikum!

**Griechenland-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Chile/Frankreich:

Die französische Regierung deckt die Morde Pinochets

Vier Französinnen, Marguerite Arias Erika Chanfreau, Aurélia Radrigan und Atenas Reyes, führen seit dem 10. September in der Kirche Saint-Germain des Près in Paris, einen Hungerstreik durch, um die französischen Behörden zu zwingen, Schritte zugunsten ihrer Ehemänner einzuleiten. Alle vier (drei Chilenen, ein Franzose: René Chanfreau) wurden im Laufe des vergangenen Jahres durch die faschistische Junta in Chile verhaftet. Die chilenischen Faschisten haben die Verhaftung von bislang nur einem Genossen anerkannt, der sich im Konzentrationslager von Riloque befinden soll.

Die drei anderen stehen auf der Liste der „119 Verschwundenen", die nach Pinochets Aussagen sich im Ausland gegenseitig umgebracht haben sollen – vor allem auch in Frankreich.

Der französische Innenminister Poniatowski hat es bislang noch nicht für nötig gehalten, diese enorme Lüge zurückzuweisen.

Im übrigen sei es ihm unmöglich „sich in die inneren Angelegenheiten Chiles einzumischen"....

Aufruf der vier Hungerstreikenden

„unsere Ehemänner wurden durch die Militärregierung Chiles 1974 verhaftet. Drei von ihnen wurden nie als Gefangene anerkannt, obwohl es unwiderlegbare Beweise für ihre Verhaftungen gibt. Kürzlich sind ihre Namen in den Listen aufgetaucht der 119 „Extremisten die im Ausland gestorben sein sollen".

Zwei von uns, die Französinnen sind, und die chilenische Männer haben, haben sich an die französische Regierung gewandt um sie darum zu bitten, zugunsten unserer Ehemänner einzugreifen.

Die Antwort war: nein

Erika Chanfreau, deren Ehemann Franzose ist, hat keine Antwort bekommen.

Wir sind französische Staatsbürgerinnen und unsere Kinder haben gleichfalls die französische Staatsangehörigkeit. Wie viele andere Frauen wurden auch wir Opfer der wilden Repression der chilenischen Militärregierung, zwei von uns wurden verhaftet und gefoltert. Wir fordern einen klaren Protest gegenüber der chilenischen Regierung – dies um so mehr, daß, laut der chilenischen Presse, einige der 119 in Frankreich ermordet wurden.

Wir sind der Meinung, daß kein Argument gegen die Forderung nach Respektierung der Menschenrechte sprechen kann."

(Aufruf an die Öffentlichkeit).

Zeugenbericht von Erika Chanfreau

„Ich wurde einen Tag nach meinem Mann verhaftet, am 30. Juli 1974. Ich blieb 29 Tage lang als „nicht anerkannte Gefangene". Alle Schritte, die meine Familie bei der französischen Botschaft in Chile eingeleitet hat, blieben erfolglos. Die Junta leugnete unsere Gefangenschaft. Von diesen 29 Tagen verbrachte ich 20 in dem Folterhaus der London-Straße in Santiago.

Wir wurden ununterbrochen auf Stühlen festgebunden, die Augen zugebunden, und wurden systematisch gefoltert. Von morgens bis abends, von acht Uhr morgens bis zehn Uhr abends, wurde laut Musik gespielt, damit man die Schmerzensschreie nicht hören konnte. ... Als einzige Ernährung bekamen wir kaltes Wasser, manchmal etwas Kaffee, ein paar Brotkrümel oder auch manchmal Orangenschalen, die die Aufseher uns schenkten oder liegen ließen.

... Am 13. August wurde mein Mann mit fünf anderen Genossen aus diesem Haus zu einem unbekannten Ziel weggebracht. An diesem Tag erlaubten sie uns, Abschied von einander zu nehmen. Seine letzten Worte waren: „Sei stark und mutig. Erinnere Dich immer daran, warum wir hier sind. " ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

gleichfalls die französische Staatsangehörigkeit. Wie viele andere Frauen wurden auch wir Opfer der wilden

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Bundeswehr bildet faschistische chilenische Offiziere aus

Just in der Woche des zweiten Jahrestages des faschistischen Putsches in Chile wurde bekannt, daß die Bundesregierung schon lange chilenische Offiziere in der Bundeswehr ausbildet! Der jüngste bekanntgewordene Fall ist der des chilenischen Oberstleutnants Helmut Kraushaar, der im Stab der 1. Panzergrenadierbrigade in Hildesheim vom 18. August bis 29. September auf einen Lehrgang in der Bundeswehrführungsakademie in Hamburg Blankenese vorbereitet wird.

Natürlich ließ sich dieser Faschist die Gelegenheit nicht nehmen, auf einem Vortragsabend („Chile – mein Heimatland") seinen Dreck auszukübeln. So bezeichnete er u.a. den faschistischen Terror als „Maßnahmen zur Abwehr des Kommunismus" („Extra Dienst, 19.9.). Bei seiner Verherrlichung der Junta fand er dann auch in dem versammelten Offizierskorps sowie Bürgermeister Klinke (CDU) und Oberstadtdirektor Schöne (SPD) dankbare Zuhörer.

Während sich die CDU zu dieser Sache weitgehend ausschwieg, zeigte die SPD den Gipfel an Demagogie: Zuerst meinte Kriegsminister Leber: *„Ich wußte von nichts!"* („Mopo", 9.9.). Gleichzeitig ließ Oberst Kommer, Sprecher des Verteidigungsministeriums wissen: *„Es handelt sich um ein übliches Verfahren, wie es zwischen Ländern, die nicht der Nato angehören, aber diplomatische Beziehungen mit Bonn unterhalten, seit zehn Jahren praktiziert werde."* („FR", 9.9). Und: *„Die Bundeswehr wird die Ausbildung chilenischer Offiziere fortsetzen"!* („Mopo",9.9.).

Der Militärexperte der SPD Erwin Horn findet die Tatsache, daß die Bundeswehr Offiziere für die faschistische chilenische Militärjunta ausbildet „ärgerlich".

Nachdem Leber nun doch nicht mehr vertreten konnte, daß er von nichts 'ne Ahnung hätte, erklärte er: 1. *„Unabhängig von demokratischen Regierungsformen würden Offiziere aus 35 Ländern ausgebildet und er sei ‚dankbar' für jeden Offizier aus einem undemokratisch regierten Land. Nur so könnten sie die demokratischen Verhältnisse in der BRD kennenlernen"* („ED", 12.9.).

2. SPD-Mann Dietrich Sperling war sichtbar verärgert darüber, daß diese Sache überhaupt an die Öffentlichkeit kam und warf der Bundeswehrführung *„mangelndes politisches Fingerspitzengefühl"* vor („FR", 8. 9.).

Am 16.9. verabschiedete die SPD-Bundestagsfraktion dann – allein gegen die Stimmen von Schmidt und Leber – („ED",19.9.) eine Verurteilung der Ausbildung faschistischer Offiziere in der Bundeswehr.

In diesem Zusammenhang meinte die Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul: *„Ich betone, daß Georg Leber hier klar gegen die Solidarität verstößt, die die SPD gegenüber dem chilenischen Widerstand bisher geäußert hat."* („ED", 19.9.). Von dieser „Solidarität" konnte sich der chilenische Widerstand ja überzeugen, als die Bundesregierung in den Pariser Umschuldungsverhandlungen der Pinochet-Bande einen 1,73 Milliarden DM Kredit gab! (siehe AK 62). ●



Antimilitarismus-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Frankreich:

Folge daraus ist, daß die französische Regierung diese Hubschrauber an die chilenische Junta liefert. Der

Frankreich:

Französische Armee bildet chilenische Offiziere aus

Diese unehrenhafte Aufgabe übernimmt nicht nur die westdeutsche Bundeswehr, sondern auch die französische Armee. Chilenische Militärs werden bei der ESAM (Schule zur Spezialisierung und Anwendung des Materials) in Bourges ausgebildet. Ebenso ist es wahrscheinlich, daß chilenische Offiziere bei der ESAM in Cannet des Maures (Var) sind, wo auch die französischen Piloten ausgebildet werden. Diese Piloten machen auf dem Militärlager von Canjuers ihre Übungen (Canjuers ist das größte militärische Übungslager Westeuropas; regelmäßig trainieren dort auch die US-Marines).

Aus dem folgenden Dokument wird ersichtlich, daß diese chilenischen Militärs auf dem Manöverhubschrauber SA 300 (auch PUMA genannt) trainieren. Die logische Folge daraus ist, daß die französische Regierung diese Hubschrauber an die chilenische Junta liefert. Der PUMA kann ungefähr 20 Menschen transportieren, ist sehr schnell und sehr „handlich". Das heißt: der PUMA ist eine gute Anti-Guerilla-Waffe, für Razzien und so weiter. Auch im Kolonialkrieg der Salazar-Regierung wurde dieser Hubschraubertyp eingesetzt.

Das Dokument

„Ausländische Praktikanten in Esam am 6. Mai. Erst Spezialisierungspraktikum SA 330 SO 5584 vom 22.4. bis zum 14.6.74. Chilenen Sergent Chef Rios Torres Enrique Chef Kaporal Retanal Rojas Jorge und Salgado Gascon Jaime Zweitens Praktikum Spezialisierung SA 330 SO 5583 vom 6.5. bis zum 7.6. 74 Senegalese Sergent Dabo Amadou. Drittens Unterricht CT 1 Mechaniker Alat SO 6720 vom 6.5. bis zum 18.10.1974. Gabonese Gendarme Manda Magoye Michel. Viertens Praktikum Waffeninspektor vom 6.5. bis zum 27.9.75 Senegalese Leutnant Niang Ounar".

(Veröffentlicht in der französischen Monatszeitschrift „Lutte Antimilitariste" Nr. 17). ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Waffen deutscher Lizenz an Chile?

BANGKOK, 10. September (AP). Die thailändische Regierung will Chile einer Mitteilung des Verteidigungsministeriums vom Mittwoch zufolge 4000 unter deutscher Lizenz hergestellte Sturmgewehre des Typs HK 33 liefern. Der entsprechende Auftrag sei im vergangenen Monat von der deutschen Firma Heckler & Koch eingegangen, die Thailand die Lizenz gewährte, hieß es weiter. Wie ein Sprecher der thailändischen Regierung gleichzeitig erklärte, muß der vom Kabinett gebilligte Waffenverkauf jedoch noch auf seine rechtlichen Aspekte hin überprüft werden.

„FAZ", 11.9.75

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig: P.Liebert, 33 Braunschweig, Postlagerkarte 081368 A

Bremen: Arnold Neugebohrn, 28 Bremen 1, Postfach 10 29 41, Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Bremerhaven: 285 Bremerhaven 1, Postlagerkarte 00 31 6o

H. Lankau, 242 Eutin, Postlagerkarte A 022854

Flensburg: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 6 Frankfurt/M. 90, Kurfürstenstraße 8, öffentl. Bürostunde: mittwochs 14 – 18.3o Uhr

Göttingen: KAG im Buchladen „Rote Straße", 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 – 19.00 Uhr

Hamburg: ARBEITERKAMPF, Literatur-Vertrieb + Büro, 2 Hamburg 6, Susannenstraße 41, Tel.: 040/439 38 15

Hannover: Buchladen E. Thälmann, z. Hd. KB, 3 Hannover, Grotestraße 13

Hildesheim: 32 Hildesheim, Postlagerkarte A 019075

Kappeln: Dagmar Schneider, 234 Kappeln/Schlei, Postlagernd

Kassel: Florian Rohs, 35 Kassel, Goethestraße 31

Kiel: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck: c/o Arbeiterbuch, 24 Lübeck 1, Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg: P. Wurzbacher, 2410 Mölln, Postfach 1362

Nürnberg: G.N.K., Thomas Gradl, 85 Nürnberg 16, Postfach 16 03 65

Oldenburg: Th. Piepgras, 29 Oldenburg, Postfach

Westberlin: A. Radtke, 1 Berlin 21, Thomsiusstraße 2, Freitag. 16 – 19 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

Chile-Solidarität in Portugal

In Portugal fand der zweite Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile naturgemäß besondere Aufmerksamkeit, stets verbunden mit der Parole „Portugal darf nicht das Chile Europas werden!"

Die wichtigsten Veranstaltungen waren eine Kundgebung der FUR (Revolutionäre Einheitsfront) in Porto und der UDP in Lissabon am 11. September. Beide Kundgebungen wurden von mehreren Tausend Menschen unterstützt.

Zu der Kundgebung in Porto hatten die Organisationen MES, PRP/BR, MDP/CDE, FSP und LCI aufgerufen. Das „Aktionskomitee zur Unterstützung der MPLA" nahm gleichfalls an der Kundgebung teil. Es sprachen u.a. Vertreter des MIR und der chilenischen Sozialistischen Partei (PS). Das Regionalkomitee Nord der portugiesischen „KP" (PCP) hatte eine Grußadresse geschickt, ebenso wie die Genossen der ETA.

Die UDP, einflußreichste „ML"-Organisation Portugals, mit realer Verankerung in Teilen der Arbeiterklasse, hatte Genossen von der spanischen FRAP sowie von einer „Front des chilenischen Volkes" und einer „Union für die Befreiung und die Rechte des Volkes" aus Brasilien zu Gast.

PCP und PS hatten, abgesehen von Erklärungen, nichts getan. Die PS hatte den demagogischen Einfall, die Werktätigen zu fünf „Schweigeminuten" während der Arbeitszeit, aber ohne Einstellung der Arbeit, aufzurufen.

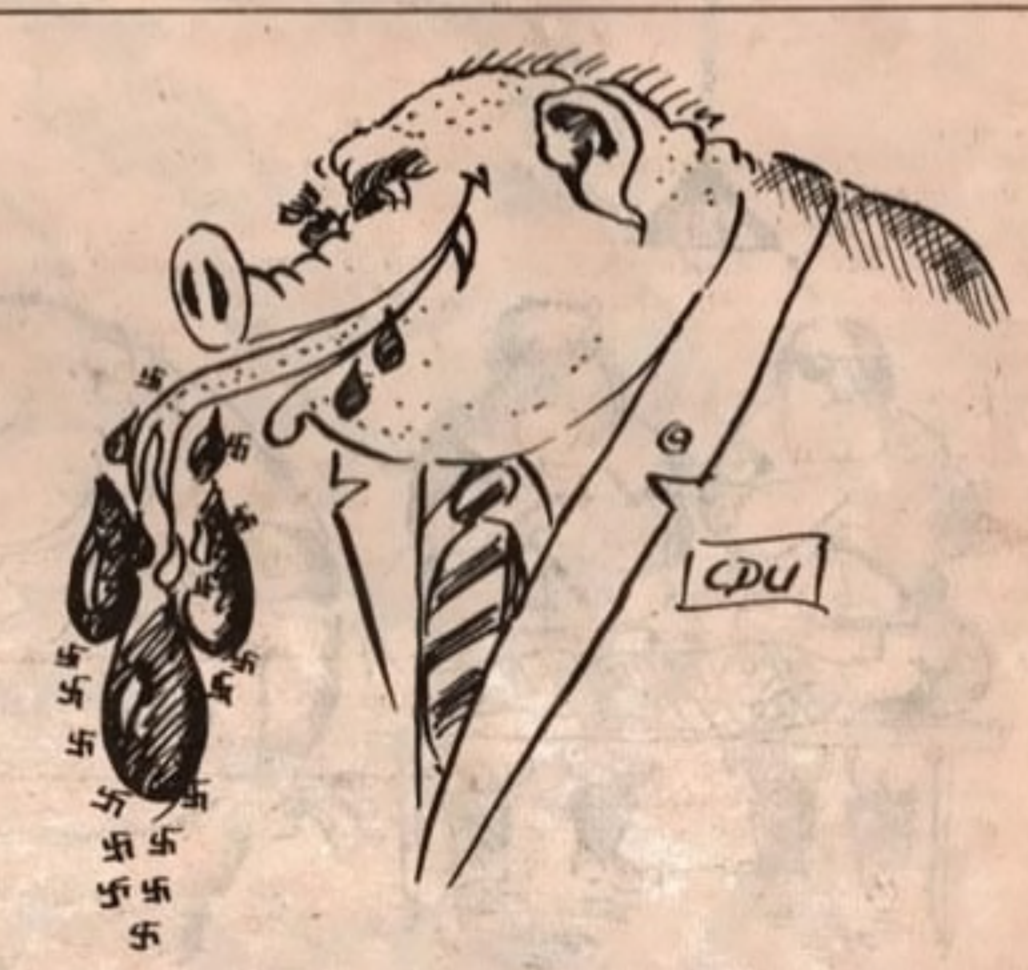
Dies vor dem Hintergrund, daß die PS-Führung gegenwärtig alles daran setzt, der internationalen Reaktion den Weg zu ebnen, um in der Tat aus Portugal das „Chile Europas" werden zu lassen!

Schweigeminuten und kleine Versammlungen fanden in vielen Armee-Einheiten statt, u.a. wurde auf der Vollversammlung der „Militärpolizei" am 11. September mit einer Schweigeminute der Opfer des chilenischen Volkes gedacht. ●



Chile-Kundgebung der UDP am 11. September in Lissabon

CDU-Professor verleumdet S. Allende und lobt Pinochet



Es handelt sich um Professor Bossle, Lehrstuhlinhaber an der Fachhochschule für Pädagogik in Lörrach (Baden), CDU-Mitglied, Initiator der CDU-Bürgerinitiativen beim letzten Bundestagswahlkampf und Referent beim CSU-Parteitag in München. Er hielt sein Referat im Club „Manquehue" in Santiago de Chile. Er machte dort seine Sympathie mit den chilenischen Faschisten sehr deutlich. Wie wohl er sich dort fühlte, kann man schon aus seinen Einleitungsworten ersehen:

„Ich befinde mich unter glaubwürdigen Zeugen, denn es ist ja etwas leichter in Santiago de Chile über Allende – den politischen Abenteurer – zu sprechen, als in Europa . . ."

Bossle bedauert die Chilenen, daß sie drei Jahre lang das *„Experiment"* der Volksfrontregierung *„ertragen mußten"* und hat den *„Eindruck, daß den Chilenen noch nicht bewußt geworden ist, welch teuflische (!) Ausdehnung der Prozeß hat, der dazu*

mußten" und hat den *„Eindruck, daß den Chilenen noch nicht bewußt geworden ist, welch teuflische (!) Ausdehnung der Prozeß hat, der dazu*

führte, daß in der Regierung der Republik ein offensichtlich sozialer und politischer Abenteurer gesessen ist".

Er beschreibt dann, wie seiner Meinung nach Allende an die Regierung gekommen ist: die Mehrheit wurde *„auf demokratischem Wege erzielt, um danach die sozialistischen Vorhaben zu enthüllen".*

Allendes Tod empfindet dieser Faschist als eine *„Tragikkomödie"*, denn *„Allende mußte merken, daß in der ‚Unidad Popular' dasselbe geschehen würde, was den Sozialisten der spanischen Volksfront geschah, wo die Sozialisten zum größten Teil von den Kommunisten und nicht von den Truppen Francos liquidiert wurden".*

So frei nach dem Motto: Wenn die Faschisten Allende nicht ermordet hätten, wäre er ja von den Kommunisten liquidiert worden!

Vergleich Hitler – Allende

Besonders scheint sich dieser Bossle mit dem Vergleich Hitler – Allende beschäftigt zu haben. Er kündigt in seinem Referat an, *„daß diese Woche ein Auszug eines Kapitels meines Buches ‚Allende, ein sozialistischer Hitler?' "* erschienen ist.

Der Oberfaschist und Massenmörder Hitler sei deshalb mit Allende zu vergleichen, da beide, *„als sie die Macht einmal erreicht hatten, ihren Weg mit einer verfassungsmäßigen Täuschung* (begannen) *. . . Man kann behaupten, daß der Beginn des Weges von Hitler und derjenige Allendes absolut gleich waren* (!!) *einschließlich, daß die Christdemokraten in Chile und die deutsche Zentrumspartei 1933 die irregeführten Parteien waren."*

Im weiteren zeigt dieser CDU-Professor auf, daß der einzige Weg, um die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft zu verhindern, der ist, den die chilenischen Faschisten begangen haben. *„Nur wenn auf dem stufenweisen Weg zur Aufrichtung einer sozialistischen Gesellschaft solche Ereignisse vorkommen, wie sie sich während der dreijährigen Periode von Allende zutrugen* (sprich: Terror, Wirtschaftsboykott etc.) *kann sich der Widerstand der Bourgeoisie durchsetzen. Und wenn man diesem eine verfassungsrechtliche* (? ? !) *Staatsmacht hinzufügt, die den Widerstand strukturiert* (sprich: Massenmorde,

setzen. Und wenn man diesem eine verfassungsrechtliche (? ? !) *Staatsmacht hinzufügt, die den Widerstand strukturiert* (sprich: Massenmorde,

Errichtung von KZ's usw. – Anm. der Red.) *hat man die Situation, die Sie in diesem Land haben."*

Den Faschismus in Chile bezeichnet dieser CDU-ler als humanes System!!

„Man muß sehen, daß den ideologisierten Sozialisten kein anderes Mittel mehr bleibt, als Rechtfertigungsformeln zu ersinnen.

Daher wird die Schematisierung eines Systems wie das der ‚Junta Militar', welches h u m a n e r als irgendeine der mehr oder weniger kommunistischen Diktaturen in irgendeinem Teil der Welt ist, als Lieblingsausrede gebraucht, um das Glück Allendes wieder aufleben zu lassen und zu sagen, daß in Chile eine Rechtsdiktatur triumphiert hat.

Und darum werden faschistische Merkmale gesucht und versucht, diese Bezeichnung hinzuzufügen. Sie werden die öffentliche Kritik noch weiterhin ertragen müssen, weil Sie es im Jahre 1973 wagten, den Triumphmarsch, den der Sozialismus in der ganzen Welt weiterführt, zu hemmen." (!)

Der Vortrag erschien in der Zeitung „El Mercurio" und wurde von der „Frankfurter Rundschau" aus dem Spanischen übersetzt. (18.8.75) ●

Eine Genossin aus dem Öffentlichen Dienst, KB/Gruppe Hamburg



3 — EL MERCURIO — Jueves 24 de Julio de 1975

Allende y el Socialismo De Europa Occidental

Abdruck des faschistischen Vortrages in der Zeitung „El Mercurio"

Chile-Solidarität in Italien



In Italien fanden vom 11. bis 14. September Dutzende von Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen in großen und kleinen Städten und Orten statt, um die Solidarität mit dem chilenischen Volk zum Ausdruck zu bringen.

Als Organisatoren standen im Mittelpunkt die Organisationen der revolutionären Linken – Lotta Continua, Avangardia Operaia und PdUP („il manifesto"). Vielfach beteiligten sich aber auch die Revisionisten und Sozialdemokraten (PCI, PSI), die Gewerkschaften (CGIL, CISL, UIL) und „ML"-Gruppen. Auf den meisten Veranstaltungen sprachen Vertreter der chilenischen Organisationen MIR und MAPU.

Die größte Demonstration fand am 13. September in Rom statt, durchgeführt von LC, AO und PdUP. Es sprach die Genossin Carmen Castillo vom MIR (Freundin des gefallenen Führers des MIR, Miguel Enriquez), ein Vertreter der MAPU und eine Genossin der ERP (Argentinien).

10.000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration, darunter ein Block von 150 Soldaten.

In Turin, wo am 13. September 5.000 Menschen demonstrierten, sprachen außer chilenischen Genossen auch eine Genossin der FRAP (Spanien) und ein Genosse der MLN-Tupamaros (Uruguay).

Am gleichen Tag demonstrierten 5.000 Menschen in Bologna. Es sprachen Vertreter von MIR, MAPU, FRAP.

Gleichfalls 5.000 Demonstranten am 13. September in Neapel, wo u.a. ein Genosse des MIR sprach.

Eine weitere große Demonstration (Teilnehmerzahl ist uns nicht bekannt) fand am 13. September in Mailand statt, mit Beteiligung demokratischer Soldaten. ●

(Zusammenstellung nach „Lotta Continua", 16.9.75).

Pinochet und Deutsche Botschaft in Chile –

Einig im Kampf gegen den MIR!



Anfang Juni dieses Jahres richteten fortschrittliche Ärzte und Professoren aus der Bundesrepublik einen Brief an die Deutsche Botschaft in Chile, mit der Bitte, sich um die Freilassung des Arztes und MIR Genossen Bautista van Schouwen einzusetzen bzw. ihm eine Aufenthaltsgenehmigung für die BRD zu verschaffen.

(Bautista van Schouwen war im Dezember 1973 von der Junta verhaftet worden und seitdem ständigen Folterungen ausgesetzt, die zu seiner teilweisen Lähmung führten. Die faschistische Junta verbreitete entgegen eindeutiger Beweise, van Schouwen befände sich längst im Exil und niemand wüßte seinen jetzigen Aufenthaltsort.)

Auf einer Konferenz der „Internationalen Kommission zur Ermittlung der Verbrechen der chilenischen Militärjunta", die im Februar d. J. in Mexico stattfand, waren u. a. alle demokratischen Ärzte und Kollegen des Arztes Bautista van Schouwen's aufgerufen, sich für die sofortige Beendigung der Folterungen und für die Garantie seines Lebens einzusetzen. Inzwischen liegt uns eine Erklärung der „Botschaft der Bundesrepublik Deutschland" in Chile vor, die ihre eindeutige Komplizenschaft mit den chilenischen Faschisten zeigt: Das ist eine „gelungene" Unterstützung der faschistischen Junta bei ihren (oft sehr plumpen) Versuchen, Verhaftungen, Folter und Ermordungen abzustreiten!

Auf dieser Linie liegt es, wenn die



Bautista van Schouwen

BRD-Botschaft behauptet, über den Gesundheitszustand des Genossen van Schouwen lägen „nur inoffizielle, aber sehr schlechte Nachrichten vor". Natürlich liegen über den Gesundheitszustand v. Schouwen's keine Nachrichten der Pinochet-Diktatur (= „offizielle Nachrichten") vor. Leugnet diese doch noch bis heute überhaupt dessen Verhaftung!

Ebenso die Behauptung, der Grund des „schlechten Gesundheitszustandes" wäre nicht eindeutig auf die Folter der Henkersknechte zurückzuführen, ist eine offene (und sicherlich bei der internationalen Isolierung gern gesehene) Unterstützung der faschistischen Militärdiktatur!

Die scharfe Repression der Faschisten insbesondere gegen den MIR, als stärkster Organisation des Widerstandes, findet in der Haltung der BRD-Botschaft ihre Fortsetzung. ●

Eine Hamburger Chemie-Genossin und ein Genosse aus St. Pauli / KB Gruppe Hamburg

---

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Embajada
de la República Federal de Alemania

Der Geschäftsträger a.i.

Santiago, den 25. Juni 1975
Chile
Calle Agustinas 785
Postfach: Casilla 9949
Fernsprecher: 35031 - 35033
Fernschreiber: 40 383 AASGO CL
Telegrammanschrift: Diplogerma Santiago

Sehr geehrter Herr Professor,

für Ihr Schreiben vom 5.6.1975, mit dem Sie die Botschaft von dem Appell einer Gruppe von Ärzten in der Bundesrepublik Deutschland zugunsten des inhaftierten chilenischen Arztes Bautista van Schouwen Vasey unterrichten, danke ich Ihnen.

Über den Gesundheitszustand Herrn van Schouwen's liegen der Botschaft folgende Informationen vor:

Nach Auskünften seiner Ehefrau, die sich z.Zt. in Toronto/Canada aufhält, wohin auch sein Bruder Fernando kürzlich ausreisen konnte, hat Bautista van Schouwen bereits vor der wahrscheinlich am 13.12.1973 erfolgten Verhaftung an Nierensteinen und einer Rückgratverletzung gelitten, die für sein Hinken verantwortlich gewesen sei. Über seinen Gesundheitszustand während der Haft, die von den Behörden offiziell nicht bestätigt wird (er gilt als "verschollen"), liegen nur inoffizielle, aber sehr schlechte Nachrichten vor. Danach soll er zunächst im Marinekrankenhaus in Valparaiso, danach im Luftwaffenhospital in Santiago behandelt worden sein und wegen zumindest teilweiser Lähmung ein Gipskorsett tragen. Die Glaubwürdigkeit solcher Mitteilungen läßt sich z.Zt. nicht überprüfen. Insbesondere ist nicht festzustellen, inwieweit der schlechte Gesundheitszustand eine Folge der bereits früher vorhandenen Leiden Herrn van Schouwen's oder eine Folge etwaiger Mißhandlungen ist.

Zur Person Herrn van Schouwen's darf ich, da aus ihrem Schreiben nicht zu ersehen ist, ob Ihnen die Zusammenhänge bekannt sind, auf folgendes aufmerksam machen:

Bautista van Schouwen ist Mitbegründer, Mitglied des Zentralkomitees und der politischen Komission der"Bewegung der Revolutionären Linken (MIR)." Diese Organisation, die auch von den zuständigen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland als Terrororganisation angesehen wird, bekämpfte bereits die Regierung des Präsidenten Allende, die ihr nicht radikal genug war. Wie der Vater Bautista van Schouwen's mitteilte, lebte sein Sohn schon Monate vor dem Militärputsch am 11.9.73 im Untergrund und hatte keinen Kontakt mehr zu ihm.

Angesichts dieser Umstände werden Sie verstehen, daß die Möglichkeiten der Botschaft, sich für Bautista van Schouwen einzusetzen, sehr gering sind. Eine Aufnahme Herr van Schouwen's durch die Bundesrepublik Deutschland ist ausgeschlossen. So bleibt der Botschaft nur der Weg, von Zeit zu Zeit über Hilfsorganisationen, die in Chile tätig sind, Erkundigungen über den Aufenthaltsort und den Gesundheitszustand des MIR-Führers einzuziehen.

Abschließend möchte ich Ihnen versichern, daß die Botschaft Ihre humanitären Bemühungen zugunsten eines in Not befindlichen Kollegen achtet.

Mit freundlichen Empfehlungen

Chiles Botschafter in Hamburg

„Weg mit der Mauer"

CONSULADO GENERAL DE CHILE
HAMBURGO

Hamburg, den 28. August 1975

Bezugnehmend auf die Kopie der Presseerklärung, die Sie mir freundlicherweise im Namen des Chile-Komitees Hamburg zukommen liessen, muss ich Ihnen mitteilen, dass es logischer und zweckmässiger wäre, dass Sie als deutsche Staatsangehörige sobald wie möglich ein " Deutsches-Komitee Hamburg" gründen, und sich mehr um das Schicksal Ihrer 7.000 Landsleute kümmern sollten, die sich zur Zeit als politische Gefangene in den Kerkern der kommunistischen Diktatur der Sovietzone befinden.

Zu Ihrer Information kann ich Ihnen sagen, dass die chilenischen Streitkräfte dank ihrer patriotischen Intervention verhinderten, dass in Chile eine "Mauer der Scharde" errichtet wurde, wie dies in Berlin der Fall ist und dass die Grenze des Landes mit Stacheldraht, Mienenfelder sowie Beobachtungstürme geschlossen wurden, um die bevölkerung voneinander zu trennen während Sie sich bemühen auf den Strassen für Probleme zu demonstrieren, die Sie garnicht kennen und nicht beurteilen können, wie es im Fall Chile ist. In dem ich behaupte, dass sie das Geschehen in Chile nicht kennen, verhalte ich mich noch sehr zurückhaltend, denn in mehrfachen Unterhaltungen mit Demonstranten in Hamburg, Berlin und Frankfurt habe ich persönlich feststellen können, dass viele von ihnen nicht einmal wissen wo Chile eigentlich liegt. Es ist durchaus möglich, dass Sie selbst nicht diesbezüglich unterrichtet sind.

Anschliessend möchte ich Ihnen und somit Ihrem Komitee mitteilen, dass wir Chilenen die Freiheit sehr schätzen und dass wir eine lange demokratische Tradition aufweisen, was bei vielen der Länder die uns kritisieren nicht zutrifft. Unser ausgeprägter Sinn für Würde verbietet es uns ausserdem Mauern sowie Stacheldraht zu akzeptieren.

Aus all diesen genannten Gründen sind wir nicht gewillt einigen Deutschen einen Gefallen zu tun, in dem wir ein Satellit von Moskau oder Kuba werden.
Die Mehrheit des chilenischen Volkes unterstützt bedingungslos das Militär-Regime, welches uns vom Marxismus befreit hat. Es ist also utopisch, dass Sie von "chilenischen Widerstand" sprechen, der nur in den wahnsinnigen Gedanken des Internationalen Kommunismus existiert oder bei den Verrätern die uns die kommunistische Diktatur des Proletariats aufzwingen wollten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Hugo Lea-Plaza
Generalkonsul

In dem faschistischen Chile ist es an der Tagesordnung, daß Menschen spurlos verschwinden. Sie wurden irgendwann vom berüchtigten Geheimdienst DINA abgeholt und tauchen in keinem Gefängnis, keinem KZ wieder auf. Insgesamt sind 1.800 Chilenen vermißt.

Von 119 Chilenen, unter ihnen 60 MIR-Genossen, wurde im Juli bekannt, daß sie von der Junta ermordet worden sind. Die Faschisten hatten versucht, diese Morde ihren Gegnern selber anzulasten, was aber entlarvt werden konnte, u. a. durch den mutigen Protest der Angehörigen der Vermißten (siehe auch AK 65).

Gegen diesen faschistischen Terror organisierte am 23.8. das Hamburger Chile-Komitee eine Unterschriftensammlung, führte einen Informationsstand durch und verabschiedete eine Presseerklärung, wo Auskunft über den Verbleib der vermißten Gefangenen gefordert und der Hungerstreik von 80 politischen Gefangenen in Chile unterstützt wurde, die ebenfalls Aufklärung über den Verbleib der 119 gefordert hatten. Eine Kopie dieser Presseerklärung wurde auch dem Generalkonsul von Chile hier in Hamburg übersandt.

Die Antwort dieses Herren wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten.

Ihre zynische Argumentation, angesichts von ca. 30.000 ermordeten Chilenen, 150.000 Verhaftungen, täglicher bestialischer Folter, überfüllten KZ's und millionenfachem Elend des chilenischen Volkes stützt sich auf genau den antikommunistischen Schmutz, der täglich durch die halbfaschistische und faschistische bürgerliche Presse in Westdeutschland ausgebreitet wird. ●

Chemie-Komitee KB/Gruppe Hamburg

Puerto Rico ist eine kleine Insel im karibischen Meer, in unmittelbarer Nachbarschaft von Haiti, Cuba und Jamaica. Sie ist trotz ihrer geringen Größe für den US-Imperialismus von großer Bedeutung. Bis heute pressen die US-Imperialisten das puertoricanische Volk bis auf den letzten Blutstropfen aus. Vor allem die berüchtigten US-Konzerne United Brands (früher United Fruit), Esso und Texaco sind an der Erhaltung des direkten Kolonialismus der Insel interessiert. Die Verhältnisse Puerto Ricos sind so verheerend, daß sich sogar der Entkolonisationsausschuß der UNO bemüßigt sah, dieses Problem erneut auf seine Tagesordnung zu setzen. (Auf Antrag des cubanischen UN-Sonderbotschafters. Die US-Vertreter in der UNO haben aber erreicht, daß der Ausschuß erst im nächsten Jahr zusammenkommt.) Die US-Imperialisten konnten für sich verbuchen, daß die Probleme Puerto Ricos bisher neben den „großen Problemen der Weltgeschichte" untergingen und kaum Beachtung fanden.

Puerto Rico:

Finsterster Kolonialismus!!!

Seit 1508 war Puerto Rico Kolonie der spanischen Krone. Im spanisch-nordamerikanischen Krieg 1898 fiel dann die kleine Insel in die Klauen der USA. 1950, also nach 52jähriger Kolonialherrschaft, erklärten die USA Puerto Rico zum „Freien Assoziierten Staat".

Das bedeutete ökonomisch, daß hohe Einfuhrzölle für die USA wegfielen, politisch, daß Puerto Rico kein Recht auf nationale Eigenständigkeit besitzt. Gleichzeitig führten die US-Imperialisten den Begriff *„Commonwealth Puerto Rico"* ein.



Ausplünderung schon zu Kolumbus' Zeiten!

Schon Christopher Kolumbus landete auf Puerto Rico, weil er dort Gold und andere Reichtümer vermutete.

Erst 1972 wurde vom Entkolonisationsausschuß der UNO Puerto Rico als Kolonie bestätigt. Das Recht auf Unabhängigkeit wurde eingeräumt (Potztausend). Die USA bezeichneten die UNO-Forderung als „Einmischung in ihre (!) inneren Angelegenheiten" und ignorierten sie. Die Insel wurde nämlich für sie immer wichtiger. Da die Umweltauflagen in anderen Ländern, auch den USA selbst, den Großkonzernen zu scharf waren, wurde ein großer Teil der nordamerikanischen petrochemischen Industrie nach Puerto Rico verlagert. So haben vier große nordamerikanische Raffinerien zusammen eine Kapazität von 640.000 hl Öl pro Tag. (+) 66% des Öls wird nach den USA verschifft, die restlichen 34% decken den Bedarf der Insel. Die Corco (Oil Refining Company) hat angekündigt, daß sie ihre Raffineriekapazität von 257.600 hl pro Tag auf tägliche 697.600 hl erhöhen will. Gulf Oil will eine neue Raffinerie an der Südküste bauen, die allen 800.000 hl täglich ausstoßen wird. (In einigen Erdölbetrieben Westeuropas wurden dagegen in letzter Zeit die Kapazitäten abgebaut und Kurzarbeit gefordert.)

(+) Die Zahlenangaben über die Produktion der US-Konzerne etc. sind den Ausgaben 1 bis 35 1975 der „Granma" entnommen.

Philips Petrolium, die 40% des US-Paraxylen-Verbrauchs deckt (100% der in Puerto Rico produzierten Chemikalien werden in die USA exportiert!), will ihre Produktion mit neuen Anlagen erheblich erweitern.

Auch andere Petrochemische Industrien planen Expansionen in Puerto Rico. Z.B. die Pittsburgh Plate Glass (PPG), die Vinylchlorid produziert, das kürzlich als Erreger von Lungenkrebs bei seiner Produktion unangenehm auffiel.

Die pharmazeutische Industrie an der Nordküste will ihre 20 Anlagen auf 50 aufstocken. Die chemischen oder petrochemischen Konzerne haben dazu beigetragen, daß sämtlicher Wald-, Pflanzen-, Tier- und Trinkwasserbestand in Puerto Rico stark bedroht ist. Zunehmende Vergiftungsfälle durch ungefilterte Abgase gefährden immer mehr Menschenleben.

Die koloniale Regierung unternimmt nichts dagegen. Sie öffnet den US-Konzernen weitere Investitionsmöglichkeiten. Unter anderem ist der Bau eines Superhafens mit Raffinerieanlagen an der Insel Mona vor der Westküste Puerto Ricos geplant. Dieser Bau wurde von US-Armee-Ingenieuren, dem US-Handels-Department, dem Puerto-Rico-Entwicklungsbüro und von puertoricanischen Wissenschaftlern geplant. Die koloniale Regierung propagiert den Bau dieses Superhafens demagogisch als „Segen für Puerto Rico" zur Lösung des „Problems der Arbeitslosigkeit". Was nicht gesagt wird, ist, daß der Bau dieses Superhafens in den USA nicht durchgeführt wurde, weil

Fortsetzung Seite 18

5. Oktober 1974 – Miguel Enriquez fällt im Kampf – Interview mit Carmen Castillo –

Vor einem Jahr, am 5. Oktober 1974, fiel in Santiago de Chile der Führer des MIR, Miguel Enriquez, im Kampf gegen die faschistische Militärjunta. Wenige Monate später führte die spanische Wochenzeitschrift „cambio 16" in London ein Interview mit der Frau und Lebensgefährtin Miguels, Carmen Castillo, durch. Dieses Interview ist ein lebhaftes Zeugnis für den Kampfeswillen und die Opferbereitschaft Miguels, sowie ein Aufruf an alle fortschrittlichen Menschen, ihre Solidarität mit den politischen Gefangenen in Chile zu verstärken.

Miguel Enriquez

Miguel Enriquez starb ein Jahr nach dem Sturz Allendes. Wie kam es dazu, und wie lebte er während dieses Jahres im Untergrund?

Carmen Castillo: *Nach dem Putsch von 1973 begann die Militärjunta mit dem Aufbau der Dirección Nacional de Inteligencia (DINA)* (= Geheimpolizei – AK), *die bis zum Dezember dieses Jahres* (= 1974 – AK) *noch nicht wirksam arbeiten konnte. Am 13. Dezember wurde ein wichtiger Führer des MIR verhaftet: Van Schouwen. Seine Verhaftung war kein schwerer Schlag für unsere Partei, weil wir uns schon wieder neu organisiert hatten und er* (trotz der Folterungen – AK) *nicht sprach. Dagegen wurde der MIR im September 1974 hart getroffen von der Verhaftung Sergio Perez Molinas, des Verantwortlichen für die nationale Organisation der Partei. Er starb kurz darauf, genauso wie seine Frau, Lumi Videla, deren Leiche im Garten der italienischen Botschaft gefunden wurde. Auf die Proteste der italienischen Regierung antwortete die Militärjunta, daß sie bei einer von den Flüchtlingen in der italienischen Botschaft organisierten Orgie gestorben sei.*

Die Verhaftung Sergios bewirkte, daß Miguel oft unser Versteck verlassen mußte, um die Kontakte auf nationaler Ebene nicht zu verlieren und neu zu organisieren. Er hatte Glück und sie entdeckten ihn nicht. Im Oktober jedoch wurde eine Bank im Zentrum Santiagos überfallen, und die Polizei beschuldigte den MIR, obwohl wir nichts damit zu tun hatten. Es wurden große Razzien durchgeführt und bis zu 500 Personen an einem einzigen Tage verhaftet. Auch die Gegend, in der wir lebten, kam an Reihe.

Am 5. Oktober, vier Tage nach dem Banküberfall, kam ich gegen ein Uhr mittags nach Hause. Miguel und ich wollten gerade wieder weggehen, als wir vier Polizeiwagen kommen sahen. Sie fuhren einige Häuser weiter. Danach erschienen mehrere Polizisten vor unserem Haus und begannen zu schießen. Sie wußten sicher, daß „einige politische Führer im Haus wohnten", aber sicher nicht, daß es sich um Miguel handelte, denn sonst wären sie anders vorgegangen. Im Haus befanden sich Miguel, zwei führende MIR-Genossen und ich. Es gab ein Feuergefecht, das eine Viertelstunde dauerte. Danach eine Pause – die Polizei erwartete Verstärkung. Miguel befahl uns dreien, daß wir das Haus durch einen halb verborgenen Ausgang verlassen sollten. Die anderen beiden schafften es, aber als ich rausging, explodierte eine Granate: Ich wurde verletzt und halb ohnmächtig, obwohl ich zeitweise das Bewußtsein wiedererlangte. Miguel blieb lange Zeit im Haus und schoß weiter; dann ging er nach draußen, um den Belagerungsring zu durchbrechen. Einige Häuser weiter blieb er von Polizeikugeln durchlöchert liegen. Als der Kampf zu Ende war, kam die Polizei ins Haus. Ein Polizist schlug mir ins Gesicht und brach mir dabei einen Zahn heraus. Ich verlor endgültig das Bewußtsein und erwachte erst lange Zeit später in einem Krankenhaus.

Miguels Mut verhinderte, daß die Polizei seinen Tod verbergen konnte. Die Nachricht davon lief durch die ganze Stadt, lange bevor die Zeitungen davon berichteten.

Wie erging es Ihnen während Ihrer Verhaftung und der späteren Freilassung?

Carmen Castillo: *Als ich ins Hospital kam, operierten sie mich, um meinen Arm zu retten, der durch die Explosion der Granate fast völlig abgetrennt war. Aber abgesehen davon haben sie mich nicht sehr human behandelt. Am Anfang gaben sie mir keine Mittel gegen die Schmerzen und kümmerten sich überhaupt nicht um meine Schwangerschaft. Die Folge davon war, daß ich am 29. Dezember 1974, als ich schon in England war, eine Fehlgeburt hatte (aufgrund meines großen Blutverlustes und der fehlenden Pflege) und mein Kind wenige Stunden nach der Geburt starb. Meine Freilassung verdanke ich der internationalen Unterstützung. (...) Am 26. Oktober, einundzwanzig Tage nach meiner Festnahme und dem Tod meines Mannes wurde ich freigelassen .... Aber wichtiger als diese Details ist es, von der internationalen Solidarität zu sprechen, der ich mein Leben verdanke. Heute können viele Gefangene in Chile befreit werden, wenn die Junta, die sich isoliert weiß, international – sowohl von Regierungen, als auch von Organisationen und Einzelpersonen – unter Druck gesetzt wird.*

(aus: „cambio 16" v. 15.9.75)

SSB/GE Romanistik



Diese 500-Escudo-Scheine werden derzeit von der chilenischen Junta eingezogen, weil Antifaschisten sie in hervorragender Weise für ihre revolutionäre Propaganda nutzten.
Vor den Arbeiterkopf ist in eine Sprechblase geschrieben: *„Wir haben eine Schlacht verloren, nicht aber den Kampf"*.

Fortsetzung von Seite 17

Puerto Rico: Finsterster Kolonialismus!!!

die nordamerikanischen Behörden die notwendigen Umweltschutzvorrichtungen zu teuer fanden. Verschwiegen wird auch, daß dieses Projekt eine wesentlich höhere Arbeitslosigkeit zur Folge hat, weil es die Grundlagen von Fischerei und Landwirtschaft noch mehr zerstört, die einer großen Zahl von Puertoricanern noch Arbeitsplätze bieten (Die Arbeitslosenquote der Insel ist zur Zeit schon eine der höchsten in der ganzen Welt.).

Während der letzten 18 Jahre gab es sowieso für Puertoricaner nur 8% der von der Ölindustrie und Petrochemie versprochenen Jobs.

Für die Erdölriesen ist der Superhafen langfristig von ungeheurer Bedeutung, da in ihm Tanker bis zu einer Million Tonnen BRT gelöscht bzw. beladen werden können.

Wenn der Superhafen gegen Ende dieses Jahrhunderts fertig ist, werden US-Firmen und Militär über 30% der Bodenfläche der Insel besetzt halten.

Bestialische „Bevölkerungspolitik"

Die Bevölkerung partizipiert in keiner Weise an der industriellen Entwicklung ihres Landes. Über 30% (offizielle Angaben) sind arbeitslos oder kurz vor dem Verhungern. 40% der Puertoricaner haben die Insel verlassen in der Hoffnung, in den USA ein besseres Los zu finden. Hier aber vegetieren sie in den Ghettos der Großstädte dahin; ohne Arbeit, ohne ein menschenwürdiges Dach über dem Kopf und ohne jegliche demokratische Rechte. Um die „Überbevölkerung" Puerto Ricos einzudämmen, griffen die Kolonialisten zur Massen-Sterilisation (Ein Mittel, das schon in anderen Ländern Lateinamerikas angewendet wurde.). Man schätzt, daß heute schon mindestens 34% der Frauen (ab 14 Jahren) gegen ihren Willen sterilisiert wurden!!!
heute schon mindestens 34% der Frauen (ab 14 Jahren) gegen ihren Willen sterilisiert wurden!!!

Für die Strategie des US-Imperialismus gegen die Lateinamerikanischen Völker spielt Puerto Rico ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Insel ist schon länger eine gigantische Militärbasis, von der aus der Yankee-Imperialismus 1958 Venezuela mit einer Invasion bedrohte, 1965 die Invasion in der Dominikanischen Republik organisierte und bewaffnete subversive Aktionen gegen das revolutionäre Cuba übernahm. Im übrigen haben die USA in Puerto Rico Atomwaffen gelagert.

Das cubanische Volk an der Seite der puertoricanischen Klassenbrüder

Die cubanische Regierung hat schon vor längerer Zeit eine Kampagne zur Unterstützung des puertoricanischen Volkes eingeleitet. Keine Ausgabe der „Granma" (Zentralorgan der cubanischen KP) erschien in diesem Jahr ohne Artikel, die auf Puerto Rico aufmerksam machten. In einigen cubanischen Provinzen, vielen Dörfern und Städten, unzähligen Schulen und Produktionsstätten fanden Solidaritäts-Kundgebungen, Geldsammlungen usw. statt. Vorläufiger Höhepunkt der Kampagne war der Kongreß für die Unabhängigkeit Puerto Ricos, der vom 5. bis 7. September in Havanna stattfand. 28 nationale (cubanische) und 12 internationale Organisationen, darunter die christliche Weltfriedenskonferenz, der Weltfriedensrat und die Weltföderation der Gewerkschaften, nahmen daran teil (Über diese Konferenz werden wir demnächst im AK bzw. der INTERNATIONALE ausführlicher berichten.).

Lateinamerikakommission, KB/Gruppe Hamburg ●

Uruguay: Zwei Jahre Militärdiktatur

Folter und Unterdrückung nach chilenischem Vorbild

Im Juni 73 wurde in Uruguay auf Betreiben des Militärs das Parlament aufgelöst, Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien verboten, sämtliche – wenn auch damals schon stark eingeschränkten – demokratischen Rechte des Volkes außer Kraft gesetzt.

Der Kongreß wurde durch den sogenannten Staatsrat ersetzt, der in seiner zweijährigen Amtszeit noch keins der ihm vorgelegten Gesetze abgelehnt oder auch nur kritisiert hat. Offizieller Präsident ist immer noch J.M. Bordaberry, der Jahre zuvor gewählt wurde, der aber seit zwei Jahren nichts weiter ist, als das gefügige und zivile Aushängeschild der Militärs. (Bordaberry machte sich schon vor mehreren Jahren einen Namen, als er die mörderischen Verfolgungs- und Foltermaßnahmen gegen die Tupamaros leitete). Das Militär sitzt inzwischen auch in allen regionalen Verwaltungen und der staatlichen Bürokratie. In den Ministerien, den wichtigsten Banken, den Verwaltungen der Häfen, Eisenbahn- und Telefongesellschaft ist neben den zivilen Direktoren ein Vertreter des Militärs eingesetzt worden. („FAZ", 15.9.). Das Militär hat damit seinen Putsch vom Juni '73 auf breite und stabile Füße gestellt. Heute kann das Militärregime mit grausamer Unterdrückung, Massenverhaftungen und Folter mit der chilenischen Junta konkurrieren. Die Einrichtung dieser Terrorregierung war für die Bourgeoisie notwendig geworden, weil die Arbeiterbewegung und der Kampf anderer Volksschichten immer breiter und militanter wurden und die Austragung der anwachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der einstigen „Schweiz" Südamerikas auf i h r e m Rücken nicht kampflos zuließen, und weil es trotz starker Repression auch schon vor 1973 nicht gelang, die Tupamaros (die revolutionären Linken Uruguays) zu zerschlagen.

Die Militärs betrachteten es als ihre Aufgabe, wieder „Ruhe und Ordnung" ins Land zu bringen und Uruguay für das imperialistische Kapital wieder „sicherer" zu machen.

Ein Beispiel, wie dabei vorgegangen wurde: *„Im Zuge der Terrorbekämpfung mußte die Regierung sich mit den Schulen auseinandersetzen. Die Entpolitisierung des Unterrichts erwies sich als ungemein schwierig und führt zu langen Unterbrechungen der Lehr- und Lerntätigkeit"*. („NZZ", 31.1.75). Schulen und Universitäten mußten zum Teil auf Monate hinaus geschlossen werden, weil Schüler und Studenten sich in selb-
nate hinaus geschlossen werden, weil Schüler und Studenten sich in selb-
ständigen Gewerkschaften organisiert und darüber Einfluß auf die Unterrichtsinhalte ausgeübt hatten, reaktionäre Schüler aus der Schule wiesen u.ä.. Unter der Militärregierung wurde dann eine – selbst für bundesrepublikanische Verhältnisse „beispielhafte" – Form des Berufsverbots eingeführt: Lehrer und Professoren müssen ein Bekenntnis zur Demokratie unterschreiben, wer aber bekanntermaßen einer marxistischen Organisation angehört, darf gar nicht erst unterschreiben, sondern wird gleich verhaftet („NZZ", 31.1.75). Diese Maßnahmen laufen noch heute, zwei Jahre nach Errichtung des Regimes! Einzelne Fakultäten der Universitäten und einzelne Schulen sind dadurch – wegen Mangel an Lehrkräften – nicht funktionsfähig („FAZ", 25.1.75). Allein dieses Beispiel macht deutlich, daß es dem Militär keineswegs nur um die Vernichtung der revolutionären Linken geht, sondern um die Zerschlagung jeder demokratischen Regung des Volkes.

Politische Gefangene massenhaft ......

In Uruguay gibt es zwischen 5.000 und 10.000 politische Gefangene, die in Gefängnissen, KZ's (wie z.B. das Stadion Cilindro) gefangen gehalten und gefoltert werden.

- Allein in den Wochen vor dem 1. Mai wurden 1.500 - 3.500 (die Angaben in der bürgerlichen Presse schwanken) Menschen vorbeugend verhaftet, um *„Unruhen und Ausschreitungen"* am 1. Mai zu verhindern.
- Mitte Juli wurden 54 *„mutmaßliche Maoisten"*, die mit den Tupamaros zusammengearbeitet und einen *„gewaltsamen Angriff zur Übernahme der Regierung"* geplant haben sollen, verhaftet („FAZ", 14.7.75).
- Ende Juni kam die „Erfolgsmeldung", daß die Polizei erneut ein *„Guerillanetz"* ausgehoben habe. Drei Tupamaros sollen ermordet und 22 Personen verhaftet worden sein. („NZZ", 27.6.75).
- Inhaftierte Revolutionäre wurden von der Regierung zu Geiseln erklärt und es wurde bekannt gemacht, daß man sie bei der nächsten Aktion der Linken „zur Strafe" ermorden werde. (Vergl. AK 56 „Neun Genossen vom Foltertod bedroht".)
- Gefangene werden in 2m mal 1,5m messenden Kellern ohne Fenster und ohne Lüftung gefangen gehalten und systematisch zugrunde gerichtet (AK 56).



- Amnesty Inernational berichtete in einem Dokument Ende Juli '75 unter anderem, daß ein *„festgenommener Oppositioneller durch einen Sprung aus dem Fenster einer Polizeistation Selbstmord beging, nachdem man ihn gezwungen hatte, bei der Ertränkung eines anderen Regimegegners zuzusehen."* („FR", 29.7.75.)

Maßnahmen gegen die bürgerliche Presse

Mehrere bürgerlich-oppositionelle und zum Teil sogar erklärtermaßen regierungstreue Zeitungen wurden inzwischen verboten oder zumindest von vorübergehenden Schließungen betroffen.

Faschistisches Militär immer im Einsatz gegen das Volk

- Im Mai wurde „El Dia" verboten, weil in einem Artikel auf die Ähnlichkeit aller totalitären Regime hingewiesen und ein Vergleich zur *„totalitären Entwicklung in Portugal"* (?!) gezogen wurde.
- Neuerdings ist auch die katholische Presse Opfer der Repression. Mindestens drei katholische Zeitungen wurden in den letzten Monaten verboten und Redakteure verhaftet.
- Auch ausländische Journalisten sind nicht sicher. Außer einer radikalen Nachzensur ausländischer Zeitungen wurden bereits fünf Auslandskorrespondenten verhaftet. Letztes Opfer dieser Maßnahmen war ein DDR-Journalist, der im Januar verhaftet wurde. Erst nach 43 Tagen Haft wurde er wieder freigelassen.

Elend des Volkes – Die Imperialisten sind zufrieden

Die wirtschaftliche Lage des Volkes ist katastrophal. Jeder sechste ist arbeitslos. Die Löhne haben (nach offiziellen Angaben) nur noch die Hälfte ihrer früheren Kaufkraft. Im Januar '75 wurden die niedrigsten Reallöhne seit drei Jahren registriert, während die Lebenshaltungskosten allein in diesem Monat um 5,3% stiegen. (nach „APAL", Lateinamerikanische Nachrichtenagentur). Rund 600.000 Menschen sind wegen der wirtschaftlichen Not und der politischen Unterdrückung bereits aus dem Lande geflohen. Auch für Teile der Bourgeoisie sieht die Lage nicht rosig aus. Uruguay hat ungefähr eine Milliarde Auslandsschulden. Die Fleischproduktion, einer der wesentlichen Bereiche der uruguayischen Wirtschaft, steckt in einer tiefen Krise.

Die Einnahmen durch Rindfleischexporte sind – nicht zuletzt durch den Einfuhrstopp der EG-Länder – um über die Hälfte gesunken.

(1974 brachten sie in den ersten fünf Monaten 142 Mio DM, im gleichen Zeitraum '75 nur 68 Mio DM).

Zufrieden sind allerdings die Imperialisten, deren Interessen von der uruguayischen Regierung in vollem Umfang berücksichtigt werden: Die staatliche Beteiligung an den Betrieben wurde stark eingeschränkt und der private Sektor gefördert. Durch Herabsetzung der Steuern (natürlich nicht der Lohnsteuern) und Aufhebung der Importbeschränkungen ist Uruguay für die Imperialisten zunehmend interessantes Land geworden. So erhielt Uruguay in den letzten Monaten zahlreiche Kredite und Finanzierungshilfen von der Lateinamerikanischen Entwicklungsbank (BID, Hauptgeldgeber dieser Bank nach den USA ist die BRD!), vom internationalen Währungsfond und von einem Konsortium verschiedener europäischer und US-amerikanischer Banken („Nachrichten für Außenhandel", 18.7., Wirtschaftsbericht der Deutsch-Überseeischen Bank Juni '75). Der Internationale Währungsfond forderte die Regierung Uruguays auf, die augenblickliche Wirtschaftspolitik der Ausplünderung der Massen über mindestens fünf Jahre beizubehalten und Finanzminister Villegas, ein treuer Erfüllungsgehilfe des imperialistischen Finanzkapitals, auf jeden Fall in seinem Amt zu belassen („APAL"). Auch das faschistische Regime Brasiliens, das schon den Putsch 1973 mit Militärmaterial und Beratern unterstützte und damals „für alle Fälle" Truppen an der Grenze zu Uruguay konzentriert hatte, honoriert die Politik der uruguayischen Militärs mit zahlreichen Krediten. Im Juli wurde ein „Freundschaft-, Kooperations- und Handelsvertrag" zwischen Uruguay und Brasilien abgeschlossen, der unter anderem die Intensivierung des Handels zwischen beiden Ländern und die Gründung binationaler Unternehmen vorsieht. (Z.B. die 60%ige Beteiligung Brasiliens am Bau des Kraftwerkes El Palmar; „Nachrichten für Außenhandel" v. 18.7.75.) Durch die Finanzierung solcher Projekte gelingt es den brasilianischen Faschisten, ihren Einfluß in Uruguay zu stärken.

Der Widerstand des Volkes ist nicht gebrochen

Am 1. Mai '75 gab es – trotz der vorbeugenden Massenverhaftungen, trotz eines Riesenaufgebots von Polizei und Militär – Demonstrationen und Kundgebunen gegen die Regierung, für die Freilassung der politischen Gefangegen, für höhere Löhne und die Wiederherstellung der demokratischen Rechte. („Neues Deutschland", 25.6.75)

Die revolutionäre Linke, die MLN Tupamaros, sind keineswegs zerschlagen worden. Aufgrund der grausamen Verfolgung der Revolutionäre



Tupamaro-Jäger Bordaberry

Tupamaro-Jäger Bordaberry

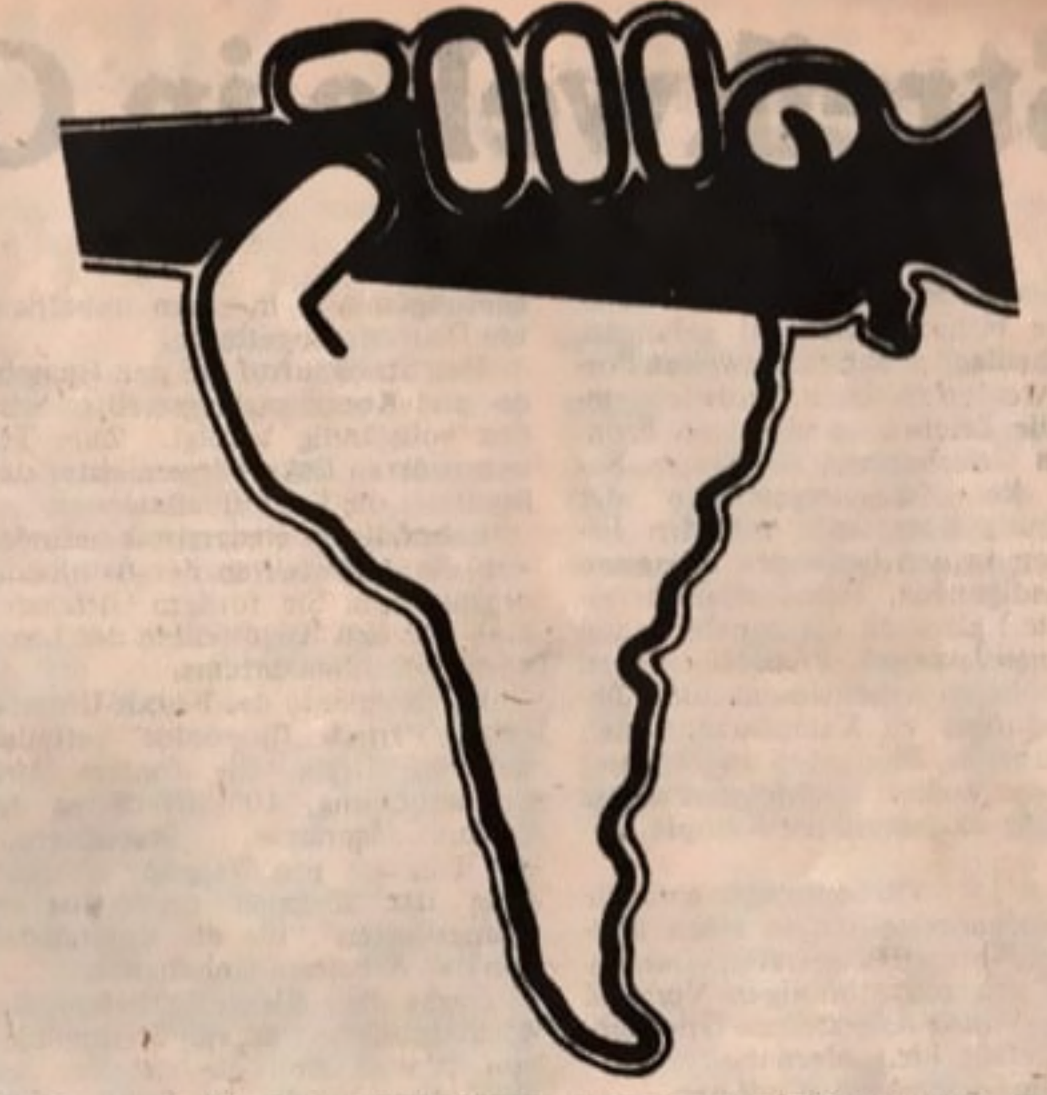
bereits Anfang der 70er Jahre mußten die Tupamaros zwar zeitweise schwere Schläge einstecken. In der Zeit vom April 1972 bis Juli 1973 traten sie daher überhaupt nicht an die Öffentlichkeit. Die erste Aktion der MLN danach war ihre Beteiligung am Generalstreik im Juni 73, mit dem die Arbeiter auf den Putsch der Militärs reagierten. Die MLN organisierte Sabotageaktionen und gab im Juli einen öffentlichen Aufruf heraus, in dem zum Kampf gegen die faschistische Militärregierung aufgerufen wurde. Gleichzeitig veröffentlichte die MLN in diesem Aufruf eine Selbstkritik ihrer früheren Arbeit. Kritisiert wurde, daß die Organisation die Stärke des Feindes unterschätzt und nicht genug Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse gesetzt habe, Fehler, die entscheidend zu der vorübergehenden Niederlage beigetragen hätten. Dieser Prozeß der kritischen Überprüfung der bisherigen Politik und der ideologischen Ausrichtung der Reihen der MLN-Tupamaros ist bis heute – gefördert durch die Zusammenarbeit der MLN-Tupamaros in der „Revolutionären Koordinationsjunta Lateinamerikas" – fortgesetzt und intensiviert worden. Das hat zu einer Konsolidierung der Arbeit der MLN geführt, trotz der mörderischen Repression des faschistischen Militärs.

(Anfang 1975 haben die MLN-Tupamaros in der Zeitung der „Revolutionären Koordinationsjunta", „Che Guevara", eine ausführliche Auseinandersetzung mit ihrer bisherigen Politik, ihren Fehlern und ideologischen Schwächen geführt. Wir werden dieses Dokument demnächst im AK oder der INTERNATIONALE veröffentlichen und über die konkreten Auswirkungen in der Politik der Tupamaros zu berichten versuchen.)

Lateinamerikakommission KB/Gruppe Hamburg ●

Argentinien:

Politischer Erfolg durch revolutionäre Aktionen und Massenkämpfe



Auch nach dem Generalstreik und den von der Gewerkschaftsbürokratie ausgehandelten Lohnerhöhungen um 80 - 130% (die bei der ungeheuren Inflationsrate schon jetzt fast wieder ausgeglichen sind), werden weiterhin in Argentinien massive und zum Teil militante Streiks und Aktionen der Arbeiterklasse durchgeführt. Es geht dabei meistens um Lohnforderungen und um die Durchsetzung klassenkämpferischer Gewerkschaftsdelegierter gegen die rechtsperonistische Gewerkschaftsbürokratie.

Diese Aktionen sind nicht auf die Arbeiterklasse beschränkt und beziehen verschiedene Schichten von Angestellten und Kleinbürgern ein.

Hier ein kurzer Ausschnitt aus den Kampfmaßnahmen vom Juli (nach APAL – Lateinamerikanische Nachrichtenagentur – vom August):

- Die Arbeiter von ENTEL (staatliche Telefongesellschaft) traten in einen unbefristeten Streik für höhere Löhne und forderten die Gewerkschaftsführung auf, sich mit ihnen zu solidarisieren.
- In verschiedenen Städten des Landes legten Tausende von Bauarbeitern die Arbeit nieder (z.B. 2.000 in El Chocon, 4.000 in Buenos Aires), obwohl die Bauarbeitergewerkschaft den für den 23.7. geplanten Streik offiziell abgeblasen hatte. Der Streik der Bauarbeiter für Lohnerhöhungen richtete sich zugleich gegen die Entlassung eines ihrer Delegierten.
- Die Tageszeitungen „La Raon", „La Nacion" (die „FAZ" Argentiniens), „El Cronista Comercial" und andere konnten zum Teil mehrere Tage nicht erscheinen, weil Arbeiter und Angestellte gemeinsam für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streikten.
- Ca. 3.000 Schlachthofarbeiter besetzten in Buenos Aires die Schlachthöfe und Kühlhäuser, während die Gewerkschaft einen 24stündigen Generalstreik ausrief. Die Löhne dieser Arbeiter haben sich in den letzten 20 Jahren – gemessen an der Kaufkraft – um 40% verringert und sind zur Zeit die niedrigsten im ganzen Land. In Monte Grande fand eine Versammlung statt, auf der sofortige Lohnerhöhungen gefordert und die Gewerkschaftsführung angegriffen wurde, weil sie nicht bereit war, „alle Kampfmittel" einzusetzen.
- Außerdem wurden Streiks und Protestkundgebungen durchgeführt von Staatsangestellten, z.B. der Gerichte, von Rundfunksprechern, und von Piloten der argentinischen Fluggesellschaft. Am 30.7. streikten in ganz Argentinien 50.000 Ärzte, hauptsächlich die in Krankenhäusern angestellten.
- In Rosario ergriffen die Bahnarbeiter Kampfmaßnahmen für die 44-Stunden-Woche (!).

Die Regierung weicht kurzfristig zurück

Parallel zu diesen Massenaktionen intensivierte die revolutionäre und kämpferische Linke ihre bewaffneten Aktionen. Die Ausdehnung der bewaffneten Aktionen steht im Zusammenhang mit dem Waffenstillstandsangebot, das die ERP (militärische Organisation der Revolutionären Arbeiterpartei PRT) Anfang August an die Regierung richtete (vgl. AK 66). Die ERP bot dabei die Einstellung ihrer bewaffneten Aktionen an, wenn 1.200 politische Gefangene freigelassen und die sogenannten Antisubversionsgesetze von der Regierung aufgehoben würden (Diese Gesetze sehen u.a. für Streikaufruf drei Jahre Gefängnis (!) vor.).

Das Waffenstillstandsangebot und die augenblickliche Ausweitung der bewaffneten Aktionen, um den Waffenstillstand unter vollständiger Erfüllung seiner Bedingungen zu erzwingen, sollen dazu beitragen, eine – wenn auch kurzfristige – Abschwächung der staatlichen Repression und eine im Vergleich zu Isabel liberalere Regierung durchzusetzen.

Eine solche „Übergangsregierung" ist für die Revolutionäre von entscheidender Bedeutung, weil sie Spielraum bietet zur Sammlung und Konzentration der revolutionären Kräfte und zum massenhaften Aufbau einer antifaschistischen Kampffront. Es gibt bereits erste Anzeichen dafür, daß diese Einschätzung und Zielsetzung der PRT/ERP richtig ist, zumal sich das Militär noch nicht stark genug fühlt, die „Pinochetisierung" Argentiniens durchzusetzen.

Mitte September gelang es den Militärs endlich, Isabel Peron in „Urlaub" zu schicken. Nur zwölf Stunden später bildete ihr amtlicher Vertreter, Staatspräsident Luder, der im Juli gegen den Willen und Widerstand Isabels in dieses Amt eingesetzt worden war, das Kabinett um und „*stellte die Weichen für eine innenpolitische Liberalisierung*" („SZ", 19.9.75). „*Die Aktionen der Guerillagruppen bezeichnete er als globales Problem, das nur durch die Beseitigung der tiefliegenden Ursachen gelöst werden könne*" („SZ", 19.9.). Außerdem kündigte Luder an, daß in den fünf Provinzen Argentiniens, die zur Zeit direkt von der Regierung verwaltet werden, wieder eigenständige Landesregierungen eingesetzt werden sollen. Es handelt sich um die Provinzen, in denen – wie z.B. in Tucuman – die gewählten Provinzgouverneure willkürlich abgesetzt wurden, um von der Regierung direkt gesteuerte schärfste Repressionsmaßnahmen durch ernannte „Notstandsgouverneure" durchzusetzen.

D.h., die Regierung nimmt augenblicklich das Waffenstillstandsangebot der ERP nicht offiziell an, geht aber faktisch in Ansätzen darauf ein.

Das gilt natürlich nicht für die faschistischen Terrorbanden: Mitte August entführten z.B. maskierte und bewaffnete Faschisten in Santa Fe drei junge Männer mitten aus einer Veranstaltung der „Authentischen Peronistischen Partei" (Politische Partei der linksperonistischen Montoneros). Die Leichen wurden wenige Tage später in der Nachbarstadt Alvear gefunden.

Bewaffnete Aktionen

Anfang September führte die ERP einen Großangriff auf Cordoba durch, um der Forderung nach einem Waffenstillstand Nachdruck zu verleihen. In mehreren Teilen der Stadt wurden gleichzeitig Gebäude besetzt und Polizei und Militärs angegriffen. Dies war eine der größten Aktionen der ERP in Cordoba. Unter anderem gelang die Befreiung von 22 Genossinnen aus dem Frauengefängnis von Cordoba.

Darüber hinaus griff das Kommando der ERP das Kommissariat von Villa Terxi an. Ein Offizier wurde erschossen. In Santa Fe verkauften ERP-Genossen vor verschiedenen Betrieben unter bewaffnetem Schutz die Zeitung der ERP, „Estrella Roja" (Roter Stern). (In der monatlich erscheinenden Zeitung wird in jeder Ausgabe über die erfolgreichen und auch über die mißlungenen Aktionen des letzten Monats berichtet. Darunter gibt es immer mehrere bewaffnete Propagandaaktionen: Ein Platz wird kurzfristig besetzt, um Zeitungen zu verkaufen; die Verkäufer vor Betrieben werden bewaffnet geschützt usw. In solchen Einsätzen werden – nach „Estrella Roja" – häufig mehrere Zeitungen verkauft). ●

Lateinamerikakommission, KB/Gruppe Hamburg



Um ihren Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen, haben streikende Arbeiter in einem Vorort von Buenos Aires die „Strohpuppe Lopez Rega" aufgehängt.

Streikwelle in Griechenland

Zwar ist es der internationalen Bourgeoisie bisher relativ gut gelungen, Griechenland nicht zum zweiten Portugal werden zu lassen. Trotzdem stehen die Zeichen an mehreren Fronten in Griechenland auf Sturm. Sowohl die „Schachergeschäfte" der Regierung Karamanlis mit den Faschisten in den laufenden Prozessen (Begnadigungen, Demonstrationsverbot etc.) als auch die zunehmenden Rationalisierungen, Preissteigerungen und höheren Arbeitslosenzahlen führen häufiger zu Kampfmaßnahmen der Arbeiter, Studenten und anderer Teile des Volkes. Nachfolgend einige Beispiele ökonomischer Kämpfe derzeit:

Vom 15. - 18. September sind alle Gemeindeangestellten in einen dreitägigen Warnstreik getreten. Der Beschluß wurde einstimmig im Verband der Gemeinde-Angestellten Griechenlands gefaßt. Sie fordern u.a.:

- Volle Gleichstellung mit den Staatsbeamten;
- Rentenansprüche;
- Überstundenbezahlung etc.

Ebenso sind die 4.500 Verwaltungsangestellten und das gesamte technische Personal der Sozialversicherungsanstalt in einen unbefristeten Dauerstreik getreten.

Der Streikaufruf bei den Gemeinde- und Kommunalangestellten wird fast vollständig befolgt. Zum Teil unterstützen linke Bürgermeister und Stadträte die Kampfmaßnahmen.

Ebenfalls im Dauerstreik befinden sich die Angestellten der Baumwollorganisation. Sie fordern Gleichstellung mit den Angestellten des Landwirtschaftsministeriums.

Die Bergleute des Bauxit-Untertagebaus Parnaß „Iljopoulos" befinden sich im Streik. Sie fordern 40% Lohnerhöhung, 40% Erhöhung der Produktionsprämie, Stabilisierung der Tonnage pro Waggon, Abschaffung der illegalen 6% „Überwachungskosten", die die Kapitalisten von den Arbeitern einbehalten.

Gegen die geplante Schließung der 45 Steinbrüche und vier Steinmühlen von Pendeli sind die Arbeiter seit über einer Woche im Streik. Seit dem 15. September streiken die Hafenarbeiter von Neo Faliro (Athen). Ihr Protest richtet sich gegen die Nichtauszahlung ihrer Gehälter. „Wie die Arbeiter angaben, wird vielen von ihnen noch ein Teil des Juli-Gehaltes geschuldet." („Avji",16.9.)

Des weiteren befinden sich Arbeiter, Angestellte und Personal im öffentlichen Dienst und in zahlreichen Krankenhäusern und weiteren Industriebetrieben im Ausstand.

Eine erwähnenswerte Besonderheit bildet der Kampf der Arbeiter der Papierfabrik „MEL" in Tessaloniki.

In der gesamten Presse und Papierindustrie fordern die Arbeiter einen Mindestlohn von 196 Drachmen pro Tag. Das entspricht Lohnerhöhungen von 20 - 40% und 15% Zulagen bei gesundheitsschädigender Arbeit. Die Schiedskommission bot den Arbeitern zwischen 3 - 9% mehr Lohn an! Diese Verarschung wurde in mehreren Betrieben mit Streik beantwortet.

Die 330 Arbeiter von „MEL" befinden sich seit dem 1. September im Streik. Als die Arbeiter eine Handvoll gemieteter Provokateure am Betreten des Betriebes hindern wollten, griffen starke Polizeikräfte gegen die Streikenden ein.

Die Kapitalisten versuchten, den Streikführer mit Polizeikräften festzusetzen, – was mißlang.

Die Arbeiter verfaßten selber Flugblätter, die sie vor anderen Industriebetrieben in Thessaloniki verteilten. *„Sie riefen hierin zur Solidarität mit allen streikenden Arbeitern auf, um vereint die Rechte der Arbeiterklasse zu fordern."* („Avji").

Die Arbeiter mieten sich Busse, um die z.T. enormen Strecken zu „ihrer" Fabrik zu schaffen. So können sie jeden Morgen Besprechungen vor dem Tor der Fabrik abhalten.

Seit einigen Tagen besetzen sie das Tor der Fabrik, um auch noch so kleine Mengen an Waren nicht rauszulassen. Den anrückenden Polizeikräften hielten die Arbeiter Transparente entgegen, auf denen sie (sinngemäß – Ak-Red.) schrieben: „Nur über unsere Leichen!"

Das Tor blieb bisher weiter besetzt. Aus Patras, von der Papierfabrik „Ladhopoulos", wird ebenfalls Vollstreik gemeldet. Dort haben sich die Arbeiter im Betrieb eingeschlossen. Neben den erwähnten Forderungen in dieser Branche geht ihr Kampf um die Auszahlung zurückgehaltener Löhne von zwei Monaten!! ●

Griechenland-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Anzeige

Nachdem das vietnamesische Volk sein Land endgültig und vollständig von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung befreit hat, gilt es jetzt im Norden des Landes den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben, im Süden die revolutionär-demokratischen Umgestaltungen fortzusetzen und das Land schließlich wieder zu vereinigen.

Die Aufgaben, die revolutionären Errungenschaften auszubauen, zu festigen und zu verteidigen – das durch den imperialistischen Aggressionskrieg schwer zerstörte Land wieder aufzubauen und eine unabhängige Wirtschaft zu erreichen, werden kaum geringere Anstrengungen erfordern als die Befreiung selbst.

Das vietnamesische Volk und seine revolutionäre Führung brauchen zur Bewältigung dieser Aufgaben die solidarische und langfristige Unterstützung aller fortschrittlichen Länder, Organisationen und Menschen.

Für uns als Revolutionäre ist es eine internationalistische Pflicht, den Kampf des vietnamesischen Volkes – auch und gerade unter den jetzigen Bedingungen – durch Solidaritätsaktionen, Agitation und Propaganda und die Organisierung von materieller Hilfe zu unterstützen.

Um dieser Aufgabe bestmöglich nachkommen zu können und die Kräfte der Vietnam-Solidarität zu konzentrieren, wird der KB – neben der intensivierten eigenen Arbeit – das „Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen (BRD)" bei dessen Bemühen unterstützen, eine möglichst effektive und langdauernde Solidaritätsfront mit dem vietnamesischen Volk in der BRD aufzubauen.

Das IK, das parteipolitisch unabhängig ist (im Gegensatz zu einer Reihe anderer „Vietnam-Komitees"), arbeitet bereits seit mehreren Jahren daran, hierzulande eine breite und fundierte Solidaritätsfront mit dem vietnamesischen Volk aufzubauen.

Wir werden die Arbeit des IK dadurch unterstützen, daß wir dessen monatlich erscheinende Zeitschrift und dessen unregelmäßig erscheinende Broschüren mit verbreiten helfen (siehe Anzeige!) und ferner dadurch, daß wir uns an den vom IK mit den vietnamesischen Genossen vereinbarten „Projekten" (materielle Hilfe) beteiligen (d.h. zum Beispiel, daß Spendengelder, die von uns für Vietnam gesammelt werden, zur Unterstützung der „Projekte" ans IK übergegeben werden).

Das IK erhält hier Gelegenheit, seine Arbeit vorzustellen.

Indochina-Kommission
KB /Gruppe Hamburg



- ist die einzige in der Bundesrepublik monatlich erscheinende Zeitschrift mit Berichten über die Geschichte Nord- und Südvietnams und über die Probleme des aktuellen Aufbaus
- bringt wissenschaftliche Analysen und Hintergrundnachrichten über wichtige Ereignisse in Indochina
- ist ein Informationsblatt für alle, die von der vergangenen und zukünftigen Entwicklung in Indochina wichtige Impulse für politische Veränderungen in anderen Teilen der Welt ausgehen sehen
- ist parteipolitisch nicht gebunden. Es nimmt Partei für die unter den Überresten von Kolonialismus und Imperialismus in Südostasien lebenden Völker und orientiert sich am Weg des vietnamesischen Befreiungskampfes

Abonnieren Sie "Viet Nam - Kultur und Befreiungskampf" zum Jahrespreis von 10.-- DM.
Konten: Deutsche Bank Köln 321/0515
PSCHA Köln 293973-507
(Zusatz: Abo)

Bestellen Sie ein kostenloses Werbeexemplar bei: Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen(BRD)
5 Köln 41 Berrenrather Str. 190
Tel.: 44 15 47

Dokumentation: Frauen in Vietnam

Diese Dokumentation des Initiativkomitees schildert den Weg der vietnamesischen Frauen von Sklavinnen des patriarchalischen Feudalsystems über ihre vereinzelte Teilnahme an bürgerlichen Frauenbewegungen zu Kämpferinnen für Unabhängigkeit und Freiheit in Vietnam.

107 Seiten, 40 Fotos, kartoniert, Preis:
Preis: 5.-- DM (bei Sammelbestellungen ab 10 Stück Preis: 4.-- DM)
Konten: Deutsche Bank Köln 321/0515
PSCHA Köln 293973-507
(Zusatz: Frauen in Vietnam)

„Das Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen (BRD) in Köln ist mit dem Ziel gegründet worden, auf allen gesellschaftlichen Lebensbereichen den Aufbau eines friedlichen und unabhängigen Vietnam zu unterstützen. Besonders während des Besuchs einer Delegation des Komitees in der DRV konnten sich die Komiteemitglieder von der Bedeutung der Notwendigkeit einer verstärkten, bedingungslosen und ungebrochenen, langandauernden Hilfe für das vietnamesische Volk überzeugen.

Der Besuch in der Demokratischen Repubik Vietnam stellte den Abschluß eines Projekts dar, das das Initiativkomitee unter fortschrittlichen Kulturschaffenden in der BRD durchführen konnte: die Bereitstellung einer kompletten, mobilen Fernsehstation.

Mit einer Laufzeit bis zum Ende des Jahres '75 organisiert die **Abteilung Informationswesen** *des IK ein weiteres Projekt, dessen Dringlichkeit Vertretern des Komitees in Vietnam selbst noch dargestellt werden konnte. Es handelt sich dabei um die Beschaffung von fünf Reportageeinheiten, die zum Zweck der aktuellen Berichterstattung sowie der Dokumentation in Vietnam eingesetzt werden. Jede Reportageeinheit besteht aus einem geländegängigen Kombiwagen, der mit einer 16 mm- Filmausrüstung und anderem notwendigen technischen Material ausgerüstet ist. Die für dieses Projekt benötigte Summe beträgt 100.000 DM.*

Neben der Unterstützung des Informationswesens in Vietnam hat sich das IK zur Aufgabe gemacht, zwei weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der Demokratischen Republik Vietnam und der Republik Südvietnam zu unterstützen: das **Erziehungswesen** *und die* **medizinische Versorgung**. *Im Bereich des* **Erziehungswesens** *führt das Komitee in diesem Jahr ein Projekt durch, das die Bereitstellung von drei Schulbussen für die DRV vorsieht.*

Kolonialismus und Imperialismus haben jahrzehntelang die Entwicklung einer nationalen vietnamesischen Industrie verhindert. Vietnam wird aber nur dann seine Unabhängigkeit bewahren können, wenn es durch eine allgemeine Hebung des technologischen Niveaus die Stufe des Industriestaats erreicht. Diese Umwandlung von einem Agrarland zu einem selbständigen Industriestaat setzt jedoch den Einsatz des ganzen Volkes, die Förderung aller Fähigkeiten jedes Einzelnen voraus. Von daher ist die Bedeutung von Schulbussen zu erklären, die den schulpflichtigen Kindern – besonders aus den Dörfern der nationalen Minderheiten – in den weit auseinanderliegenden Siedlungen der Gebirgsregionen erst einen regelmäßigen Schulbesuch ermöglichen. Die für dieses Projekt veranschlagte Summe beträgt 20.000 DM.

Das Projekt der **Abteilung Medizinische Versorgung**, *das vom Komitee in diesem Jahr schwerpunktmäßig durchgeführt wird, sieht den Aufbau einer Gesundheitsstation für eine ländliche Region im Gebiet der Republik Südvietnam mit einer Versorgungskapazität von 6 000 Menschen vor.*

Nach dem endgültigen Abzug der Amerikaner aus Südvietnam und dem Sturz der Saigoner Marionettenregierung sind unter der neuen Regierung der RSV endlich politische Bedingungen geschaffen worden, die einen wirklich friedlichen Aufbau des Landes ohne ausländische Einmischung möglich machen. Die Ausgangssituation für diesen Wiederaufbau ist die barbarische Hinterlassenschaft des jahrzehntelangen amerikanischen Angriffskrieges. Auch auf medizinischem Sektor haben Amerikaner und Thieu-Regime eine vollkommen desolate Situation hinterlassen: die minimalen Anforderungen einer kollektiven und individuellen Hygiene und einer medizinischen Behandlung sind nicht erfüllt worden – Seuchen und die typischen asiatischen Infektionskrankheiten wie Gelbfieber, Malaria und Wurmkrankheiten grassierten, über drei Millionen Menschen leiden an Geschlechtskrankheiten. Dazu kommen die Kriegsverletzten, von denen es allein in Saigon über eine halbe Million gibt. Eine der dringendsten Aufgaben der neuen Regierung ist daher die medizinische Versorgung der Bevölkerung, der Aufbau einer medizinischen Infrastruktur in Südvietnam.

Die von der Abteilung Medizinische Versorgung zu errichtende Gesundheitsstation ist ein integraler Bestandteil des auszubauenden Gesundheitssystems auf unterster, d.h. kommunaler Ebene.

Auf etwa 120 qm in elf Räumen werden Einrichtungen für behandelnde und vorbeugende Maßnahmen untergebracht. Zum Bereich der Prophylaxe gehören Vorrichtungen für mikrobakterielle Untersuchungen von Trinkwasser und Nahrungsmitteln für Reihenuntersuchungen und Impfungen. Auf therapeutischer Ebene werden vor allem Infektionskrankheiten behandelt, gynäkologische Erkrankungen, sowie Kriegsverletzungsfolgen und die Folgen von Arbeitsunfällen.

Die Station wird in Fertigbauweise in der Bundesrepublik komplett zusammengestellt; zum Inventar gehören auch Einrichtungen für eine autonome Trinkwasser - und Energieversorgung.

Der Aufbau dieser ambulanten Gesundheitsstation kostet ca. 100.000 DM. Die Fertigstellung soll bis Ende des Jahres sichergestellt sein."

Griechenland:

Urteile im „Folter-prozeß"

Am 14. September wurden nach 23 Verhandlungstagen, in denen 124 Opfer der faschistischen Militärpolizei gegen die 31 angeklagten Offiziere und Soldaten aussagten, die Urteile verkündet:

16 Offiziere und Soldaten erhielten Gefängnisstrafen zwischen fünf Monaten und 23 Jahren. 15 weitere Angeklagte wurden freigesprochen!

Der Staatsanwalt hatte zuvor Strafen bis zu 25 Jahren und lediglich vier Freisprüche gefordert.

In den letzten Verhandlungstagen hatte der angeklagte Feldwebel Petrou geschildert, welche „Stufen" der Folter bei ihnen üblich waren:

„Nachdem aus ihrer Zelle Bett, Tisch und Stuhl entfernt worden waren, mußten sie in der ersten Stufe in einem auf den Fußboden gezeichneten Kreis oft tagelang aufrecht stehen.

In der zweiten Stufe wurden sie außerdem geschlagen.

Die dritte Stufe bestand schließlich aus Aufrechtstehen mit ununterbrochenem Prügeln mit Fäusten, Schlagstöcken und Peitschen.

Generell durften die Häftlinge, nach Petrous Aussage, ihre Zellen nur dreimal am Tag für einige Minuten zur Verrichtung ihrer Notdurft verlassen. Dabei seien sie auf ekelhafte Weise behandelt worden. In den ersten 20 Tagen Haft durften sich die Häftlinge weder waschen, noch ihre Wäsche wechseln" (FR 4.9.).

Weitere Morde der Faschisten

Anfang September traten 63 Mütter von bekannten Antifaschisten im Innenhof der Technischen Hochschule in Athen in einen Hungerstreik. Sie forderten die unverzügliche Klärung der Todesursachen und -Umstände ihrer Söhne. Auf den Sterbeurkunden der Betreffenden war Selbstmord angegeben worden. NachAngabe der Justizbehörden handelt es sich bei einigen Fällen, in denen bereits ermittelt wurde, um „von Unbekannten begangene Verbrechen" („SZ" 4.9.). Die Mütter geben sich damit nicht zufrieden. Nicht nur, daß offenbar die Karamanlis-Regierung wieder einmal die Faschisten decken will, sondern es geht hier auch um Ansprüche, die mißhandelten oder ermordeten Widerstandskämpfern bzw. ihren Angehörigen zugestanden wird.

CIA auf der Anklagebank?

Am 3. September hat eine Voruntersuchung in Athen begonnen, die sich mit der *„möglichen Verwicklung des US-Geheimdienstes CIA in den griechischen Militärputsch von 1967 befaßt"* („FR" 4.9.)

Ebenso wie die Prozesse gegen die Faschisten- und Folterführer, ist diese „Voruntersuchung" nicht auf Initiative der Regierung Karamanlis, sondern von einem antifaschistischen Rechtsanwalt ausgegangen.

Als Zeugen sollen unter anderem Kanellopoulos, Papandreou und Mavros aussagen.

Verhört werden sollen unter anderem der griechisch-amerikanische Großindustrielle Thomas Pappas, der unter dem Faschismus zu günstigen Bedingungen eine riesige Esso-Raffinerie bauen ließ, der frühere US-Botschafter in Athen und Putschexperte des CIA, Henry Tasca, ebenso wie sein Vorgänger Philips Talbot.

Papandreou hatte bereits vor Monaten Prozesse gegen die „US-Botschaft, die Großindustrie und alle wirklichen Hintermänner des Faschismus" gefordert.

Zweifelsohne ist die Ansetzung einer „Voruntersuchung" ein Zugeständnis an die breite anti-imperialistische Stimmung im griechischen Volk.

Allerdings kann wohl kaum mit wirklich neuen „Enthüllungen" bzw. gar Verurteilungen gerechnet werden, da die Karamanlis-Regierung kein Interesse daran hat. ●

Griechenland-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Heißer Herbst in Frankreich?

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Inflation – Frankreichs Arbeiterklasse und die große Masse der Werktätigen stöhnen unter den Krisenlasten, die Monopolkapital und bürgerlicher Staat dem französischen Volk aufbürden. Mit Riesenschritten schreitet die Arbeitslosigkeit voran. Rund 1 Million waren es im Winter, und im Juli dieses Jahres schon 1,93 Mio. (Juni 1,16 Mio).. Gut 2 Mio. könnten es im Winter werden, denn noch immer berichtet die Presse von massiven Rationalisierungswellen in den Großbetrieben, von Konkurs und Bankrott von Kleinbetrieben. 600.000 Schul- und Hochschulabsolventen werden mit Beginn des Monats September versuchen, einen Arbeitsplatz zu bekommen; nach Schätzungen der Gewerkschaft CGT kann nur knapp die Hälfte mit einer Anstellung rechnen. Damit würde die Jugendarbeitslosigkeit weiter verschärft. Schon heute sind 40 % der Arbeitslosen unter 25 Jahren. Besonders stark betroffen sind die Randprovinzen. Im Norden (Pas de Calais) sind 56 % der Arbeitslosen Jugendliche unter 25 Jahren. 57 % sind es in der Normandie und in Lothringen gar 60 %. Bei einem Vergleich dieser Zahlen mit der BRD muß man berücksichtigen, daß Frankreich mit 52 Mio. Einwohnern eine knapp 10 Mio. geringere Bevölkerungszahl hat als die BRD, und daß der prozentuale Anteil der Industriearbeiterschaft an der arbeitenden Bevölkerung auch niedriger liegt als in der BRD.

Millionen französische Werktätige – hier demonstrierende Arbeiter des Renaultkonzerns – bekundeten 1973 mit machtvollen Streikkämpfen und Protestaktionen ihre feste Entschlossenheit, den Generalangriff der Monopole auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse zurückzuweisen.

Das Lebensniveau der Arbeiterklasse ist drastisch gesunken

Das Lebensniveau der Arbeiterklasse ist drastisch gesunken

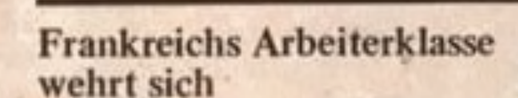
Wie drastisch das Lebensniveau gesunken ist, zeigt eine Untersuchung von Henrie Nolleau in der Zeitung „Economie et Politique" vom Mai dieses Jahres. Das Einkommensniveau 1968 (nach den Lohnerhöhungen, die in den Maistreiks erkämpft wurden) mit jeweils dem Index 100 angenommen, hat sich die Situation wie folgt entwickelt:

Ein Junggeselle erreichte im Januar 1958 im Schnitt ein Niveau von 93,0 Punkten. Im April 1968 war sein Niveau nur leicht auf 94,0 Punkte angestiegen. Mit den im Mai 1968 erkämpften Einkommenserhöhungen kam er dann auf 100 Punkte. Der wachsende Druck auf den Lohn ließ das Einkommen für April 1973 leicht auf 99,7 Punkte sinken. Die Talfahrt danach war drastisch: Im Januar 1975 waren wieder 94,3 Punkte erreicht, das Einkommen also auf die Situation vor dem Mai 1968 zurückgeschraubt.

Noch schlechter steht heute ein Familienvater mit zwei Kindern über drei Jahren da. Im Januar 1958 lag sein Einkommensniveau bei 98,8 Punkten. Im April 1968 war es auf 95,1 Punkte gesunken. Von wiederum 100 im Juli 68 sank es auf 98,2 im April 73 und auf 92,4 im Januar 75.

Am schlechtesten geht es heute einem Familienvater mit 5 Kindern, von denen 2 zwischen 10 und 16 Jahren alt sind. Zu dem Druck auf den Lohn durch die Kapitalisten kommt hier noch der Wegfall steuerlicher Erleichterungen und Beihilfen für kinderreiche Familien durch den gaullistischen Staat hinzu. Im Januar 1958 lag das Niveau bei 101,4 Punkten (Steuererleichterungen und Beihilfen)! Von 100 im Juli 1968 sank der Index auf 99,8 im April 1973 und ging in rasender Talfahrt auf 93,8 im Januar 1975 herunter.

Generell kann man sagen, daß das Lebensniveau der französischen Arbeiterklasse längst auf das Niveau der IV. Republik zurückgefallen ist. Verglichen mit den Verhältnissen in der BRD, müßten die Einkommen der westdeutschen Arbeiter schon auf die Marken der frühen sechziger Jahre zurückgedrückt werden, um auf einem ähnlichen Niveau zu sein.



Frankreichs Arbeiterklasse wehrt sich

Aber Frankreichs Arbeiterklasse kämpft. Waren die Ferienmonate Juli und August früher durch einen merklichen Rückgang der Kampfaktivitäten der Arbeiter gekennzeichnet, so muß dieses Jahr vom Gegenteil gesprochen werden. Hunderte Betriebe, die von den Kapitalisten stillgelegt waren, oder wo es zu massiven Entlassungen gekommen war, sind im Juli/August von den Arbeitern besetzt gehalten worden. Eine Übersicht der CGT vom Juli („Le Monde", 24.7.) spricht von insgesamt 100.000 streikenden Arbeitern im Juli. Diese Zahl verteilt sich auf 145 Betriebe, von denen 42 besetzt waren.

Höhepunkte der Kampfaktionen waren aber zweifellos die Massenversammlung der kämpfenden Arbeiter am 10. Juli in Paris, wo 40.000 Arbeiter, darunter Delegierte aus 437 Betrieben, einem Aufruf der Gewerkschaften CGT und CFDT gefolgt waren, sowie die Demonstration von 20.000 Druckarbeitern aus allen Teilen Frankreichs am 20. August in Paris, um gegen die Rationalisierungspolitik der Druckkapitalisten zu protestieren und ihre Solidarität mit den gegen Entlassung und politische Entrechtung kämpfenden Arbeitern des „Parisien libere" (Streik und Besetzung der Drucker vom „Parisien Libere" gehen jetzt in den siebenten Monat) zu zeigen.

Die Abwehraktionen der Arbeiter blieben nicht ohne Erfolg. In einigen Fällen konnten Entlassungen wieder rückgängig gemacht werden oder konnte zumindest eine Beschränkung der Entlassungen erkämpft werden (die CGT spricht für Juli von 23 solcher Fälle). Bei „Dusselier" wurde nach acht Tagen Streik und Besetzung der Fabrik von 3500 Arbeitern eine Lohnerhöhung von 240 bis 250 Francs (ca. 150 DM) durchgesetzt. Der Mindestlohn für eine 40-Stunden-Woche beträgt hier nur 1700 Francs. Sicherlich ein Erfolg für die Arbeiter, wenn man bedenkt, daß die durchschnittliche Arbeitszeit bei 43 Stunden liegt und 1700 Francs Mindestlohn eine Forderung sind, die die Gewerkschaften als Kampfforderung für diesen Herbst gerade erst zu propagieren begonnen haben.

Insgesamt haben die Kämpfe der Arbeiter in den letzten Monaten an Breite und Intensität gewonnen. Es handelt sich aber bisher fast immer um ökonomische Abwehrkämpfe, deren Ergebnis bestenfalls in der kurzfristigen Stabilisierung des Lebensniveaus gegenüber den Angriffen der Kapitalistenklasse liegt. Die französische Monopolbourgeoisie hat gegenüber imperialistischen Konkurrenten, vor allem den BRD-Monopolen, in den letzten Jahren weiter an Boden verloren. In der Chemie–, Elektro–, Maschienenbau–, Eisen – und Stahlindustrie dominieren in Westeuropa heute in erster Linie BRD-Konzerne. Zusehends machen diese Konzerne dem französischen Kapital auch seinen noch beträchtlichen Einfluß in seinen ehemaligen Kolonialgebieten streitig. Erst kürzlich mußten französische Kapitalgruppen ihre Pläne zum Aufbau einer französischen Kernreaktorindustrie mit Weltmarktambitionen begraben und das Terrain der KWU/Mühlheim und US-Konzernen überlassen. Auch der Versuch, zusammen mit Siemens eine gegenüber dem US-Kapital konkurrenzfähige Comuter- und Rechenmaschinenindustrie aufzubauen, ist gescheitert. Praktisch ist die französische Seite schon ausgestiegen und hat Siemens die Nachlaßverwaltung übertragen. Konzentration und Zentralisation – nach dieser Devise nutzt die Monopolbourgeoisie die weltweite Überproduktionskrise, um mittels Rationalisierungswellen, Konzernverflechtungen, Milliardensubventionen des Staates und Liquidierung von Klein- und Mittelbetrieben, ihre Position gegenüber der imperialistischen Konkurrenz wieder zu stärken. Den Preis zahlt das französische Volk.

Dieses Programm wird nur zu realisieren sein, wenn es gelingt, die Arbeiterklasse und das Volk von wirksamen Widerstandsaktionen abzuhalten.

Für September haben die Gewerkschaftszentralen von CGT und CFDT zu Aktionen aufgerufen. Kampfforderungen sind: Erhöhung der Kaufkraft, garantierter Mindestlohn von 1700 Francs, 40-Stunden-Woche, Schaffung von Arbeitsplätzen vor allem im öffentlichen Dienst. Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Erweiterung der gewerkschaftlichen Freiheiten in den Betrieben.

Die CGT und hinter ihr stehend die KPF haben ihre Positionen gegenüber Monopolbourgeoisie und Staat beträchtlich „radikalisiert" – allerdings immer noch auf dem Boden des ökonomischen Kampfes. Die CFDT hält sich merklich zurück. Während die CFDT sich 1974 noch als „radikalere" Gewerkschaft gebärdete, und auch die Zentrale während des Kampfes der LIP-Arbeiter mit verbalradikalen Sprüchen nicht geizte, ist sie heute deutlich auf sozialdemokratischen Kurs geschwenkt.

Insgesamt werden sich die Abwehraktionen der Arbeiter im September sicher verstärken. Ob der von den Gewerkschaftenprognostizierte und von bürgerlicher Seite als Schreckgespenst an die Wand gemalte „heiße Herbst" tatsächlich stattfindet, hängt letztlich davon ab, ob über ökonomische Forderungen hinaus die Arbeiterklasse beginnt, im Massenmaßstab den Kampf gegen den Reaktionskus, für politische Freiheiten innerhalb und außerhalb der Betriebe, aufzunehmen. ●

Ein Genosse aus Göttingen (IK/KHB)



Fünf Stunden dauerte die große Demonstration der Arbeiter und Angestellten von Paris am 6. Dezember. An diesem Tag hatten die großen Gewerkschaften, alle Linksparteien und 20 weitere Organisationen zum Generalstreik aufgerufen. Industrie, Verkehrswesen, Schulen und Verwaltungen lagen still. „Stopp der Teuerung" war die Hauptlosung des Streiks und der Demonstrationen im ganzen Land.

Frankreich:

Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit

Ende Juli traf sich Giscard mit seinem westdeutschen Kollegen Schmidt in Bonn. Der Kommentar Giscards danach war:

„Wir haben die interne und internationale Situation unserer beiden Länder beraten und sind zu dem Schluß gekommen, daß sich ihre wirtschaftlichen Probleme sehr ähnlich sind. (. . .) Gemeinsam haben wir einen Kalender der notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen aufgestellt" („Le Monde", 28.7.75).

Einen Monat später kündigte Giscard die Veröffentlichung eines „Programms zur wirtschaftlichen Entwicklung" an, dessen Inhalt schließlich am 4. September bekannt gegeben wurde.

30 Mrd. Francs – ursprünglich waren nur 15 Mrd. geplant – sollen für den „Wiederaufschwung" eingesetzt werden – das sind etwas mehr als 15 Mrd. Mark.

Diese 30 Milliarden Franc teilen sich wie folgt:

- 25 Mrd. für die Industrie, davon 17,3 Mrd. für die privaten Betriebe als Ausleihe, durch Steuersenkungen usw.; 8,2 Mrd. für die Bauindustrie (wovon auch der Automobil-Bau, die Metallverarbeitende Industrie u.a. profitiert.)
- 5 Mrd. für die Werktätigen und die Rentner:
  - ein 13. Monat für die Rentner, die bislang den Mindestsatz an Rente bekommen haben (608 Francs) in der Höhe von 700 Francs (knapp 400 DM!);
  - eine Prämie von 250 Francs pro Schulpflichtiges Kind bei „bedürftigen" Familien.

Dieses „Programm zur Wiederbelegung der Wirtschaft" ist ein Hohn.

Alleine was Obst und Gemüse betrifft, sind die Preise im Vergleich zum Vorjahr um 22% gestiegen. Insgesamt ergibt sich gegenüber dem Vorjahr nach offiziellen Zahlen eine Preissteigerung von 11% („Le Monde", 1.9.75).

Insgesamt sind es gegenwärtig 73 Betriebe, die in Frankreich seit mehreren Wochen, bzw. Monaten von den Arbeitern besetzt gehalten werden; über 200 Arbeitskonflikte sind „am Laufen" (Zahlenangaben nach „Revolution!", Nr. 102).

Druckbranche

- „Parisien Libéré": die 500 Arbeiter halten den Betrieb weiter besetzt;
- Caron-Ozanne (Caen): 150 Arbeiter halten den kleinen Druckbetrieb seit dem 5. Juni besetzt, im Kampf gegen die Liquidierung ihres Betriebes;
- Neogravure (Saint-Ouen): der Betrieb soll geschlossen werden;
- Lang (Paris): 350 Arbeiter sollen entlassen werden;
- Chaufour: 235 Entlassungen, die Arbeiter halten den Betrieb seit sechs Monaten besetzt;
- Aktionen der Druckarbeiter während der Sommermonate:
  - 6. August: Pariser Streik;
  - 9. August: Versammlung aller kämpfenden Druckarbeiter bei Caron-Ozanne;
  - 20. August: nationaler Druckerstreik, Demonstration in Paris.

Metallindustrie

Olier: 435 Entlassungen angekündigt;
Sotracimet (bei Metz): 425 Entlassungen angekündigt.

Pharmazeutische Industrie

Gruppe Rhône-Poûlenc: Kurzarbeit für die 90.000 Beschäftigten angekündigt.

Textilindustrie

Boussac: 1.500 Entlassungen angekündigt;
Poclain: 1.000 Entlassungen angekündigt.

Industriestoff

Motobecane (Saint-Quentin): 900 Entlassungen angekündigt.

Diese Liste ist beileibe nicht vollständig.

Insgesamt waren Ende Juli 1,3 Mio. Arbeiter ohne Arbeit, hinzu kamen eine halbe Million Kurzarbeiter. Von den Arbeitslosen bekamen 370.000 irgendwelche Entschädigungen, aber nur 90.000 bekamen 90% ihres vorherigen Lohnes. Hinzu kommen noch 600.000 Jugendliche, die jetzt auf Arbeitssuche sind. ●

Frankreich-Kommission, KB/Gruppe Frankfurt

Philipinische Seeleute „baten zur Kasse"

Anfang letzter Woche streikte die Mannschaft des von der BRD nach Philippinen ausgeflaggten Frachters „Bernhardina" (an Schuppen 56 des Hamburger Hafens).

Die Kollegen hatten festgestellt, daß sie seit Monaten unter dem international gültigen Tarif bezahlt wurden. Die „Deutsche Nahostlinie" versuchte zunächst eine neue Mannschaft als Streikbrecher an Bord zu hieven. Das gelang nicht, weil die Streikenden und die anwesenden Vertreter der ÖTV Abteilung Seeleute den Kollegen klarmachten, wofür sie mißbraucht werden sollten. Die Kollegen setzten sich wieder in die Taxis, mit denen sie die Reederei herangekarrt hatte und verschwanden wieder. Die Reeder hätten es am liebsten gehabt, daß die Streikenden und die „Ersatzmannschaft" sich in eine Prügelei verwickelt hätten. Die in der Nähe bereitstehende Polizei wäre sofort dagewesen und hätte mit den Streikenden „kurzen Prozeß" gemacht.

Ein Wagen der politischen Polizei fuhr regelmäßig vorbei, (Autonummer HH-WX-316) – ebenso die Wasserschutzpolizei.

Einige Stunden nach der eigentlichen Auslaufzeit der „Bernhardina" erschien ein geschniegelter Lackaffe, der sich als Chef der Deutschen Nah-
lichen Auslaufzeit der „Bernhardina" erschien ein geschniegelter Lackaffe, der sich als Chef der Deutschen Nah-
ostlinie ausgab. Er trug eine dicke Tasche mit sich. **Es begann die Nachzahlung. Die gesamte Mannschaft hatte zusammen sage und schreibe 60 000 Dollar als Nachzahlung zu bekommen. Ein Kollege z.B. bekam eine Nachzahlung von 5 000 Dollar. Umgerechnet nach dem Tageskurs waren das 13.750 DM! Die philippinischen Seeleute verließen nicht eher das Schiff, bevor nicht der letzte Kollege sein Geld hatte.**

Von den portugiesischen Kollegen gelernt.

In der Zeit, in der die Kollegen auf die Löhnung gewartet hatten, wurde auch Folklore gemacht. Ein Kollege spielte Gitarre, die anderen sangen, tanzten und klatschten rhythmisch in die Hände. Ich traute meinen Ohren nicht, als die philippinischen Kollegen das bekannte portugiesische Lied „Grandula..." anstimmten.

Später fragte ich den Gitarrenspieler, woher er dieses Lied kenne. Er sagte, er und viele seiner Kollegen wären schon häufiger in Portugal gewesen. Zur Zeit des Faschismus wäre es sehr schwer gewesen, mit portugiesischen Hafenarbeitern und Seeleuten ins Gespräch zu kommen, weil die meisten Angst vor Spitzeln und Repressionen gehabt hätten. Nach dem Umsturz 1974 wäre bei jedem Aufenthalt in Portugal ein herzlicheres Verhältnis zwischen portugiesischen und philipinischen Kollegen entwickelt worden (bei gemeinsamen Diskussionen, Festen; und die philipinischen Kollegen hätten auch schon an Demonstrationen der portugiesischen Arbeiter und Matrosen teilgenommen.)

Die Erfahrungen, die die portugiesischen Kollegen vermittelt hätten, hätten die philippinischen Kollegen angespornt, verstärkt ihre eigenen Interessen zu organisieren. Im Übrigen wären es die gleichen Reeder, die die portugiesische Revolution hassen und die philippinischen Seeleute um die Heuer betrügen.

So entwickelt sich konkret der proletarische Internationalismus.

Ein Hamburger Hafengenosse

Bürgerkrieg im Libanon Zuspitzung

Im Libanon herrscht Bürgerkrieg. Seit dem Beginn der Kämpfe im April dieses Jahres sind allein nach offiziellen Angaben 2.500 Menschen getötet worden und 10.000 verletzt, davon in den letzten zwei Wochen 1.000 Tote und 2.500 Verletzte. Die Kämpfe der letzten Wochen wurden auch mit schweren Waffen und Raketen geführt. Große Teile der Hauptstadt Beirut und der Stadt Tripolis liegen in Schutt und Asche.

Der jetzige Bürgerkrieg ist der bisherige Höhepunkt einer langjährigen Entwicklung. Seit 1970, als die palästinensischen Freiheitskämpfer in Jordanien eine Niederlage erlitten und sich gemeinsam mit der libanesischen Linken politischen und militärischen Freiraum im Libanon erkämpften, steht das Land im Zentrum der Provokationsstrategie von arabischen Reaktionären, Zionisten und Imperialisten gegen alle fortschrittlichen Kräfte.

Hierfür nur einige Beispiele aus der ununterbrochenen Kette von Vorfällen:

– Israel besetzte im Januar 1972 vier Tage lang Südlibanon. Im April 1973 landete ein israelisches Kommando in Beirut und ermordete mehrere Führer des palästinensischen Widerstands. Am 13. April 1973 protestierten in Beirut 250.000 Menschen gegen den Überfall und die unfähige reaktionäre libanesische Regierung.

– Im Mai 1973 begann die libanesische Armee einen Versuch, den palästinensischen Widerstand militärisch zu vernichten. Flüchtlingslager wurden bombardiert. In den tagelangen Gefechten verbündeten sich die libanesischen fortschrittlichen Parteien und Gruppen mit dem Widerstand und schlugen den Angriff gemeinsam zurück.

– Ende 1973 überfiel die israelische Armee das südlibanesische Dorf Kfar Schuba. Mit 470 Boden-Boden-Raketen wurde das Dorf zerbombt. 1.800 Menschen wurden zur Flucht gezwungen.

– Die libanesische Armee verübt immer wieder Übergriffe auf Palästinenser oder die libanesische Bevölkerung. So wurden z.B. im Januar dieses Jahres drei Mitglieder der Vereinigten Kommandos der palästinensischen Ablehnungsfront an einem Armeeposten hinterrücks erschossen.

– Anfang 1975 verhandelte die libanesische Regierung mit der US-Regierung um den Kauf von leichten Waffen und Feldartillerie. Nach einem Beschluß des „arabischen Verteidigungsrates" von Anfang Februar sollen diese Waffenkäufe von den arabischen Staaten finanziert werden.

– Im letzten Jahr waren alle reaktionären libanesischen Parteien, aber auch „Privatleute", Banken und großen Firmen, fieberhaft mit der Aufstellung, Ausrüstung und dem militärischen Training von Bürgerkriegstruppen beschäftigt. Die Kataeb, militärischer Zweig der Falange-Partei, verübt schon seit Jahren immer wieder Überfälle auf palästinensische Widerstandskämpfer und libanesische Linke. Die Kämpfe dieses Jahres begannen damit, daß Kataeb-Gangster am 13. April einen Bus mit Palästinensern überfielen, die von einer Gedenkfeier für den 13. April 73 kamen und 27 Menschen töteten.



Stadtzentrum von Beirut heute

Stadtzentrum von Beirut heute

Scharfe Klassengegensätze

Die bürgerliche Presse stellt die nun stattfindenden blutigen Kämpfe im Libanon als Auseinandersetzung zwischen Moslems und Christen dar, wobei die Palästinenser die treibende Kraft auf der Seite der Moslems seien. „Bild"-Boenisch schrieb am 15.4.75 zwei Tage nach dem Überfall der Falangisten auf den palästinensischen Bus:

Kampf unter Brüdern – warum?

Warum bloß können sich Araber untereinander nicht vertragen?
Auf der einen Seite kämpfen im Libanon Guerillas der Palästinenser. Es sind Moslems. Sie haben Syrien und den Irak als Verbündete.
Auf der anderen Seite kämpfen christliche Libanesen, die Falangisten. Sie wollen verhindern, daß Moslems im Libanon die Macht ergreifen und das kleine Land unter die Fuchtel der Syrer gerät.
Im kleinen Libanon droht wieder Bürgerkrieg. Die armen Menschen!

In der Tat, arm ist die Mehrheit der Menschen im Libanon, Palästinenser ebenso wie Libanesen, Moslems wie Christen. Und sie sind arm, weil eine Minderheit von reichen Familien das Land beherrscht und das Leben der arabischen Menschen an die Imperialisten verkauft.

Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der drei Millionen Einwohner (darunter 300.000 Palästinenser) beträgt nur ein Achtel des Wertes für die BRD. 50% der Bevölkerung leben in den Städten und das bedeutet u.a.:

Der Kern von Beirut, mit seinen Appartementhäusern, Luxushotels und Geschäftshochhäusern, wo die Ölmilliarden der arabischen Regimes transferiert und die Raubgeschäfte der Imperialisten abgewickelt werden, ist umgeben von ärmlichen schmutzigen Wohnvierteln, Elendsquartieren und Flüchtlingslagern. Neben den palsätinensischen Flüchtlingen leben hier die Zehntausende von libanesischen Arbeitslosen, die sich mit erniedrigender Gelegenheitsarbeit, Kleinhandel, Diebstahl oder Bettelei durchschlagen müssen, und die Tausende von südlibanesischen Flüchtlingen, die von der israelischen Armee um jeden Besitz gebracht und vertrieben worden sind.

Arm sind die Bauern in den libanesischen Bergen. Arm sind z.B. auch die Fischer von Saida (Moslems), die mit veralteten Fangmethoden und -geräten ihren Lebensunterhalt zu verdienen suchen. Sie lieferten sich Anfang dieses Jahres eine blutige Schlacht mit der Armee und verhinderten, daß die reiche Familie Chamoun (Moslems) ihnen durch den Aufbau einer Flotte von Fangschiffen die Existenzgrundlage entzog.

Auch das Argument, daß der palästinensische Widerstand in Libanon die Unruhen schürt, entspricht nicht den Tatsachen. Die Widerstandsorganisationen haben immer wieder erklärt und gezeigt, daß sie zwar beanspruchen, die Lager selbst zu kontrollieren, daß sie sich aber in innere Auseinandersetzungen im Libanon nicht einmischen werden. Die Allianz zwischen der libanisischen Linken und dem Widerstand ist ein Bündnis
zwischen der libanisischen Linken und dem Widerstand ist ein Bündnis
zum Schutz der beiderseitigen Belange, denn der jetzige reaktionäre Angriff richtet sich direkt sowohl gegen den Widerstand wie gegen die Linke. Die Bourgeoisie macht allerdings lieber den Widerstand verantwortlich als den Klassenkampf im Libanon.

Davon unterscheiden muß man jedoch die Haltung der PLO-Führung, die sich in innerlibanesischen Kämpfen und bei Auseinandersetzungen zwischen der Ablehungsfront und

Japan: Staat und Kapitalisten

Japan gilt als das umweltverseuchteste Industrieland der kapitalistischen Welt. Jetzt ist dort ein neues Umweltverbrechen bekannt geworden, das bisher mindestens 30 Tote und über 200 unheilbar Kranke (nach offiziellen Angaben) gefordert hat. Das Ausmaß der Katastrophe – Vergiftung durch Hexachrom – ist noch nicht zu erfassen.

Die bürgerliche Presse spricht schon heute davon, daß der „Hexachrom-Skandal" bei weitem das Minamata-Verbrechen der sechziger Jahre in den Schatten stellt, wo durch quecksilberhaltige Abwässer des Chemie-Konzerns Chisso 798 Menschen schwer erkrankten und über 100 starben. Ein Sprecher des Tokioer Arbeitsministeriums: *„Ein Skandal, der alles bisher dagewesene an Umweltverschmutzung übertrifft"*.

Seit Jahrzehnten haben japanische Kapitalisten gemeinsam mit dem japanischen Staat für eine beispiellose Verseuchung weiter Teile des Landes durch Hexachrom gesorgt. Ohne Rücksicht auf seine extreme Gefährlichkeit und ohne die minimalste Entgiftung wurden nach Schätzungen über eine Million Tonnen Chromschlacke in mehr als 100 Orten Japans abgelagert. Der Nippon-Chemical Konzern hat allein in Tokio und Umgebung 530.000 to auf dem Gewissen und wird bei seinem mörderischen Verbrechen nur noch von den Nippon Denko-Kapitalisten übertroffen, die 570.000 to abgelagert haben.

Sicher ist, daß das sechswertige Chrom, das bei verschiedenen Produktionsprozessen anfällt (als Staub



Vergiftete Milch

eingeatmet) zu Lungenkrebs, bösartigen Geschwüren der Atemwege überhaupt und zur Vernichtung der Nasenscheidewand führt.

Auch die Berührung mit dem giftigen Müll ist hochgefährlich. So wurden Hunde beobachtet, die an den Pfoten plötzlich offene Wunden hatten und wenig später starben. Kinder, die beim Spielen hinfielen und sich verletzten, bekamen Wunden, die nicht wieder zuheilten. Durch die Verseuchung des Erdreichs ist die Vergiftungsgefahr allgegenwärtig. In Tokios Trinkwasser z.B. wurde ein Chromgehalt festgestellt, der die amtliche Toleranzgrenze um das 2.000 fache übertraf und in Nagoja färbte sich das Wasser der städtischen Kanalisation im August dieses Jahres durch Hexachrom plötzlich gelb. Die Dunkelziffer der Vergifteten liegt mit Sicherheit sehr viel höher als von offizieller Seite zugegeben wird. So liegt z.B. die Zahl der Krebserkrankungen in Chrom-Gebieten um ein mehrfaches über dem Landesdurchschnitt. *„Da wir jahrelang nichts von dem Hexachrom wußten, haben wir es natürlich auch nicht für Krebserkrankungen verantwortlich gemacht"* gibt ein Beamter des Umweltschutzamtes zu.

Sicher ist, daß die Kapitalisten ihr Verbrechen an der Arbeiterklasse und der Bevölkerung schon über fünfzehn Jahre begehen – mit Wissen und Unterstützung des Staates. 1960 schon wurden die ersten Lungenkrebs-Toten im Nippon-Denko-Konzern gemeldet, eine lange Krankheitszeit ist dem sicherlich vorausgegangen. Zynisch priesen die Kapitalisten dennoch die Hexachrom-Schlacke als „völlig harmlos" und empfahlen den Arbeitern lediglich jeden Tag die Nase zu spülen und kräftig zu gurgeln. Es gelang den Kapitalisten sogar unter den Arbeitern die Zeichen ihres grausames Verbrechens – die zerfressene Nasenscheidewand – als Privileg für besonders lange Betriebszugehörigkeit zu verankern.

Der japanische Staat ignorierte die jahrelangen Warnungen der Mediziner, die auf die Gefährlichkeit des Stoffes hinwiesen und er war auch blind gegenüber der Tatsache, daß andere kapitalistische Staaten schon seit Jahrzehnten Chromatvergiftungen in der Liste der offiziellen Berufskrankheiten führen. Erst wenn Menschen reihenweise sterben und die Indizien durch nichts mehr wegzulügen sind, pflegen die Regierungen kapitalistischer Staaten offiziell von der Krankheit Kenntnis zu nehmen. So wurde die Vergiftung durch Hexachrom in Japan endlich vor zwei Jahren durch das Arbeitsministerium aktenkundig.

Geändert hat sich dadurch allerdings nichts. Der Grundstein für eine massenhafte Vergiftung der Bevölkerung war schon in den Jahren vorher gelegt worden. Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung war nur jetzt geweckt worden und es wurde die offene Komplizenschaft des Staates mit den Kapitalisten offenbar. Die Chemie-Kapitalisten produzierten drauflos und der Staat übernahm die Aufgabe der „Abfallverwertung". So hat die Regierung seit dem 2. Weltkrieg systematisch dafür gesorgt, daß über-

der Lage im Nahen Osten

der libanesischen Armee als Friedensstifter aufspielt und sich dabei mit der libanesischen Regierung gegen die Revolutionäre stellt.

Auch die zionistischen Angriffe können nicht als Folge der Aktivitäten des Widerstandes dargestellt werden. Dafür nur ein Beispiel: Obwohl sich Libanon im Junikrieg 1967 neutral verhalten hatte, obwohl der palästinensische Widerstand erst nach 1967 seine Aktionen gegen Israel begann und dabei seine Basis in Jordanien hatte, hat Israel im Dezember 1968 den internationalen Flughafen von Beirut mit einer Luftlandeeinheit angegriffen und dreizehn Flugzeuge zerstört, angeblich als Vergeltung für palästinensische Aktionen.

Solche israelischen Angriffe auf libanesisches Territorium folgten einander unaufhörlich. In allen Fällen ist die libanesische Armee oder Polizei erst nach Abzug der Zionisten aufgetaucht. Im Südlibanon haben Bewohner jahrelang keine Unterstützung der Armee bei israelischen Terrorangriffen erhalten und sie verstehen, daß die einzigen bewaffneten Kämpfer in ihrem Gebiet, die Fedajin der Ablehnungsfront, ihr Schutz gegen noch schärfere Angriffe oder eine Okkupation durch Israel sind.

Daß die israelischen Angriffe der Provokation dienen, wurde auch durch die Aussagen israelischer Politiker erhärtet, daß es jetzt im Libanon selbst Kräfte gebe, die die Arbeit des Kampfes gegen den Widerstand übernehmen. Israel rechnet offenbar damit, daß die Anfachung der Kämpfe im Libanon die Spaltung des Widerstandes und seine Widersprüche zur libanesischen Linken verschärft und Israel selbst zugute kommen wird.

Reaktionäre Kräfte, Zionismus und Imperialismus haben im Libanon seit Jahren auf einen Bürgerkrieg hingearbeitet. Auf der einen Seite die Verschärfung des Klassenkampfes im Land selbst, die Zunahme der Schwäche und Korruption des Regimes und die wachsende Armut der Massen, auf der anderen Seite die Zuspitzung der Lage im Nahen Osten durch den Vormarsch des US-Imperialismus, das sind die Gründe für den Klassenkrieg im Libanon.

Das Kräfteverhältnis entwickelt sich zu Gunsten der Reaktion

Das Kräfteverhältnis entwickelt sich zu Gunsten der Reaktion

Wir haben Bassam Abu Scharif, dem Sprecher der Volksfront für die Befreiung Palästinas, zu diesem Thema vor einem Monat einige Fragen gestellt (vollständiges Interview in der nächsten Ausgabe der INTERNATIONALE).

Bassam Abu Scharif sagte: *„Der Kampf wird so lange weitergehen, solange der Widerspruch bleibt. Aber was das augenblickliche Kräfteverhältnis betrifft, in diesem Jahr und im nächsten und vielleicht auch noch ein drittes Jahr, so kann man sagen, daß das Kräfteverhältnis sich zu Gunsten der Interessen des Imperialismus, Zionismus und der Reaktion entwickelt."* Das Interview geht weiter:

F: Du hast über die schwierige Situation der palästinensischen Bewegung gesprochen. Besonders schwierig ist die Situation wohl auch deswegen, weil die Angriffe gegen die Bewegung auch im Libanon vorgetragen werden. Was sind die Ziele der Falangisten?

A: *Die Schlacht, die kürzlich im Libanon stattgefunden hat, hat stattgefunden auf Grund einer politischen Entscheidung, die nicht völlig lokal ist. Es ist eine politische Entscheidung, die in Washington gefällt wurde. Wir glauben, daß lokale Faktoren vom CIA und seinen Agenten hier nur benutzt werden. Unglücklicherweise hat die Schlacht die Form eines Kampfes zwischen verschiedenen Religionsgruppen angenommen, aber wir haben nach einiger Zeit erreicht, ihr die richtigen Definitionen zu geben. Es war ein Kampf zwischen reaktionären und progressiven Kräften. Die Imperialisten versuchten, ihm einen religiösen Mantel zu geben, aber wir haben diese Absicht durchbrochen. Die Falangisten haben der Schlacht ihre politische Hülle gegeben, aber es waren nicht allein die Falangisten, die gegen die Palästinenser und die fortschrittliche libanesische Bewegung gekämpft haben, unsere Gegner waren alle reaktionären Kräfte im Libanon einschließlich von Teilen der Armee, deren Offiziere direkt mit dem CIA verbunden sind.*

Was ist das Ziel? Man sollte fragen, was ist die Absicht der Kräfte, die das grüne Licht gegeben haben, die die Entscheidung gefällt haben. Die Absicht ist, einen Angriff zu starten gegen die Bewegung, um die Bewegung zu schwächen, genauso gegen die progressiven Kräfte im Libanon, und die Bewegung einzukreisen und ihr eine Niederlage beizufügen. Jetzt hat Israel dieselbe Rolle übernommen, die Luftangriffe haben die Absicht, die Palästinenser und die progressive libanesische Bewegung in eine psychologische Position der Schwäche zu bringen, sie zu demoralisieren. So daß am Ende, wenn die PLO-Führung sagt, was sollen wir machen, wir müssen uns auf die friedliche Lösung einlassen, die Massen demoralisiert und müde sind.

wenn die PLO-Führung sagt, was sollen wir machen, wir müssen uns auf die friedliche Lösung einlassen, die Massen demoralisiert und müde sind.

Das ist die hauptsächliche Absicht: Die Macht der Bewegung nicht akzeptieren, die Bewegung zu kontrollieren, in Bahnen zu lenken und der Bewegung dann bestimmte politische Angebote zu machen, die auf dem psychologischen Hintergrund der Demoralisation und Resignation angenommen werden sollen.

Aber die erste Runde war ein Mißerfolg für die Falangisten. Das Resultat war genau entgegengesetzt von dem, was sie erwartet hatten, denn tausende und tausende der libanesischen Massen sind zur palästinensischen Bewegung gestoßen, tausende von Palästinensern sind zur Bewegung gestoßen und wurden rekrutiert. Die gleiche Sache mit den Angriffen der Israelis. Je mehr unser Volk angegriffen wurde, desto mehr war es zum Kämpfen bereit, desto fester wird die Absicht unseres Volkes, den Kampf weiterzuführen. Und in solch einer Situation, mit dem neuen Abkommen, mit den letzten Kampfergebnissen, werden die Imperialisten wohl ihre Mittel überdenken und eine neue Form von Angriffen wird sich bald ereignen. Wann, kann man nicht genau sagen, aber man kann sagen, der Widerspruch ist da, die friedliche Lösung geht weiter, da die palästinensische Bewegung gezähmt werden soll, da sie die Gewehre aus der Hand legen soll und ihre revolutionären Inhalte abstreifen soll, wird der Kampf weitergehen.

F: Du sagst, ihr erwartet eine neue Form der Angriffe. Was meinst du damit?

A: *Wie ich gesagt habe, bleiben die Widersprüche, und die Anstrengungen der Imperialisten, die palästinensische Bewegung zu schwächen, werden weitergehen. Das gleiche wird von der arabischen Reaktion gemacht werden. Welche Form wird das annehmen? Ganz sicher eine gewaltsame. Welche taktische Form? Es wird der Kampf gegen die effektiven Kräfte der palästinensischen Bewegung sein, d.h. die Ablehnungsfront. Wer wird es machen? Es gibt klare Verhältnisse: arabisch-reaktionäre Kräfte, Israel, der CIA, der jordanische Geheimdienst, das sind unsere Gegner hier im Libanon. Seit neuestem übernimmt Israel die Rolle, aber ob das die einzige Form bleibt? Bestimmt nicht. Es könnte sich um einen ganzen Komplex von Formen handeln, in denen gegen die Revolution gekämpft wird.*

F: Es ist für die Bewegung von besonderer Bedeutung, die Position hier im Libanon zu halten. Welche Bedeutung hat eure Stellung hier im Libanon?

A: *Die hauptsächliche Bedeutung ist, daß das das einzige Land ist, in dem wir offen arbeiten können. Wir haben unsere Institutionen, unsere Streitkräfte hier und wir können von hier aus Angriffe austragen. Aber die wichtigsten Gebiete für unseren Kampf sind die besetzten Gebiete. Von die-*

kräfte hier und wir können von hier aus Angriffe austragen. Aber die wichtigsten Gebiete für unseren Kampf sind die besetzten Gebiete. Von die-

ser Bedeutung ausgehend, haben wir unsere Pläne, uns selbst zu verteidigen und gleichzeitig die Revolution aufrecht zu erhalten. ●

Nahost-Kommissionen
KB/Gruppe Westberlin
KB/Gruppe Hamburg

Eine Politik, die auf Burgfrieden aus ist

Der KBW verteidigt das Sinai-Abkommen gegen die Kritik der Sowjetunion

In der „KVZ" des KBW vom 11.9.75 wird unter dem Titel „Eine Politik, die auf Spaltung aus ist", die Haltung der Sowjetunion zum Abkommen zwischen Ägypten und Israel kritisiert: *„Der Sozialimperialismus verfolgt Ägypten und Präsident Sadat mit besonders großem Haß. Ägypten und Präsident Sadat haben sich seinen Versuchen, in Ägypten einen Staat im Staate zu errichten und es zu einem von der Sowjetunion abhängigen Land zu machen, entschieden widersetzt und haben die Souveränität des Landes ihm gegenüber verteidigt."* Es wird dabei ausführlich Sadat zitiert, der behauptet, die Sowjetunion habe ihn 1971 an Aktionen gegen Israel gehindert, sie haben sich nach dem Oktoberkrieg geweigert, die Waffenverluste Ägyptens auszugleichen und sie weigere sich jetzt, die Schulden Ägyptens aus früheren Waffenkäufen um zehn Jahre zu stunden. Die „KVZ" schreibt: *„Wenn die Sowjetunion also jetzt Ägypten und Präsident Sadat angreift, so hat sie selbstsüchtige Motive. ... Würde es nicht richtig sein, die Schulden zu annullieren, die Verträge zu erfüllen, damit das ägyptische Volk die Kriegsschäden wettmachen, den Aufbau des Landes vorantreiben und sich rüsten kann für die nächste Runde im Kampf gegen den israelischen Aggressor?"* Die Sowjetunion betreibe *„direkt die militärische Schwächung Ägyptens."*

Es ist ja nachgerade bekannt, daß der KBW im Konflikt zwischen der Wirklichkeit und der chineschischen Weltsicht jeweils lieber Abschied von der Realität nimmt. Die besondere Tragik liegt darin, daß ausgerechnet im Falle des Nahen Ostens, wo der „Kampf der Supermächte" tatsäch-

Weltsicht jeweils lieber Abschied von der Realität nimmt. Die besondere Tragik liegt darin, daß ausgerechnet im Falle des Nahen Ostens, wo der „Kampf der Supermächte" tatsäch-

lich stattfindet, nämlich durch die Aggressionspolitik des US-Imperialismus, der KBW die offensichtlichsten Dummheiten schreiben muß.

Abgesehen davon, daß die Behauptungen Sadats ohnehin umstritten sind – so müßte die Sowjetunion ja wohl nicht ganz bei Trost sein, um der ägyptischen Bourgeoisie in einer Situation, wo sich diese offen dem Imperialismus an den Hals schmeißt, Milliarden-Schulden einfach zu schenken. Bezeichnend ist auch, daß Ägypten Waffen von Großbritannien kauft, und sich in d i e s e m Fall das reaktionäre Regime Saudi-Arabiens bereit erklärt hat, diese Waffen u m g e h e n d zu bezahlen!

Besonderer Zynismus: Während die „KVZ" der Sowjetunion vorwirft, Ägypten zu schwächen (weil sie k e i n e Waffen liefere), wird auf der anderen Seite die Sowjetunion demagogisch als „zweitgrößter Waffenlieferant der Welt" angepinkelt.

Das Regime Sadat hat von Anfang an eine bewußte Politik der Abkehr von der Sowjetunion und der Hinwendung zum Imperialismus betrieben. Der angebliche „Sozialimperialismus" der Sowjetunion mußte ihm dabei immer als Begründung herhalten um zu verschleiern, daß seine Politik in Wirklichkeit die Klassenpolitik der ägyptischen Bourgeoisie ist und die Interessen des ägyptischen Volkes, des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker verrät. So soll die Sowjetunion schuld sein, wenn er 1971 keinen Krieg gegen Israel führte, obwohl es die arabischen Massen forderten, während in Wahrheit die ägyptische Bourgeoisie eine friedliche Lösung anstrebt. Ebenso soll die Sowjetunion schuld sein, daß der Krieg im Oktober 1973 mit begrenzten Erfolgen beendet wurde, obwohl die arabischen Massen eine Forsetzung des Kampfes bis zur Zerstörung des Staates Israel forderten, während die ägyptische Bourgeoisie in Wahrheit genau für diese begrenzten Ziele begonnen hatte. Und jetzt hat schließlich noch die Sowjetunion die Schuld, wenn das ägyptische Regime Waffen bei den Imperialisten kauft. Glaubt der Schreiber des KBW, daß die US-Imperialisten diese Waffen-Milliarden so lange stunden werden, wie es die Sowjetunion tatsächlich bis heute getan hat?

Nun hat die Blindheit des KBW natürlich Methode. Um seine Supermacht-Theorie am Nahe Osten „beweisen" zu können, muß er „Ägypten und Präsident Sadat" und mit ihnen die ganze „arabische Nation" als Einheit gegenüber den Supermächten darstellen. Der Klassengegensatz zwischen Sadat und dem ägyptischen Volk, d.h. der Grundwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Volk, fällt dabei einfach unter den Tisch.

Wir erinnern uns mit Wehmut der Zeiten (während der „Ölkrise") als der KBW wenigstens noch die „Theorie" vertrat, daß das ägyptische Volk das Regime zu einer antiimperialistischen Politik gezwungen habe.

Wohin dieser Weg des KBW führt, ist deutlich: zur Burgfriedentheorie der Vaterlandsverteidiger, wo Bourgeoisie und Proletariat im gemeinsamen Kampf gegen die Supermächte stehen und dann in Wahrheit das Proletariat im Kampf gegen die Sowjetunion eingesetzt werden soll.

Das bemerkenswerteste ist, daß der KBW dabei mit voller Freiheit des Gedankens darüber hinweggeht, daß gerade der Sinai-Vertrag die Widersprüche in der arabischen Welt hat deutlich hervortreten lassen. Arabische Staaten wie Algerien, Libyen und Irak haben gegen den Abschluß des Abkommens protestiert und es als Verrat an der arabischen Sache bezeichnet. Sogar der syrische Verteidigungsminister erklärte, es sei Zionismus und Imperialismus durch das Sinai-Abkommen fast gelungen,

bezeichnet. Sogar der syrische Verteidigungsminister erklärte, es sei Zionismus und Imperialismus durch das Sinai-Abkommen fast gelungen,

die Errungenschaften des Oktoberkrieges von 1973 zu zerstören. Der Vertrag habe die Resolutionen der arabischen Gipfeltreffen von Khartoum und Rabat torpediert.

Völlig unmißverständlich ist die Haltung der palästinensischen Widerstandsorganisationen, die alle dieses Abkommen mit scharfen Stellungnahmen abgelehnt haben. Arafat erklärte z.B. noch vor kurzem, daß man nun eine Zusammenarbeit der arabischen Länder auf neuer Basis suchen müsse, und sprach sich für eine engere Zusammenarbeit mit den „sozialistischen Verbündeten" aus: *„Wir sind bereit, auch ohne Ägypten zu kämpfen, wenn wir dazu gezwungen sind."* („FR", 23.9.75)

Sadat selbst kennt sehr wohl die Widersprüche im arabischen Lager und erklärte: *„Ägypten und nur Ägypten entscheidet über Angelegenheiten, die Ägypten betreffen."* Der Druck der Sowjetunion sei die treibende Kraft hinter der Kritik Syriens und der Palästinenser am Sinai-Abkommen („FR",17.9.). Die „KVZ" sieht es im genannten Artikel ebenso.

Will der KBW vielleicht so konsequent sein, sich gegen die palästinensischen Stellungnahmen und die Demonstrationen der Massen in den Lagern zu stellen, sie als von der Sowjetunion gesteuert bezeichnen und behaupten, das Abkommen sei im Interesse der arabischen Massen? Hierzu fehlt ihm wohl noch der „Mut"!

Wir haben hier also einen neuen Beweis dafür, wie China-Nachbeter nach Art des KBW und die Bourgeoisie der Dritten Welt in voller Eintracht gegen das Volk die Meinung verbreiten, die Widersprüche zwischen und in ihren Ländern seien nur auf den schädlichen Einfluß der Supermächte und natürlich speziell der Sowjetunion zurückzuführen. Diese Ideologie ist die Vorbereitung für den nächsten imperialistischen Krieg. Mögen doch möglichst viele KVZ-Leser rechtzeitig erkennen, auf welchem Weg sich damit auch der KBW befindet! ●

Nahost-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

verantwortlich für Massenmord

all im ganzen Land riesige Schutthalden des giftigen Materials angelegt wurden. Es wurde z.B. verwendet als Festiger für frisches Erdreich bei der Landgewinnung; die Stadtregierung von Tokio hat ganze Wohnsiedlungen auf Hexachromboden errichtet; das Gift wurde als Schlacke für Spielplätze, Schulhöfe und Sportanlagen verwendet, daß heute z.B. Mütter ihre Kinder nicht mehr zum Spielen schicken mögen und Schulen Angst haben, daß in der Pause jemand hinfallen könnte. Und Japans Staatsbahn hat Zugtrassen aus über 20.000 to Giftmüll gebaut.

Wieviele Opfer dieses Kapital-Verbrechen noch fordern wird, weiß keiner. Ein Professor prophezeit: *„Die eigentliche Katastrophe kommt wohl erst noch. Jetzt wissen wir zwar, daß überall lebensbedrohendes Chrom lagert, aber wie sollen wir uns dagegen wehren?"*



Fabrikabgase verdunkeln den Himmel

Vom japanischen Staat hat die Bevölkerung nicht viel zu erhoffen. Nachdem er sich jahrelang erfolgreich blind und taub gestellt hat, ist ihm jetzt eingefallen, die giftigen Halden ein wenig mit Teer zu überziehen. Und ganz zaghaft wird ein kleiner Musterprozeß inszeniert „wegen Vernachlässigung der Berufspflichten". Klar ist natürlich, daß eine Krähe nicht der anderen die Augen aushackt, und somit der Ausgang des „Gerichtsverfahrens" schon klar ist.

Es gilt, was Dimitroff 1912 zu den Opfern kapitalistischer Produktionsweise schrieb: „Haltet diesen Arbeitermördern alle Weisheit der Wissen**schaft und Geschichte vor Augen,** führt alle grausamen Arbeitsunfälle an – sie werden trotzdem gefühllos, kalt und stumm wie ein Stein bleiben. Ja, mehr noch: sie werden über das Unglück und die Machtlosigkeit der Arbeiterklasse lachen und spotten!

Für die kapitalistische Bourgeoisie und den Staat gibt es nur ein einziges genügend starkes und überzeugendes Argument – die Faust des organisierten Proletariats, seine Kraft, die Kraft der Sozialdemokratie. ●

Chemie-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

(Quelle: „Der Spiegel", 37/75)

Weltmacht ITT

Die imperialistische Politik des ITT-Konzerns ist spätestens seit dem faschistischen Militärputsch in Chile und seiner maßgeblichen Beteiligung daran in das Licht der Weltöffentlichkeit gerückt.

Im Folgenden soll diese Großkonzern-Politik an einigen Punkten erläutert werden, die wir dem Rowohlt-Buch „Weltmacht ITT" entnommen haben. Daraus stammen auch die Zitate.

ITT: Immer ein herzliches Verhältnis zu den Faschisten

Den Durchbruch in die Liste der Großkonzerne der Welt schaffte ITT 1923 durch die Expansion nach Europa. Sie bekam den Auftrag für den Aufbau eines Telefonnetzes in Spanien zugeschlagen. ITT „revanchierte" sich durch entsprechendes Eingreifen in den spanischen Bürgerkrieg. Der Ex-Kriegsminister Franco's und heutige Gallionsfigur der ITT-Unternehmen, General Baraoso, verhinderte in seiner Eigenschaft als Attache in Paris Waffenlieferungen an die Republikaner zugunsten der Franco-Faschisten.

In Deutschland besaß die ITT vor der „Machtübernahme" der Faschisten die „Standard Elektrizitäts-Gesellschaft" (SEG) und die Firma Lorenz. 1933 kam es zu ersten Gesprächen mit Hitler und Co. *„ITT bat Hitlers Wirtschaftsberater Keppler, ihm zuverlässige, den Nazis genehme Leute zu nennen, die in die leitenden Gremien der deutschen ITT Unternehmen berufen werden könnten.'* (S. 23) Einer dieser zuverlässigen Leute war der **Bankier Kurt Schröder,** der später zum Brigadeführer der SS aufstieg. Er vermittelte zwischen ITT und Himmler und besorgte der SEG und Lorenz umfangreiche Rüstungsaufträge.

1935 kaufte die Reichsbank von der Firma Lorenz offenstehende Wechsel auf. Anderen Firmen verweigerte sie gleiche Praktiken.

Bezeichnenderweise zog die ITT-Mutter die in Deutschland erzielten Gewinne schon in den 30er Jahren nicht etwa ins Ausland ab, sondern investierte sie wieder – in die Rüstungsindustrie !

Aufgrund der guten Beziehungen zu Göring erwarb die Firma Lorenz 28% von Focke-Wulf (Hersteller von Bombenflugzeugen).

Natürlich startete auch ITT (ein amerikanischer Konzern!) heftige anti-jüdische Pogrome. 1938, nach der Einverleibung Österreichs in das „Großdeutsche Reich" wurde die österreichische ITT der Berliner Zentrale untergeordnet und von allen Juden, darunter auch dem Firmenchef, gesäubert. Damit präsentierte ITT sich als „rein-arischer" Konzern, was seine Vorteile für den Profit hatte: Als die Nazis Polen und Ungarn besetzten, wurden die dortigen ITT-Gesellschaften zu „Deutschen" (d.h. Nicht-Ausländischen) erklärt.

Andere ausländische Firmen wurden entschädigungslos enteignet!

Kriegsgewinner ITT

Überhaupt bot der Hitler-Faschismus dem ITT-Konzern ungeheure Expansionsmöglichkeiten. ITT produzierte für beide sich auf den Krieg vorbereitende Seiten und hatte vor allem durch die Materialschlachten während des Zweiten Weltkrieges vorher ungeahnte Absatzmöglichkeiten. So war es die ITT (unter anderen), die Deutschland mit notwendigen Rohstoffen und Fertigprodukten versorgte. Und das ging so: Die ITT-USA exportierte an ihre Töchter in „neutralen" Ländern, insbesondere an die spanische und argentinische ITT. Die spanische ITT war „Mittelsmann" zwischen Deutschland und den USA und produzierte auch selbst für den deutschen Markt.

Ähnlich wie sich die ITT-Deutschland über Europa ausbreitete, traf das auch für die argentinische ITT für Lateinamerika zu. Konzernvertreter saßen in den Aufsichtsräten großer Gesellschaften in Bolivien, Brasilien, Peru und Uruguay. Der CIA „enthüllte" einen sehr regen Telefonverkehr (natürlich ITT-Leitungen) zwischen der argentinischen und der deutschen ITT.

Während die CIA immer neue Beispiele für die Verbindung ITT-Lateinamerika-Deutschland aufzeigte, versuchte sich ITT New York zu rechtfertigen.


ITT-Zentrale in New York

In einem abgefangenen Telegramm von der ITT-New York an den Statthalter in Brasilien hieß es: *‚Wenn wir nicht aufhören, dem Feind* (gemeint sind die deutschen Faschisten) *über solche Verbindungen Dienste zu erweisen, könnten die betroffenen Unternehmen in den Ländern, in denen sie arbeiten, gerichtlicher Verfolgung und Enteignung ausgesetzt werden*" (S. 30).

Noch deutlicher drückte der ehemalige Chef der ITT das aus: *„Es ist im Interesse der Aktionäre, gute Beziehungen zu Diktatoren zu haben, es ist nicht Schuld der ITT, wenn die Welt auseinanderbricht.*" (S. 27)
– Die Hauptsache, ITT verdient daran, muß man hinzufügen !

Tatsache ist, daß die ITT den Faschisten technisches Know-How, Rohstoffe, Fertigprodukte, ihren gesamten internationalen Apparat zur Verfügung stellten – natürlich nicht ohne Bares. Dadurch war es den Faschisten erst möglich, ihre Raubzüge zu unternehmen.

„Während mithin ITT Focke-Wulf-Flugzeuge Allierte Schiffe bombadierten, und über ITT Drähte Informationen (aus Argentinien, wo die alliierten Handelsschiffe ausliefen) für deutsche Unterseeboote weitergegeben wurden, warnten ITT Funkgeräte die Alliierten vor deutschen Torpedos". (S. 35)

– Da sage noch einer, die imperialistischen Konzerne zeigten keine „Vaterlandsliebe"!

Auch nach dem Krieg dieselbe Situation: Hatte der ITT-Konzern schon an der Aufrüstung und am Krieg international profitiert, bekam er nach dem Krieg (für „treue Dienste"?) auch noch Entschädigungen!! 1968 (!) erhielt die ITT *„17 Millionen Dollar Schadenersatz für erlittene Schäden an Betrieben in Deutschland, darunter fünf Millionen für Schäden an Focke-Wulf-Fabriken, mit der Begründung, es habe sich um amerikanisches Eigentum gehandelt, daß von alliierten Bombern zerbombt worden sei. Und das, obwohl ITT ihre Betriebe in Deutschland zu rein deutschen machte. Da die Deutschen den Krieg verloren hatten, tauchten sie wie durch ein Wunder als rein amerikanische wieder auf."*

Das muß auf dem Hintergrund gesehen werden, daß der westdeutsche Imperialismus sich bis heute nachdrücklich weigert, Entschädigungsforderungen der osteuropäischen Völker, deren Länder der deutsche Faschismus mit Krieg überzogen hat, überhaupt anzuerkennen (so z.B. im Falle des sozialistischen Albaniens)!!

Das US-Außenministerium steht stets zu Diensten

In Ungarn besaß die ITT nach 45 ein Werk, welches für den Osteuropaexport von großer Bedeutung war. Die Ungarn wollten das Werk verstaatlichen, waren aber technisch dazu nicht in der Lage. Da die ITT ihnen dieses nicht zur Verfügung stellen wollte, gab ITT-New-York die Parole aus, „Sabotage und Spionage verstärken". Konkret wirkte sich das so aus: Aufträge in die Sowjetunion wurden in die Türkei geliefert. Rechnungen wurden gefälscht, um Steuerzahlungen zu vermeiden, im Betrieb wurden Maschinen hin und her verschoben, mit dem Resultat, daß die Produktion auf 40 % ihres früheren Standes sank! Weiterhin wurden CIA-Agenten eingeschleust, die Telefonnetze und andere Dinge ausspionierten.

Nachdem von vier verhafteten Agenten zwei von den Ungarn hingerichtet wurden (bravo!!), leitete die USA Vergeltungsmaßnahmen ein: Sie schloß ungarische Konsulate, schränkte Visaerteilung ein etc. Erst ein Jahr später, nach der Freilassung eines Agenten, wurde die Regelung wieder zurückgenommen.

ITT zog die Fäden für den faschistischen Militärputsch in Chile

Nach den Verstaatlichungen in Brasilien und Peru (gegen Entschädigungen, die sogar die Gewinnerwartungen mitumfaßten!), besaß die ITT nur noch in Chile, auf Puerto Rico und den Jungfern-Inseln Telefonnetze.

In Chile unterstützte die ITT 1964 bei den Präsidentschaftswahlen Frei. Dafür erhielt sie 1966 von Frei den Auftrag, das chilenische Telefonnetz zu erneuern, obwohl Ericson, ein schwedischer Konzern, ein billigeres und besseres Angebot machte.

Bei den Präsidentschaftswahlen 1970 wurde die Unterstützung reaktionärer Politiker durch die ITT massiver. Ein CIA-Agent sagte vor einem Untersuchungsausschuß, daß die ITT *„ihm im Jahre 70 für einen Wahlfonds des ‚konservativen' Kandidaten in Chile, Jorgi Alessandri, tatsächlich eine namhafte Summe angeboten habe, die er über den CIA leiten sollte. Er, Broe, habe dies abgelehnt, obwohl er später selbst mit eigenen Vorschlägen, wie Chile's Wirtschaft zerrüttet werden könne, wieder an die ITT herangetreten war.*" (S. 238)

ITT wollte von vornherein die Weichen stellen, um im Chile-Geschäft dick drin bleiben zu können.

„Am 14. September (1970, AK) legt der Präsident von ITT, Harold Geneen, seine Pläne, in Chile zu intervenieren, Kissinger vor und erwähnt dabei, daß er vorbereitet sei, ökonomisch mit bis zu siebenstelligen (d.h. Millionenbeträgen – AK) **Dollarbeträgen zu helfen, um die Interessen von ITT in Chile zu wahren."** (Hortensia Allende, nach „Informationsdienst" („ID"), 19.7.75)

Noch im selben Jahr *„findet ein Treffen zwischen John McCone* (ITT-Direktor – AK) *und* (CIA-Mann) *William Broe statt, um die Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zu ausgewählten Mitgliedern der chilenischen Streitkräfte, die irgendeine Art von Putsch anführen könnten, zu untersuchen*". (Hortensia Allende, nach „ID", 19.7.75)

Ein anderes Beispiel der Einflußnahme auf den chilenischen Prozeß war die Ausnutzung der Massenmedien zur Verbreitung reaktionärer Anschauungen. *„Dazu gehörte die konservative Zeitung Mercurio mit Anzeigen vollzustopfen, Propagandisten am chilenischen Fernsehen und Rundfunk zu beteiligen, und die Leitartikel des Mercurios in ganz Amerika und Europa zu veröffentlichen.*" („Weltmacht ITT", S. 238)

Als der Wahlsieg Allendes nicht aufgehalten werden konnte, gingen ITT-Konzern und CIA noch härter vor. Gemeinsam wurde von beiden ein Plan zur wirtschaftlichen Zerrüttung Chiles ausgearbeitet. *„Banken sollten aufgefordert werden, Kredite hinauszuzögern, Firmen (chilenische) sollten bewogen werden, absichtlich schleppend ihre Rechnungen zu bezahlen und Waren und Ersatzteile verspätet zu liefern, Sparkassen und Kreditinstitute würden dann ihre Schalter schließen müssen*". (S. 239)

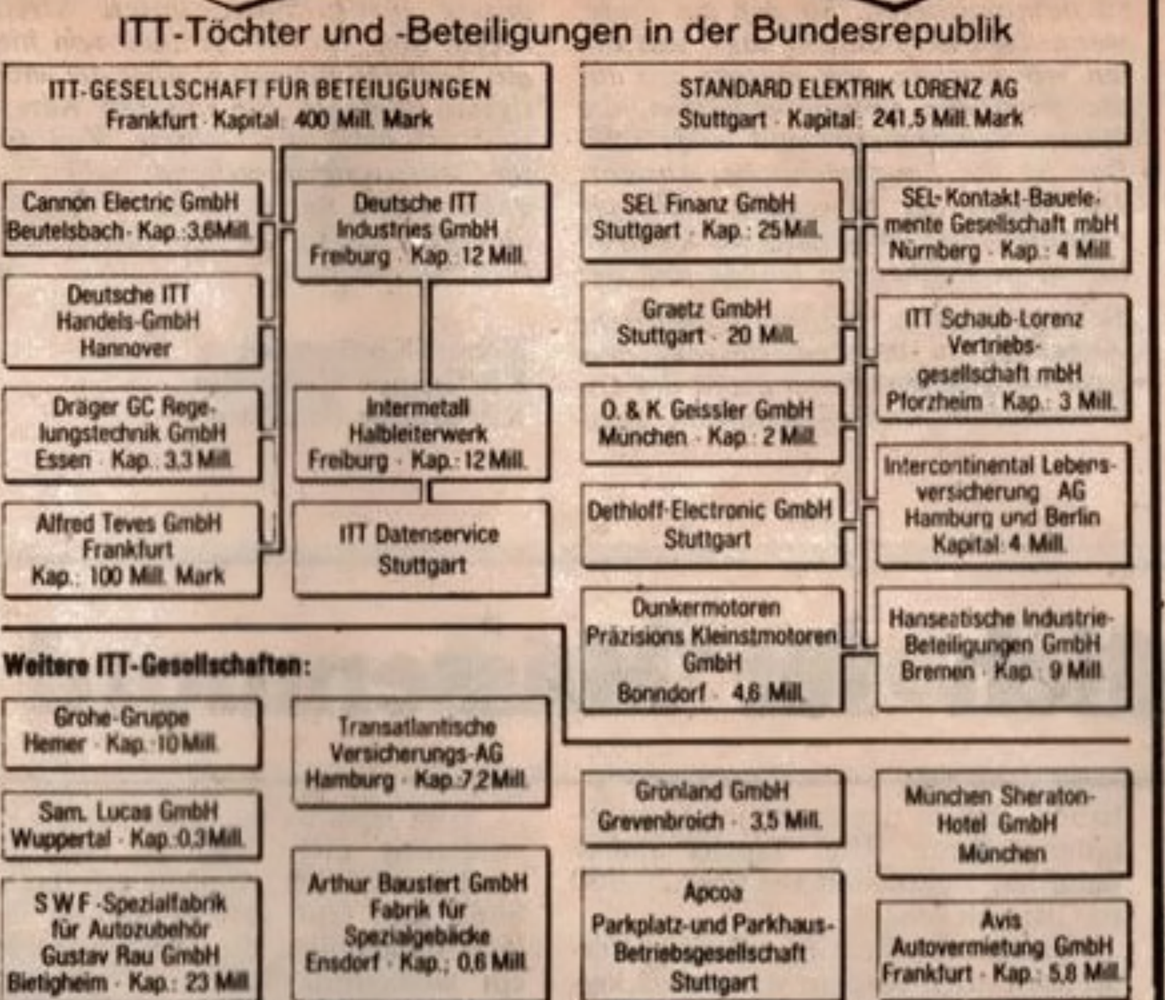
Gleich im Januar 1971 wurde *„ein Spezialkomitee unter ITT-Patronage ... gegründet, um Druck auf die US-Regierung auszuüben und um andere internationale Kreditinvestionen gegen die chilenische Regierung zu beeinflussen, um somit Chile in ein ökonomisches Chaos zu stürzen.*" (Hortensia Allende in „ID", 19.7.75)

Vom weißen Haus wurde gefordert, es *„solle einen Sonderstab bilden, um Chile unter Druck zu setzen, der müsse dafür sorgen, daß keine Kredite, sei es von amerikanischen oder ausländischen Banken, mehr eingeräumt würden. Er solle die Unzufriedenheit beim chilenischen Militär schüren. Er solle Allendes diplomatische Pläne zum Scheitern bringen. Die Zeitung Mercurio sollte subventioniert werden, und mit dem CIA darüber gesprochen werden, wie er zu diesem sechs Monate Druck beitragen könne*". („Weltmacht ITT", S. 245)●

Südamerika-Kommission und
ein Genosse aus St. Pauli
KB / Gruppe Hamburg

WELTMACHT ITT

Die wichtigsten ITT-Gesellschaften und -Großprojekte



Bewohner von Diego Garcia zwangsdeportiert !


Stützpunktinsel Diego Garcia

Die US-Imperialisten haben mit Unterstützung Englands nach Darstellung der britischen Zeitung „Guardian" insgesamt 1.000 Menschen von dem im Indischen Ozean gelegenen Inselterritorium Diego Garcia zwangsdeportiert, um den Bau eines US-Militärstützpunktes zu ermöglichen.

Dieser Stützpunkt nimmt eine zentrale Rolle in der weltpolitischen Militärstrategie des US-Imperialismus ein. Im Indischen Ozean gelegen ist er der Angelpunkt zur militärischen Kontrolle über die reichen Ölfelder am persischen Golf und dem indischen Subkontinent. Auf der Insel sollen, wie das Pentagon Anfang des Jahres verlauten ließ, in den kommenden Jahren 75 Mill. Dollar investiert werden *„und zwar zum Bau einer 3.500 Meter langen Startbahn für B-52 Bomber und c-5 Galaxcis, außerdem zum Bau neuer Hafenanlagen für atomgetriebene U-Boote und Flugzeugträger.*" („Ampo", nach AK 53)

Offensichtlich, um bei den kriegerischen Machenschaften nicht gestört zu werden, mußten die 434 Familien, die *„zum Teil schon seit Generationen dort lebten*", den Militäranlagen weichen.

Diese Vertreibung wurde jahrelang vertuscht und totgeschwiegen. Als nun der „Guardian" die Dinge ans Tageslicht brachte, dementierte das britische Außenministerium zunächst „hochempört" die Berichte. Allerdings – so berichtete die „FAZ" am 12.9.75 – wurde die Vertreibung jetzt indirekt durch das britische Außenministerium zugegeben, als sie eine Erklärung veröffentlichte, in der es heißt, *„die älteren Menschen haben zwar ihrer Umsiedlung (nach Mauritius) nur zögernd zugestimmt, aber soviel wir wissen, sind schließlich alle aus freiem Willen gegangen. Es wurde kein Zwang ausgeübt.*"

Man kann sich vorstellen, welch Terror gegen die Bevölkerung angewandt wurde – bis sie „schließlich alle aus freiem Willen gegangen" sind. Bemerkenswerterweise hat bis heute keiner der Vertriebenen auch nur einen Pfennig an Entschädigung erhalten. („Zeit", 11.9.75)

Diese Vertreibung ist ein erneuter Beleg für die Brutalität und Skrupellosigkeit, mit der der US-Imperialismus in seiner „weltpolitischen Strategie" der Ausplünderung und Beherrschung der Völker vorgeht. Ohne Skrupel müssen hier Menschen aus ihrer Heimat weichen, um den Platz freizumachen für einen aggressiven Militärstützpunkt.

Es bleibt zu vermerken, daß die britischen Imperialisten ein gutes Geschäft mit dem Verkauf der Insel gemacht haben. Sie kassierten 8,5 Mill. Dollar für den Verkauf an die Amerikaner, allerdings mit der Auflage für die vollständige Räumung der Insel zu sorgen. Denn ***„es hätte sich sonst womöglich ein Inselbewohner ein Fernrohr kaufen können, um für die Sowjetunion zu spionieren".*** **(„Zeit", 19.9.75)●**

HDW-Arbeiterzelle,
KB/Gruppe Hamburg

Die blutige Geschichte des CIA



General Pinochet mit anderen chilenischen Bluthunden – Handlanger des US-Imperialismus und des CIA

Schwerpunkt der CIA-Aktivitäten nach dem 2. Weltkrieg waren die Versuche des US-Imperialismus, die westeuropäischen Staaten (mit Erfolg) zu stabilisieren und in den Volksdemokratien Osteuropas, in der Sowjetunion und ab 1949 in der VR China den Aufbau des Sozialismus durch Sabotage, Subversion und Infiltration bewaffneter Agenten zu zerschlagen und den Kapitalismus erneut zu errichten.

In diesen Jahren unterstützte die CIA politische Parteien und ihre Führer, Gewerkschaften und andere Gruppen des gesellschaftlichen Lebens besonders in Westdeutschland, Frankreich und in Italien, um das kapitalistische System gegen eine breite antikapitalistische Massenbewegung zu verteidigen. Die KPD nannte nach 1945 die aus der Emigration zurückkehrenden Gewerkschaftsführer, die in enger Zusammenarbeit mit den britischen und US-Militärbehörden den westdeutschen Gewerkschaftsapparat wiederaufbauten und ihn auf einen konsequent antikommunistischen Kurs festlegten, treffend „amerikanische Gewerkschaftsführer". Diese Arbeit, die die größte Unterstützung seitens der westlichen Allierten genoß und an der die CIA beteiligt war, wurde unverhohlen von den Statthaltern des US-Imperialismus gelobt: *„Schon betätigen sich fähige Arbeiterführer ... als demokratische Führer und setzen sich mit den Kommunisten in den Reihen der Arbeiterschaft auseinander"* (General Clay, zitiert nach AK 40).

In Zusammenhang mit den Enthüllungen der amerikanischen Presse über die CIA-Aktivitäten tauchte auch der Name Willy Brandts auf. Die CIA *„habe in den frühen fünfziger Jahren den damals aufsteigenden Sozialdemokraten mit Geld unterstützt"* („Welt", 4.12.73). Gegenüber den volksdemokratischen und sozialistischen Staaten ging die CIA allerdings mit weitaus weniger „feinen" Methoden vor. Nach dem Vorbild ihrer Vorläuferorganisation OSS, versuchte sie in Osteuropa, in der Sowjetunion und der VR China bewaffnete Widerstandsgruppen aufzubauen, die nach der CIA-Theorie die Kerne eines bewaffneten Volksaufstandes sein sollten, der auf seinem Höhepunkt durch das Eingreifen der späteren NATO-Staaten unterstützt werden sollte. Diese Ziele der CIA stimmten mit der allgemeinen aggressiven US-Strategie des „roll back"
stimmten mit der allgemeinen aggressiven US-Strategie des „roll back"
überein, die sich in ihrer Doktrin die „Befreiung" der sozialistischen Staaten zum Ziel gesetzt hatte. So wurden in den späten 40er Jahren bewaffnete Agentenbewegungen in Albanien und der Ukraine eingesetzt; in der VR Polen wurde versucht, ein umfangreiches Spionage- und Widerstandsnetz der Imperialisten aufzubauen. Die Agenten für diese Operationen wurden von der CIA hauptsächlich aus osteuropäischen Emigrantengruppen rekrutiert, ausgebildet und mit Spionage- und militärischen Aufträgen zurück in ihre Heimatländer geschickt. *„ ‚Es gab so viele CIA-Projekte', schrieb der Leitartikler Tom Braden im Januar 1973, ‚daß des für einen Mann fast unmöglich war, sie im Gleichgewicht zu halten' "* (Marchetti, S. 59).

Jedes dieser paramilitärischen Abenteuer der CIA mißlang jedoch, wurde von den Sicherheitsbehörden der volksdemokratischen Länder, die sich auf die aktive Mitarbeit der breiten Bevölkerung stützen konnte, zerschlagen. Die Taktik der CIA gegenüber diesen Staaten verlagerte sich daher immer stärker auf das Gebiet der ideologischen Kriegsführung („Radio Liberty" usw.), um von innen eine ideologische Aufweichung dieser Staaten zu erreichen.

Die Tätigkeit der „Heimlichen Dienste", die für paramilitärische Aktionen innerhalb der CIA verantwortlich zeichnen, verlagerte sich gleichzeitig in die „3. Welt", um hier mit allen Mitteln die Interessen des Imperialismus zu verteidigen.

Bei dem geringeren „Sicherheitsbewußtsein" (Bissel, Chef der „Heimlichen Dienste") dieser Regierungen, war die CIA hier weitaus erfolgreicher als gegenüber den sozialistischen Staaten. CIA-„Beratern" gelang es hier,, vor allem in Lateinamerika und Asien, höchste Stellen auf Regierungsebene zu infiltrieren. Marchetti schreibt dazu: *„In gewissen Ländern, wo die CIA besonders aktiv gewesen ist, unterhält der Stationschef (COS – Chief of Station) engere Beziehungen zu dem Staatschef als der US-Botschafter"* (S. 80).

Neben anderen US-Behörden bildet die CIA auch für diese Regierungen ausländische Polizeistreitkräfte aus, um sie für den Kampf gegen die einheimische Bevölkerung zu schulen. Eine dieser Polizeischulen, die der CIA für derartige Programme zur Verfügung steht, liegt in Washington und wird von der Abteilung der Behörde für Internationale Entwicklungshilfe (AID – Agency of International Development) für öffentliche Sicherheit (Polizei) betrieben. Die CIA nutzt die Ausbildung gleichzeitig für die Anwerbung von Polizisten für spätere Agententätigkeit. Auf ähnlichen Einrichtungen werden von der CIA für die reaktionären Regimes der „3. Welt" Anti-Guerilla-Truppen und Folter-Spezialisten ausgebildet. So waren beispielsweise die bolivianischen Truppen, die Che Guevara 1967 ermordeten von CIA-Spezialisten ausgebildet und wurden von CIA-„Beratern" während der Operation gegen die Guerillas direkt befehligt.

Zusätzlich zu diesen Programmen der CIA, sind die Telefon- und Telegrafengesellschaften anderer Länder zu Zielen für die Agentur geworden. *„Zusätzlich zum Außen- und Verteidigungsministerium versuchen die Operatoren der CIA gewöhnlich, die Kommunikationssysteme der Zielnation zu durchdringen, eine Aufgabe, die gelegentlich durch die amerikanischen Gesellschaften unterstützt wird, besonders durch die In-*
rikanischen Gesellschaften unterstützt wird, besonders durch die In-
ternational Telephon and Telegraph Company (ITT). Auch die Postdienste werden zu Spionagezwecken subvertiert" (Marchetti, S. 237).

So hieß es in einem CIA-Bericht über die heimlichen Tätigkeiten in Lateinamerika, daß ein Großteil der in dieser Region gesammelten Informationen von Audio(Hör) geräten stammt. In einer ganzen Anzahl lateinamerikanischer Staaten fing die CIA regelmäßig die Telefongespräche höherer Persönlichkeiten ab.

Die so gewonnene Kontrolle über die Regierungen ist fast perfekt. Sollten jedoch alle diese oben genannten Mittel „versagen" und dennoch die „innere Sicherheit" für die Interessen des US-Kapitals extrem gefährdet sein, wird als schärfste der „verdeckten Aktionen" der CIA die paramilitärische Operation auch „politisches Aktionsunternehmen" eingesetzt. Obwohl diese Unternehmen immer im Hauptquartier der CIA in den USA auf Befehl des Präsidenten geplant und geleitet werden, werden sie im großen Ausmaß „vor Ort" zumeist von „Vertragsangestellten" der Agentur, von angeworbenen Söldnern, Amerikanern und Ausländern durchgeführt.

Die konkrete Planung dieser Operationen und die Ausbildung der mit ihrer Durchführung beauftragten Agenten, wird von einer besonderen Abteilung innerhalb der CIA, der Special Operations Division (SOD – Abteilung für Sonderoperationen) übernommen. Neben angeworbenen Söldnern werden von der CIA für die Durchführung dieser Aktionen auch Soldaten von den US-Streitkräften entliehen. Die Spezialkräfte des Heeres und der Guerilla-Bekämpfungseinheiten der Marine (SEALs) und der Luftwaffe (SOFs) stellen viele dieser Rekruten, da sie bereits in der Technik der verdeckten Aktionen
le dieser Rekruten, da sie bereits in der Technik der verdeckten Aktionen
erfahren sind. Für das Wirken dieser Killer-Truppen des US-Imperialismus, um reaktionäre Regimes gegen Befreiungsbewegungen an der Macht zu halten oder fortschrittliche Regimes zu stürzen, gibt es Dutzende von Beispielen in der ganzen Welt und auf jedem Kontinent.

In Asien griffen sie u.a. in **Laos, Südvietnam, Kambodscha, Thailand,** in **Korea, Indonesien, Philippinen,** in **Burma, Tibet** und gegen die **VR China** ein.

Auf den Philippinen konnte ein breiter Volksaufstand gegen das herrschende Regime nur mit massiver Unterstützung der „Anti-Terror-Spezialisten" der CIA und Bombenangriffen durch die „kommerzielle" CIA-Luftflotte niedergeschlagen werden. 1958 versuchte die CIA, auch hier unter Einsatz ihrer Luftflotte, den Präsidenten Sukarno gewaltsam zu stürzen. Von Burma aus ließ die CIA von ihr ausgehaltene und ausgebildete nationalchinesische Truppen in die VR China infiltrieren, um militärische Anschläge zu verüben. Über lange Jahre wurden auch in Tibet nationale Gruppen gegen die VR China aufgehetzt und eingesetzt.

In Laos organisierte die CIA gegen die Befreiungsbewegung des Volkes eine Privatarmee (L'Armèe Clandestine) von 30.000 Soldaten, die durch tausende von Thai-„Freiwilligen" verstärkt wurde. Zu keinem Zeitpunkt dieser geheimen Operationen hatte die CIA, die diese Kämpfe leitete und finanzierte mehr als vierzig bis fünfzig Operationsoffiziere nötig (!). Nur die Luftunterstützung der Bodenkämpfe wurde von der Air America, einer Luftgesellschaft der CIA, direkt übernommen.

Zur selben Zeit organisierte die CIA in Südvietnam eine ungefähr 45.000 Mann starke Civilian Irregular Defense Guard (CIDG – Zivile Irreguläre Verteidigungswache), eine
lar Defense Guard (CIDG – Zivile Irreguläre Verteidigungswache), eine
lokale Gorillatruppe, die unter Kampfanleitung der Spezialeinheiten der US-Armee stand. Mit diesen und ähnlichen Gruppen organisierte die CIA auch militärische Überfälle auf das Territorium der DR Vietnam. Für diese Zwecke wurde eigens ein besonders schwer bewaffnetes und schnelles Boot vom Typ PT entwickelt.

Von der CIA wurden auch die verschiedenen sog. „Gegen-Terror-Programme" in Südvietnam entwickelt.

Eines dieser Programme, das 1965 in Südvietnam begann, beschrieb ein ehemaliger Beamter des Auswärtigen Dienstes: *„ ‚Es war ein einseitiges amerikanisches Programm und wurde niemals von der Regierung Südvietnams anerkannt. CIA-Vertreter rekrutierten, organisierten, versorgten und bezahlten Gegenterrorgruppen, deren Funktion darin bestand, Vietcong-Terrortechniken (?) – Mord, Mißhandlungen, Entführungen und Einschüchterungen – gegen die Führung des Vietcong anzuwenden"* (zitiert nach Marchetti, S. 300). Die CIA leitete auch den Aufbau eines Netzes von Verhörzentralen" (Provincial Interrogation Centers), die je von einem CIA-Agenten oder Vertragsangestellten der Agentur geleitet wurden. Ihre Aufgabe bestand *„im wesentlichen in Folterungen verdächtiger (!!) Vietcong"* (Marchetti). 1967 lief unter Leitung der CIA das sog. „Phoenix"-Programm an – wohl nach den nationalsozialistischen Juden-Pogromen das größte Folter und Mordprogramm der Geschichte. Aufgabe dieses Programms war es, die „Infrastruktur des Vietcong", d.h. die Bevölkerung vor allem der ländlichen Gebiete auszurotten oder zu vertreiben. Selbst nach Aussagen des damaligen CIA-Direktors Colby wurden in den ersten zweieinhalb Jahren dieser „Operation" über 20.000 Menschen ermordet (nach Marchetti, S. 300).

Bei den konterrevolutionären Aktivitäten der CIA in **Afrika** ist besonders das Eingreifen der Agentur auf seiten hochgezüchteter pro-imperialistischer Kräfte im Kongo 1964 zu nennen. *„Absicht der US-Regierung war es, ein stabiles, pro-westliches Regime zu fördern, das die ausländischen Investitionen schützte; die CIA erhielt einen großen Teil der Verantwortung, diese Politik durchzuführen"* (Marchetti, S. 161).

Anfangs wurden politische Manipulationen inszeniert und ausgesuchte pro-westliche Politiker erhielten von der CIA hohe Geldsummen. Später schickte der Geheimdienst paramilitärische Experten und angeworbene Söldner in den Kongo. 1964 flogen B-26-Bomber der CIA, gesteuert von kubanischen Vertragspiloten (denselben, die auch bei der gescheiterten Schweinebucht-Invasion der CIA gegen Kuba 1961 eingesetzt wurden) reguläre Bombenangriffe.

Durch diese Interventionen konnte sich das reaktionäre Regime des Imperialisten-Zöglings Mobuto (Zaire) an der Macht halten.

Lateinamerika, aufgrund seiner geographischen Lage zur „natürlichen" Interessenszone der US-Imperialisten erklärt, wurde immer wieder von offenen und geheimen Interventionen der US-Imperialisten heimgesucht. Vor dem 2. Weltkrieg wurde die Aufgabe USA-„freundliche" Regimes zu installieren, die die schrankenlose Ausbeutung der Völker durch die amerikanischen Monopole garantierten, durch die Marines (Spezialtruppen der Marine) wahrgenommen. Nach 1945 übernahm die CIA diese Rolle. In der ersten Periode nach dem Weltkrieg wurden von der CIA systematisch diktatorische „Caudillos" – meist Restbestände aus der Feudalzeit – an die Macht gebracht. **Trujillo** in der Dominikanischen Republik, die Familie **Samoza** in Nicaragua, **Perez Jimenez** in Venezuela, **Batista** auf Kuba und der deutschstämmige „Generalfeldmarschall" **Alfred Stroessner** in Paraguay sind die typischen CIA-Kreaturen dieser Epoche. Die Unterstützung dieser Regimes wurde allerdings teilweise eingestellt, nachdem diese CIA-Despoten ihre Länder an den Rand des totalen wirtschaftlichen Ruins gebracht hatten und der Widerstand der Bevölkerung gegen die mit der schrankenlosen Ausbeutung verbundenen ungeheuren Verelendung immer stärker wurde. Im Falle Trujillos entledigte sich die CIA ihrer Marionette einfach durch die Liquidierung dieses Diktators. Im Rahmen der von Kennedy propagierten *„Allianz für den Fortschritt"* wurden fortan hauptsächlich scheindemokratisch legitimierte Regimes (Juan Bosch in der Dominikanischen Republik, Betancourt in Venezuela, Quadros in Brasilien und Illia in Argentinien) unterstützt. Allerdings wurden auch diese Regimes zunehmend durch Gorillaputsche beseitigt, da sie aufgrund ihrer inneren Widersprüchlichkeit ihre Aufgabe, die Herrschaft des US-Imperialismus aufrechtzuerhalten, kaum noch erfüllen konnten.



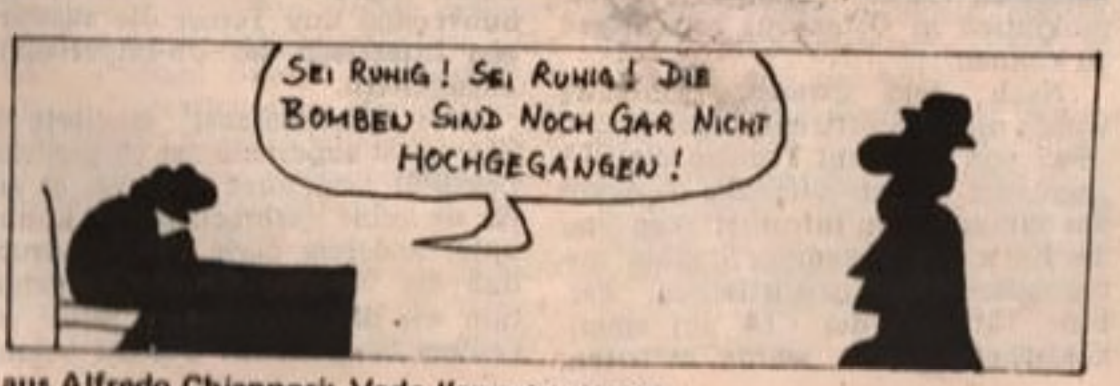
Die wesentliche Aufgabe der CIA bei den Gorillaputschen besteht heute darin, die richtigen „Verbindungen" ausfindig zu machen, die Finanzierung zu übernehmen und die Ausbildung der lokalen Terror-Truppen durchzuführen. Bei der Putschvorbereitung arbeitet die CIA eng mit anderen US-Behörden wie dem State Department, dem Pentagon und verschiedenen „Entwicklungsdiensten" (AID) zusammen. Diese konterrevolutionäre Strategie hat Erfolg: „Amerikanische Quellen weisen nach, daß heute, obwohl die Marines in den letzten 30 Jahren nur einmal in Lateinamerika (1966 Santo Domingo) eingriffen, alle amtierenden Regierungen des Halbkontinents mit Ausnahme von Argentinien (wie lange noch?), Mexiko (da war es gar nicht nötig) und Kuba (der Preis wäre zu hoch) auf das Wirken der CIA gründen" („MSZ", 2.6.75). ●

Metallkomitee, KB/Gruppe Hamburg









aus Alfredo Chiappori: Vado l'arresto e torno

CIA – GEHEIMARMEE DES



CIA-Hauptquartier in Langley, US-Bundesstaat Virginia

In den vergangenen Monaten war der US-Geheimdienst CIA (Central Intelligance Agancy) immer wieder Gegenstand von Enthüllungen in der amerikanischen Presse. Vorgeworfen wurden ihr Praktiken und Aktivitäten, die der amerikanischen Verfassung, den Menschenrechten und dem Gründungsauftrag der CIA entgegenstünden und „illegal" seien. Inzwischen haben diese Enthüllungen dazu geführt, daß drei Untersuchungskommissionen sich mit der Tätigkeit der CIA befassen, davon eine im direkten Auftrag der US-Regierung. U.a. wurde bekannt:

- Die CIA hat, ebenso wie andere Geheimdienstorganisationen des US-Imperialismus (FBI, Kriegsministerium), vom ersten Tag ihres Bestehens in den USA selbst Inlands„überwachung" betrieben, die besonders unter der Präsidentschaft Johnsons und Nixons zur Überwachung und Registrierung Zehntausender amerikanischer Bürger führte. „*Vor allem die Gegner des Krieges in Vietnam seien auf ausländische* (?!) *Kontakte hin überwacht worden. Die CIA habe ihre Telefone abgehört und ihre Post geprüft, während sie gleichzeitig Informanten in linksradikale Gruppen wie die Black Panthers und in Antikriegsgruppen* (!!) *eingeschleust habe*" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7.12.75).

Tatsächlich wurden jedoch auch andere Persönlichkeiten regelmäßig überwacht, u.a. Martin Luther King, Nixon vor seiner Präsidentschaft, die Kennedy-Brüder und Abgeordnete des US-Kongresses. Die Angaben über die Zahl der Überwachten schwanken beträchtlich: Während die „FAZ" von rund 16.000 Personen weiß (was sich offensichtlich mit den vom CIA zugegebenen Zahlen deckt), sprechen andere Quellen von 115.000 („horizont", 27/75) und sogar 300.000 („Die Zeit", 1.8.75). In diesem Zusammenhang wurde jüngst bekannt, daß das FBI eine Liste von 15.000 Personen angelegt hat, „*die* diesem Zusammenhang wurde jüngst bekannt, daß das FBI eine Liste von 15.000 Personen angelegt hat, „*die* *im Fall eines nationalen Notstandes interniert werden sollten*" („Süddeutsche Zeitung", 5.8.75).

– Die CIA war nachweislich Auftraggeber verschiedener Morde an führenden ausländischen Politikern. U.a. werden hier die Namen von Diem (Südvietnam), Trujillo (Dominikanische Republik) – beide selbst CIA-Marionetten – Patrice Lumumba (Kongo), Salvador Allende (Chile), General Schneider (Chile), Che Guevara (Kuba) genannt. Fehlgeschlagen sind mehrere Attentatsversuche durch Mafia-Gangster im Auftrag der CIA auf Fidel und Raoul Castro. Mehrmals wurde in diesem Zusammenhang sogar die Ermordung Präsident Kennedys genannt, deren genaue Begleitumstände bis auf den heutigen Tag geheimgehalten wurden, da „*Dinge bekannt wurden und festgehalten sind, über die Amerika erst in 50 Jahren Aufklärung erhalten darf*" (Bundesrichter Warren, zitiert nach „Die Tat", 21. 6.75).

Nachdem die Kette von Enthüllungen über die Verbrechen der CIA nicht mehr zu stoppen war, setzte Präsident Ford auf Vorschlag Kissingers („FAZ", 6.1.75) eine „Untersuchungs"-kommission unter Vorsitz des Vizepräsidenten und Geheimdienst„beraters" Rockefeller. Auch die übrigen Mitglieder der Kommission setzten sich aus einem illustren Kreis von „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" zusammen, die klare Rückschlüsse auf die Funktion dieser „Untersuchungs"arbeit zulassen:

- Ronald Reagon, faschistoider Gouverneur von Kalifornien;
- Lyman Lemnitzer, ehemaliger Nato-Oberbefehlshaber und US-Generalstabschef, mitbeteiligt an der vom CIA inszenierten „Schweinebucht-Invasion" gegen Kuba,
- Dillan, ehemaliger Finanzminister und Bankier;
- Connor, Handelsminister des US-Imperialismus;
- Lane Kirkland, Schatzminister des sozialfaschistischen US-Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO, der unmittelbaren Anteil an der Durchsetzung in- und ausländischer Gewerkschaften mit CIA-Geldern und Agenten hat.

Dies und die Tatsache, daß diese Kommission auf Initiative Henry Kissingers, dem Vorsitzenden des ‚Nationalen Sicherheitsrates' und damit, neben dem Präsidenten, obersten Verantwortlichen für alle Geheimdienstaktivitäten der USA, zustande kam, zeigt, welche Rolle diese Kommission zu erfüllen hatte. So ist es denn auch nicht verwunderlich, wenn der abschließende Bericht über die CIA urteilte, sie habe im wesentlichen „*dem 1947 erteilten Auftrag entsprochen. Grundlegende Änderungen des Statuts der CIA seien nicht notwendig*". Der Bericht gipfelt in der Forderung, die dem CIA einzig (!) zur Last gelegte und durch ein 1947 erlassenes Gesetz verbotene Inlands„aufklärung" einfach zu legalisieren. Die Veröffentlichung von 80 Seiten des Berichtes dieser Kommission, in denen offensichtlich die Beteiligung der CIA bei Attentaten gegen ausländische Politiker behandelt werden, wurde von Ford kurzerhand verboten („SZ", 8.6.75).

Zu diesen Mordplänen der CIA äußerte sich Ford eindeutig: „*Unter keinen Umständen werde ich 1975 über Entscheidungen zu Gericht sitzen, die von ehrenwerten* (!!) *Leuten unter ungewöhnlichen Umständen getroffen wurden*" („FAZ", 11.6. 75).

Auch von den beiden im US-Kongreß eingerichteten Ausschüssen sind keine anderen Initiativen zu erwarten. Inzwischen ist in einem Fall sogar die „Untersuchung" durch sind keine anderen Initiativen zu erwarten. Inzwischen ist in einem Fall sogar die „Untersuchung" durch Einspruch von Ford gestoppt worden („SZ", 15.9.75). Darüberhinaus erklärten die Vorsitzenden beider Kommissionen, „*ihre Arbeit habe nicht das Ziel, den Geheimdienst zu zerstören. Vielmehr solle die CIA im Bereich der Legalität nach amerikanischen Grundsätzen* (!!) *arbeiten*". Das deckt sich allemal mit den Absichten des Imperialisten-Häuptlings Ford, der „*mit Reformmaßnahmen durchaus einverstanden ist*" („FAZ", 20.9.75), wenn sie weiterhin erlauben, „*daß der Geheimdienst seine für die nationale Sicherheit wichtige Aufgabe in Zukunft voll erfüllen könne*" („FAZ" 11.6.75).

„*Die umstrittenen ‚Nacht-und-Nebel'-Aktionen der Geheimdienste seien weiterhin erforderlich, wenn es um die nationale Sicherheit der USA gehe. ‚Ich würde auch notwendige politische Aktivitäten nicht ausschließen, wenn unsere eigene Sicherheit betroffen ist', erklärte Ford*" („SZ", 18.9.75).

Auch die „FAZ", wohlwissend daß die Einsetzung dieser „Untersuchungs"ausschüsse nur eine Schmierenkomödie zur Beruhigung der breiten Öffentlichkeit ist, äusserte sich zuversichtlich über die „Überlebenschance" des Geheimdienstes. Denn: „*Die Vereinigten Staaten brauchen ihn, um in dieser Welt bestehen zu können*" (24.6. 75).

Das eben ist der entscheidende Punkt. Die CIA und ihre Methoden sind integraler Bestandteil der amerikanischen Politik, eine entscheidende Voraussetzung für das, was die US-Imperialisten heute sind. Für die Aufrechterhaltung der weltweiten Herrschaft des US-Imperialismus, für die Verteidigung seiner Einflußsphären gegen die Befreiungskämpfe der Völker und bürgerlich-nationalistische Regimes ist „*das Instrument* (die CIA – d. Red.) *für den Präsidenten unentbehrlich*" („FAZ", 20.9.75).

Sooft die CIA auch gegen bestehende Gesetze verstoßen hat (was übrigens nicht einmal im Fall der Inlandsspionage zutrifft), ist sie bei all ihren verbrecherischen Aktivitäten doch nur der Logik und den Gesetzmäßigkeiten des US-Imperialismus gefolgt, seine weltweiten Interessen mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Im Zeitalter des Imperialismus, in der die imperialistische Bourgeoisie durch tausend Fäden politischer, militärischer und wirtschaftlicher Interessen mit der übrigen Welt verbunden ist, hat sich die Aufgabe und die Größe dieser Geheimdienstorganisationen in riesige Dimensionen gesteigert. Ihr Aktionsraum hat sich territorial über die ganze Erde ausgebreitet und ihre Aktionsformen haben heute nur noch sehr wenig mit den Methoden der „klassischen" Spionage gemein, die sich zumeist darauf beschränkte, Agenten in die Kabinette ausländischer Regierungen einzuschleusen.

Organisationen wie die CIA sind heute generalstabsmäßig operierende Geheimarmeen der Imperialisten mit Zehntausenden von Angestellten, Milliarden-Budgets, Abteilungen für Spionage und Unterwanderung. Sie befehligen Elitetruppen für paramilitärische Einsätze, die in eigenen militärischen Camps ausgebildet werden, besitzen eigene Forschungsabteilungen für die Herstellung modernster Spionageinstrumente und der brutalsten Mordwaffen, beherrschen multinational operierende Konzerne, die ihnen nötige Finanzmittel beschaffen und als Tarnung für geheime Operationen dienen. Die Aktivitäten der CIA erstrecken sich heute auf jedes Land der Erde (es gibt hier tatsächlich keine Ausnahme) und sie unterhält fast in jedem Staat ihre „Stationen und Basen".

Daß sich die Imperialisten ein derartiges Instrument zur Durchsetzung ihrer Politik nicht aus den Händen nehmen lassen oder auch nur stärker „kontrollieren" lassen, zeigen auch die Erfahrungen der Vergangenheit. Seit 1947 hat es fast 150 (andere Quellen sprechen von über 200) verschiedene Gesetzesvorlagen gegeben, um die Kontrolle der CIA durch den US-Kongreß zu stärken. „*Keine hat eine der beiden Kammern passiert*" (Marchetti/Marks, „CIA", S. 407). „Kontrolle"kommissionen bestanden in ihrer Mehrheit „*stets* (aus) *Leuten mit engen Kontakten zum Pentagon* (US-Kriegsministerium – d. Red.) *und zu Rüstungslieferanten*" (Marchetti, S. 398).

„*Im April 1966 berichtete die* – d. Red.) *und zu Rüstungslieferanten*" (Marchetti, S. 398). „*Im April 1966 berichtete die* *‚New York Times', Allen Dulles* (ehemaliger CIA-Direktor – d. Red.) *habe ‚persönlich* (!) *die Kontrolle' darüber gehabt, welcher Kongreßabgeordnete ausgewählt würde*" (ebenda, S. 406).

Diese „Tradition" werden auch die jetzt tätigen Kommissionen nicht durchbrechen.

Im ersten Teil dieses Artikels wollen wir die Geschichte der CIA, ihren Aufbau und ihre Arbeitsweise darstellen. In einem zweiten Teil soll ein Überblick über die wichtigsten konkreten Aktivitäten der CIA in aller Welt dokumentiert werden.

Die Entstehung der CIA

Die CIA wurde von den US-Imperialisten nach dem zweiten Weltkrieg gegründet. Direkter Vorläufer, aus dem sich auch die meisten späteren CIA-Kader rekrutierten, war das Office for Strategic Services (OSS – Büro für geheime Dienste). Das OSS führte während des Weltkrieges im Hinterland und in den von den deutschen und japanischen Faschisten besetzten Gebieten paramilitärische Aktionen durch und konnte sich damals wesentlich auf die Zusammenarbeit mit inneren antifaschistischen Widerstandsgruppen stützen (ein Umstand, der die CIA nach 1945 dazu verleitete, zu glauben, mit derselben Taktik die jungen Volksdemokratien in Osteuropa zerschlagen zu können).

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die OSS offiziell aufgelöst und 1947 von Präsident Truman die CIA gegründet, deren offizielle Aufgabe das Sammeln von Informationen über die Entwicklung anderer Staaten, insbesondere der sozialistischen, war. Eine Tätigkeit der CIA auf amerikanischem Boden wurde verboten, diese Aufgabe sollte anderen Geheimdiensten des US-Imperialismus vorbehalten bleiben (u.a. dem FBI und bestimmten Sektoren des Pentagon-Geheimdienstes).

Noch 1947 wurde jedoch der Agentur (oder den „Diensten", wie die CIA im Insiderjargon heißt) durch das „National-Security-Act" und zwei Jahre später durch das „Central-Intelligance-Act" für Subversion und paramilitärische Aktionen in aller Welt der Weg geebnet.

Diese beiden Gesetze, die in ihren Aussagen bewußt vage gehalten wurden, entzogen die CIA und ihre Tätigkeit jeder Kontrolle durch den US-Kongreß. Davon ausgeschlossen bleibt nicht einmal das jährliche CIA-Budget, von dessen offiziell angegebener Höhe nur bekannt ist, daß sie nicht stimmt. Über die Verwendung der Gelder braucht ohnehin keine Rechenschaft abgelegt zu werden.

Im Gesetz von 1947 wurde es der CIA „*gestattet, derartige andere Funktionen und Pflichten durchzuführen, die mit dem Nachrichtenwesen verwandt sind* (!!) ... *wie sie der Nationale Sicherheitsrat von Zeit zu Zeit anordnen kann*" (Marchetti/Marks, ehemalige CIA-Beamte, in „CIA", S. 39).

Wie der spätere CIA-Direktor und jetzige US-Botschafter im Iran, Richard Helms, äußerte, „*sollte es uns diese Formulierung ermöglichen, Aktivitäten im Ausland zu betreiben, die die Regierung für geeignet hielt, einer Art ‚secret services' aufzutragen*" (Marchetti, S. 384). Auf der Basis von sogenannten NSCID (Nachrichtenanweisungen des Nationalen Sicherheitsrates), die außer diesem interministeriellem Gremium nur noch dem US-Präsidenten selbst bekannt sind, entstand eine bis heute



Indonesien – 1958 scheiterte eine von der CIA geförderte Rebellion gegen Sukarno

Indonesien – 1958 scheiterte eine von der CIA geförderte Rebellion gegen Sukarno

geheimgehaltene „CIA-Charta", eine Art Statut, in der die Aufgaben dieser Organisation festgelegt sind.

Dennoch bekam die CIA erst 1951 das absolute Monopol für Einsätze aller Art im Ausland. 1948 wurde das Office of Policy Coordination (OPC – Büro für Politische Koordination) durch eine von Truman ausgegebene NSCID-Direktive 10/2 ermächtigt, im Ausland subversiv zu arbeiten und „verdeckte Aktionen" durchzuführen – verbunden mit der Auflage, sie müßten geheim sein und „*in plausibler Weise dementierbar*" (Marchetti, S. 385). Gleichzeitig wurde die CIA in einer Direktive 7 dazu ermächtigt, im Inland selbst tätig zu sein (obwohl dies dem „National-Security-Act" von 1947 widersprach). Unter anderem durfte die CIA nunmehr Verträge mit US-Universitäten über Forschung, Propaganda und Anwerbung ausländischer Gaststudenten als Agenten abschließen.

1951 wurden das OPC und ein anderer Geheimdienst, Office of Special Operations (OSP – Büro für Speziale Operationen) den „Heimlichen Diensten", der Hauptabteilung der CIA, angeschlossen.

Obwohl bei der Gründung der CIA ihr offizieller Auftrag sich auf das Sammeln von Informationen beschränkte, war somit 1951 eine Geheimdienstorganisationen entstanden, deren Hauptaufgabe darin bestand, durch „verdeckte Aktionen", durch Subversion und Terror die auswärtigen Interessen des US-Imperialimus abzusichern.

Als ‚Geheimdienst' arbeitete die CIA selbst außerhalb der bürgerlichen Legalität und ihrer Gesetze, es gibt für sie keine Verbrechen. Das kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß die Mitglieder dieser Organisation wie die Organisation selbst von keinem bürgerlichen Gericht belangt werden können. Ihr Zweck selbst, die kapitalistische Ausbeuterordnung im eigenen Land und in anderen Staaten mit allen Mitteln zu verteidigen, schützt sie vor jeder Verantwortung. Nach den Worten eines US-Senators hält sich die CIA für „*die Männer des Königs*" – dieser „König" ist der US-Imperialismus, der sie einsetzt, wo es seine besonderen Interessen verlangen.

Mit Antikommunismus und Terror gegen die Völker der Welt

„*Wir wissen, daß uns nicht nur ein edles Ideal an die freien Völker bindet, sondern auch ganz einfach die Notwendigkeit ... Trotz aller unserer materiellen Macht brauchen wir auf der Welt Märkte, in die wir den Überfluß unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion ausführen können. Wir haben gleichfalls für unsere Landwirtschaft und Industrie Rohstoffe und lebenswichtige Produkte nötig, die sich in weit entfernteren Gebieten befinden*" (Dwight D. Eisenhower, zitiert nach „MSZ", 2.6.75).

Diese mit bemerkenswerter Offenheit ausgesprochenen Worte eines US-Präsidenten bilden hinter einem Schleier von „höheren Idealen" der CIA („Verteidigung von Demokratie und Freiheit" usw.) den tatsächlichen Hintergrund und die materielle Basis, auf der die CIA-Tätigkeit ausgerichtet ist. Nicht Verteidigung von „Demokratie und Freiheit", sondern Verteidigung der weltweiten Interessen des US-Imperialismus, seiner Absatzmärkte, Rohstoffquellen, seiner politischen und militärischen Einflußsphären rund um den Erdball – das allein ist die Aufgabe der CIA.

Die ideologische Grundlage für die Aktivitäten der CIA im In- wie im Ausland ist ein geradezu wüstes Konglomerat von „Erfordernissen der nationalen Sicherheit" (womit der US-Imperialismus bisher jede Aggression gegen die Völker gerechtfertigt hat) und ein teilweise ins Pathologische gesteigerter Antikommunismus.

„*Die Organisation war von Anfang an ideologisch ausschließlich gegen den Kommunismus gerichtet. In der politischen Praxis ... wendet sie sich aber gegen alle Tendenzen* (!) *nationaler und wirtschaftlicher Unabhängigkeit, gegen Beschränkungen und Kontrolle des amerikanischen Kapitals, gegen alles, was bestehende Eigentums- und Produktionsverhältnisse bedrohen könnte, vor allem Bestrebungen der Landreform und der Nationalisierung von Bodenschätzen. Alle Organisationen oder Personen, die auf Reformen solcher Art ausgehen, gelten potentiell als Kommunisten ... auch soweit sie sich rein reformerischer oder parlamentarischer Mittel bedienen*" („Die Zeit", 19.9.75).

Hier wird deutlich, daß der Antikommunismus nur die Legitimation für die gewaltsamen „Interventionen" ist. Eine derartige „kommunistische Bedrohung" der „Freien Welt" ist für die CIA als Vollstrecker des US-Imperialismus allgegenwärtig, zeigt sich (der „Tarnung" wegen) in tausend Varianten, mal unverhüllt als Kommunistische Partei, mal als bürgerlich-nationalistische Bewegung, die die Kontrolle über die eigenen Bodenschätze fordert. Diese „kommunistische Gefahr" wird teilweise ins Wahnwitzige getrieben: So behauptet der 1974 zurückgetretene Leiter der CIA-Spionageabwehr Angleton allen Ernstes, „*die CIA selbst* (!!), *wie andere Teile der amerikanischen Re-*

US-IMPERIALISMUS

gierung seien vom sowjetischen Geheimdienst KGB durchsetzt" („SZ", 27.12.74).

In seinem 1963 erschienen Buch „Im Geheimdienst" beschreibt Allen Dulles, bis 1961 CIA-Direktor, die „kommunistische Bedrohung":

„Eine der wesentlichsten Maßnahmen des Kommunismus im Kalten Krieg ist die heimliche (!) *Unterwanderung, der Beginn der Zersetzung* (!) *der freien Völker".* „Unglücklicherweise" – so Dulles – sei es den Kommunisten gelungen, zur stärksten „Oppositionspartei" gegen die herrschenden Regimes zu werden, die mit dem US-Imperialismus eng verbunden sind. Aber in ihrem Machthunger unersättzlich, haben sich die Kommunisten auch noch unter die *„Nationalisten", „Anti-Alkoholiker", „Atomwaffengegner", „Reformisten", „Gewerkschaften", „Jugend-, Frauen- und Berufsverbände"* eingeschlichen und bedienen sich, derart gerüstet längst *„des Rundfunks", „der Zeitungen", „der Bücher"* und *„der Kultur"*, was schließlich alles zusammen in einem verschwörerischen *„Zerrüttungs-Orchester"* zusammenklingt – unheilvoll wie die Trompeten von Jericho (alle Zitate aus „MSZ", 2.6.75).

Dieser Irrsinn, der auf den ersten Blick aus der Feder eines an Verfolgungswahn leidenden Pathologen zu stammen scheint, ist bewußtes Kalkül der Geheimdiensttruppe des US-Imperialismus: Derart wird sowohl die Existenz der CIA gerechtfertigt, als auch seine weltweite verbrecherische Tätigkeit, die in den Augen der Weltöffentlichkeit und des amerikanischen Volkes als notwendige „operative Eingriffe" zur „Rettung von Demokratie und Freiheit" erscheinen soll.



1947 erklärte Dulles bei der Gründung der CIA, daß *„Nachrichtenarbeit in Friedenszeiten andere Techniken und anderes Personal erforderlich machen und auch ziemlich verschiedene Ziele haben werden ...* *niken und anderes Personal erforderlich machen und auch ziemlich verschiedene Ziele haben werden ...* *Wir müssen uns mit dem Problem im Kampf liegender Ideologien befassen, da sich die Demokratie mit dem Kommunismus konfrontiert sieht – nicht nur in den Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den Ländern des Westens, sondern auch in den innenpolitischen* (!!) *Konflikten mit den Ländern Europas, Asiens und Südameikas"* (Marchetti, S. 55). Auch hier wird – mit dem Hinweis auf die „kommunistische Gefahr" – die Einmischung in die „innenpolitischen Konflikte" anderer Staaten gerechtfertigt.

„Wir selbst müssen entscheiden, wann und wo wir handeln sollen ... wobei wir die Erfordernisse unserer eigenen Sicherheit niemals aus den Augen verlieren dürfen. Bei unserer Entscheidung und bei der Planung unserer Maßnahmen gegen die heimtückische (!) Angriffsweise der Kommunisten haben die Nachrichtendienste mit ihren Spezialmethoden (gemeint sind Subversion und Terror – d. Red.) *eine wichtige Rolle zu spielen ... für den Erfolg des Unternehmens* (gemeint sind die weltweiten Ziele des US-Imperialismus – d. Red.) *ist sie von höchster Bedeutung"* (Dulles, zitiert nach „MSZ", 2.6. 75).

Die CIA wird hier von Dulles unzweideutig als militanter und geheim operierender Stoßtrupp des US-Imperialismus definiert, der den USA mit seinen weltweiten Reserven in jedem Land zur gewaltsamen Durchsetzung imperialistischer Interessen zur Verfügung steht.

Was das für die Völker der Welt bedeutet, beschrieb Dulles nach den blutigen Staatsstreichen im Iran (1953) und Guatemala (1954): *„Wo Beweise dafür auftauchen, daß ein Land ins Gleiten* (!) *gerät und eine kommunistische Machtübernahme droht ... können wir nicht auf eine schriftliche Einladung warten, wir müssen kommen und Hilfe* (?!!) *bringen"* (nach Marchetti, S. 59).

Daß diese aggressive Strategie nicht allein dem Hirn eines „Kalten Kriegers" entsprungen ist, sondern weiterhin Doktrin der weltweiten Aggressionsstrategie des US-Imperialismus ist, beweist eine Unmenge jüngster CIA-Aktivitäten. Henry Kissinger sagte nach dem vom CIA inszenierten Putsch in Chile: *„Ich kann nicht einsehen, warum wir ruhig dastehen und zusehen sollten, wenn ein Land durch die Unverantwortlichkeit* (!) *der eigenen Bevölkerung* (!!) *kommunistisch wird".*

Und erst jüngst sagte US-Präsident Ford: *„Es ist eine bekannte Tatsache, daß solche Aktionen sowohl in der Vergangenheit wie heute im besten Interessen der betroffenen Länder geschehen"* (nach „Spiegel", 42/74).

Das ist unverhohlener imperialistischer Größenwahn, der jede Beschränkung seiner Machtgier im Blut der Völker zu ertränken sucht.

Subversion und Terror: Die Theorie der „verdeckten Aktion"

Hauptaufgabe der CIA ist, die Entwicklung in anderen Staaten durch „Interventionen" verschiedenster Art, auch „verdeckte Aktionen" genannt, im Interesse des US-Imperialismus zu beeinflussen.

Wichtige Voraussetzung für alle diese Interventionen, die nur auf Anweisung des ‚Nationalen Sicherheitsrates' (40-er Ausschuß, seit Jahren schon unter Vorsitz von H. Kissinger) und des Präsidenten geplant und durchgeführt werden können, ist ihre absolute Geheimhaltung und „Dementierbarkeit". Die USA müssen jederzeit in der Lage sein, eine von ihnen eingeleitete Aktion jederzeit „plausibel dementieren" zu können. Im CIA gibt es für diesen Zweck eine eigene Abteilung.

Der amerikanische Senator Hughes berichtete aus einem öffentlichen CIA-Bericht: *„Mr. Colby* (jetziger CIA-Boss – d. Red.) *glaubt, daß von der CIA gesteuerte militärische Operationen völlig akzeptabel sind, solange* (!!) *sie sich geheimhalten lassen"* (zitiert nach Marchetti, S. 439).

Allen Dulles, einer der Vorgänger Colbys, schrieb in seinem bereits mehrfach zitierten Buch:

Bei der Planung einer Geheimaktion galt meine erste Sorge stets der Frage, wie man diese Aktion sicher gegen den Feind absichern könnte, und die zweite, was zu tun *der Frage, wie man diese Aktion sicher gegen den Feind absichern könnte, und die zweite, was zu tun* *sei, um sie vor den Augen und Ohren der Presse* (also der Öffentlichkeit – d. Red) *zu bewahren; wobei die zweite Sorge häufig* (!) *an die erste Stelle rückte ..."* (nach „MSZ", 2.6.75).

Die bisher umfassendste interne Darstellung über die geheimen Interventionen der CIA gelangte 1971 durch einen Zufall an die Öffentlichkeit. Eine Studentengruppe fand bei einer Fakultätsbesetzung bei



einem Professor das Protokoll einer geheimen Beratung über die Rolle der CIA in der amerikanischen Aussenpolitik. Teilnehmer dieser Tagung waren hohe Regierungsbeamte, amtierende und ehemalige hohe CIA-Beamte (u.a. Allen Dulles und der Chef der „Heimlichen Dienste" der CIA, Richard Bissel). Letzterer gab einen Überblick über die geheimen Aktivitäten der CIA, die als eine Art „Lehrbuch" für Geheimdienstarbeit angesehen werden können.

Die ‚verdeckten Operationen' der CIA teilen sich nach Bissel in zwei Kategorien: *(1) Nachrichtenbeschaffung, vorwiegend Spionage oder die Erlangung von Informationen durch geheime Mittel; (2) verdeckte Aktionen mit dem Versuch, die internen Angelegenheiten anderer Länder – manchmal „Interventionen" genannt – mit geheimen Methoden zu beeinflussen"* (aus dem Protokoll, zitiert nach Marchetti, S. 448).

Die erste Kategorie der Nachrichtenbeschaffung unterteilt sich wiederum nach der Art ihrer Beschaffung: 1. der *„klassischen" Spionage* durch Anwerben hoher ausländischer Regierungsbeamter bzw. Einschleusen von CIA-Agenten in Regierungen und andere Organisationen; 2. der *elektronischen Nachrichtenbeschaffung*, worunter vor allem das Ab-



hören des internationalen Funkverkehrs auf diplomatischer und militärischer Ebene fällt (diese Aufgabe wird aber schwerpunktmäßig von einer anderen amerikanischen Geheimdienstbehörde, der ‚Nationalen Sicherheitsbehörde' (NSA – National Security Agency), wahrgenommen; 3. die *Aufklärung* durch Satelliten, Flugzeuge u.ä.

Von Bissel selbst' (er war die Hauptperson auf dem geheimen Treffen im Jahre 1968) wurde zugegeben, Von Bissel selbst' (er war die Hauptperson auf dem geheimen Treffen im Jahre 1968) wurde zugegeben, daß durch die Mittel der „klassischen" Spionage kaum Informationen über die Sowjetunion und die VR China, den zwei Hauptzielen der CIA-Aktivitäten, zu erhalten sind. Bissel forcierte deshalb als Chef der „Heimlichen Dienste" die Anwendung der modernen Technologie, um sie als eine Informationsquelle einzusetzen.

In den eigens dafür geschaffenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der CIA wurden die Spionageflugzeuge U-2 und SR-71 (fast dreifache Schallgeschwindigkeit) entwickelt, die jahrelang die Sowjetunion und die VR China überflogen. Hier wurden auch die Weltraumsatelliten und Hochauflösung- und Weitwinkelkameras, Fotosatelliten mit Farbfilmkameras, mit infraroten Sensoren usw. usf. entwickelt. Alle diese Programme laufen nach ihrer Entwicklung zumeist unter der Verantwortung des ‚Nationalen Aufklärungsbüros' (NRO – Nationales Aufklärungsbüro), einer Komponente des Staatssekretärs für die Luftwaffe. Bissel wies darauf hin, daß es „in jüngster Zeit zu einer Verlagerung der Priorität für die klassische Spionage auf Ziele in der unterentwickelten Welt" kam, in der die CIA weitaus erfolgreicher war als gegenüber der Sowjetunion und der VR China. *„Im Gegensatz dazu bietet die Welt der Entwicklungsländer größere Möglichkeiten für geheime Nachrichtenbeschaffung, einfach weil die Regierungen weniger hoch orientiert sind; es gibt weniger Sicherheitsbewußtsein; und es herrscht eine stärkere reale oder potentielle Machtverteilung unter den Parteien, Organisationen und Einzelpersonen außerhalb der Zentralregierung"* (nach Marchetti, S. 449 und 451).

Die größte Bedeutung innerhalb der Aufgaben der CIA hat jedoch die verdeckte Aktion, die durch die verschiedensten Methoden und Wege geheim in die internen Auseinandersetzungen eines Landes eingreift und diese im Sinne des US-Imperialismus zu beeinflussen sucht. Bissel unterteilt die Verdeckte Aktion in acht Kategorien, die sich durch den Grad der Einmischung unterscheiden:

„(1) politischer Rat; (2) Subventionen (sprich: Bestechung – die Red.) *an Einzelne; (3) finanzielle Unterstützung und ‚technische Hilfe' gegenüber politischen Parteien; (4) Unterstützung privater Organisationen einschließlich Gewerkschaften* (!!), *Firmen, Genossenschaften usw.; (5) Geheimpropaganda; (6) ‚private Ausbildung' von einzelnen und Austausch von Personen; (7) wirtschaftliche Operationen; (8) paramilitärische oder politische Aktionsunternehmen mit dem Ziel, ein Regime zu stürzen oder zu unterstützen* (wie das Unternehmen Schweinebucht und das Programm in Laos)" (nach Marchetti, S. 452).

Bissel definiert diese „Geheiminterventionen" als Mittel *„auf das interne Machtgleichgewicht einzuwirken, wobei man oft ziemlich kurzfristige Ziele im Auge hat"* (S. 453). Um diese Interventionen realisieren zu können, ist es für die CIA von entscheidender Bedeutung, Agenten im Inneren eines Landes – „Durchdringungen" genannt – zu haben. Erst dadurch wird die Voraussetzung für die Aktionen aller Art, von der Finanzierung einer politischen Partei, Beeinflussung der politischen Haltung einer Zeitung oder ein paramilitärischer Einsatz bis hin zum Sturz einer Regierung möglich. Die heimlichen Operatoren der CIA, die einen Auftrag in Übersee erhalten, heißen „Führungsoffiziere". Sie haben die Aufgabe „Durchdringungen" zu rekrutieren und sie bei ihrer illegalen Arbeit anzuleiten. Die meisten dieser Operatoren dienen mit falschen Titeln in amerikanischen Botschaften. Einige leben in sogenannten „tiefen Tarnungen" im Ausland, sie decken ihre wahre Aufgabe als Geschäftsleute, Studenten, Zeitungsreporter, Missionare usw. oder als völlig harmlos erscheinende amerikanische Besucher.

Die CIA sieht jedoch auch unter dieser Tarnung einen eingeschränkten Aktionsradius ihrer Agenten und versucht daher, in diesen Staaten selbst „einheimische" Agenten zu rekrutieren. *„Es ist möglich und wünschenswert, wenn auch schwierig und zeitraubend, im Ausland einen Apparat inoffizieller Tarnung aufzubauen. Dies erfordert die Benutzung oder Schaffung privater Organisationen, deren Personal größtenteils kei-* *nen, deren Personal größtenteils kei-*

Guatemala – Die CIA stürzt mit Söldnern 1954 das linke Regime

ne US-Bürger sein sollten, da sie freieren Zugang zur örtlichen Gesellschaft haben und so weniger Risiken für die offizielle Position der USA bieten" (nach Marchetti, S. 455).

„Die Hauptaufgabe besteht in der Erkennung potentieller einheimischer Verbündeter oder Mitarbeiter – Einzelpersonen oder Organisationen – und in der Anknüpfung von Kontakten zu ihnen sowie in der Schaffung einer Interessengemeinschaft" (S. 456).

Es gehört zu einer der wichtigsten Arbeitsmethoden der CIA, diese „Durchdringungen" nicht erst dann aufzubauen, wenn sich ihre Notwendigkeit durch eine geplante verdeckte Aktion erweisen sollte. Rekrutierung und Durchdringungen geschehen lange bevor überhaupt konkrete Aktionen in der Planung sind. Marchetti schreibt dazu: *„Wenn die Offiziere* (der CIA – d. Red.) *ihre Arbeit gut geleistet haben, werden sie statt dessen bereits ein Netz von Agenten in der Regierung dieses Landes aufgebaut haben, in den Streitkräften, der Presse, den Gewerkschaften und den anderen wichtigen Gruppen;* **so sind in Dutzenden von Ländern tatsächlich schon „stehende Heere" aufgebaut, um der CIA zu dienen, wenn sich die Notwendigkeit ergibt"** (S. 73).

In der Sprache der CIA wird dieser Vorgang „der Aufbau von Verbindungen" oder die „Entwicklung des Arbeitsapparates" genannt.

„Es besteht ein Bedürfnis für fortgesetzte Bemühungen zur Entwicklung von Kapazitäten für verdeckte Operationen, selbst wenn kein unmittelbares Bedürfnis für ihren Einsatz besteht" (Marchetti, S. 73).

Die CIA-Organisation

Die genaue Größe der CIA und die ihr zur Verfügung stehenden Gelder sind unbekannt, man kann sie nur schätzen. Offiziell wird eine Personalstärke von 16.500 und ein genehmigtes Budget von 750 Mio. Dollar jährlich angegeben! Tatsächlich aber ist *„die Agentur weit größer und wohlhabender, als diese Zahlen andeuten ... Die Zahl 16.500 spiegelt nicht die Zehntausende, die unter Vertrag für sie arbeiten (Söldner, Agenten, Berater usw.) oder die, die in den Tochtergesellschaften der Agentur Dienst tun, wider"* (Marchetti, S. 94).

Die CIA hat sowohl sogenannte „Ein-Fall-Agenten", die für spezifische Aufträge angeworben werden, Vertragsagenten, die für längere Zeit dienen und Berufsagenten in ihre Dienste gestellt. *„So stehen Hunderte, ja vielleicht so sogar Tausende kubanischer, osteuropäischer und anderer kleiner, ehemaliger heimlicher Agenten immer noch in den Gehaltslisten der CIA, was den Steuerzahler alljährlich Hunderttausende, wenn nicht Millionen Dollar kostet"* (Marchetti, S. 95).

Auch andere private Individuen, die vertragsmäßig für die CIA arbeiten, werden ebenfalls aus der Gesamtsumme des Personals gestrichen. Eine vom CIA selbst durchgeführte Studie über die Verträge der CIA mit amerikanischen Universitätsangehörigen ergab, daß *Hunderte von Professoren und Verwaltungsbeamten an über 100 Universitäten"* in den USA für die CIA *versitäten"* in den USA für die CIA arbeiten. Vom Geheimdienst selbst wurde diese Studie als „unvollständig" beurteilt (nach Marchetti, S. 96).

Auch die in den getarnten CIA-Unternehmen Beschäftigten werden nicht mitgezählt. Eine Holdinggesellschaft der Agentur, die Pacific Corporation, beschäftigt allein 20.000 Menschen mehr als die CIA selbst offiziell als Beamte ausweist.

Auch die Angaben für das jährliche Budget von 750 Mio. Dollar sind weit zu niedrig angesetzt. Berücksichtigt sind bei dieser Angabe nicht die jährlichen Überweisungen des Pentagons an die CIA. Beispielsweise hat das Direktorium der CIA für ‚Wissenschaft und Technologie' ein offizielles Budget von 100 Mio. Dollar, gibt aber nach Angaben Marchettis jährlich über 500 Mio. Dollar aus. *„Die Differenz wird zum großen Teil von der Luftwaffe beigesteuert"* (S. 98).

Fortsetzung Seite 28

CIA – Geheimarmee des US-Imperialismus

Fortsetzung von Seite 27

In ähnlicher Weise werden Millionen Gelder auch von anderen US-Behörden der CIA zugeschoben.

Daneben besitzt die CIA eine große Anzahl privater Konzern, die *„alljährlich Gewinne von -zig Millionen Dollar"* machen und zur Finanzierung der Geheimoperationen zur Verfügungstehen. Der Direktor der CIA verfügt ständig über ein Konto von 50 bis 100 Millionen Dollar für *„unerwartete Ausgaben"*. Durch das „CIA-Act" von 1949 erhielt die CIA das Recht, Mittel auszugeben, *„ ohne Rücksicht auf die Vorschriften von Gesetz und Regulierung in bezug auf die Ausgabe von Regierungsmitteln für Objekte vertraulicher, außergewöhnlicher oder durch Notfälle bedingter Natur; solche Ausgaben sollen nur durch die Bestätigung des Direktors abgerechnet werden ..."* (zitiert nach Marchetti, S. 100).

Marchetti schreibt, *„daß der Direktor nicht lediglich eine Multimillionen-Dollarbehörde, sondern tatsächlich ein Multimilliarden-Konglomerat* (!!) *leitet – und das praktisch ohne Beaufsichtigung von aussen"* (S. 99).

Der US-Imperialismus hat sich mit der CIA eine gigantische Behörde für die Verfolgung seiner weltweiten Interessen geschaffen, deren Größe und Reichweite man nur erahnen kann und bei der wie bei einem schwimmenden Eisberg nur ein Bruchteil der tatsächlichen Größe sichtbar ist.

Die CIA ist organisatorisch in fünf verschiedene Teile gegliedert: In das relativ kleine Büro des Direktors, der als ‚Direktor des Zentralen Nachrichtenwesens' (DCI – Director of Central Intelligance) gleichzeitig allen anderen US-Geheimdiensten vorsteht. Vom Büro des Direktors werden vier funktionelle Direktorien befehligt, deren größtes das Direktorium für Operationen („Heimliche Dienste") ist. Dieses Direktorium ist wiederum in funktionelle Abteilungen und geographische Raumabteilungen gegliedert. Die größte Abteilung ist der ‚Ferne Osten', es folgen ‚Westeuropa', die ‚westliche Hemisphäre' (Lateinamerika plus Kanada), der ‚Nahe Osten", der ‚Sowjetblock" (plus Osteuropa) und ‚Afrika'. Die Befehlskette reicht vom Chef der „Heimlichen Dienste" zu den Chefs der Raumabteilungen, dann nach Übersee zu den Chefs der Stationen (für ein gesamtes Land) und ihren Basenchefs (von denen mehrere in einem Land existieren). Die Stationen und Basen dienen als die Hauptquartiere der CIA für verdeckte Operationen. Die Station ist gewöhnlich in der US-Botschaft des jeweiligen Staates untergebracht, während sich die Basen auf verschiedene Städte, Militärbasen der USA usw. in diesen Ländern erstrecken. Die funktionelle Abteilung für *‚verdeckte Aktionen'* hat die militärischen „Werte" für paramilitärische Einsätze bereitzustellen, Söldner anzuwerben, Expertisen zu erstellen usw. Der *„Stab für Missionen und Programme"* übernimmt die bürokratische Planung und Budgetisierung. Die *„Operationelle Dienstleistungsabteilung"* stellt unter anderem Tarnarrangements, die die Aktionen der CIA vor der Öffentlichkeit schützen, zusammen, die *„Technischen Dienste"* entwickeln in ihren Abteilungen die für die Einsätze notwendigen technischen Geräte, wie Miniaturkameras, „Wanzen", Waffen usw. Das „Direktorium für Management und Dienstleistung" arbeitet in seinen wesentlichen Funktionen den „Heimlichen Diensten" zu. Das *Personalbüro* rekrutiert neue Agenten, das *Ausbildungsbüro* ist für die Geheimdienst- und paramilitärische Ausbildung der hauptamtlichen CIA-Agenten und kurzfristig angeworbenen Söldner in eigenen Ausbildungslagern verantwortlich, das *Sicherheitsbüro* soll die CIA vor der Durchdringung durch andere Agenten schützen und die eigenen Agenten überwachen. Das *„Logistikbüro"* betreut die Waffen und anderen Lager der Agentur in den USA und in Übersee, um sie ständig für benötigte Einsätze bereitzuhalten. Die *„Medizinischen Dienste"* arbeiten u.a. „psychologische Profile" von ausländischen Politikern aus, d.h., sie untersuchen z.B. die Reaktionen bestimmter Politiker, ihre persönlichen Interessen und ihr Privatleben, um zu prüfen, ob sie gegebenenfalls für die CIA angeworben werden können oder ob man sie mit bestimmten Dingen (Frauen etc.) erpressen kann.

Das *„Nachrichtendirektorium"* befaßt sich mit der Analyse und Zusammenstellung der durch Spionage und andere Mittel erhaltenen Informationen und bearbeitet die verschiedenen „Hinweisdienste" der Agentur: U.a. eine riesige computergesteuerte biographische Bibliothek ausländischer und amerikanischer Persönlichkeiten, ausländischer Fabriken usw., den ausländischen Rundfunk-Informationsdienst (ein weltweites Rundfunk- und Fernsehüberwachungssystem) und das Nationale Fotografische Auswertungszentrum (Analyse der durch Satelliten und Spionageflugzeuge gewonnen Fotos). Die Spezialisten dieser Abteilung liefern Analysen der tagtäglichen Ereignisse, wie auch langfristige Analysen von politischen, strategisch-militärischen und wirtschaftlichen Fragen, der Entwicklung potentieller Krisengebiete, die für die Festlegung der Außenpolitik des US-Imperialismus von Bedeutung sind. Das „Direktorium für Wissenschaft und Technologie" beschäftigt sich mit Fragen der „Grundlagenforschung" für die Geheimdiensttätigkeit der CIA, entwickelt neue Technologien z.B. für Spionagesatelliten usw. Auf diesem Gebiet arbeitet es eng mit dem Pentagon und US-Kriegskonzernen (beispielsweise „Lockead-Aircraft") zusammen.

Diese Aufteilung des CIA-Apparates in vier verschiedene Direktorien kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Abteilung der „Heimlichen Dienste" die dominierende innerhalb der Agentur ist, daß die übrigen Abteilungen oftmals nur Zuarbeiten für das Gelingen der geheimen Operationen in anderen Ländern leisten.

„Im Augenblick verwendet die Agentur etwa zwei Drittel ihrer Mittel und ihres Personals für verdeckte Unternehmen und deren Unterstützung – ein Zahlenverhältnis, das seit über zehn Jahren relativ konstant geblieben ist. So sind von dem Personal der Agentur von 16.500 (offizielle Angaben! – d. Red.) *Personen und einem Budget von etwa 750 Millionen Dollar etwa 11.000 Personen und rund 550 Millionen Dollar für die Heimlichen Dienste und die Tätigkeiten des Direktoriums für Management und Dienstleistungen (früher Direktorium für Unterstützung) wie Kommunikationen, Logistik und Ausbildung bestimmt, die zu verdeckten Aktionen beitragen. Nur etwa 20 Prozent der Berufsangestellten der CIA (die weniger als 10% des Budgets ausgeben) arbeiten in der Nachrichtenanalyse und der Informationsaufbereitung"* (Marchetti, S. 116/117).

CIA-Besitzgesellschaften

Für ihre vielfältigen „verdeckten Aktionen" und paramilitärischen Einsätze in anderen Ländern bedient sich die CIA meist ihrer zahlreichen „Besitzgesellschaften", die ihr einerseits finanzielle Mittel zukommen lassen und andererseits die verschiedenen Operationen „tarnen". *„Hinter ihrer kommerziellen und manchmal ‚Ohne-Profit'-Fassade kann die Agentur eine Vielzahl von heimlichen Tätigkeiten – gewöhnlich verdeckten Aktionen – durchführen"* (Marchetti, S. 179).

Zu den bekanntesten CIA-Unternehmen in Westdeutschland gehörten die imperialistischen Propagandasender und Spionagezentralen „Radio Liberty" und „Radio Free Europa". Beide hatten die Aufgabe, durch sog. Gegenpropaganda die ideologische Zersetzung in den Staaten Osteuropas zu betreiben und gleichzeitig Informationen über diese Länder zu sammeln und an die CIA-Zentralen ausgewertet weiterzugeben.

Eine ähnliche Einrichtung wurde mit einem Rundfunksender der CIA auf den Swan-Inseln in der Karibischen See installiert, der ab 1960 gegen die kubanische Revolution hetzte. Während des „Unternehmens Schweinebucht" 1961 stellte der Sender seine Propagandafanfaren ein *„und gab militärische Befehle für die Invasionstruppen sowie für Guerillas im Inneren Kubas durch"* (Marchetti, S. 179). Später änderte der Sender seinen Namen in Radio Americas.

Auch die „Caramar" (Caribbean Marine Aero Corporation) entpuppte sich kurz nach ihrer Gründung als eine CIA-Gesellschaft.

Waffen für paramilitärische Einsätze von CIA-Agenten und von der Agentur bezahlter Söldnerarmeen werden oftmals über „private" Waffenunternehmen geliefert. Die größte Firma dieser Art ist die „Interarmco" (International Armanent Corporation) mit Sitz in Virginia. Die Firma inseriert, daß sie sich auf Waffen für Polizeikräfte spezialisiert hat und Auslieferungslager in Manchester (England), in Monte Carlo, Singapur, Pretoria (Südafrika) und mehreren la-



1967. CIA-Agenten jagten Ernesto „Che" Guevare in Bolivien

teinamerikanischen Städten besitzt. Sie wurde 1953, während des Korea-Krieges, durch einen CIA-Offizier gegründet und arbeitet auch heute noch eng mit dieser Agentur zusammen. *„Nach dem Pentagon sind die Interarmco und ähnliche Waffenhändler die zweitwichtigste Quelle der CIA für Kriegsmaterial für paramilitärische Operationen"* (Marchetti, S. 181).

Auch eine 1959 in Florida gegründete „Double Check Corporation", getarnt mit „Maklergeschäften", erwies sich bei der gescheiterten Kuba-Invasion als CIA-Besitzgesellschaft: Sie rekrutierte in den USA Piloten für die Invasion und flog für die Aggressionstruppen Luftunterstützung.

Die Luftbesitzgesellschaften sind die größten der CIA. *„CIA-Söldner sowie von der CIA unterstützte ausländische Gruppen brauchen Hilfe aus der Luft, um ihre ‚geheimen' Kriege durchkämpfen zu können und gerade zu diesem Zweck baute die Agentur ein riesiges Netz von heimlichen Luftlinien auf, die bei weitem*

für Kriegsmaterial für paramilitärische Operationen" (Marchetti, S. 181).

Die Luftbesitzgesellschaften sind die größten der CIA. *„CIA-Söldner sowie von der CIA unterstützte ausländische Gruppen brauchen Hilfe aus der Luft, um ihre ‚geheimen' Kriege durchkämpfen zu können und gerade zu diesem Zweck baute die Agentur ein riesiges Netz von heimlichen Luftlinien auf, die bei weitem*

die größten und gefährlichsten aller Besitzgesellschaften sind. So unglaublich es klingen mag, die CIA ist heute im Besitz einer der größten, wenn nicht der größten Flotte ‚kommerzieller' Flugzeuge in der ganzen Welt" (Marchetti, S. 181).



The New York Times

„Yes, Sir, wir wollen es nie wieder tun"

Zum CIA-Besitz gehören die „Air America", die „Air Asia", „Civil Air Transport", „Intermountain Aviation", „Southern Air Transport" und einige andere Luftchartergesellschaften rund um den Erdball. Diese Fluggesellschaften werden als taktischer Arm für militärische Interventionen in der ganzen Welt ständig ausgebaut. Sie wurden laufend erweitert und modernisiert. *„Der Meinung der meisten CIA-Professionals nach würde die Kapazität der CIA, Sonderoperationen durchzuführen, ohne die logistische und andere Unterstützung eben durch diese Fluglinien auf den Nullpunkt gedrückt"* (Marchetti, S. 194/195). ●

Kongo – Patrice Lumumba muß 1967 sterben, weil die CIA eine pro-amerikanische Regierung will

CIA finanzierte „Europäische Bewegung"

CIA finanzierte „Europäische Bewegung"

Während allerorten die Imperialisten nach dem Referendum in England (Mehrheitsentscheid für den Verbleib in der EG) den Sieg der „europäischen Idee" bejubelten und die Vaterlandsverteidiger" der „KPD" und „KPD/ML" mit den Wölfen heulten („Sieg über den Sozialimperialismus"), waren schon vor der Abstimmung immer wieder Spekulationen über eine Beteiligung der CIA an der „europäischen Bewegung" in England laut geworden. Durch einen Bericht der konservativen „Sunday Times" ist nunmehr bestätigt worden, daß die CIA zumindest bei der Schöpfung dieser Bewegung und in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit hilfreich Pate gestanden hat.

Gegenüber der englischen Zeitung erklärte Thomas W. Braden, ein ehemaliger leitender Mitarbeiter der Agentur, *„es wäre amerikanische Politik gewesen, heimlich Organisationen Mittel zufließen zu lassen, die sich für die europäische Einheit einsetzten"*.

Durch eigene Nachforschungen der „Sunday Times" konnte bestätigt werden, *„daß die CIA Organisationen, die für die europäische Einheit arbeiten, darunter die „Europäische Bewegung" und die „Europäische Jugendkampagne"* (European Youth Campaign) *mit finanziellen Mitteln versorgte"*. Letztere – die „Europäische Jugendkampagne" – wurde nach den Recherchen von Francis Rabattet (dessen Vater Generalsekretär der „Europäischen Bewegung" war) fast ausschließlich von der CIA finanziert.

Diese Organisation wurde von der CIA nach den erfolgreichen Weltjugendfestspielen in Berlin (DDR), die von rd. zwei Millionen Jugendlichen aus aller Welt besucht wurden, gegründet. Ihre politische Konzeption war von Anfang an auf die eines Konkurrenzunternehmens der Imperialisten gegen die Weltjugendfestspiele (allerdings ohne jemals so erfolgreich zu sein) und stark antikommunistisch ausgerichtet. In ihrer Arbeit propagierte sie den Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten. Die Finanzierung durch den US-Imperialismus lief über eine Tarngesellschaft der CIA, des American Commitee on United Europe (ACUE-Amerikanische Kommitee für ein Vereinigtes Europa). In der Leitung dieses „Kommitees" befanden sich vier CIA-Vertreter: General Donovan (als Vorsitzender), Allan Dulles (als stellvertretender Vorsitzender), Thomas Braden (als leitender Direktor) und Charles M. Spofford (als Direktor). Während des achtjährigen Bestehens der „Jugendkampagne" stellte die CIA über die ACUE 1,34 Mio. Pfund Sterling bereit, ca. 14 Millionen DM damals. Die „Jugendkampagne" entwickelte sich zur aktivsten Organisation, die für den Zusammenschluß der Imperialisten arbeitete.

Sie organisierte allein 1952 1899 Tagungen und Konferenzen, 900 Filmvorführungen und 21 Ausstellungen. Im selben Zeitraum verteilte sie 1,8 Mio. Broschüren (!) und belegte 2 400 Minuten Sendezeit im Rundfunk.

Die Führer der „Europäischen Bewegung", u.a. Winston Churchill und der belgische Sozialdemokrat Paul Henri Spaak, wußten von dieser CIA-Finanzierung und billigten sie, erhielten sie doch selbst erhebliche finanzielle MIttel der CIA zugeschustert. (nach einem auszugsweisen Nachdruck des „Sunday Times" Artikels im ED, 20.6.75).

Die CIA als „heimlicher Förderer" des britischen EG-Anschlusses und seine offenen Befürworter, die „Vaterlandsverteidiger" in Westdeutschland Seite an Seite – das eröffnet völlig neue Perspektiven des Kampfes gegen „die eine Supermacht". ●

Metallkommitee
KB/Gruppe Hamburg

Die Mordwaffen der CIA

Für die paramilitärischen Einsätze der CIA werden in ihren Forschungslaboratorien unentwegt die bestialischsten Folter- und Tötungsmethoden von „Wissenschaftlern" erdacht. Die „Anforderungen" an diese Abteilungen sind umfangreich und angesichts ihrer „Forschungsergebnisse" würde die faschistische Gestapo des Hitlerreiches vor Neid und Scham erblassen. Die Entwicklung immer grausamerer Terrormethoden und Tötungsmaschinen ist bei der CIA zu einer systematischen und organisiert betriebenen „Wissenschaft" geworden.

aus: "Vado, l' arresto e torno" von Alfredo Chia'ppori

aus: "Vado, l' arresto e torno" von Alfredo Chia'ppori

Jüngst wurde durch weitere Enthüllungen ein weiteres bestialisches Mordinstrument der CIA in der Öffentlichkeit bekannt. Im Hauptquartier des Geheimdienstes in Washington lagert das gefährlichste aller Gifte, das sogenannte Muschel-Gift in einer Menge, mit der man mehr als zehntausend Menschen umbringen kann. Das Gift wird aus Schalentieren destilliert und tötet einen Menschen in Sekunden ohne Spuren zu hinterlassen. Unter den anderen aufbewahrten Giften befand sich auch das der Kobra-Schlange, von dem bereits Bruchteile eines Milligramms tödlich sind. Angeblich hat die CIA, trotz einer entsprechenden Anweisung des damaligen US-Präsidenten Nixon (ausgerechnet der? !), die Gifte nicht vernichtet. Die „FAZ" erklärt das damit, daß die *„von der Zweckfreiheit* (? !!! – das ist ja wohl der größte Stuß, der jemals über die CIA geschrieben wurde!) *ihrer Tätigkeit begeisterten (!) Chemiker auf die Frucht ihrer langen Arbeit nicht verzichten wollten"*. Im nächsten Satz widerlegt die „FAZ" selbst den Unsinn von der angeblichen „Zweckfreiheit":

„Waffen-Experten der CIA hatten eine geräuschlose Pistole entwickelt, mit der ein winziger Pfeil mit diesem Gift auf das Opfer abgeschossen werden kann; es stirbt in Sekunden und ohne Spur" (20.9.75). Eine andere Variante dieser Satanswaffen wurde vor dem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats durch die Aussage eines ehemaligen Mitglieds der Abteilung für Sonderaufgaben der US-Armee in Fort Derrick (Maryland) bekannt. Es handelt sich hier um Versuche der CIA, mit Giften und Gasen Massenvernichtung zu erproben. In einem Experiment wurde die Verseuchung von U-Bahn-Schächten mit tödlichem Gas geübt. Eine (bei dem Experiment noch) mit harmlosen Gas gefüllte Glühbirne wurde auf die Gleise in einen Tunnel geworfen und die Ausdehnung des Gases gemessen. Man stellte (zufrieden) fest, daß es sich innerhalb kurzer Zeit 45 Häuserblocks weiter ausgebreitet hätte.

In einem anderen Experiment wurde eine Wasserleitung mit einem winzigen Bohrer angebohrt und Farbe eingespritzt, um deren Weg und Ausbreitung durch das Wasserleitungsnetz zu verfolgen. *„Der Geheimdienst habe den Schluß gezogen, daß es keinen Schutz für die Bevölkerung gegeben hätte, wenn tödliches Gift* (das die CIA natürlich besitzt – d. Red.) *in die Wasserleitung gespritzt worden wäre"* („SZ", 20.9.75).

Für die CIA sind derartige Experimente durchaus keine „zweckfreien Spielchen", sondern Vorbereitungen und Erprobungen neuer Terrormethoden gegen ganze Länder, in denen dann „plötzlich" Zehntausende von Menschen an einer „unbekannten Epidemie" oder „Seuche" zu Grunde gehen.

Es ist auch bekannt, daß die CIA in eigenen Sc hulen Folter-Spezialisten reaktionärer Regimes ausbildet und sie bei der Errichtung sogenannter „Verhörzentralen" unterstützt. Von den Henkern der CIA wurden mit Hilfe der Psychologie, der Elektrotechnik und anderer Wissenschaften die brutalsten Foltermethoden erdacht, um Menschen zum „Sprechen" zu bringen und „Verdächtigen" vorgefertigte „Schuldgeständnisse" abzuzwingen. Wer diese Torturen je überleben sollte, ist für den Rest seines Lebens ein physisches und psychisches menschliches Wrack.

Eine der widerwärtigsten Methoden, die die CIA bei „Verhören" und anderen Aktionen anwendet, ist der Einsatz von Rauschgiften. Innerhalb der CIA gab es ein eigenes Forschungsprogramm, das untersuchen sollte, wie der Einsatz von Hallizunogen und anderen, die Psyche des Menschen beeinflussenden Mittel, für die Geheimdienstarbeit genutzt werden kann.

„Das Interesse der Agentur an Drogen war mehr als nur flüchtiger Natur; ein Stabsoffizier erhielt den Auftrag, ganz Lateinamerika zu bereisen und alle Arten von Halluzinationsdrogen aufzukaufen, die für Nachrichtenaktionen und Operationen Anwendung finden konnten" (Marchetti, S. 288).

Mit besonderer Kaltblütigkeit und Brutalität wurden diese Drogen *„ahnungslosen (!!) Versuchspersonen (verabreicht), bei denen Wahnvorstellung und geistige Schäden hervorgerufen werden sollten"* („DVZ",

lung und geistige Schäden hervorgerufen werden sollten" („DVZ",

10.6.75). Diese „Experimente" forderten mindestens ein Todesopfer: Wie die Witwe eines Leutnants der US-Armee zehn Jahre nach dem angeblichen Selbstmord ihres Mannes jetzt erfuhr, war er in Wirklichkeit, ahnungsloses Opfer dieser verbrecherischen „Experimente", im LSD-Rausch aus dem Fenster eines Hochhauses gesprungen.

Neben LSD wurden *„Versuche mit vielen anderen Drogen und mit Elektroschocks unternommen"* („Die Zeit", 1.8.75). ●

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Die CIA und die „Nachrichtengemeinde"

Die CIA selbst ist nur ein kleiner Teil der vom US-Imperialismus aufgebauten Spionageorganisation. Insgesamt verfügt dieser Apparat über zehn (!!) Geheimdienste bzw. Organisationen, die zumindest in Teilbereichen ihrer Tätigkeit geheimdienstliche Arbeiten durchführen. Von diesen zehn Organisationen ist über die Arbeit der CIA am meisten bekannt, den übrigen ist es zumeist gelungen, ihre Arbeit unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit für den US-Imperialismus zu verrichten.

Im einzelnen handelt es sich bei den anderen Geheimdiensten um:

▶ ‚Büro des Marinenachrichtendienstes' mit etwa 15.000 Beschäftigten und einem Jahresbudget von 600 Millionen Dollar. Seine Aufgabe ist die Überwachung der Weltmeere mit den modernsten Radaren, Sensoren u.a. Abhörgeräten. Der Umfang dieses „Büros" wächst ständig und am schnellsten von allen Geheimdiensten.

▶ Der ‚Heeresnachrichtendienst', dessen Aufgabe vor allem im „Sammeln" von taktischen Nachrichten zur Unterstützung der US-Bodentruppe besteht, beschäftigt 35.000 Personen und gibt jährlich 700 Mio. Dollar aus.

▶ ‚Nachrichtendienst der Luftwaffe'. Dieser „Dienst" ist die größte Spionageorganisation des US-Imperialismus. Er beschäftigt 56.000 Menschen und hat ein jährliches Budget von rd. 2,7 Milliarden Dollar (!). Der größte Teil dieser Summe wird für die überaus teuren Aufklärungssatelliten und Raketen ausgegeben. Ein separater Teil des Luftwaffennachrichtendienstes, das National Reconnaissance Office (NRC – Nationales Aufklärungsbüro) leitet dieses Satellitenprogramm für alle anderen Geheimdienste. Das NRC arbeitet in einer solchen Geheimhaltung, daß allein seine bloße Existenz „klassifiziert" (geheimgehalten) wurde.

▶ die ‚National Security Agency' (NSA – Nationale Sicherheitsbehörde) wurde 1952 auf geheimen Präsidentenbefehl gegründet. Etwa

(NSA – Nationale Sicherheitsbehörde) wurde 1952 auf geheimen Präsidentenbefehl gegründet. Etwa

24.000 Personen sind damit beschäftigt, ausländische Codes zu brechen und für die US-Regierung sichere Codes zu entwickeln. Für ihre Zwecke hat die NSA hunderte von „Horchposten" rund um den Erdball errichtet und hört die Kommunikationssysteme der meisten Länder ab. Die Behörde hat ein jährliches Budget von rund 1,2 Milliarden Dollar.

▶ Die ‚Kartenbehörde' und der ‚Verteidigungsuntersuchungsdienst' (Defence Investigative Service) wurden erst 1972 gegründet. Ihre eigentliche Aufgabe besteht darin, für den US-Imperialismus jeden Zoll der Erde aufzuzeichnen. Es ist jedoch bekannt, daß ihre Vorläuferorganisationen ebenfalls im Inland überwachungsaufgaben und Infiltrationsversuche besonders in Antikriegsgruppen unternommen haben und es gibt weiterhin Anzeichen dafür, daß diese Arbeit von beiden Organisationen fortgeführt wird.

▶ Von geringerer Bedeutung sind das ‚Büro für Nachrichtenwesen und Forschung' und das INR (‚Intelligence and Research'), die beide dem Außenministerium der USA unterstehen.

Das FBI, die Atomenergiekommission und das Finanzministerium sind ebenfalls fester Bestandteil der Geheimdienstorganisation des US-Imperialismus.

Das FBI ist vor allem für Inlandsspionage (Überwachung politischer Gruppierungen und Einzelpersonen, etwa dem westdeutschen „Verfassungsschutz" vergleichbar) zuständig. Die Atomenergiekommission hat eine spezielle Nachrichtenabteilung, die sich mit der nuklearen Entwicklung in fremden Ländern befaßt. Sie unterhält technische Horchposten (die manchmal mit CIA-Personal besetzt sind) rund um die Erde, um ausländische Atombombenexplosionen aufzuzeichnen.

Die Rolle des Finanzminsteriums innerhalb der US-„Nachrichtengemeinde" ist uns nicht genau bekannt. Es ist aber durchaus vorstellbar, daß seine Funktion vor allem in der Planung und Koordinierung wirtschaftlicher Sanktionen gegen fremde Länder besteht (man denke an die künstliche Senkung des Kupferpreises, während der Regierungszeit der ‚Unidad Popular' in Chile durch die US-Imperialisten).

Diese zehn Geheimdienste der USA geben zusammen mit ihren Hunderten von untergeordneten Sektoren und Kommandos jährlich über 6 Milliarden Dollar aus und beschäftigen über 150.000 Menschen. (hierbei ist allerdings zu bedenken, daß es sich bei allen Zahlenangaben über die Größe und Umfang der Geheimdienste um amtliche Angaben handelt, die eher noch untertrieben sind.)

ße und Umfang der Geheimdienste um amtliche Angaben handelt, die eher noch untertrieben sind.)

Es zeigt sich hier, welch gewaltiger Preis dem amerikanischen Volk selbst abverlangt wird, um in aller Welt die Großmachtinteressen des US-Imperialismus durchzusetzen.

Bemerkt sei noch, daß dieser riesige Spionageapparat der USA insgesamt der CIA (dem Direktor) untersteht. Der CIA hat die Aufgabe, die verschiedenen Tätigkeiten dieser Organisationen zu koordinieren. Hierdurch erhält dieser militante Stoßtrupp des US-Imperialismus eine Machtfülle, die sich allein in dessen Personalstärke und Budget auf den ersten Blick nicht wiederspiegelt. ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Ausbildung zum Killen

Die meisten Berufsagenten der CIA werden auf den amerikanischen Universitäten von Professoren angeworben, die zu diesem Zweck bei der Agentur unter Vertrag stehen. Nach Marchetti arbeiten Hunderte von Professoren und Verwaltungsbeamten an den Colleges für die CIA. Nachdem die Kandidaten vom Geheimdienst als sog. CT s (career trainees – Berufsanwärter) eingestellt worden sind, erhalten sie auf allen Gebieten der Geheimdienstarbeit eine gründliche Ausbildung. Zwei Jahre lang besitzen sie einen Probestatus, während der sie auf ihre speziellen Fähigkeiten und „Vertrauenswürdigkeit" hin überprüft werden.

Nach einer formalen Ausbildung werden sie im zweiten Jahr in ihr spezielles zukünftiges „Arbeitsgebiet" instruiert. Die CT s nehmen an Einführungskursen in einer CIA-Schule in Arlington, Virginia, teil; die Themen sind Sicherheit und Organisation der CIA und anderer Geheimdienste der USA sowie eine spezielle Schulung zum „Internationalen Kommunismus".

Alle CT s erhalten eine Ausbildung an leichten Waffen, und wer für paramilitärische Einsätze bestimmt ist, erhält eine gründliche Ausbildung über den Umgang mit Sprengstoffen, über Fallschirmabsprünge, Luft- und Seeoperationen und Artillerieübungen (!).

In einer weiteren CIA-Anlage in North-Carolina finden Kurse für „Fortgeschrittene" im Umgang mit hochexplosiven, teilweise selbst hergestellten Sprengkörpern und anderen schweren Waffen statt. Andere Ausbildungscamps der Agentur befinden sich u.a. in Fort Bragg, North-Carolina und Fort Gulick in der Panama-Kanal-Zone. Neben den CT s nehmen auch die für bestimmte paramilitärische Einsätze angeworbenen Söldner („Vertragsangestellte") an diesen Kursen teil.

Um die ungeheure Brutalität dieser Ausbildung für paramilitärische Einsätze der CIA-Agenten zu dokumentieren, drucken wir hier den Bericht eines Agenten ab, der diese Ausbildung in einem Lager absolvierte:

„Der erklärte Zweck der paramilitärischen Schule war es, uns zu Instruktoren für Dorfbewohner auszubilden und auszurüsten, die sich gegen Guerillas verteidigen sollten. Ich konnte das unterschreiben. Ein Teil des Trainings war konventionell (!?). Dann aber kamen wir in das Zerstörungs-Hauptquartier der CIA. Hier hatte man Kubaner in konventionellen und Unterwassersprengungen ausgebildet und tat das weiterhin (Mitte der 60er Jahre). Hier wurden wir auch in einer Taktik ausgebildet, die schwerlich mit der Genfer Konvention vereinbar ist. Die Auswahl von geächteten Waffen, mit denen wir vertraut gemacht wurden, schloß Kugeln ein, die beim Aufschlagen explodierten, MG s mit Schalldämpfern, hausgemachte Sprengstoffe und hausgemachtes Napalm für klebrige und heißere Molotow-Cocktails. Man lehrte uns Sprengtechniken, wir übten an Autos der neuesten Modelle, an Bahnwaggons und Benzintanks. Man lehrte uns auch eine schnelle Methode, ein begrenztes Gebiet mit Mehl oder Kunstdünger zu sättigen, was die Gewalt der Explosion vervielfachte.

Und dann war da noch eine diabolische Erfindung, die man eine „Minikanone" hätte nennen können. Sie war aus einem konkaven Stück Stahl konstruiert, das in den oberen Teil einer 10er-Pfanne mit Plastiksprengstoff eingepaßt war. Wenn das Ganze zur Explosion gebracht wurde, machte die schreckliche Reibungshitze des herausgeschleuderten Stahls das Stahlstück zu einem weißglühenden Projektil. Für die Minikanone gab es eine ganze Zahl von Anwendungsmöglichkeiten, eine davon wurde uns an einem alten Armee-Schulbus demonstriert. Die Minikanone wurde so an dem Benzintank befestigt, daß das Brandgeschoß den Benzintank aufreißen und brennendes Benzin durch den ganzen Bus jagen und jeden in Brand stecken mußte, der sich darin befand. Mein Los war es, dem Rest der Klasse zu zeigen, wie leicht das zu machen war. Es funktionierte – mein Gott, wie es funktionierte! Ich stand da und sah zu, wie die Flammen den Bus verzehrten. Ich glaube, das war der Augenblick der Wahrheit. Was hatte ein Bus voll von brennenden Menschen mit der Freiheit zu tun? Welches Recht hatte ich, im Namen der Demokratie und der CIA zu entscheiden, daß rein zufällige Opfer sterben sollten?" (zitiert nach Marchetti, S. 153/154).

Der Fall, daß ein Agent aufgrund moralischer Skrupel der CIA den Rücken kehrt, ist allerdings eine absolute Ausnahme. In den Schulen der Agentur werden die Agenten einer derartigen ideologischen Bearbeitung unterworfen, daß alle nach den Worten Bissels eine *„höhere Loyalität (empfinden) ... und sie handeln gemäß dieser höheren Loyalität"*. Allen Dulles, langjähriger CIA-Direktor, stellte zufrieden fest: *„In meinen zehn Jahren bei der Agentur erinnere ich mich nur an einen einzigen Fall unter Hunderten, wo ein Mann, der zur Agentur gekommen war, Skrupel bei den Aktivitäten empfand, die man von ihm verlangte"* (nach Marchetti, S. 308). ●

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Ungarische Volksrepublik:

Zurück zur „freien Marktwirtschaft"!

Ungarn hat kürzlich einen Schrittmacherdienst auf dem Weg zur „Normalisierung" der ökonomischen Beziehungen zwischen kapitalistischen Ländern und Ländern des RGW geleistet: Es hat als erstes „sozialistisches" Land eine Anleihe von 100 Mio. DM auf dem privaten westlichen Kapitalmarkt aufgenommen.

Die Bedingungen (8,25 % Zinsen bei sechs Jahren Laufzeit) bezeichnete der Vizepräsident der ungarischen Nationalbank, Fekete, als „akzeptabel" („HB", 8.7.75).

In diesem Artikel wollen wir aufzeigen, daß hier ein weiterer Schritt zur schon seit längerem begonnenen Integration Ungarns in den kapitalistischen Weltmarkt getan wurde, dessen Kosten voll zu Lasten des ungarischen Volkes gehen.

Die bisherige Entwicklung: Schritt für Schritt ...

Von Oktober 1970 bis 1974 gab es ein langfristiges Abkommen zwischen der BRD und Ungarn. Darin verpflichteten sich beide „Partner", *„im Rahmen ihrer Möglichkeiten und auf Grundlage des beiderseitigen Nutzens die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Organisationen und Institutionen beider Länder"* unterstützen und fördern zu wollen und sich im Bereich dieser Zusammenarbeit *„die nach den im jeweiligen Land geltenden Bestimmungen günstigste Behandlung zu gewähren"*. („FAZ", 22.4.75).

Das Ergebnis dieses Abkommens, das Ende 74 durch ein neues Zehnjahresabkommen ersetzt wurde, spricht eindeutig für den BRD-Imperialismus:

Ung. Export:

	69	70	71	72
Ung. Export:	403	490	520	660
Ung. Import:	354	522	710	845

	73	74	Steigerung
Ung. Export:	830	908	125 %
Ung. Import:	1056	1765	400 %

Aus einem ungarischen Überschuß vor Vertragsabschluß von 49 Mio. DM wurde ein Defizit von 857 Mio. DM am Ende des ersten Vertrages!

Wesentliche Faktoren für diese Entwicklung waren zum einen die Preissteigerungen der BRD - Waren, die z.B. auf der Budapester Frühjahrsmesse 1975 durchschnittlich 40% (!) gegenüber dem Vorjahr betrugen („HB", 29.5.75). Zum anderen wirken sich die in letzter Zeit zunehmenden restriktiven Praktiken der EG sehr negativ für den ungarischen Export aus. So gehen z.B. durch den Import-Stop der EG für Rindfleisch jährlich rund 25 Mio. DM für den ungarischen Export verloren („HB", 25.3.75). Das ist die bekannte „Einhaltung" von Abkommen durch die Imperialisten: Sämtliche Vorteile bis zum letzten ausnutzen, alles andere geschickt umgehen oder offen mißachten.

Das ungarische Volk muß dafür teuer bezahlen: So betrugen 1974 die Preisstützungsmaßnahmen der Regierung bereits 80 Mrd. Forint. Vom Gesamtstaatshaushalt von 261 Mrd. Forint 1974 wurden also rund 30% dafür ausgegeben, das Preisniveau ungefähr zu halten ("HB", 29.8.75)!

Das Ziel heißt: ... INTEGRATION IN DEN KAPITALISTISCHEN WELTMARKT...

Die von beiden Seiten gewünschte Expansion der Wirtschaftsbeziehungen muß allerdings den ungarischen „Schwierigkeiten" Rechnung tragen. Die Vorstellungen der Kapitalisten hierzu beschreibt ein Prof. Schmitt im „Handelsblatt" vom 22.7.75: *„Der bilaterale Ausgleich im reinen Warenaustausch von Einfuhren und Ausfuhren scheitert an den strukturellen Gegebenheiten bei Ländern, die sich - wie die des Ostens - in einer rasch aufsteigenden Entwicklung und einem forcierten Industrialisierungsprozess befinden...*

Als Konsequenz der fundamentalen Ungleichgewichte ergeben sich permanente Devisendefizite, die ein ,chronisches' Leiden aller Ostländer darstellen...

Ein neuer erfolgversprechender Weg, der schon jetzt für manche Länder einen bedeutenden Faktor darstellt, ist die enge wirtschaftliche Kooperation, diese besonders verstanden im Sinne einer dauerhaften arbeitsteiligen Zusammenarbeit in der Produktion ...

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, noch eine andere wichtige, nämlich finanzielle Dimension für die expansive Entwicklung der Ost-westlichen Wirtschaftsbeziehungen zu erschliessen. Dies bedeutet die Öffnung der westlichen Kapitalmärkte selbst... nämlich die Plazierung einer Anleihe auf dem westlichen Kapitalmarkt..."

Dies wäre *„ein gutes Zeichen im politischen Entspannungsprozeß zwischen Ost und West und ein konstruktiver Beitrag zur Normalisierung der ökonomischen Beziehungen, die für beide Seiten noch große potentielle Möglichkeiten bieten."*

Bekanntermaßen gebrauchen die Kapitalisten Worte wie „Entspannungsprozeß" und „Normalisierung der ökonomischen Beziehungen" immer dann, wenn es um eine weitere Zersetzung der RGW-Länder und um verstärkte Abhängigkeit dieser Länder vom Imperialismus geht.

Diese Zielsetzung der Imperialisten ist der ungarischen Staatsführung klar. So formulierte der Generaldirektor der „Intercooperations-AG für Handelsförderung", Virag, die wichtigsten Interessen des BRD-Kapitals u.a. folgendermaßen:

- *a) Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Produktion mit optimalem ökonomischen Nutzeffekt;*
- *Ausnutzung der Möglichkeiten bezüglich niedrigerer Arbeitslöhne (!!);*
- *Einsparung von Investitionskosten;*
- *Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten großer Serien;*

b) Ausweitung der marktlichen Möglichkeiten;
- *Steigerung des Umsatzes;*
- *Stabilität der Märkte;*
- *Verstärkte Wettbewerbsfähigkeit der Konkurrenz gegenüber;*

c) Steigerng der Einnahmen;
- *Vertrieb von Know how und Lizenzen;*
- *Einnahmen aus technologischen Kooperationen gegen Entgelt"*.

(„Handelsblatt", 25.3.75)

Und damit die BRD-Kapitalisten auch merken daß sie hier auf eine „dauernde Freundschaft" hoffen dürfen, wirft Generaldirektor Virag gleich noch einige Prinzipien über Bord: *„Meiner Ansicht nach war es auch bisher nicht richtig, die Kooperationstransaktionen aus der Sicht zu betrachten, daß es sich hier um spezifische Fragen zwischen Ost und West handle, und nicht aus jener, daß die internationale Arbeitsteilung auch auf geographische und Produktionsgebiete auszuweiten sei, auf welchen sich die Beziehungen früher nicht auf ihre spontane Art und Weise entwickelt haben"*. („Handelsblatt", 25.3.75)

Jede „spontane Art und Weise" in der Entwicklung der Beziehungen zum Imperialismus, die der Generaldirektor Virag so ausdrücklich herbeisehnt, ist nicht mehr und nicht weniger als die kapitalistische A n a r c h i e der Produktion, die unkontrollierbare, im Geiste des Profits erfolgende Kapazitätsausweitung, die Hauptursache des stets schärfer werdenden kapitalistischen Krisenzyklus! Und eben diese Anarchie wird auf dem Wege von der ungarischen Wirtschaft Besitz ergreifen, wie die Imperialisten ihre inzwischen klar umrissene Zielsetzung in lukrativer Zusammenarbeit mit den revisionistischen Führern realisieren können, die im wesentlichen in folgendem besteht:

- Ausrichtung des ungarischen Exports auf die Notwendigkeiten des westlichen Marktes;
- Umwandlung der ungarischen Binnenproduktion entsprechend ihren Liefermöglichkeiten;
- Bindung der ungarischen Industrie an den westlichen Kapitalmarkt.

Wie immer: ... auf Kosten des Volkes!

Die „Schwierigkeiten", die von der ungarischen Staatsführung dabei beseitigt werden müssen, sind im wesentlichen folgende:

- Die ungarische Preispolitik muß einer allgemeinen Revision unterzogen werden.
- Die Arbeitsproduktivität muß erhöht werden.

Die Lösungsvorstellungen der ungarischen Revisionisten sind folgender Art:

- Zum 1.1.76 stehen Preiserhöhungen für die inländischen „Verarbeiter" an (gemeint sind die Betriebe, die Zulieferungen aus dem kapitalistischen Ausland beziehen), die rund 25 Mrd. Forint kosten werden. Fast ein Zehntel des gesamten Staatshaushaltes! 70 % dieser Kostenerhöhungen sollen jedoch durch Ermäßigung verschiedener Steuern kompensiert werden.

Den Rest muß die Industrie durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität wieder hereinbringen. (Dazu weiter unten). Die 70 % der 25 Mrd. Forint werden von den Unternehmenssteuern abgezogen, dh. dieses Geld, das einen beträchtlichen Teil des Staatshaushaltes ausmacht, fehlt in Zukunft u.a. bei den Sozialausgaben für das Volk!

Daneben wird das „System der freien Preise" eingeführt, das für einen bestimmten Teil der Produkte gilt. Hier können dann neuerdings die Preise je nach Weltmarktlage ständig geändert (also erhöht) werden. („Handelsblatt", 25.3.75)

Insgesamt hat sich das Volk im fünften Fünfjahresplan auf jährliche Preissteigerungen von offiziell 3 % einzurichten, deren tatsächliches Ausmaß wohl noch ganz andere Zahlen erreichen wird! Gehen bereits diese kurzfristigen Maßnahmen von Steuerentlastungen für die Betriebe und die Angleichung an das Preisniveau des Weltmarktes zu Lasten des Volkes, so wird es durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität weiter belastet.

„Ungarn ist in einer Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, wo die Erhöhung der Effektivität durch den technischen Fortschritt die Hauptfrage der Zukunft geworden ist." („Handelsblatt", 25.3.75)

So weit – so gut. Doch von dieser Erhöhung wird das ungarische Volk wenig Vorteile haben. Im Gegenteil: Die zur Verwirklichung dieses Planes auf dem privaten westlichen Kapitalmarkt aufgenommenen 100 Mio. DM werden für die Unterstützung von Investitionen der exportorientierten Industrie verwendet. Hier wird also gezielt investiert, wo es die Kapitalisten wünschen!

Dieser „progressive" Schritt sei zu begrüßen, ist die einhellige Meinung der Kapitalisten. Zur optimalen Ausnutzung dieser Möglichkeiten dürfen ausländische Firmen ab sofort auch Handels- und Finanzvertretungen in Ungarn gründen! Und bei so viel Entgegenkommen haben die Imperialisten noch eine weitere, nach allem Gesagten makaber anmutende Vereinbarung durchsetzen können:

Die gezielt für den westlichen Markt – speziell die BRD – produzierten Güter könnten aufgrund der „unsicheren Marktlage" für die Kapitalisten „uninteressant" werden. Der Generaldirektor des „Intercooperations AG für Handelsförderung", Virag, sieht das dann so:

„Besonders empfindlich reagieren die potentiellen Partner auf Angebote bezüglich vertraglicher Warenabnahmeverpflichtungen ...

Die Warenabnahmeverpflichtungen wären daher derart festzulegen, daß sie sich bis zu einem gewissen Grad der allgemeinen Marktlage anpassen. Es können und müssen Formeln erarbeitet werden, welche die Verpflichtung des Partners im erwähnten Zusammenhang bestimmen und somit nicht mit dem Risiko verbunden sind, daß unverkäufliche Güter übernommen werden müssen." („Handelsblatt", 25.3.75)

Derartige „Fehlproduktionen" werden dann über Stützungskäufe der Regierung wieder voll auf dem ungarischen Volk lasten.

Kein Wunder, daß die Kapitalisten jubeln:

„Ungarn hat nun den Anfang gemacht, es ist eine bedeutende Initiative und ein positives Beispiel, dem bald andere folgen sollten." („Handelsblatt", 22.7.75)

Aber mit dem Erreichten sind die

Fortsetzung Seite 31

Rumänien

Geschäft mit dem Imperialismus auf eigene Rechnung

Rumänien ist – einmal abgesehen von Jugoslawien – das „sozialistische" Land, dessen Beziehungen zum Imperialismus am intensivsten sind. Nicolae Ceausescu ließ als Vertreter Rumäniens auf dem Gipfel der KSZE in verschiedenen Fragen den „Blockfreien" raushängen, um damit eine weitgehende Zusammenarbeit mit dem Imperialismus auf eigene Faust zu legitimieren, als deren Ziel er in seiner Rede in Helsinki u.a. die *„Verwirklichung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung"* („ND", 2./3.8.75) proklamierte.

Nicht umsonst war auch Rumänien neben Jugoslawien (und Polen) eines der Reiseziele des US-Präsidenten Ford, das dieser nach Beendigung der KSZE im Rahmen einer „kleinen Europareise" ansteuerte. Ford, der in Bukarest von 200.000 Menschen „gefeiert" wurde, lobte bei dieser Gelegenheit die Politik Rumäniens, das *„solch eine Unnachgiebigkeit (wem gegenüber?!) und solch eine Nachdrücklichkeit"* („Welt", 4. 8.) zeige!

Neben dem US-Imperialismus unterhält natürlich der „Super-Osthändler" BRD mit Rumänien die besten Beziehungen.

Im Einklang mit seinen allgemeinen politischen Zielen gegenüber den RGW-Ländern verfolgt der Imperialismus gegenüber Rumänien die Taktik der ideologischen Diversion, der Aufweichung, im wesentlichen über wirtschaftliche Abhängigkeiten. Er verfolgt darüber hinaus speziell das Ziel der schrittweisen Herauslösung Rumäniens aus dem RGW, dem **Warschauer Pakt, letztlich überhaupt** aus dem Einflußbereich der Sowjetunion.

Wirtschaftlich dem „Westen" angepaßt

Die von den Imperialisten allgemein als „pro-westlich", sprich pro-kapitalistisch, eingeschätzte Sonderrolle Rumäniens im RGW macht sich auf wirtschaftlichem Gebiet am stärksten bemerkbar. Fiel der Außenhandel 1973 noch zu gleichen Teilen auf RGW-Länder und „westliche Industrieländer", so hat *„der Anteil der westlichen Industrieländer am Außenhandel Rumäniens ... im vergangenen Jahr den der östlichen RGW-Partnerstaaten überflügelt. So entfielen 1974 vom rumänischen Außenhandelsumsatz in Höhe von rund 10 Mrd. US-Dollar mit 45,5 % fast die Hälfte auf den Westen, aber nur 41 % auf die sozialistischen Länder"* („Handelsblatt", 15. 7. 75).

Dabei ist der BRD-Imperialismus mit an der Spitze. *„Die Bundesrepublik nimmt mit 10 % des rumänischen Außenhandels den zweiten Platz nach der Sowjetunion ein"* („FAZ" 26.6. 74).

„Der Handelsaustausch hat im Jahr 1974 mit einem Volumen von 2,8 Mrd. Mark Rekordhöhe erreicht". („FAZ", 25.3.75).

Mit weitreichenden Kooperationsabkommen und Errichtung sogenannter „gemischter Gesellschaften" soll den Imperialisten die Zusammenarbeit mit Rumänien weiter schmackhaft gemacht werden. Laut „Welt" vom 5./6. 11. 74 gibt es *„bisher 49*



„Sei doch etwas lustiger, Nicolae! ... Auch wenn ich Dir vorerst keine Waffen liefere ..."

Firmen. Das Schwergewicht liegt in den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik und Chemie". langfristige Kooperationsverträge zwischen deutschen und rumänischen

„Die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der gemischten Gesellschaften (mit rumänischer Staatsbeteiligung von 51 Prozent) wurden ebenfalls erörtert. Bisher gibt es nur eine solche Gesellschaft in Rumänien ... während in der Bundesrepublik 24 gemischte deutsch-rumänische Handelsgesellschaften tätig sind."

Diese Politik wird von den Kapitalisten entsprechend belobigt und ihre Auswirkungen auf Rumänien in ihrem Sinne positiv beurteilt. *„Rumänien ist jedoch durch seinen starken Westhandel auf den Weg rascher Anpassung an die Marktverhältnisse gezwungen worden und Ceausescu hat eben diesen Zwang als heilsam erkannt"*. („FAZ", 26.6.74).

Rumänien obliegt teilweise einem gewissen Zwang zum Westhandel, wenn man bedenkt, daß die natürlichen Rohstoffquellen (z.B. Erdöl) nur sehr beschränkt sind und *„daß bei den gleichbleibenden – und nicht dem modernsten technologischen Stand entsprechenden – Fördermethoden die Erdölvorkommen auf dem rumänischen Festland bis spätestens 1990 zur Gänze versiegt sein werden. ... Auffallend ist, daß die Sowjetunion noch zu keinem Zeitpunkt Öl an Rumänien geliefert hat ... und daß sie offenbar auch in Zukunft nicht als potentieller Lieferant von Rohöl in Rumänien betrachtet wird."* („FAZ", 19.12.73).

Natürlich ist es nicht in erster Linie die SU, die die rumänischen Revisionisten zum Westhandel treibt, sondern vielmehr sucht Rumänien das „Geschäft auf eigene Faust" mit den Imperialisten. Auf der Konferenz der RGW-Ministerpräsidenten in Budapest im Juni '75 versuchte Rumänien, seine Politik zu legitimieren. Natürlich sei man bereit, mit den RGW-Ländern zusammenzuarbeiten. *„Allerdings erst für eine Zeit, in der die Entwicklungsländer im RGW die Stufe der Industriestaaten in dieser Gemeinschaft erreicht haben werden. Es fehlen, so wird betont, heute die objektiven Bedingungen. Sei das Niveau aber einmal erreicht, dann könne man darüber reden."* („Handelsblatt", 16. 7. 75).

Rumänien hatte sich insbesondere

Fortsetzung Seite 31

Fortsetzung von Seite 30

Kapitalisten noch lange nicht zufrieden. So gibt der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank, Poullain, die nächsten Ziele an: „*Es müsse in Zukunft . . . zu einer echten Kapitalbeteiligung an bestehenden Firmen und zu gemeinschaftlichen Gründungen von Unternehmungen*" kommen. „*Und nach Erledigung* (dieser) *anstehenden Aufgaben*" gehe es dann „. . . *um die Beseitigung noch bestehender Probleme*". („Handelsblatt", 8.7.75)

Es ist leider zu befürchten, daß die oben geschilderten Schritte der „Zusammenarbeit" seitens der ungarischen Revisionisten tatsächlich nur ein kleiner Anfang sind. Eindeutig haben nämlich die Erfahrungen des ersten Abkommens mit dem BRD-Imperialismus 1970 bis '74 gezeigt, daß der Preis für die Steigerung des



Der 1. Sekretär des ZK der ungarische „USAP", Janos Kadar

über alles gepriesenen „technischen Fortschritts", des „allgemeinen" (?) Lebensstandards (nicht zuletzt des eigenen Wohllebens der revisionistischen Führer!) durch verstärkte Investitionsgüterkäufe auf den Westmärkten, eben das immer schnellere Hineingleiten des Landes in den Strudel der imperialistischen Krise ist, obendrein in wachsende Abhängigkeiten vom Imperialismus (durch Zulieferungen etc.).

Die revisionistischen Führer haben trotzdem durch den Mund des Generaldirektors Virag unmißverständlich deutlich gemacht, daß „*in der Strategie unserer Außenwirtschaft auch die neuen Tendenzen der Weltwirtschaft keine grundsätzlichen Veränderungen hervorrufen, und daß hinsichtlich der Kooperation die ungarischen Zielsetzungen dem Wesen nach ebenfalls unverändert formuliert werden können.*" („HB", 25.3.75)

Das heißt, daß die ungarischen Revisionisten bereit sind, die Lasten der die Wirtschaft mit ihren desorganisierenden Auswirkungen immer stärker heimsuchenden imperialistischen Krise aus dem Portemonnaie des arbeitenden Volkes zu bezahlen. ●

RGW-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Jugoslawien – Eilmarsch in den kapitalistischen Sumpf!

In Jugoslawien, einem Land, dessen Volk sich während des 2. Weltkriegs heldenhaft gegen den deutschen und italienischen Faschismus zur Wehr setzte, hatte sich nach dem Sieg über den Faschismus eine Zeitlang auf dem Wege zum Sozialismus hin entwikkelt.

Heute ist unter den revisionistischen Ländern in Jugoslawien die Restauration des Kapitalismus am weitesten fortgeschritten. Für die internationale kommunistische Bewegung bietet es erneut ein Beispiel dafür, daß auch nach der Machtergreifung des Proletariats der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie weiter geht und die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus weiter besteht.

Gerade Jugoslawien spielt in den Überlegungen der US- und EG-Imperialisten, sowie der Sowjet-Revisionisten eine wichtige Rolle. Beide Seiten hoffen, die inneren Widersprüche des Landes (Klassenwidersprüche, nationale Widersprüche zwischen den Regionen des Landes) ausnutzen zu können, um Jugoslawien aus seiner „unabhängigen" Position herauszulösen und auf ihre Seite zu ziehen! (Siehe hierzu auch AK 50, „Mittelmeer im Zentrum imperialistischer Widersprüche".)

In diesem Artikel wollen wir eingehen auf die Rückentwicklung Jugoslawiens zum Privatkapitalismus, die inneren Widersprüche, sowie die Bemühungen der Imperialisten, allen voran USA und BRD, und die damit zusammenhängende Außenpolitik Jugoslawiens.



Ab 1953: „Gruppen von Bürgern haben das Recht ... Unternehmen zu gründen ... und Arbeitskräfte einzustellen" (ab 1963 in der Verfassung verankert!)

Systematische Restauration

Waren die sozialen Reformen in der frühen Nachkriegszeit schon nicht gründlich, so gelang es der Tito-Clique nach und nach, das Privatkapital zu unterstützen und zu entwickeln. Hierbei waren folgende Punkte wichtige Entwicklungsstufen:

„*Im Jahre 1953 erließ die Tito-Clique Verordnungen, wonach ‚Gruppen von Bürgern' das Recht haben, ‚Unternehmen zu gründen' und ‚Arbeitskräfte einzustellen'. Im gleichen Jahr erließ die Tito-Clique ein Gesetz, das Privatleuten das Recht gab, Anlagevermögen von staatlichen Wirtschaftsorganisationen anzukaufen. Im Jahre 1956 legte die Tito-Clique den Lokalbehörden nahe, das Privatkapital in der Steuerpolitik und ähnlichem zu unterstützen. Im Jahre 1961 setzte die Tito-Clique fest, daß Privatleute das Recht haben, Devisen anzukaufen. Im Jahre 1963 wurde die Politik der Entwicklung des Privatkapitals von der Tito-Clique in ihrer Verfassung verankert. In dieser Verfassung wurde festgelegt, daß in Jugoslawien Privatleute Betriebe einrichten und Arbeitskräfte einstellen dürften*" (Polemik, S. 164).

Eine ähnliche Entwicklung schlugen die jugoslawischen Revisionisten in der Landwirtschaft ein: „*In den ersten Nachkriegsjahren hatte Jugoslawien ursprünglich die Bodenreform eingeführt und auch eine Anzahl von bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften gegründet. Aber die Kulakenwirtschaft wurde im wesentlichen nicht angetastet. Im Jahre 1951 gab die Tito-Clique offiziell bekannt, den Weg der Kollektivierung der Landwirtschaft aufzugeben und begann die Auflösung der bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften*" (ebenda, S. 167).

So ging die Zahl der Genossenschaften von etwa 6.900 Ende 1953 auf 147 im Jahr 1960 zurück. Einher mit der Abschaffung bäuerlicher Arbeitsgenossenschaften ging eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen. So wurden:

ne von Gesetzen und Verordnungen. So wurden:

Wes Brot ich eß, des Lied ich sing!

- die Freiheit des Handels mit Grund und Boden und der Landverpachtung gewährleistet;
- die Einstellung von Arbeitskräften erlaubt;
- der planmäßige staatliche Ankauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen abgeschafft und der freie Handel mit landwirtschaftlichen Produkten eingeführt.

Ist der Besitz von Land auch gesetzlich auf einen Höchstsatz festgelegt, so gelingt es gerade den Großbauern durch Pacht oder Teilung des Familienbesitzes, immer mächtiger zu werden. Die Zeitung „Borba" stellte schon im August 1962 fest, daß der „*sogenannte gutherzige Produzent ... von anderen Boden pachtet, Arbeitskräfte beschäftigt und ein erfahrener Kaufmann ist ... Solche Leute sind keine Produzenten, sondern Unternehmer. Manche von ihnen nehmen das ganze Jahr hindurch keine Hacke in die Hand. Sie beschäftigen Arbeitskräfte, während sie selbst nur die Aufsicht über die Feldarbeit führen und Handel treiben.*"

Wohin dieser Weg führt, darauf wies Stalin schon 1933 in einer Rede auf dem Ersten Unionskongreß der Stoßarbeiter der Kollektivwirtschaft hin: „*Kann man aber das Kulakentum wiederherstellen und gleichberechtig die Sowjetmacht aufrechterhalten? Nein, das kann man nicht. Die Wiederherstellung des Kulakentums muß zur Schaffung einer Kulakenmacht und zur Liquidierung der Sowjetmacht führen, sie muß folglich zur Bildung einer bürgerlichen Regierung führen. Die Bildung einer bürgerlichen Regierung aber muß ihrerseits zur Wiedereinsetzung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, zur Wiederherstellung des Kapitalismus führen.*"

Kapitalistische Wirtschafsmethoden

Eine weitere Rolle bei der Restauration des Kapitalismus spielt die sogenannte „Arbeiterselbstverwaltung". Seit 1950 wurden eine Reihe von Gesetzen erlassen, mit denen diese eingeführt wurde. Ihr Wesen besteht da-

setzen erlassen, mit denen diese eingeführt wurde. Ihr Wesen besteht da-

rin, daß die Betriebe „Arbeitskollektiven" übergeben werden. Die „Arbeitskollektive" operieren unabhängig voneinander und kaufen selbständig Rohmaterial ein, bestimmen über Sortiment, Produktionsmenge und Preis ihrer Produkte und vertreiben sie selbständig auf dem Markt. Ferner haben die Unternehmen das Recht, Anlagevermögen zu kaufen, zu verkaufen, zu mieten und zu vermieten.

Diese Theorie von der „Arbeiterselbstverwaltung" mit dem Schlagwort „Die Fabriken den Arbeitern" richtet sich gegen die Grundprinzipien des Sozialismus. „*Jede direkte oder indirekte Legalisierung des Besitztums der Arbeiter einzelner Betriebe oder einzelner Branchen an ihrer Produktion, jede direkte oder indirekte Legalisierung ihres Rechts, die Anweisungen der Staatsmacht abzuschwächen oder zu verhindern, bedeutet die größte Verdrehung der grundlegenden Prinzipien der Sowjetmacht und die völlige Aufgabe des Sozialismus*" (Lenin, „Über die Demokratie und den sozialistischen Charakter der Sowjetmacht"). Die sogenannte „Arbeiterselbstverwaltung" hat überhaupt nichts mit Sozialismus zu tun. Denn: „*Das Proletariat, das die politische Macht an sich gerissen hat, muß die Produktionsmittel in den Händen der Staatsmacht unter der Diktatur des Proletariats konzentrieren. Das ist ein Grundprinzip des Sozialismus*" (Polemik, S. 175).

So wurden denn auch durch das Prinzip der „Arbeiterselbstverwaltung" kapitalistische Marktbedingungen eingeführt:

- Eine einheitliche Wirtschaftsplanung durch den Staat wird aufgegeben.
- Der Profit wird zum Hauptanreiz der Unternehmen. Das Produktionsziel besteht also nicht darin, gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern darin, Gewinne zu erzielen.
- Die kapitalistische Konkurrenz wird wieder eingeführt.
- Kredit und Banken werden als wichtigster Hebel betrachtet.
- Die Beziehungen der Betriebe sind nicht sozialistische Beziehungen zur Unterstützung und Zusammenar-

nicht sozialistische Beziehungen zur Unterstützung und Zusammenar-

beit unter einem einheitlichen Staatsplan, sondern gegenseitige Konkurrenz und Rivalität.

Der heftige Konkurrenzkampf erstreckt sich nicht nur auf den Innenmarkt, sondern auch auf den Außenhandel, so daß verschiedene Firmen um Aufträge konkurrieren und sich gegenseitig Kunden und Lieferanten wegschnappen.

Die Auswirkungen sind Chaos auf dem jugoslawischen Markt. „*Die Preise variieren beachtlich nicht nur zwischen verschiedenen Städten und Gebieten, sondern auch zwischen verschiedenen Geschäften im gleichen Ort und das sogar bei gleichen Waren derselben Hersteller*" (Polemik, S. 181). Aufgrund des Konkurrenzkampfes sind dann auch einzelne Betriebe gezwungen zu schließen.

Absatzmarkt und Investitionen der Imperialisten

Die Inflationsrate Jugoslawiens beträgt 20-30% (lt. „HB" vom 4.6.75). Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß eine ungeheure Diskrepanz zwischen Importbedarf und Exportvermögen liegt. Die Ursache ist, daß die Imperialisten gewaltige Mengen an industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf den jugoslawischen Markt geschleust haben. Es handelt sich hierbei teilweise um Waren, die in Jugoslawien selbst hergestellt werden und teilweise sogar auf Lager sind. 1974 waren die Einfuhren doppelt so hoch wie die Ausfuhren. Die Handelsbilanz wies 1974 ein Defizit von 3,74 Mrd. Dollar auf (Nach „HB", 12.6.75). Die Erzeugerpreise stiegen um 29% und die Lebenshaltungskosten um 21% (nach „HB", 12.6.75).

Natürlich ist Jugoslawien ein Jagdgrund für imperialistische Investitionen. Durch großangelegte Ko-

Fortsetzung Seite 32

Fortsetzung von Seite 30

geweigert, „*gemäß sowjetischen Wünschen (im RGW) multinationales sozialistisches Eigentum an Rohstoffen (und) internationale Wirtschaftskomplexe . . .* " („SZ", 24. 8. 75) mit zu schaffen.

Die „besondere" rumänische Außenpolitik . . .

In seiner Außenpolitik läßt sich Rumänien nahezu gänzlich von seinem eigenen Vorteil leiten – insbesondere, wenn es um Verfestigung der „Blockfreiheit" bzw. Loslösung vom RGW geht.

So unterhält Rumänien beispielsweise „ . . . . *als einziges sozialistisches Land Europas weiterhin diplomatische Beziehungen mit Israel und betrachtet das als unverzichtbaren, exemplarischen Bestandteil der besonderen rumänischen Außenpolitik*" („FAZ", 19. 12. 73).

Die USA haben Rumänien u. a. zum Dank für diese Haltung sowie für die „*Bedingung freier Ausreisemöglichkeiten für Minderheitengruppen*" („VWD/NFA", 28. 7.) – das besondere Interesse der US-Imperialisten dürfte der Auswanderung rumänischer Juden gelten – am 25. 7. 75 die sog. „Meistbegünstigungsklausel" eingeräumt, d. h. die Zoll- und handelspolitische Gleichstellung mit den westlichen Importeueren. Nach Polen und Jugoslavien ist Rumänien das dritte „sozialistische" Land, dem die „Meistbegünstigungsklausel" gewährt wird (Ford besuchte natürlich genau diese drei Länder!), weil es insgesamt bereit ist, „*politische Belastungen des gegenseitigen Verhältnisses aus dem Weg zu räumen*". („HB", 6. 8. 75).

Nach einer Meldung des US-Magazins „Time" soll der rumänische Stabschef und stellvertretende Verteidigungsminister Ion Coman sogar während eines Besuches beim amerikanischen „Kollegen" Frederick Weyand im März dieses Jahres den Wunsch der rumänischen Regierung nach Kauf von US-Waffen, u. a. Kampfflugzeuge vom Typ F-5, übermittelt haben! Die amerikanische Regierung ist derzeit allerdings laut „Time" zwar durchaus an einer „*begrenzten militärischen Beziehung*" mit Rumänien interessiert, zögere jedoch vorerst mit Waffenlieferungen, da „*sie befürchte, diese Waffen könnten in sowjetische Hände fallen*". („HA", 11. 8. 75).

Um diese „Befürchtungen" der Imperialisten auf lange Sicht zu beseitigen, bemüht sich Rumänien seit längerem um einen engeren Kontakt mit den blockfreien Staaten. Für die Anfang September in Lima tagende Aussenministerkonferenz der blockfreien Staaten hatte Rumänien formell einen Antrag auf Gewährung des „Beobachterstatus" gestellt, als einen ersten Schritt zur „*Legalisierung der bereits bestehenden Verbindungen*" (Parteiorgan „Lumea", nach „SZ", 24.8.75).

Gerade das Beispiel Rumänien zeigt, daß es heute außerordentlich schwer ist, eine echte Politik nationaler Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu betreiben, insbesondere für die Staaten im Einflußbereich der USA und der Sowjetunion. Rumänien jedenfalls bezahlt z. Z. eine gewisse Unabhängigkeit von der Sowjetunion mit einer zunehmenden „Öffnung" zum Imperialismus. Ägypten ist ein ähnliches Beispiel solcher Politik. ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Jugoslawien – Eilmarsch in den kapitalistischen Sumpf !

Fortsetzung Seite 31

operations- und Finanzierungsabkommen ist es den Imperialisten gelungen, in der jugoslawischen Wirtschaft Fuß zu fassen. Einige Beispiele der letzten Zeit:

▶ Im Dezember 1974 gewährte die BRD Jugoslawien einen „Kapitalhilfekredit" in Höhe von 700 Mio. DM mit einer Laufzeit von 30 Jahren. Nach den Vorstellungen der BRD-Imperialisten soll der Kredit *„zur Hälfte als Warenhilfe und zur anderen als Darlehen zum Aufbau eines Energieverbundsystems in Jugoslawien verwendet werden"* („Welt", 4.1.75). Die BRD-Imperialisten können die direkte wirtschaftliche Kontrolle ausüben. Die „Kreditanstalt für Wiederaufbau" kann *„die üblichen Nachweise über den Projektfortschritt einholen, auch in Zusammenarbeit mit der ebenfalls beteiligten Weltbank. Im übrigen prüften auch die Treuarbeit und der Bundesrechnungshof die Verwendung des Kredits"* („Welt", 4.1.75).

▶ Im März dieses Jahres wurde in Bonn über ein „Investitionsschutz-Abkommen", über „Unternehmenskooperationen im Rohstoffbereich" und „Zusammenarbeit auf dritten Märkten" verhandelt (lt. „HB", 13.5.75).

▶ Innerhalb eines Lieferkonsortiums (Krupp/Essen, BBC/Dortmund und Russ-Elektro-Ofen GmbH & Co. KG/Köln), dem Krupp vorsteht, wurde der Auftrag für den Bau einer kompletten Gießerei für Kupfer und Kupferlegierungen erteilt, Wert 15 Mio. DM.

– Neben einer bestehenden Bankbeteiligung zwischen Ljubjanska Banka und der Hessischen Landesbank/Girozentrale, ist eine neue Bankbeteiligung zwischen jugoslawischen und französischen Banken gebildet worden, unter Führung der Societe General.

▶ Jugoslawien plant bis 1980 eine Verdoppelung seiner Investitionen im Energiesektor. *„Dabei soll verstärkt auf die Beteiligung ausländischer Partner an der Finanzierung der notwendigen Großprojekte im Rahmen langfristiger Kooperationen zurückgegriffen werden"* („SZ", 22.8.75). „Jugoslawien legt bei der Beteiligung ausländischer Firmen nicht nur Wert auf Kredithilfe, sondern auch auf langfristige Zusammenarbeit" (ebenda, 22.8.75).

Wichtige jugoslawische Betriebe sind faktisch Montagewerkstätten westlicher Kapitalisten. Produziert wird unter westlichen Lizenzen. Wichtige Produktionen sind abhängig von importierten halbverarbeiteten Rohstoffen. Ersatz- und Einzel-

westlicher Kapitalisten. Produziert wird unter westlichen Lizenzen. Wichtige Produktionen sind abhängig von importierten halbverarbeiteten Rohstoffen, Ersatz- und Einzel-

teilen, sowie Halbfertigwaren. Die Produktion untersteht also der direkten Kontrolle westlicher Unternehmen.

Unter diesen Umständen ist Jugoslawien auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet eng und unmittelbar mit dem Weltmarkt des Kapitalismus verbunden und unterliegt dessen ökonomischen Gesetzen!

Auch die BRD mischt mit: z.B. Krupp/Essen, BBC/Dortmund

Mit kapitalistischen Methoden gegen kapitalistische Auswirkungen

Die unkontrollierten Investitionen und Importe führen zu den o.g. Auswirkungen (Handelsbilanzdefizit, Inflation usw.). Bislang versuchte Jugoslawien durch erhöhte Exporte, durch Überweisungen im Ausland beschäftigter Jugoslawen und durch den Tourismus als „Devisenbringer" dies auszugleichen. Da jedoch die Konkurrenz auf dem kapitalistischen Weltmarkt dazu führte, daß die Exporte Jugoslawiens zurückgingen und die Deviseneinnahmen relativ stagnierten, entschloß sich die Tito-Clique, mit einer Reihe von Maßnahmen der Misere beizukommen. Für eine Reihe ausländischer Waren wurden bis zum 31.12.75 Importkontrollen eingeführt. Die Importkontrollen erstrecken sich lediglich auf Waren, die im Inland hergestellt werden können (u.a. Obst, Gemüse, Kosmetika, Waschmittel, Haushaltsgeräte, Motoren, Landwirtschaftsmaschinen). Zudem soll der Privatverbrauch der Bevölkerung drastisch eingeschränkt werden. Die westlichen Kapitalisten hat diese Maßnahme nicht allzu sehr getroffen. *„Von den Importrestriktionsmaßnahmen sollen indessen bestehende und amtlich gebilligte technisch-geschäftliche Kooperationsverhältnisse mit ausländischen Produktionspartnern nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Ausländische Zulieferungen im Kooperationsrahmen bleiben somit weiterhin zulässig"* („HB", vom 23.6.75).

Eine weitere Maßnahme ist die Kontrolle über Investitionen jugoslawischer Betriebe. Bisher galt eine „autonome Investitionstätigkeit der Unternehmen", die dazu führte, daß Investitionen ohne finanzielle Basis durchgeführt wurden. Die Folge war eine Verschuldung jugoslawischer Unternehmen untereinander.

In Zukunft sollen Investitionsvorhaben den örtlichen Wirtschaftskammern zur Kontrolle vorgelegt werden. *„Stellen die Kammern jedoch fest, daß ein Investitionsprojekt nicht mit den gesellschaftlichen (Volkswirtschafts-) Plänen übereinstimmen, so ist kraft Gesetzes die sogenannte ‚Gesellschaftliche Absprache' und ein Selbstverwaltungsabkommen zwischen allen betroffenen Organen, Unternehmen und Kammern anzustreben"* („SZ", 27.8.75). Was es mit dieser „Gesellschaftlichen Absprache" auf sich hat, wird im gleichen Artikel so ausgedrückt: *„Zum anderen können bereits etablierte Unternehmen Investitionen ihrer Konkurrenten relativ leicht verhindern. Erfahrungsgemäß genügt das Argument, es würden ‚doppelte Kapazitäten' (d.h. Anlagen, für deren Erzeugnisse kein Markt vorhanden ist) geschaffen, um unliebsame Newcomer der Branche fernzuhalten und auch lohnende Investitionen abzuwürgen"* (ebenda).

Diktatur des Proletariats oder bürgerliche Staatsform?

Diktatur des Proletariats oder bürgerliche Staatsform?

Die durchgeführten Maßnahmen zur Restauration des Kapitalismus konnten nicht ohne Widerstand durchgesetzt werden. Nach Beendigung des 2. Weltkrieges begann die Tito-Clique systematisch eine „Säuberungsaktion" innerhalb der Partei. *„Allein von 1948 bis 1952 wurden über 200.000 Parteimitglieder, die Hälfte aller ursprünglichen Mitglieder, aus der Partei ausgestoßen"* (Polemik, S. 194). *„Als die Tito-Gruppe 1948 mit der Sowjetunion und den sozialistischen Lager brach, ging dies unter schärfster Repression gegen alle Kommunisten vor sich, die diesen Kurs ablehnten. Tausende von Kommunisten wurden damals eingekerkert oder mußten aus Jugoslawien flüchten, zum Teil in die Sowjetunion, nach Ungarn u.a., wo sie entsprechend der Entwicklung des modernen Revisionismis in der Sowjetunion usw. offenbar weitgehend zu Agenten sowjet-revisionistischer Großmachtbestrebungen verkamen"* (AK 50, „Das Mittelmeer im Zentrum imperialistischer Widersprüche").



Von 1948 bis 52 wurden 200.000 Parteimitglieder, die Hälfte aller ursprünglichen Mitglieder, aus der Partei ausgestoßen.

Die Tito-Clique hat gerade in den letzten Jahren mehrere Prozesse gegen sog. „Stalinisten" geführt. Die differenzierend gemeinte Kennzeichung als „Stalinisten" läßt bewußt den politischen Standort offen und es ist bisher nicht möglich, näher einzuschätzen, inwieweit es sich um pro-sowjetische Gruppen handelt, die auf die Einbeziehung Jugoslawiens in den Einflußbereich der Sowjetunion hinarbeiten oder teilweise um fortschrittarbeiten oder teilweise um fortschrittliche Oppositionelle gegen den Revisionismus.

Einige Beispiele der letzten Jahre zeigen jedoch die starken Widersprüche innerhalb der jugoslawischen Gesellschaft:

▶ Studentenstreiks und -demonstrationen in Belgrad, Juni 1968;

▶ „Säuberung" des Parteiapparats in Kroatien 1971;

▶ „Säuberung" des serbischen Parteiapparats 1972, der u.a. der Parteischef Kavic zum Opfer fiel;

▶ „Die Auseinandersetzung der sogenannten „Praxis-Gruppe", einer Intellektuellen-Gruppe an der Belgrader Universität, die einen pseudo-„links" verbrämten Sozialdemokratismus vertritt;

▶ 1974 der Prozeß gegen eine Gruppe „Stalinisten" aus Montenegro, die eine neue „Kommunistische Partei" gegründet und einen „Parteitag" abgehalten haben soll. Urteile zwischen einem und vierzehn Jahren!

▶ Verurteilung von sieben „Stalinisten" Anfang Juli 1975 in der bosnischen Stadt Tuzla. Haftstrafen bis zu neun Jahren!

▶ Verhaftung von sechs Personen im August dieses Jahres. U.a. der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident der kroatischen Teilrepublik, Dusan Brkic aus Belgrad.

Offiziell wurden nur wenige Einzelheiten bekannt. Die Tito-Clique wird unterdes nicht müde, die Gefährlichkeit dieser Opposition herauszustellen. Zwar *„ist das Ausmaß der tatsächlichen Gefährlichkeit, die von derartigen Gruppen ausgehen könnte, schwer abzuschätzen. Gegenüber westlichen Politikern, ob sie nun Ford, Brandt, Ehmke oder Palme heißen, wird die jugoslawische Parteiführung derzeit indessen nicht müde, diese ‚sowjetische Reservelinie' als Bedrohung hinzustellen."* („SZ", 5.9.1975).



„... weitgehende Übereinstimmung der Ansichten ... was Portugal betrifft" (!) Sozialdemokraten unter sich!

Die „Säuberungsaktionen" dienen also offenbar auch dazu, sich bei den Imperialisten anzubiedern und Jugsolawien als ein Land relativer „innerer Ruhe" erscheinen zu lassen.

Aussenpolitisch „weitgehende Übereinstimmung" mit den Imperialisten

Die Außenpolitik Jugoslawiens hat seit 1949 eine pro-imperialistische Tradition. Getreu dem Wahlspruch: „Wes Brot ich freß, des Lied ich sing", ist die jugoslawische Außenpolitik dadurch bestimmt, daß sie sich mit der Außenpolitik der imerialistischen Länder, vorwiegend der USA, einverstanden erklärte. Dies geschah zwar nie mit der gleichen Offenheit, die die Imperialisten an den Tag legten, schlug jedoch letztendlich in dieselbe Kerbe und richtete sich gegen die sozialistischen Länder und die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt.

Nur einige Beispiele seien hier genannt:

▶ 1954 wurde der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes als „Spielkarte" Moskaus und Pekings in ihrer Nachkriegspolitik des kalten Krieges . . . " („Borba", 23.4.1954) verleumdet.

▶ 1958, als Truppen des US-Imperialismus den Libanon besetzten, erklärte der damalige jugoslawische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten: *„Es handelt sich nicht darum, ob wir die Handlungsweise der USA und Englands unbedingt verurteilen oder gutheißen"* und trat für eine Intervention der UNO ein.

▶ 1960 wurde die bewaffnete Aggression des US-Imperialismus unter der UN-Flagge gegen den Kongo nicht nur gutgeheißen, sondern Jugoslawien entsandte Luftwaffenpersonal zur direkten Teilnahme an dieser Aggression.

▶ Als die US-Imperialisten Anfang 1961 ihre Einmischung in Laos verstärkten, verbreitete die Tito-Clique, die USA seien „wahrhaftig um den Frieden und die Neutralisierung von Laos besorgt" ("Foreign Political Bulletin", 1.2.62).

„Die Tito-Clique ließ zahlreiche Kommentare gegen Kuba vom Stapel, in denen behauptet wurde, Kuba „glaubt nur an Revolution" und die kubanische Revolution wäre 'nicht so sehr Vorbild als Ausnahme auf dem Weg zur Revolution'. Während der Krise im karibischen Raum im Herbst 1962 rechtfertigte die Tito-Clique die Aggression des USA-Imperialismus mit der Behauptung, ‚die Schwierigkeiten begannen, als die kubanische Revolution den amerikanischen Gesellschaften auf ihre Hühneraugen trat', und 'Es ist verständlich, daß die USA durch die Errichtung von Raketenbasen auf Kuba, in ihrer nächsten Nachbarschaft, gereizt wurden' " (Polemik, S. 193).

▶ Beim Besuch des US-Präsidenten Ford in diesem Jahr ließ Tito eine „volle Übereinstimmung" mit der US-Außenpolitik über den „Nah-Ost-Konflikt" verlauten. *„Er fügte hinzu, die ‚Übereinstimmung' sei umso deutlicher geworden, nachdem ihm Ford die Maßnahmen erläutert habe, die die Vereinigten Staaten ergreifen wollen"* („FR", 5.8.75).

▶ In der Berichterstaatung zu Portugal war *„die Darstellung der Ereignisse . . . unklar und widerspruchsvoll und im Laufe der Ereignisse manchem Wechsel ausgesetzt"* („FAZ", 18.9.75). Gerade am Standpunkt zu Portugal wird deutlich, nach welchen Gesichtspunkten Jugoslawien seine Außenpolitik betreibt. *„Als im Juni Willi Brandt von Tito in Belgrad empfangen wurde, sagten beide Staatsmänner, es herrsche ‚weitgehende Übereinstimmung der Ansichten', was Portugal betreffe. ... Diese doch noch kaum veraltete Übereinstimmung ... erinnert daran, daß Jugoslawien ja nicht nur mit seiner besonderen Ideologie des ‚Sozialismus' und der ‚Blockfreiheit' Außenpolitik betreibt, sondern auch auf der ganz normalen und soliden Basis der nationalen Sicherheit und des Anspruches der jugoslawischen Völker auf Frieden und gutnachbarliche Beziehungen, nicht zuletzt in der Wirtschaft, in Europa"* („FAZ", 18.9.75.).

Die Imperialisten sind emsig bemüht, Jugoslawiens „Blockfreiheit" zu erhalten

Bei dem Besuch Brandts, den er auf Initiative Titos unternahm, wurde davon gesprochen, *„daß enge Beziehungen zwischen SPD und jugoslawischer KP zu einer Stärkung auch der zwischenstaatlichen Beziehungen führen könnten"*, („Welt", 30.6.75). Brandt sah seine Aufgabe denn auch darin, die „Gemeinsamkeiten" zwiscnen SPD und dem BdKJ herauszustellen. Brandt würdigte auch den „kameradschaftlichen Kontakt". *„Und der fügt die Hoffnung hinzu, daß Verbindungen dieser Art einen weiteren Beitrag zur europäischen Entwicklung leisten und als ‚belebende Ergänzung' der offiziellen Außenpolitik dienen können."* („SZ", 26.6.1975).

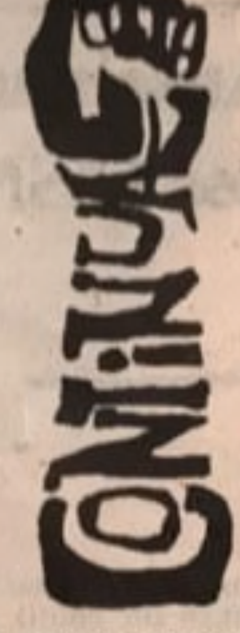
Die Reise Fords Mitte dieses Jahres diente dazu, den „unabhängigen Kurs" Titos zu unterstützen. *„Die Amerikaner hätten lange den unabhängigen Geist Jugoslawiens auch die dert. Ford sagte Jugoslawien auch die Unterstützung der Vereinigten Staaten nach der Aera des 83jährigen Tito zu."* („FR", 5.8.75). Ford war darauf bedacht, die „ausgezeichneten amerikanisch-jugoslawischen Beziehhungen" weiter auszubauen und zu festigen.

Um Jugoslawien auch praktisch fester an den Imperialismus zu schließen, sicherte der US-Prädident weitreichende wirtschaftliche Unterstützung zu. Besondere Aufmerksamkeit wurde einer *„militärischen Zusammenarbeit"* gewidmet. Auf dem Wunschzettel Titos standen auch Waffenkäufe aus den USA.

Die „Blockfreiheit" Jugoslawiens ist in Wirklichkeit Zusammenarbeit mit dem Imperialismus. Die Stellung Jugoslawiens wird von den Kapitalisten als für sie äußerst positiv und und ausbaufähig betrachtet. *„Es ist ein großes Glück, nicht nur für den Westen, sondern für den Frieden in Europa, daß es den Sowjets bis jetzt nicht gelungen ist, den Nationalkommunismus (?) auf dem Balkan zu beseitigen."* („Welt", 5.8.75). ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Lotta Continua zur chinesischen Außenpolitik



Die italienische kommunistische Organisation Lotta Continua ist in der Vergangenheit, bei genereller Zustimmung zur chinesischen Außenpolitik, konkreten Fragen dieser Politik weitestgehend ausgewichen. Wo der Widerspruch der Positionen von Lotta Continua zu den Entscheidungen der chinesischen Außenpolitik allzu offensichtlich wurde, z.B. Angola, begnügte sich LC damit, die chinesische Haltung als „verblüffend" zu bezeichnen.
In einem Sonderdruck zur Haltung der italienischen Linken gegenüber der Außenpolitik der VR China kritisierten wir vor einiger Zeit LC in dieser Frage.
Inzwischen hat, im September, das Comitato Nazionale (CN), Führungsgremium von LC, eine umfassende Stellungnahme zur internationalen Situation abgegeben, in der erstmals auch zur chinesischen Außenpolitik öffentlich und im Zusammenhang Stellung bezogen wird.
Wegen der Wichtigkeit dieser Frage für die Auseinandersetzung innerhalb der westeuropäischen Linken, geben wir den entsprechenden Abschnitt der Stellungnahme des CN von Lotta Continua hier im Wortlaut wieder.

Die chinesische Außenpolitik

Wir müssen die Untersuchung und Einschätzung der chinesischen Aussenpolitik vertiefen, ihrer Voraussetzungen, der Konsequenz in der Anwendung der Prinzipien, von denen der Beitritt zur UNO geleitet wurde (ähnlich den Prinzipien der Konferenz von Lima und bekräftigt im Beitrag des chinesischen Delegierten auf der UNO-Versammlung zur Frage der Rohstoffe) und der Bedeutung, die dies für die europäische Situation hat.

Diese Analyse kann keine strenge Trennung zwischen „Innenpolitik" und „Außenpolitik" machen. Das bietet die Möglichkeit, mit größerer Aufmerksamkeit die gegenwärtige Phase der Klassenwidersprüche in China zu verfolgen – in einer Situation, in der viele Informationsmittel fehlen (das C.N. hörte zu diesem Thema den Bericht eines gerade von einer China-Reise zurückgekehrten Genossen).

In letzter Zeit haben einige Probleme das ganz besondere Interesse der Genossen auf sich gezogen und große Fragen aufgeworfen. So das Verhalten der Chinesen angesichts der Lage in Angola, oder der Empfang einer Handelsdelegation Pinochets, ausgerechnet am Vorabend des 11. September.

Das Motiv der chinesischen Außenpolitik scheint zum einen der Wille zu sein, den weltweiten „historischen Kompromiß" zu bekämpfen; also ein Verhältnis zwischen den Supermächten, wo unter der Maske der Entspannung eine hierarchische Kontrolle der Weltordnung stabilisiert wird; andererseits von der Definierung der UdSSR und ihres expansiven „Hegemonismus" als Hauptfeind.

Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich eine Außenpolitik, die einerseits der Logik der Verschärfung der Widersprüche im internationalen Maßstab folgt, andererseits der Logik der Eindämmung der sowjetischen Macht.

Bisweilen scheint sich diese Logik in der ‚Dritten Welt' ebenso wie in Europa in eine spiegelverkehrte Reproduktion der Standpunkte der UdSSR zu verwandeln.

Ein Fall dieser Art scheint Angola zu sein, wo die (übrigens nicht sehr begeisterte) Entscheidung der UdSSR zugunsten der MPLA (der s o z i a l imperialistische Charakter der sowjetischen Macht führt dazu, daß sie von den fortschrittlichen und revolutionären Kräften, die eine wirkliche Führung in ihrem Kampf haben, verfügbar gemacht werden kann) lange Zeit zu einer chinesischen Unterstützung für eine zwar antisowjetische, aber auch konterrevolutionäre Kraft wie die FNLA geführt hat (China leugnet heute jeden Unterschied zwischen den angolanischen Bewegungen, klagt die UdSSR an, den Bürgerkrieg zu schüren und wünscht die Einheit zwischen den Bewegungen).

Allgemeiner gesprochen: Wenn die Logik der Eindämmung der UdSSR überwiegt, so scheint China, das in der vordersten Front bei der Förderung einer Politik der Unabhängigkeit von den Supermächten gestanden hat, unter den ‚Blockfreien' die Bindung an den US-Imperialismus zu unterschätzen, die eine Reihe derjenigen Staaten haben, auf deren Mitarbeit bei jener Eindämmung China vertraut.

Im Rahmen einer konsequenten Unterstützung der Befreiungskämpfe (erst kürzlich die wichtigen wirtschaftlichen Maßnahmen für Kambodscha) scheint sich China im Lager der ‚Bündnisfreien' manchmal eher mit dem „Sumpf" als mit den Fortschrittlichsten zu verbinden.

In noch viel ausgeprägterer Form zeigen sich diese Tendenzen in der chinesischen Politik gegenüber Europa; diese scheint geleitet von der Annahme, daß auf diesem Kontinent kein revolutionärer Prozeß möglich sei, der nicht den sozialimperialistischen Hegemonismus begünstigt, sowie vom Scheitern autonomistischer Konzepte in den ökonomisch stärksten Gebieten des Kontinents. Die chinesischen Genossen haben über die Konferenz von Helsinki ein sehr besorgtes Urteil abgegeben. Besonders ernst scheint ihnen in Europa das Risiko des oben erwähnten „historischen Kompromisses" zwischen den Supermächten.

Daher der Rückgriff auf diejenigen Kräfte, die heute als größte Feinde der Entspannung auftreten, und ihre objektive Nutzung.

Dazu gehört die Einladung von ‚Falken' des Kalten Krieges wie Strauß oder Jackson nach Peking. China scheint in diesen Kräften nicht so sehr eine Fähigkeit zur Alternative zu sehen, sondern sie im Sinne der „Provokation" und der Verfügbarmachung zu benutzen. China scheint in Europa in Wirklichkeit auf einen sozialdemokratischen Block zu setzen, der sich heute als wesentliches Instrument zur Eindämmung der UdSSR und als Gegengewicht zu den Entspannungstendenzen innerhalb der US-Regierung darstellt. (Es handelt sich, grob gesagt, um dieselbe „Benutzung zur Provokation", wie China es mit den europäischen „marxistisch-leninistischen" Parteien macht, die nur in den Meldungen über ihre Reisen nach Peking existieren; der Fall der portugiesischen PCP(ml) gehört zu den berüchtigsten).

Diese chinesische Entscheidung ist in ihrer Art konsequent. Sie bewegt sich auf einer anderen Ebene als die Bestrebungen der revolutionären Kräfte des Klassenkampfes in den jeweiligen Ländern. Der Unterschied zu den Stellungnahmen der chinesischen Diplomatie in Europa, zur NATO, zu unserer Situation, ist allzu selbstverständlich. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist ein anderes, und es wird sicher erschwert und kompliziert in einer Situation direkter Präsenz der chinesischen Standpunkte und deren Ausnutzung nicht nur zu schweren Abweichungen in der europäischen revolutionären Linken, sondern auch zur ausdrücklichen Abdeckung, die in den europäischen Ländern die offen bürgerlichen und reaktionären Kräfte in diesen Standpunkten suchen – dafür gibt es zahlreiche Beispiele, gerade in Italien selbst.

Das Problem für die revolutionäre Linke Europas und noch direkter für die revolutionäre Linke des Mittelmeerraums, ist heute, sich wirklich auf die eigenen Kräfte zu stützen und theoretisch und praktisch es zu verstehen, eine Antwort auf die konkrete Herausforderung aufzubauen, die in den Positionen der chinesischen Genossen enthalten ist: Kann man in dieser Region die Revolution durchführen und sich von der Vorherrschaft des US-Imperialismus befreien, ohne unter die Kontrolle des Sozialimperialismus zu geraten?

Die Debatte über dieses entscheidende Thema zu entwickeln, ist eine umso wichtigere Aufgabe für die revolutionäre Linke Italiens – die am meisten mit der Realität und den Lehren des Klassenkampfes verbunden ist – gegenüber einer europäischen revolutionären Linken, die zur Herausbildung einer unfruchtbaren Polarisierung zwischen einer „marxistisch-leninistischen" und einer „trotzkistischen" Strömung tendiert.

Anmerkung zu dieser Stellungnahme

Die Äußerungen des CN von Lotta Continua zur chinesischen Außenpolitik enthalten einige neue Gesichtspunkte, verglichen mit bisherigen Stellungnahmen (bzw. dem Schweigen) der Genossen zu diesem Thema.

Sicher wird die hier angedeutete Kritik aber noch nicht sehr konkret und bleibt „zurückhaltend".

Eine Voraussetzung, die wir nicht ohne weiteres teilen können, ist die Hypothese, daß die chinesische Diplomatie nicht das meint, was sie sagt. Das ist z.B. der Fall bei der Einschätzung der chinesischen Kontakte zu Reaktionären wie Strauß, Heath usw. . Anzunehmen, daß diese nur benutzt werden, um Druck auszuüben, und daß die chinesische Diplomatie für Westeuropa in Wirklichkeit auf einen „sozialdemokratischen Block" setzt, scheint uns nicht begründet. Argumente für diese Hypothese enthält die Stellungnahme des CN von Lotta Continua nicht.

Erst recht verstehen wir nicht, wie man die haarsträubenden Beziehungen der KP Chinas ausgerechnet zu den am meisten „sozial"chauvinistischen, am meisten sektiererischen und isolierten „ML-Parteien" als „Benutzung zur Provokation" interpretieren kann. Wer soll da provoziert werden und wozu?

Schließlich kritisieren wir den zentristischen Ansatz, der in den Schlußworten enthalten ist, d.h. die Wendung gegen eine „unfruchtbare Polarisierung". Wir sind nicht dafür, zwischen dem Trotzkismus und dem Pseudo - „Marxismus - Leninismus" (beides Spielarten des Revisionismus und Antikommunismus) eine zweideutige Haltung einzunehmen. Für eine solche Haltung gibt es negative Beispiele wie die portugiesische UDP und der KBW in Westdeutschland.

Wir halten gegenüber den Äußerungen und Praktiken der chinesischen Außenpolitik, sofern sie dem antiimperialistischen, revolutionären Kampf widersprechen und ihm schaden, eindeutige Abgrenzungen für notwendig.

Das ist nicht bloß ein Recht, sondern auch eine Pflicht der internationalen revolutionären Bewegung, wie das Beispiel der Entwicklung nach dem XX. Parteitag der KPdSU lehrt, wo die Revolutionäre und Marxisten-Leninisten sich aus durchaus ehrenwerten Überlegungen (die historische Rolle der Sowjetunion, ihre Einkreisung durch den Imperialismus) zu lange einer klaren Haltung entzogen haben. ●

AK-Redaktion

Volksbefragung Marke KBW – ein Beispiel aus der Praxis

KBW, JA ODER NEIN, DAS MUSS SACHE DES VOLKES SEIN!
OH NEIN!

Jüngst wurde in einer gewerkschaftlichen Kollegengruppe von dem dort mitarbeitenden KBW-Kollegen ein bahnbrechender Vorschlag gemacht. Man solle doch mal unter allen Kollegen eine Meinungsumfrage veranstalten, um so ihre Einstellungen zu den brennenden Problemen unserer Zeit auszuforschen. Und weil dieser KBW-Kollege sehr initiativ ist, hatte er auch gleich einen ausgearbeiteten Fragebogen mitgebracht. Darin heißt es:

„*Kollegen, mit diesem Fragebogen wollen wir eure Meinung über die Auswirkungen der Sparmaßnahmen, Rationalisierung und der Krise erfahren. Auf die Ergebnisse dieser Meinungsumfrage gestützt, können wir besser einschätzen, ob ihr mit den Sparmaßnahmen einverstanden seid oder bereit seid, etwas gegen die Sparmaßnahmen, gegen Rationalisierung usw. zu unternehmen, bzw. welche Vorschläge ihr dafür habt. Die Ergebnisse dieses Fragebogens und unsere Auswertung werden euch später mitgeteilt.*"

Das ist natürlich wahnsinnig demokratisch: Erstmal eine Volksbefragung machen, bevor man einen eigenen Standpunkt entwickelt und diesen zu verbreiten sucht. Wirklich geschickt, in der Tat! Das Volk soll bestimmen! Und damit auch alles ganz klar wird, werden zu jeder Frage gleich mehrere Antworten angeboten. Man muß dann nur noch seine Meinung durch ein Kreuz an der entsprechenden Stelle ausdrücken. Also alles ganz einfach! Ein Beispiel:

„*Frage 6: Bist du der Meinung, daß man in der jetzigen Situation eine starke Gewerkschaft braucht? Ja; Nein.*"

Diese Frage war natürlich sehr leicht, oder? Uns ist da leider was unklar. Wer ist bloß mit „man" gemeint? Und was heißt das: „in der jetzigen Situation"? Vielleicht ist das eine Ausnahme und normalerweise ist das alles ganz anders? Und zuletzt: was bedeutet „starke Gewerkschaft"? Vielleicht zahlenmäßig stark? Oder sollen wir uns jetzt alle sportlich trainieren? Oder soll das heißen: finanzkräftig, und wir sollen jetzt alle unsere Beiträge erhöhen? Uns ist das leider unklar geblieben.

Dagegen ist die Frage 3 wirklich einfach: „*Wie wirken sich die Sparmaßnahmen und die Rationalisierung auf die Arbeitssituation aus?*" Hier sind mehrere Antworten gleichzeitig möglich: Durch mehr Arbeit oder weniger, das Arbeitsklima ist schlechter geworden oder besser, die Vorgesetzten sind strenger geworden oder sie setzen sich jetzt besonders für die Kollegen ein (huch!), die Kollegen sind eingeschüchtert, jeder versucht die eigene Haut zu retten, oder sie halten jetzt stärker zusammen. Die Beantwortung dieser Frage schafft sicherlich Klarheit, vielleicht sogar beim KBW.

In der Frage 4 wird es dann politisch: „*Alle politischen Kräfte in der BRD geben zu, daß wir uns in einer Wirtschaftskrise befinden. Wie diese Krise zu bewältigen ist, darüber ist man unterschiedlicher Meinung. Welcher Meinung stimmst du zu?*" In den Antworten hat man die Wahl zwischen Verzicht auf Lohnforderung, „Gastarbeiter entlassen" (wir haben das nachgeprüft, gemeint sind hier tatsächlich ausländische Kollegen!), verstärkter Durchsetzung der Spar- und Rationalisierungspolitik und den „fortschrittlichen" Alternativen: Lohn- und Preisstopp oder Mitbestimmung durchsetzen, und dann wird's einfach radikal: „*Die Unternehmer wollen die Krise auf unsere Kosten bewältigen. Sie sorgen für sich. Wir müssen für uns sorgen und deshalb z.B. in der Tarifrunde das fordern, was wir brauchen*". Bravo, das Beispiel ist gelungen. Warten wir also auf die Tarifrunde, da können wir dann das fordern, was wir wollen. Alles klar, wer macht mit?

Die Frage 5 hingegen ist richtig konstruktiv: „*Viele Kollegen sind der Meinung, daß durchaus auch im Öffentlichen Dienst gespart und rationalisiert werden sollte. Die Frage ist nur wie und wo.*" Das ist bestimmt eine interessante Fragestellung. Und es werden auch gleich drei nicht minder interessante Lösungen angeboten: Erstens durch einen wirtschaftlicheren Personaleinsatz im einfachen und mitteleren Dienst und ohne Entlassungen. Zweitens durch einen wirtschaftlicheren Personaleinsatz im einfachen und mittleren Dienst und mit Entlassungen. Und dann wird's radikal: „*Durch Rationalisierung und Einsparungen beim gehobenen und höheren Dienst. Die gehobenen und höheren Dienstposten arbeiten z.T. unproduktiv (z.B. in der Verwaltung) oder haben nur eine Kontrollfunktion gegenüber dem einfachen und mittleren Dienst.*"

Donnerwetter, das ist ja sogar ein eigener Beitrag zur kapitalistischen Krisenpolitik, der da im KBW ausgebrütet worden ist. Also Rationalisierung muß sein, sie muß nur an den richtigen Stellen ansetzen. Wir müssen selbstkritisch feststellen, daß wir diesem Gesichtspunkt bislang noch viel zu wenig Aufmerksamkeit in unserer Arbeit geschenkt haben. Vielleicht ist es dann sogar möglich, aus unserer Wirtschaftsordnung einfach gleich die Kapitalisten rauszurationalisieren? Wir werden diesen Aspekt noch vertiefen.

Jedenfalls schätzen wir den demoskopischen Beitrag als einen insgesamt durchaus gelungenen Ausdruck der weiterentwickelten Linie des KBW ein. Allerdings sollte unserer Meinung nach in den Fragenkatalog noch der Komplex „§ 218 – ja oder nein, das muß Sache des Volkes sein!" aufgenommen werden. Auf diese Weise könnte der allgemein angestrebte Volksentscheid in einem kleinen Bereich unserer Gesellschaft bereits vorweggenommen werden. Das wäre doch eine beispielhafte Rationalisierungsmaßnahme! Außerdem sollte auch der KBW selbst seine Existenzberechtigung endlich einmal demokratisch legitimieren: „KBW – ja oder nein, das muß Sache des Volkes sein!"

Übrigens hielten wir die Fragebogenaktion zunächst für eine Ente. Bei unseren Nachforschungen mußten wir jedoch leider die Echtheit dieses Dokuments feststellen. Das sei noch einmal ausdrücklich vermerkt. ●

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

Auseinandersetzungen in der CISNU

Vaterlandsverteidiger kriegen Kontra!

Der Übergang eines kleinen Teils der früheren Linken zur Politik der „Vaterlandsverteidigung" und des Pakts mit der Reaktion hat auch in die Reihen der CISNU/FIS – Verband iranischer Studenten – hinein Wellen geschlagen. Das kam in Versuchen innerhalb der FIS zum Ausdruck, den „Sozialimperialismus" zum Hauptfeind des iranischen Volkes zu deklarieren, den Schah wegen seiner „Unabhängigkeits-Bestrebungen" zu preisen und bevorzugt das Bündnis mit den hiesigen Vaterlandsverteidigern („KPD/ML", „KPD") zu suchen.

In Zusammenhang mit einem Aufruf „zur Unterstützung des Kampfes des Volkes von Oman" gingen wir im Mai in einem „Offenen Brief" an die FIS auf diesen Punkt ein (AK 61). U.a. betonten wir: „ ... *Zu einer Auseinandersetzung mit Euch über diese Fragen sind wir gern bereit; Aktivitäten auf der Linie der ,Sozial'chauvinisten und ,Vaterlandsverteidiger' werden wir jedoch auf keinen Fall unterstützen*".

Wir begrüßen es daher, daß sich nunmehr innerhalb der FIS eindeutig die Opposition gegen die falsche Linie der Vaterlandsverteidigung formiert und artikuliert hat. Wir hoffen, daß die Genossen eine Grundlage schaffen können, um auf größtmöglicher Basis eine Politik im Interesse des iranischen Volkes und der iranischen Studenten in der BRD zu führen.

Wir drucken hier ein uns übergebenes Papier zu den Auseinandersetzungen ab.

Erklärung zur Sitzung der Mitgliedsvereine der FIS

Die politische Auseinandersetzung innerhalb der CISNU hat nun einen Punkt erreicht, der nicht mehr als ein bloß interner Konflikt betrachtet und behandelt werden kann. Sie hat längst die anti-imperialistischen Gruppen in der BRD erreicht und zu einer Reihe von Gerüchten, Spekulationen und Vermutungen geführt. Um diesen entgegenzutreten, um eine effektive Solidarität bei den Anti-Imperialisten zu erlangen, sehen wir es als notwendig an, mit dieser Stellungnahme einen kurzen Überblick über die derzeitige Situation in der CISNU zu geben. Eine ausführliche Analyse hierzu folgt im nächsten Iran-Report.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1960 versucht die CISNU alle oppositionellen iranischen Studenten – gleich wie unterschiedlich ihre politischen Vorstellungen auch sind – im Rahmen einer einzigen demokratischen Massenorganisation zusammenzuschließen. Der gemeinsame politische Konsensus ist: der antifaschistische, anti-imperialistische Kampf. In all diesen Jahren gelang es uns, unsere Aufgabe, d.h. die Bekämpfung des faschistischen Schah-Regimes und seiner imperialistischen Schutzherren einerseits und aktive Unterstützung der Kämpfe im Iran andererseits auf dieser Basis zu erfüllen. Mitte der 60-er Jahre hat eine kleine Gruppe, die Anhänger der reformistisch Morkau-orientierten Tudeh-Partei war, einen versöhnlerischen Ton gegenüber dem Regime eingeschlagen. Bald hatte sie sich aber so von der Basis isoliert, daß sie von selbst die CISNU verließ. Ein paar Jahre später mußten wir merken, daß dies keine Ausnahme war. Seit zwei Jahren erheben sich wieder Stimmen, obgleich aus einer anderen Ecke, mit einem anderen Ton und unter einem anderen Banner, die versuchen, den gemeinsamen Konsensus des anti-faschistischen, anti-imperialistischen Kampfes in Frage zu stellen. Sie fordern die CISNU-Mitglieder auf, sich nur um studentische Belange zu kümmern und militante politische Aktivitäten gegen das Schah-Regime zu unterlassen und zwar unter dem Vorwand, daß „sie später unbehelligt im Iran politisch arbeiten können". Sie boykottieren militante Aktionen der CISNU, z.B. Botschaftsbesetzung, und denunzieren diese als putschistisch und anarchistisch. Man liest und hört in ihren Publikationen und Reden keine Angriffe gegen die Monarchie. Sie ersetzen den anti-faschistischen Kampf durch den Kampf gegen den „Sozialimperialismus" und verwirren mit dieser für die CISNU-Arbeit irrelevanten Frage die Masse der Studenten und lenken sie von ihren eigentlichen Aufgaben ab. Sie sabotieren die Unterstützung des Widerstands des persischen Volkes in jeder Form, besonders die des bewaffneten Kampfes, und diffamieren die bewaffneten Partisanen im Iran als Terroristen. Sie rechtfertigen die Ermordung eines persischen Anti-Faschisten, der zur Tudeh-Partei gehörte, mit den Worten: „Was soll es? Er war ein Agent des Sozialimperialismus. Man würde die CIA-Agenten auch nicht verteidigen, wenn sie vom persischen Regime umgebracht worden wären". Indem sie den „Sozial-Imperialismus" bekämpfen wollen, bemängeln sie diese oder jene Befreiungsbewegung und agieren gegen deren Interessen, z.B. in Dhofar. Sie gehen selbst so weit, daß sie versuchen, eine Demonstration gegen die Ermordung von neun politischen Gefangenen im Iran in eine Anti-Breschnew-Demonstration umzuwandeln. Mit ihrem für sie bezeichnenden Gruppengeist beschimpfen sie ihre Kontrahenten als Trotzkisten, Anarchisten, Nationalisten, ja sogar als Agenten des „Sozialimperialismus", und schaffen damit eine Atmosphäre, die jegliche Zusammenarbeit unmöglich macht. Anstatt sich politisch auseinanderzusetzen, versuchen sie, wo sie es können, die CISNU-Mitglieder, die nicht mit ihnen übereinstimmen, aus den Ortsgruppen zu verdrängen, und wo ihnen dies nicht möglich ist, treten sie aus und gründen selbst einen Verein. Sie schrecken nicht einmal davor zurück, Schlägereien anzuzetteln, die man bisher nur von Anhängern des Regimes gewohnt war. Sie diskreditieren die Glaubhaftigkeit der CISNU damit, daß sie Veranstaltungen mit Referenten ankündigen, die weder davon wissen, noch bereit sind, in dieser aufzutreten (Ankündigung einer Dhofar-Demonstration mit Vertretern der PFLO und der Journalistin Roshan Danjiboi).

Sie setzen sich über das grundlegende Prinzip der CISNU, möglichst mit allen anti-imperialistischen Gruppen und Kräften zusammenzuarbeiten, hinweg und gehen gerade mit denjenigen Gruppen zusammen, die in letzter Zeit versuchen, das faschistische Schah-Regime zu rehabilitieren. Bei einem Erfolg dieser Haltung, die sich in der Politik des FIS-Vorstands manifestiert, besteht die Gefahr, daß die CISNU ausgehöhlt wird und ihren Non-Konformismus gegen das Schah-Regime verliert und als ein bürokratischer Apparat mit versöhnlerischen Zielen im Windschatten einiger deutscher Gruppen dahinvegetiert, was dem persischen Regime sehr gelegen kommen würde. Um dieser Gefahr entgegenzutreten, um den Kampf gegen das faschistische Regime mit all unseren Mitteln fortsetzen und den Kampf der Massen im Iran unterstützen zu können, hat die Basis der FIS in der BRD (17 Ortsgruppen) ihre Delegierten zu einer beschließenden Versammlung geschickt, um dem FIS-Vorstand das Recht abzusprechen, in ihrem Namen und über ihre Köpfe hinweg ihre Politik fortzusetzen. Nun hat die beschließende Versammlung den FIS-Vorstand abgesetzt und den FIS-Kongreß, der vor einem Jahr fällig war, aber immer wieder vom Vorstand verhindert wurde, einberufen, um dort die inhaltliche Einheit der CISNU wieder herauszuarbeiten. Daß jetzt der FIS-Vorstand und seine Anhänger mit den Parolen „Einheit – keine Spaltung" innerhalb und außerhalb der CISNU hausieren gehen, ist vorauszusehen, aber für uns ist die Einheit eine inhaltlich qualitative Frage und nicht bloß eine formal numerische Fiktion.

Wir sind überzeugt, daß wir in unserem Kampf gegen das faschistische Schah-Regime und gegen den Imperialismus weiterhin mit aktiver Solidarität aller anti-imperialistischen Kräfte in der BRD rechnen können.

Resolution zur FIS:

Die gewählten Vertreter, Beobachter und Teilnehmer der Vereine: München, Frankfurt, Mainz, Gießen, Karlsruhe, Kaiserslautern, Köln, Krefeld, Münster, Bochum, Dortmund, Neumünster, Hannover (Berlin und Kiel als Beobachter; Aachen, Lage-Lippe und Stuttgart konnten nicht teilnehmen), Mitglieder der FIS, haben in ihrer Sitzung am 30./31. Aug. 75 über die (Vorstand der FIS) folgendes festgestellt:

1. Die Sitzung der Vereine der FIS vom 30./31. August 1975 zeigt eine notwendige, kämpferische Bewegung der Studentenmassen zur Weiterführung des anti-reaktionären und anti-imperialistischen Kampfes der CISNU. Die an dieser Sitzung teilnehmenden Vereine haben damit der Entschlossenheit der studentischen Massen zur Beendigung des Durcheinanders in der FIS und zur Rettung dieses Teils der CISNU, die durch Rechtsabweichler und ihre Verbündeten in ihrer Kampfkraft geschwächt war, gezeigt. Die drei Personen, die vor drei Jahren auf dem 17. Kongreß der FIS gewählt worden sind, haben sich direkt in den Dienst der Zerstörung der CISNU gestellt und vertreten nicht die FIS in Deutschland (siehe die Erklärung vom 6.6. und 5.7.1975 vom CISNU-Vorstand und die Erklärung über Oman-Aktionen vom FIS-Vorstand).

2. Der ehemalige Vorstand der FIS hat durch sein Programm und seine Handlungen klar und ununterbrochen bewirkt,

a) daß die rechte Linie und die Sabotage des Kampfes gegen das Schah-Regime als politische Linie der FIS kundgetan wurde (s. FIS-Bulletin, den gemeinsamen Aufruf des FIS-Vorstandes mit anderen ausländischen Organisationen zur Oman-Kampagne);

b) daß der anti-imperialistische Kampf der FIS gestoppt wurde und alle Tätigkeiten der Vereine, die die Linie des ehemaligen Vorstandes vertreten haben, auf die Rivalität mit anderen Vereinen, die gegen den ehemaligen Vorstand waren, ausgerichtet wurden und nicht auf die Weiterführung des anti-reaktionären und anti-imperialistischen Kampfes. (Z.B. Hungerstreik in Hamburg, Demonstration in München, Aktion Oman ...)

c) daß das politische Prestige der FIS zerstört wurde und die Möglichkeiten der CISNU in Deutschland entweder sehr eingeschränkt oder vollkommen beseitigt wurden; (s. Brief von Roshan Danjiboi, Brief der ESG-Zentrale Stuttgart, offener Brief vom KB über FIS, gemeinsame Resolution der CISNU mit anti-imperialistischen Organisationen und PFLO);

d) daß die verbündeten und unterstützenden ausländischen Organisationen der CISNU aufgehört haben, den Kampf der FIS zu unterstützen (ebenda);

e) daß die organisatorische Verbindung zwischen FIS und CISNU unterbrochen wurde und FIS als Teil der CISNU nicht seine Aufgabe erfüllen konnte; (s. Brief des ehemaligen Vorstandes der FIS vom 26.3. 75 an den Vorstand der CISNU);

f) daß im Bereich der Unterstützung des iranischen Widerstands und der Unterstützung des revolutionären Kampfes der Völker in der Welt eine rechte und versöhnlerische Politik als Linie der FIS kundgetan wurde und unserem Kampf wesentlich geschadet hat.

3. Die drei Personen, die sich als Vorstand der FIS ausgeben, sind aufgrund der oben genannten Faktoren nicht politische oder organisatorische Vertreter unserer Vereine, die an dieser Sitzung teilgenommen haben, d.h. sie sprechen nicht im Namen der FIS. Die Leute sind bewußt in den Dienst der Rechtsabweichlerei und einer versöhnlerischen Politik getreten und sind bestrebt, unter allen möglichen Umständen dem Kampf der CISNU zu schaden. Ihre Politik und Handlungen erfüllen einen langersehnten Wunsch der iranischen Reaktion, nämlich die Torpedierung unseres Kampfes.

4. Unsere Zusammenkunft hat den Mitgliedern den richtigen Aspekt für die Weiterführung des demokratischen anti-imperialistischen Kampfes aufgezeigt und legt das Datum für die Durchführung des FIS-Kongresses für die zweite Oktoberhälfte 1975 fest. An diesem Kongreß sollen alle Vereine teilnehmen, die unsere vorliegende Resolution unterstützen, d.h. die Linie, Politik und Beschlüsse der CISNU und der CISNU-Zentrale. Die Vereine Mainz und Frankfurt werden Vorbereitung dieses Kongesses übernehmen. Die Vereine der FIS werden, bis zur Abhaltung des FIS-Kongresses unter Führung der CISNU-Zentrale ihre Aktivitäten fortführen.

5. Ohne den völligen Ausschluß der Rechtsabweichung und ihrer Träger kann die FIS ihren Kampf nicht fortsetzen. Die rechten Spalter versuchen, daß die CISNU an der Grenze der Spaltung bleibt und infolgedessen keine konsequenten Schritte gegen das Regime unternehmen konnte. Die Duldung dieser Politik bedeutet die Annahme der Taktik eines spalterischen Vorhabens, das gegen die CISNU gerichtet ist. Die Mitgliedsvereine der FIS sehen es als ihre Aufgabe an, dieses schmutzige Komplott mit einem verstärkten Kampf gegen die Rechtsabweichler und durch verstärkten anti-reaktionären und anti-imperialistischen Kampf zu beantworten. Die Weiterführung dieses Kampfes muß notwendigerweise mit der Neugestaltung der FIS in der BRD einhergehen und mit dem Ausschluß der rechten Zentrale (der FIS) verbunden sein. ●

„KPD" fordert: Gewerkschaften säubern!

„KPD" fordert: Gewerkschaften säubern!

Währends sich die sogenannten „Frankfurter Marxisten-Leninisten" damit begnügen, vom Staat das V e r b o t der DKP zu fordern (siehe Artikel in diesem AK), ist die „KPD" schon einen Schritt voraus: Sie fordert (wen?!) dazu auf, alle „Revisionisten" (oder was die „KPD" dafür hält!) aus den Betrieben und Gewerkschaften zu schmeissen.

Die vom VS und rechten Gewerkschaftsführern inszenierte Kampagne gegen den angeblichen „DDR-Spion" Dürbeck vom IGM-Vorstand ist für die „KPD" natürlich ein gefundenes Fressen. In der „Roten Fahne" vom 10.9. kann man lesen, daß überall die *„subversiven prosozialimperialistischen Kräfte"* auf der Lauer liegen, um den westdeutschen Staat zu *„unterwandern"*, *„Gewerkschaften und Massenmedien von innen her zu erobern"* usw. Alles echt „Marke Kalter Krieg" – wenn man jeweils „Sozialimperialisten" durch Kommunisten ersetzt, fühlt man sich voll in die Zeiten Adenauers zurückversetzt, als der linke Gewerkschafter Agartz als „DDR-Agent" und „vom Osten bezahlt" fertig gemacht wurde.

Ratschlag der „KPD": **„Betriebe und Gewerkschaften von offenen und verdeckten (?) Agenten des Sozialimperialismus zu säubern"**. Da die Vaterlandsverteidiger mit Begriffen wie „Agenten des Sozialimperialismus" nicht gerade zimperlich sind, kann man diese Aufforderung wohl recht weitherzig auslegen.

Das Problem dabei ist: Die Kapitalisten, die Gewerkschaftsführer und der Staat sind ja schon seit längerem eifrig dabei, Betriebe, Schulen und Gewerkschaften zu „säubern". Die Frage ist nur, ob die Kapitalisten schon genug patriotisches Bewußtsein haben, um auch immer die richtigen zu erwischen. Sollen z.B. auch „Wasserträger des Sozialimperialismus" (KB, KBW) „hinausgesäubert" werden? Und auch „KPD/ML"er, die dem „Sozialimperialismus in die Hände arbeiten", indem sie gegen die Anwesenheit von US-Truppen in der BRD auftreten? Und die „KPD"ler, die nicht voll auf der vaterländischen Linie sind (wie z.B. der kürzlich rausgekantete Westberliner KSV-Vorstand)?

Das sind doch komplizierte Fragen, mit denen die Kapitalisten unmöglich allein fertig werden können. Ergänzen wir daher die Forderung der „Roten Fahne" entsprechend: In den Kapitalistenverbänden, Schulbehörden, Gewerkschaftsvorständen etc. ist ein vom ZK der „KPD" beschickter Beirat einzurichten, der darüber entscheidet, w e r als „verdeckter Agent des Sozialimperialismus" rauszuschmeißen ist. Natürlich müßte jeder Fall individuell geprüft werden ...

Bei dieser Gelegenheit: Nicht nur Gewerkschaften, Betriebe und Schulen sind „unterwandert", sondern natürlich auch die gesamte Presse.

Sensationelle „Enthüllungen" hierzu bietet eine Rede von „KPD-Politbüro-Mitglied" W. Jasper in der „Roten Fahne" vom 24.9.:

Erst einmal ist natürlich, das wußte man ja schon, die gesamte Presse Portugals „total unter das Diktat von ,TASS' und ,Prawda' gleichgeschaltet".

Bei soviel Hirnrissigkeit nimmt es nicht wunder, daß Jasper & Co die allmächtige „Hand Moskaus" auch in der bürgerlichen Presse anderer Länder zu sehen glauben. Der „Corriere della Sera" (Zeitung des Mailänder Großkapitals!!) sei „kommunistisch unterwandert"; ebenso die „Stampa" (Zeitung des Fiat-Konzerns), denn sie unterstützen angeblich den „historischen Kompromiß" (was Jasper noch vergessen hat: Fiat-Boß Agnelli selbst ist wahrscheinlich ein „verdeckter Agent des Sozialimperialismus", da er doch – unter dem Eindruck der letzten Wahlergebnisse – auch zu einer Zusammenarbeit mit der PCI bereit scheint!).

Wie die berüchtigten ELC überall den CIA wittern, so die „KPD" die „Agenten Moskaus". Natürlich nicht nur in Italien, sondern auch hierzulande: *„Es ist nicht schwer zu erraten, welche Drahtzieher beispielsweise hinter den Hetzartikeln des ,Spiegels' gegen die VR China stehen"*. Logisch kombiniert: In einer Zeit, wo Springerpresse und „Bayernkurier" Loblieder auf die VR China singen, muß es ja in der Tat als höchst verdächtig auffallen, wenn da eine bürgerliche Zeitung nicht voll mitzieht! Dahinter die tückischen „Unterwanderer" aus dem Osten zu vermuten, ist wahrlich nicht allzu weit hergeholt!

Als nächstes sollte sich die „KPD" einmal mit der Springer-Presse beschäftigen, wo bisweilen noch gehässige Artikel gegen die „KPD" erscheinen. Wahrscheinlich sind die Verfasser auch schon alle in der DKP...!

Tröstlich: „Politbüro-Mitglied" Jasper muß darüber klagen, daß nach dem Umschwenken der „KPD" auf die vaterländische Linie der Verkauf der „Roten Fahne" mancherorts zurückgegangen ist. Nicht etwa, weil die „Massen" dagegen gewesen wären (kann ja gar nicht sein! ...), sondern weil *„zahlreiche Genossen und Freunde nicht bereit oder fähig waren, diese Politik offensiv zu vertreten und zu propagieren"* – aus *„ideologischer Unsicherheit und Angst"*.

Nehmen wir mal an, die Genossen haben sich einfach geschämt?! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Vaterlandsverteidiger

Es wird immer toller!

Seit vor wenigen Monaten von den sogenannten „Marxisten-Leninisten" die Vaterlandsverteidigung proklamiert wurde, haben die Überraschungen nicht aufgehört.

Einen neuen Höhepunkt bietet die Nr. 1 von „Der Maoist – Zeitschrift für Anwendung des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung-Ideen auf Deutschland" (August 1975). Herausgegeben wird dieses Spitzenprodukt schwarzen Humors von den „Frankfurter Marxisten-Leninisten", von den „Marxisten-Leninisten Aachen" und von einer „Düsseldorfer Gruppe".

Unter der Überschrift **„Für Vaterlandsverteidigung und Burgfrieden"** enthält die Broschüre ein astrein faschistisches Programm: Nämlich auf der einen Seite totale „Klassenversöhnung" zwischen Bourgeoisie und Proletariat und Vorbereitung auf einen imperialistischen Krieg (gegen die Staaten des Warschauer Pakts), auf der anderen Seite die terroristische Unterdrückung jeder Opposition gegen diese Politik.

Angesichts eines angeblich bevorstehenden sowjetischen („sozialimperialistischen") Angriffs auf die BRD rufen die angeblichen „Marxisten-Leninisten" zum „**B u r g f r i e d e n**" auf – was die Parole der deutschen Bourgeoisie und Sozialdemokratie zu Beginn des ersten imperialistischen Weltkriegs war.

„Der Kampf gegen den vordringenden Sozialimperialismus erfordert es, daß der Klassenkampf strikt dem nationalen Kampf untergeordnet wird" (S. 80). *„Die Frage ist heute nicht, ob der Boden und die Fabriken den Ausgebeuteten oder Ausbeutern gehört, die Frage ist, gehören sie den Deutschen oder dem sowjetischen Sozialimperialismus"* (S. 70). Oder, um es mit den Worten von Kaiser Wilhelm 1914 zu sagen: „Ich kenne jetzt keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche". *„In Deutschland stehen die nationalen Widersprüche im Vordergrund und die Klassenwidersprüche nehmen eine untergeordnete Stellung ein"* (S. 62). *„Die Marxisten-Leninisten müssen ... entschlossen mit der Theorie ‚Hauptwiderspruch Bourgeoisie-Proletariat' brechen"* (S. 63). Kurz gesagt: Die „Marxisten-Leninisten" müssen „entschlossen" mit dem Marxismus-Leninismus „brechen"!

Immerhin sind diese „Marxisten-Leninisten" so schlau wie jeder andere Bourgeois auch – sie wissen nämlich, daß es mit der Abschaffung des Klassenkampfs nicht so ganz einfach ist, denn *„der Klassenkampf ist eine objektive Gesetzmäßigkeit und unvermeidlich"* (S. 80)

Was ist da zu tun? Man müsse, so raten die „Marxisten-Leninisten", den Klassenkampf **„regulieren"**, *„im Interesse der Vorbereitung auf den Krieg"* (S. 80). Darunter ist zu verstehen, **„daß sich Bourgeoisie und Proletariat gegenseitig Zugeständnisse machen"** sollen (S. 81). Und zwar dürfe das Proletariat:

- *„keine überspitzten ökonomischen Forderungen aufstellen"*,
- *„das Wirtschaftsleben nicht lähmen"* (keine Streiks!!),
- *„die Landesverteidigung nicht zersetzen"*,

und es müsse:

- *„der Bourgeoisie die notwendigen Profite zugestehen"*,
- *„positive Programme zur Linderung der Krise statt zu ihrer Vertiefung aufstellen"* (S. 81/82).

Dafür bietet dann die Bourgeoisie:

- *„die konsequente Verteidigung der Unabhängigkeit der BRD gegen den Sozialimperialismus"*,
- *„die Vorbereitung auf den Krieg"*,
- *„die Stärkung und allseitige Einheit Westeuropas"*,
- *„die Sicherung der Arbeits- und Lebensbedingungen und demokratischen Freiheiten"* (S. 81).

Letzteres ist wohl nur als Demagogie zu interpretieren, angesichts der Tatsache, daß vom Proletariat „Verzicht" bei seinen Forderungen, „Verzicht" auf Kampfaktionen wie Streiks gefordert werden und außerdem von den „Marxisten-Leninisten" selbst die offen terroristische Unterdrückung jeder Opposition gegen den „Burgfrieden" gefordert wird.

Eine solche Opposition kann nämlich nur „Landesverrat" bedeuten, und muß daher unterdrückt werden. Offen wird (vom bürgerlichen Staat!) gefordert: **„Unterdrückung der Landesverräter! Verbot der sozialfaschistischen DKP. Breiteste Aufklärung über die Machenschaften der 5. Kolonne!"** (S. 89).

Zwar fordern die „Marxisten-Leninisten" bisher unmittelbar „nur" das Verbot der DKP. Die „Marxisten-Leninisten" behaupten aber ausdrücklich, daß selbst die im Grunde ihnen doch geistesverwandten Vaterlandsverteidiger von „KPD" und „KPD/ML" nur *„willfährige Werkzeuge des Sozialimperialismus und seiner 5. Kolonne"* seien (S. 3), denn sie *„machen die BRD sturmreif für den Sozialimperialismus und betätigen sich als Wegbereiter der Errichtung einer sozialfaschistischen Diktatur"* (S. 4). **„Wer heute den Klassenkampf in Richtung Bürgerkrieg schürt, der wird morgen zum Landesverräter und zur 5. Kolonne des sowjetischen Sozialimperialismus herabsinken"** (S. 4). Muß also „unterdrückt" und „verboten" werden!! „Unterdrückt" und „verboten" soll überhaupt jeder werden, der mit der Parole des Sozialismus *„heute die bürgerlich-demokratische Diktatur der alten Bourgeoisie bekämpft"* (S. 4), denn er „macht die BRD sturmreif" . . . „Unterdrückt" und „verboten" soll auch jeder werden, der *„verbissen den Kampf gegen den alten Faschismus" fortsetzt* (S. 2), denn er ist *„blind gegenüber dem Sozialfaschismus"* (S. 3). „Unterdrückt" und „verboten" soll werden, wer behauptet, daß der BRD-Imperialismus eine Großmachtpolitik „im Windschaften der Supermächte" betreibt, denn das *„heißt dem Sozialimperialismus in die Hände arbeiten"* (S. 66). „Unterdrückt" und „verboten" soll schließlich werden, wer „den Klassenkampf schürt", denn der Klassenkampf (wenn er „geschürt" wird) *„ist nichts anderes als Subversion und Landesverrat, lediglich an einer anderen Front wie der Spion Gulliaume"* (S. 10).

„Haltet den Dieb" – die anderen Vaterlandsverteidiger „distanzieren" sich

Anläßlich des Anti-Kriegstags (1. September – in Erinnerung an den Überfall des deutschen Faschismus auf Polen am 1. September 1939) hatten die „Frankfurter Marxisten-Leninisten" und ihr Klüngel eine „Aktionseinheit" mit „KPD" und „KPD/ML" für eine gemeinsame zentrale Demonstration am 30. August in Frankfurt geschlossen. Diese Vereinbarung war laut „Roter Morgen" der „KPD/ML" ein **„großer Erfolg für die Bewegung gegen den imperialistischen Krieg und für die wachsende (?) Kampffront gegen die beiden Supermächte in unserem Land"** („RM", 9.8.).

Auf der Demonstration (angeblich 5.000 Vaterlandsverteidiger aus der gesamten BRD hatten sich versammelt) jedoch kam es zum Eklat: Obwohl ursprünglich *„die* (Narren?) *Freiheit der Agitation und Propaganda aller Organisationen . . . vereinbart"* war („RM", 9.8.), wurden den „Marxisten-Leninisten" von Mitgliedern der „KPD/ML" Transparente gewaltsam abgenommen, die zum „Burgfrieden" etc. aufriefen („RM", 16.8.).

Die „Rote Fahne" der „KPD" erwähnt in ihrem Bericht nur kurz, ohne Namen zu nennen: *„Auf der machtvollen Abschlußkundgebung scheiterte der Störversuch einer Handvoll Provokateure, die zum ‚Burgfrieden' aufrufen wollten . . ."*. (RF 34)

Ausführlicher und sehr empört gibt sich dagegen der „RM": Nach einer kleinen Verbeugung gegenüber der „KPD", die sich an die *„revolutionären (??) Positionen"* gehalten habe, *„wie sie in der gemeinsamen Erklärung der Aktionseinheit niedergelegt sind"*, *heißt es weiter:* „Dagegen *stellte der Redebeitrag von einigen wenigen Dutzend Leuten aus Frankfurt, Bochum und Aachen, die die Frechheit besitzen, sich Marxisten-Leninisten zu nennen, eine Beleidigung für die revolutionäre Linie dieser Kundgebung dar. Offen propagierte der Vertreter dieser Organisation, der schon vor Beginn der Demonstration Transparente und Schilder, die zum Burgfrieden mit dem westdeutschen Imperialismus aufriefen, entrissen werden mußten, die sozialchauvinistische Unterstützung des westdeutschen Imperialismus und das Bündnis mit der Supermacht USA. Es ist die objektive Funktion dieser Leute, deren ganzes Handeln von der Furcht vor der proletarischen Revolution bestimmt ist, den Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus zu desavouieren und so dem modernen Revisionismus in die Hände zu spielen. Diese Leute konnten sich nur in die Aktionseinheit einschleichen, indem sie ihre offen reaktionären Anschauungen verheimlichten und vorgagen, den westdeutschen Imperialismus im Geiste der gemeinsamen Erklärung ebenfalls als Feind bekämpfen zu wollen. Die gesamte Kundgebung, sowohl unsere Partei als auch die Genossen der GRF* („KPD" – Anm. Red.), *haben diesen Leuten eine klare und nicht zu überhörende Absage erteilt"*.

Die „KPD/ML" fühlt sich also „desavouiert" (bloßgestellt, blamiert) durch „diese Leute", mit denen sie noch kurz zuvor unter reichlicher Verbreitung von Weihrauchduft („großer Erfolg" etc.) eine „Aktionseinheit" abgeschlossen hatte. Mit Recht sieht sich die „KPD/ML" bloßgestellt! Berauben „diese Leute" doch die Politik der Vaterlandsverteidigung jedes „revolutionären" Schnörkels und jeder Bemäntelung, bringen das Wesen dieser Politik auf den Punkt.

Einiges spricht sogar dafür, daß sie nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv Provokateure sind. Kein „echter" Vaterlandsverteidiger würde normalerweise so blöd sein, für seine Politik ausgerechnet offen den entlarvenden Begriff „Burgfrieden" zu verwenden, der untrennbar mit dem 1. imperialistischen Weltkrieg und dem Verrat der SPD an der Arbeiterklasse verbunden ist. Auffällig ist auch, daß sich diese Leute für die **„Einheit aller a n t i s o w j e t i s c h e n Kräfte"** (S. 7) einsetzen und an anderer Stelle erklären, die zu schaffende „Einheitsfront" müsse *„im wesentlichen antisowjetisch"* sein (S. 79).

Bekanntlich reden normalerweise die Vaterlandsverteidiger mit Bedacht nicht von „antisowjetisch" (sondern vom Kampf gegen den „Sozialimperialismus" etc.). Dagegen gebraucht die revisionistische DKP Begriffe wie „antisowjetisch" und „Antisowjetismus" sehr häufig, um jegliche Kritik am Sowjetrevisionismus zu verteufeln. Aber sei's drum – was Provokationen angeht, so unterscheiden sich die verschiedenen Spielarten der Vaterlandsverteidiger gar nicht wesentlich. Sie a l l e sind ihrer Funktion nach nützliche Idioten der Bourgeoisie und des modernen Revisionismus, um die revolutionäre Linke zu diskreditieren.

Es ist ja geradezu makaber – aber typisch für die Gangster in der „KPD/ML"-Führung! – sich plötzlich scheinheilig hinzustellen und zu behaupten, „diese Leute" hätten sich „in die Aktionseinheit e i n g e s c h l i c h e n", „indem sie ihre Anschauungen verheimlichten".

Das ist keineswegs der Fall! Zwar haben die „Marxisten-Leninisten" sich erst kürzlich offen zum Begriff und zur Politik des „Burgfriedens" bekannt. Sie haben jedoch in diese Richtung schon seit Monaten vorgearbeitet und der „KPD/ML" (und „KPD") ja auch ständig in rabiater Weise vorgeworfen, ihnen läge die Vaterlandsverteidigung nicht genug am Herzen, sie seien im Grund „Wegbereiter des Sozialimperialismus" usw. usf. Die „KPD/ML" hat es freilich verschmäht, sich damit jemals ernsthaft auseinanderzusetzen – und tut jetzt dummdreist so, als wäre das alles ganz neu und bisher „verheimlicht" worden.

Nun, schon bei den Vorbesprechungen zu „Aktionseinheit" war eine *„Reihe wichtiger politischer und ideologischer Differenzen"* eindeutig, und *„Die schwerwiegendsten Differenzen betreffen die Haltung gegen dem westdeutschen Imperialismus"* (Gemeinsame Erklärung lt. „RM", 16.8.). Die Folge war, daß die „Marxisten-Leninisten" in die Gemeinsame Erklärung eine eigene „Abgrenzung formulierten, wo es u.a. heißt: *„Im Kampf gegen die Supermächte, für nationale Unabhängigkeit und Einheit Deutschlands, für Demokratie und gegen den Krieg, ist das westdeutsche Monopolkapital unser zweitrangiger Feind und der Klassenwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat tritt zurück und damit auch der Kampf für Sozialismus und Bürgerkrieg"* (abgedruckt in „RM", 16.8. und „RF", 6.8.).

Hier liegt also die Linie des „Burgfriedens" schon deutlich vor, nur daß der Begriff selbst noch nicht verwendet wurde.

Darüber hinaus hatten die „Frankfurter Marxisten-Leninisten" schon in der Polemik um den Frankfurter „Fahrpreiskampf" die Linie des „Burgfriedens" in allen wesentlichen Zügen propagiert und entsprechend die „KPD" und die „KPD/ML" angegriffen. So heißt es z.B. in einem „offenen Brief" der „Marxisten-Leninisten" an „KPD" und „KPD/ML" vom 28. Juni (!!!): **„Eure Führer treiben... – ob sie wollen oder nicht – die gleiche Politik wie KBW, Arbeiterkampf** (nicht doch! – Anm. AK), **KABD und alle Trotzkisten. Sie greifen alle auf einer landesverräterischen, prosozialimperialistischen Linie das westdeutsche Monopolkapital an."**

Und da stellt sich die „KPD/ML" plötzlich ganz überrascht hin, daß sich „diese Leute" in die ‚Aktionseinheit' „eingeschlichen" hätten!! Daß die Vaterlandsverteidiger von „KPD/ML" (und anscheinend auch „KPD") sich aus der Nähe dieses Partners befreien wollen, ist freilich nur zu gut verständlich. Ihre gespielte ‚überraschte Empörung' ist jedoch ein recht erbärmliches Schauspiel.

Es sei außerdem daran erinnert, daß sich das „ZK" der „KPD/ML" erst kürzlich zu dem närrischen Einfall verstieg, der Bundeswehr für den Kriegsfall einen „Waffenstillstand" anzubieten! (Beilage zum „RM" vom 16.8.). Was die „KPD" angeht, so treibt sie noch offensichtlicher eine Politik in Richtung „Burgfrieden".

Und schließlich gibt es eine Partei, die die Ideen der „Frankfurter Marxisten-Leninisten" schon längst praktiziert, nämlich die portugiesische „PCP/ML". Sie propagiert das Bündnis mit der Bourgeoisie und mit dem EG-Imperialismus; sie hetzt gegen Streiks als „schädlich für die Wirtschaft"; sie beteiligt sich an faschistischen Terrorakten gegen Büros und Genossen der Linken; sie hetzt geggen die Arbeiter- und Bewohnerkommissionen, weil diese angeblich „dem Sozialfaschismus und Sozialimperialismus in die Hände arbeitet"; sie hetzt gegen jeden, der für den Sozialismus kämpft, weil es angeblich heute in Portugal gilt, die „bürgerliche Demokratie" gegen den „Sozialfaschismus" zu verteidigen; wer für den Sozialismus kämpft, ist nach Meinung der „PCP/ML" ein „Wegbereiter des Sozialfaschismus" usw. usf. - (Dieser Haufen faschistischer Provokateure ist übrigens die e i n z i g e portugiesische Gruppe, die von der VR China „offiziell anerkannt" wird - mindestens zweimal in diesem Jahr war die „PCP/ML" mit Delegationen in Peking!).

Die „KPD" sieht in der „PCP/ML" nicht nur ihre „Bruderpartei", sondern hat sich auch vollständig deren Auffassungen zur Lage in Portugal zu eigen gemacht (siehe z.B. „RF", 27.8.75). Das unterstreicht noch einmal den völlig verlogenen, heuchlerischen Charakter ihrer ‚Kritik' an den o f f e n e n Vertretern des „Burgfriedens" in der BRD.

Bis heute sind die verschiedenen Polemiken von und zwischen „KPD/ML" und „KPD" um Detailfragen der Vaterlandsverteidigung nicht der Ausdruck eines ehrlichen Kampfes um die richtigen Standpunkte, sondern demagogische Scheingefechte. Die geheuchelte Überraschung und Empörung der „KPD/ML" über die „Marxisten-Leninisten" ist wohl das deutlichste Beispiel dafür. Nicht um eine ehrliche Selbstkritik und einen konsequenten Bruch mit der Politik der Vaterlandsverteidigung geht es diesen Leuten, sondern um eine scheinheilige Abrenzung von deren irrsinnigsten und offensichtlichsten „Auswüchsen". ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Hau ab! du . . ."

„Ich glaube, die KPD/ML will an der Revolution festhalten."

„KPD/ML“ gegen Vaterlandsverteidigung ?

Seit einiger Zeit möchte sich die „KPD/ML" gerne gegen den Vorwurf verteidigen, sie gehöre zu den „Vaterlandsverteidigern".

Im „Roten Morgen" vom 27.9. findet sich ein weiterer derartiger Täuschungsversuch. Im Vorspann gibt die „KPD/ML" vor, sie wolle *„noch (?) einmal auf einige Argumente der Vertreter der anderen Strömung eingehen, die hauptsächlich dadurch gekennzeichnet ist, daß sie sich schützend vor den russischen Sozialimperialismus stellt".*

Die *„wichtigsten Vertreter dieser opportunistischen* (?) *Strömung"*, so heißt es weiter, seien *„der KBW, der KABD, der Münchner Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, der* KB Nord".

Der Leser des Artikels muß indessen enttäuscht feststellen, daß überhaupt bloß auf die beiden ersten, KBW und KABD, eingegangen wird, speziell zum „KB Nord" jedoch k e i n Wort im Artikel steht.

Dem „Roten Morgen" fällt es dann freilich nicht gar so schwer, gestützt auf wacklige Positionen des KBW und des KABD, und mit dem gewohnten kräftigen Schuß Demagogie, den Gegner zu „widerlegen".

Die Schwäche von KBW/KABD ist dabei, daß sie ja selbst halbe Vaterlandsverteidiger und 100%ige Nachbeter der chinesischen Außenpolitik sind, so daß ihre Polemik gegen die „KPD/ML" in der Tat meist einen recht gekünstelten, an den Haaren herbeigezogenen Charakter hat und entsprechend leicht zu „entkräften" ist.

Wenn die „KPD/ML" jedoch die vaterländischen Spuren verwischen will, so erinnern wir an folgende „goldene" Worte: *„Was ist, wenn wir den Ausbruch eines dritten Weltkrieges nicht verhindern können?* **Dann werden wir unser Vaterland verteidigen!**" („Rote Garde" der „KPD/ML", April '75).

Wem das noch nicht reicht: Das „Präsidium des ZK der KPD/ML" erklärte ausdrücklich, im Falle eines sowjetischen Angriffs (?) *„würden wir keineswegs dazu aufrufen, die Gewehre sofort* (?) *gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie zu drehen".* vielmehr wolle die „KPD/ML" für diesen Fall *„Absprachen"* mit der Bundeswehr *„über gegenseitigen militärischen Nichtangriff"* treffen (Beilage zum „RM", 33/75).

Abgesehen von der (unfreiwilligen?) Komik derartiger Verlautbarungen zeigt sich die „KPD/ML" hier also durchaus fest zur Vaterlandsverteidigung entschlossen (die Revolution kommt später, wenn der „Iwan" besiegt ist und die Bundeswehr hoffentlich am Ural steht). Aspekt nebenbei: Da die Bundeswehr den „Verteidigungskrieg" sicherlich im Rahmen der Nato und Seite an Seite mit den US-Truppen führen wird – gilt das Waffenstillstands-Angebot der „KPD/ML" auch für diese ...?

Jedenfalls wird die „KPD/ML" kaum glaubhaft machen können, daß sie n i c h t zu den Vaterlandsverteidigern gehört. Kleinere Konzessionen an den aktuellen Geschmack, der mit Vaterlandsverteidigung nicht viel im Sinn hat, sollten darüber nicht hinwegtäuschen. Die „KPD/ML" ist zwar demagogischer, aber um keinen Deut besser als die „KPD" und andere Vaterlandsverteidiger. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV-Lübeck: Breite Mobilisierung im Sinne der Gewerkschaftsführung

Wie in AK 64 berichtet, war es auf einer Lübecker ÖTV-Mitgliederversammlung im Juni den fortschrittlichen Krankenhauskollegen gelungen, vier von fünf zu besetzenden Posten im Vorstand der Abteilung Gesundheitswesen der ÖTV zu erhalten. Die Reaktion der Gewerkschaftsführung war der Versuch, die Wahl rückgängig zu machen: Vertagung der Versammlung mit fadenscheiniger Begründung.

Die linken Kollegen hatten daraufhin in ihrer „Initiative zum Wiederaufbau der ÖTV-Betriebsgruppe" ein Flugblatt erstellt, das zur verstärkten Teilnahme an der kommenden MV aufrief. Außerdem beschwerten sich die rechtmäßig gewählten Kollegen beim Hauptvorstand der ÖTV in Stuttgart. Aber auch die Rechten waren nicht faul: es gelang ihnen, einen ganzen Schwung von Kollegen zu mobilisieren, die sich bisher noch nie auf ÖTV-Versammlungen hatten sehen lassen, ja, z.T. sogar früher an ihrem Arbeitsplatz gegen gewerkschaftliche Forderungen gewettert hatten. Sie waren wohl nur bestellt, den Linken das Wasser abzugraben!

Und so eröffnete ÖTV-Sekretär Winkelmann auch gleich die Versammlung mit der Bekanntgabe, der neugewählte Vorstand müsse um vier weitere Mitglieder erweitert werden! (Begründung: „Größe der Abteilung"). Mit diesem Trick kam die Lübecker ÖTV-Führung durch: Der Vorstand der Abteilung Gesundheitswesen der ÖTV besteht jetzt aus vier fortschrittlichen und fünf rechten bzw. inaktiven Mitgliedern.

Im weiteren Verlauf der MV gelang es der ÖTV-Führung, jede inhaltliche Diskussion mit Stimmenmehrheit abzublocken:

- Der geforderte Rechenschaftsbericht des alten Vorstands;
- die Diskussion über die Aufgaben von Gewerkschaftsfunktionären im Krankenhaus in der augenblicklichen Situation;
- die anstehende Tarifrunde und die damit verbundene Hetze gegen die Kollegen im Öffentlichen Dienst;
- die verschärfte Rationalisierung im Krankenhausbereich im Zuge der allgemeinen „Sparpolitik" des kapitalistischen Staates;
- Berufsverbote im Krankenhaus, die der Auflösung der Betriebsgruppe und den Gewerkschaftsausschlüssen linker Kollegen folgten.

All diese Themen hätten die Grundlage sein müssen, auf der man Wahlen zum Vorstand und nachfolgende Vertrauensleute-Wahlen durchführt. Nach den Vorstellungen der Kandidaten zu diesen Aufgaben hätten die Kollegen gewählt werden müssen. Stattdessen wurden ohne inhaltliche Diskussionen sämtliche Wahlen „durchgezogen" und den Krankenhauskollegen blüht erneut ein funktionsunfähiger ÖTV-Abteilungsvorstand und Vertrauensleutekörper!

Dieses Ergebnis hängt auch zusammen mit dem Fernbleiben vieler fortschrittlicher Kollegen, die in der ehemaligen Betriebsgruppe des Krankenhauses aktiv mitgearbeitet hatten; die Ursache dafür ist wohl vor allem in den verschärften Angriffen von rechts zu suchen. ●

Krankenhaus-Zelle
KB/Gruppe Lübeck

Vaterlandsverteidiger in

Vaterlandsverteidiger in Beweisnot

Leserbrief

Im letzten Semester jobte ich in einem wirtschaftswissenschaftlichen Institut. Ich arbeitete in einer Abteilung, die sich mit Wirtschaftsfragen des Ostblocks beschäftigte. Eines Tages erschien in dieser Abteilung eine mit bekannte örtliche Führungsgröße der Gruppe „KPD". Dem mit mir zusammenarbeitenden Volkswirt, einem rechten Sozialdemokraten, war der Vaterlandsverteidiger schon vom Vortag bekannt. Er war als „interessierter" Student in die Abteilung gekommen und hatte nach Material über die „Ausbeutung der DDR durch die SU" gefragt. Er mußte aber unverrichteter Dinge wieder abziehen, da es nach Meinung der Institutsmitarbeiter keine Beweise der Ausbeutung gebe.

Die Hartnäckigkeit des Vaterlandsverteidigers, dessen Wiedererscheinen, machte den Volkswirt neugierig. Er fragte nach dem Grund dieser Annahme, ob er eine wissenschaftliche Arbeit schreibe, was er überhaupt studiere. Der Vaterlandsverteidiger druckste ein bischen herum – er studiere zwar Jura, interessiere sich aber für wirtschaftliche Fragen und wolle es nur mal so wissen. Er bestand aber weiter hartnäckig auf er Annahme der Ausbeutung der DDR durch die SU. Der Volkswirt, wahrlich kein Freund der SU, verneinte abermals die Beweisbarkeit einer solchen Ausbeutung.

Als der Vaterlandsverteidiger gegangen war, meinte der Volkswirt zu mit: „Mensch, das muß aber ein kalter Krieger sein".

Später wurde mir klar, warum der Vaterlandverteidiger so dringend nach Beweisen suchte: Es wurden Flugblätter verteilt, auf denen die Gruppe „KPD" zu einer Veranstaltung am selben Abend aufrief – Thema: Der Sozialimperialismus. ●

–Ein AK-Leser–

„Das ganze Deutschland soll es sein“

Rechtzeitig zum großen Revanchismus-Rummel in diesem Jahr, vom zentralen Treffen der Revanchisten in Kiel/Molfsee über verschiedene Bundeskongresse der einzelnen Landsmannschaften, den „Tag der Heimat" bis hin zur Revanche-Hetze anläßlich der Funkausstellung in Westberlin, meldete sich der sogenannte „Freundeskreis F.-J. Strauß" zu Wort.

Im neuesten Mannheimer Bundesprogramm fordert der „Freundeskreis":

- die Revision der Nürnberger Prozesse,
- die Ausweisung „schlechter und lauer Fremdarbeiter",
- die Revision der Versailler Verträge und ihrer Folgen.

Und weiter heißt es im Programm:

> *„Wir fordern die Rückgabe aller nach dem zweiten Weltkrieg unrechtmäßig geraubten Gebiete: Österreich* (!), *Sudetenland, Schlesien, Pommern, Mecklenburg, Ostpreußen, Westpreußen, Danzig und der Ostzone. Für zwischenzeitliche Nutzung ist eine angemessene Entschädigung zu zahlen"* („SZ", 20.6.75).

Scheinheilig hat sich die CDU/CSU von diesen schon leicht wahnsinnigen Forderungen abgegrenzt. Wie weit es mit solchen Abgrenzungen her ist, zeigt z.B. die Tatsache, daß die Gründung der verschiedenen „Freundeskreise" grundweg auf Initiativen einiger CSU-Mitglieder zurückzuführen ist. Bezeichnend ist sicherlich ebenfalls, daß der Pressesprecher des baden-würtembergischen Innenministeriums den Vertreter des Stuttgarter „Freundeskreises" wörtlich als *„Freund"* bezeichnete und ihm zudem gute Empfehlungen mit auf den Weg gab.

Einigen Rechten in Esslingen reichte die Freundschaft mit Strauß unterdes nicht aus: Sie gründeten den „Freundeskreis F.J. Strauß/Idi Amin". Amin wird von ihnen als *„großer Führer"* bezeichnet, der *„ eine für uns erstrebenswerte Politik vertritt".* Gemeint ist: erstrebenswert für die BRD, denn „.... *Unter ihm gäbe es keine Probleme mit Gastarbeitern und Radikalen"* („Pardon", 9/75). ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Iduna – Hamburg:

Sieben Gewerkschafter wieder im Betrieb !

Die Anfang August gefeuerten Kollegen (siehe AK 64), unter ihnen drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder der Betriebsräte Iduna Allgemeine und Iduna Leben, sind alle wieder wohlauf im Betrieb.

Das Arbeitsgericht Hamburg verfügte die Wiedereinstellung aller gekündigten Kollegen, wobei die Iduna-Kapitalisten eine Kündigung bereits von sich aus wegen totaler Gesetzeswidrigkeit zurückgezogen hatten.

Diese Wiedereinstellungen kamen gerade rechtzeitig, denn einen Tag nachdem die letzten wieder im Betrieb waren, fand die Betriebsversammlung in der ‚Iduna-Leben' statt, drei Tage später die Betriebsversammlung bei der ‚Iduna-Allgemeine'. Hierzu hatte sich im Betrieb einiges getan.

Die Betriebsgruppe lebt

Hatten der Kapitalist, die rechten Betriebsräte und die HBV-Führung gehofft, daß der Betriebsgruppe nach kurzem Aufbäumen die Luft ausgehen würde, so wurden sie arg enttäuscht. Neben der Organisierung einer Solidaritätsveranstaltung, auf der über hundert Kollegen aus dem Bereich Handel, Banken und Versicherungen kamen, wurde sehr viel Gewicht auf die weitere Information mittels Flugblättern und einer Dokumentation gelegt. Allein die Dokumentation wurde an 200 ! Kollegen bei der Iduna verkauft.

Außerdem startete die Betriebsgruppe innerhalb des Betriebes eine Unterschriftensammlung, die eine Betriebsversammlung mit dem Hauptdiskussionspunkt Entlassungen erzwingen sollte. Die rechten Betriebsräte hatten es nämlich nicht so eilig mit der Einberufung einer Betriebsversammlung (BV). Innerhalb von sechs Stunden wurden sie eines besseren belehrt. 376 Kollegen unterschrieben die Forderung nach einer BV.

Die HBV-Führung kam in dieser Zeit ins Schwimmen. Hatte sie sich während der Kündigungsaktion der Kapitalisten noch von der Betriebsgruppe distanziert, so unterstützte sie jetzt wieder die Forderung der Betriebsgruppe und druckte sogar wieder für die Kollegen, von denen sie sich gestern noch distanzierte.

Die Arbeit der Betriebsgruppe wurde durch die nach und nach wieder im Betrieb eintreffenden gekündigten Kollegen unterstützt. Dadurch lösten sich viele Kollegen wieder von dem Druck, dem sie nach der Kündigungsaktion durch Bespitzelung, Verhören und Ermahnungen durch Bereichsleiter, Abteilungsleiter etc. ausgesetzt waren.

Der Kapitalist bereitet einen neuen Angriff auf die Betriebsgruppe vor !

Angesichts dieser Lage hielt es der Kapitalist nicht für ratsam, sich dem Entscheid des Arbeitsgerichtes zu widersetzen und die Kollegen gleich wieder vor die Tür zu setzen, wie es die Hamburger Stahlwerke (HSW) schon x-mal vorexerziert haben.

Der Kapitalist versucht, durch verschärfte antikommunistische Hetze die Betriebsgruppe erst einmal zu isolieren. Der alte Betriebsratsvorsitzende, Reimann, der die linken HBV-BRs stilvoller durch ein Amtsenthebungsverfahren hatte rausschmeißen wollen, wurde fallengelassen . Er war, weil er sich unter den rechten Betriebsräten nicht durchsetzen konnte, vom Posten des Vorsitzenden zurückgetreten. Die neuen BR-Vorsitzenden von der rechten DAG-Clique um Bentin und Fechtner zeigten auf der Betriebsversammlung, daß die Zeit für „Sozialpartnerschaftliches" gerade bei Iduna vorbei ist.

Massiver Antikommunismus in Aktion

Die rechte BR-Mehrheit hatte die Betriebsversammlung schnell in eine „ordentliche" umgewandelt und zwei Tagesordnungspunkte zur Einschüchterung der Belegschaft und der Linken vorgeschoben, bis man zum Thema der Rausschmisse kam. Und wie das abging:

Auf der Betriebsversammlung präsentierte sich eine hetzende und geifernde Front der „Konzertierten Aktion": an der Spitze der Generaldirektör (*„Wühlarbeit", „Hetze", „Demagogie", „illegale Handlungen")*, unterstützt von einem Spitzendemagogen der DAG-Führung *(„Verfassungsfeinde", „Gegner des Rechtsstaates", „Psychopathen"...)* und dem HBV-Sekretär Jaenisch *(„nur die Satzung verhindert die Auflösung der Betriebsgruppe... mit Gewerkschaftsarbeit nicht vereinbar... Ausschlüse ins Auge gefaßt").*

Diese rechte Hetze wurde durch Angestellten und einem Teil aufgehetzter Kollegen unterstützt.

Von dieser lautstarken Front waren die linken Gewerkschafter nicht wenig beeindruckt, auch Hinweise auf ihre nach z.Zt. geltenden Rechtsmaßstäben offensichtlich unrechtmäßige Kündigung konnte gegen die rechte Hetze natürlich wenig ausrichten. Allerdings gewann die Betriebsgruppe im Verlauf der Betriebsversammlung mehr und mehr an Boden.

Ein Teil der Kollegen ist sich heute darüber im klaren, daß die antikommunistische Hetze Vorbereitung von breiteren Angriffen auf die gesamte Belegschaft ist. Zu sehr werden in den Großraumbüros und anderen Abteilungen die Anzeichen für umfassendere Rationalisierungen deutlich. Mehrarbeit, Versetzungen, Arbeitszusammenlegungen und Vereinfachung der Arbeit durch Maschinen sind Anzeichen dafür.

Durch die Betriebsversammlung kam es zwar zu einer stärkeren Polarisierung, aber keineswegs zu einer Isolierung der Linken im Betrieb, die z.T. sogar heute größeren Einfluß haben.

Haut die Betriebsgruppe zu Brei, die Gewerkschaftsführung ist dabei

Nach der Betriebsversammlung roch die HBV-Führung erneut den Braten. Auf der Betriebsversammlung war sie recht und schlecht bemüht, auf den rechten Zug mit aufzuspringen. Sekretär Jaenisch beteuerte: *„Wenn wir wissen, wer die Kommunisten sind, schmeißen wir die raus, und wenn es zwanzig Ausschlüsse gibt."* Damit war auch klar, was mit der Einladung der Betriebsgruppe durch den Fachgruppenvorstand Versicherungen der HBV zu einer Sitzung kurz nach der Betriebsversammlung, am 18.9.75, bezweckt wurde. Die Gewerkschaftsführer pochten auf die Richtlinien, die der Betriebsgruppe eigene Veröffentlichungen ohne den Segen des Ortsverwaltungsvorstandes (das heißt überhaupt Veröffentlichungen) verbieten.

35 Kollegen waren anwesend, als das Debakel für die Gewerkschaftsführung losging, die sich plötzlich selbst auf der Anklagebank befand:

Die HBV-Führer hatten die Betriebsgruppe nicht nach den fristlosen Kündigungen unterstützt. Der Hamburger Geschäftsführer Krause, bekannt durch einen von ihm ausgelösten Polizeieinsatz gegen eine Mitgliederversammlung im letzten Winter, hatte sich sogar in dieser Zeit mit der Personalabteilung der Iduna abgesprochen. Die Iduna-Vertreter kreuzten bei ihm im Gewerkschaftshaus auf.

Nicht viel anders erging es Sekretär Jaenisch, der nach zwei Stunden wütend erklärte, daß er jetzt am liebsten nach Hause gehen würde. Die Stütze der Gewerkschaftsführung, die HBV-Betriebsrätin Müller-Reymann, hatte nicht viel zu melden. So stimmten 24 Kollegen bei zwei Enthaltungen und sieben Gegenstimmen einem Antrag zu, der besagt, daß es Aufgabe der Gewerkschaftsorgane sei, die Betriebsgruppe z.B. bei der Informationspolitik und ihren Aktionen zu unterstützen. Über das Verhalten der Gewerkschaftsführung wurde eine breite Diskussion auf Mitgliederversammlungen gefordert. Die Stellungnahme zu den Richtlinien (keine eigenen Veröffentlichungen etc.) wurde ebenfalls mit großer Mehrheit verschoben. Jetzt sei erst einmal die Antwort der HBV-Ortsverwaltung fällig.

Bald Neuwahlen ?

Inzwischen mehren sich die Stimmen, daß eine Neuwahl des Betriebsrates bei ‚Iduna-Leben' durch Rücktritt der rechten Mehrheit bevorsteht. Die Kapitalisten hoffen hier die Ernte ihrer Hetzkampagne einzutreiben. Bisher haben die Kapitalisten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Kollegen werden zu entscheiden haben. ●

Betriebszelle Iduna und
HBV-Komitee/KB-Gruppe Hamburg

Conti-Gummi, Hannover:

Rationalisierung und Massenentlassung „Schnell und lautlos"

Unter dieser Überschrift druckte das „Manager-Magazin" – das Magazin für den fortschrittlichen Kapitalisten aus dem Hause Rudolf Augstein – in seiner Ausgabe vom August dieses Jahres einen Artikel des Vorstandsmitgliedes Dr. Gerhard Lohauß der Continental Gummiwerke Hannover ab. In diesem Artikel gibt dieser Herr bekannt, wie er es geschafft hat, die Belegschaft von Conti-Gummi innerhalb von vier Jahren von 28.000 auf 20.000 abzubauen. Und daß, ohne größere Schwierigkeiten mit den Entlassenen oder Gewerkschaft/Betriebsrat zu bekommen und ohne größere Leistungsverluste zu haben. Dies war *„eine ganz außergewöhnliche Anstrengung"*, jedoch es wurden dabei *„wichtige Erfahrungen gesammelt"*. Sehen wir uns die einmal an.

Wie alle Kapitalisten „leidet" natürlich auch Conti-Gummi unter einem *„ungewöhnlich hohen Personalkostendruck"*. Demagogischerweise sagte Lohauß, daß *„nach einer ganz hart durchgesetzten, kräftigen* (?!) *Tariferhöhung, sich der Vorstand gezwungen sah, Anpassungsmaßnahmen* (!) *beim Personal einzuleiten."*

Personalanpassung heißt, *„diejenigen Funktionen zu finden, die nicht lebensnotwendig* (für den Kapitalisten – die Red) *waren, auf die man also, ohne daß gravierende Nachteile auftraten, verzichten konnte"*.

Gesagt, getan, ein „Team" aus *„sechs Managern der gehobenen Führungsebene"* wurde gebildet.

Die Rationalisierungswelle made by Conti-Gummi rollt

Dr. Lohauß schlug seinen Manager-Freunden dann folgende Maßnahmen vor:

Einstellungsstopp: Einmal in absoluter und dann in „lockerer Form". D.h., wenn die Kapitalisten jemanden brauchten, stellten sie ihn doch ein – aber es wurde doch jedesmal durch Funktionsbeschreibungen und Stellenbeschreibungen geprüft, *„ob nicht andere Mitarbeiter die in Frage stehende Aufgabe mit übernehmen konnten."* Wie praktisch! Da arbeitet dann eben mal ein Kollege für zwei, unter dem Druck von Entlassungen kann man eine ganze Menge Kollegen dazu zwingen.

„Innerbetriebliche Mobilität": Es *„mußten zahlreiche Mitarbeiter versetzt oder umgesetzt werden. Ein gutes Hilfsmittel war hier die verstärkte interne Stellenausschreibung mit dem Ziel, die innerbetriebliche Mobilität zu forcieren. Dies erforderte von den Mitarbeitern erhebliche Flexibilität, von der in der Vergangenheit zwar immer gesprochen wurde. Als es aber darauf ankam, fehlte oft die Bereitschaft völlig."*

Was hier so locker, flockig mit „Mobilität" und „Flexibilität" umschrieben wird, brachte laut Herrn Dr. Lohauß allerhand „Problematik" mit sich:

„Veränderungen im Arbeitsvertrag mit teilweise spürbarer Einkommensminderung ..., Umstellungsschwierigkeiten von administrativer Tätigkeit zu körperlicher Tätigkeit und damit verbundene Schichtarbeit".

Auf Deutsch: Lohndrücken durch Dequalifikation der „Ware Arbeitskraft" und die Möglichkeit der freiwilligen Kündigung für diejenigen, die die „Umstellung" nicht durchstehen. Schöne Aussichten für die Kapitalisten!

„In Einzelfällen (?) hierarchischer Abstieg, gleichzeitiger Prestigeverlust und Veränderung des Lebensstandarts" – für die Arbeiter!

„Vorgezogenes Altersruhegeld": Nach dem Gesetz kann man nach 12-monatiger Arbeitslosigkeit die gesetzliche Altersrente bereits vom vollendeten 60. Lebensjahr an beanspruchen.

Schwein Lohaus nennt es *„eine erhebliche Anzahl von Mitarbeitern dieser Alterskategorie in die Maßnahmen des Personalabbaus"* einbeziehen. Es wurden also Kollegen, die so um 60 Jahre waren, rausgeschmissen, schließlich können sie ja nach 12-monatiger Arbeitslosigkeit vorzeitig Rente beanspruchen!!

„Aufhebungsverträge" (Beendigung des Arbeitsverhältnisses im „gegenseitigen Einvernehmen"). Das wurde angewandt, wenn *„Mitarbeiter bereits ihren Austrittswillen zu erkennen gaben. Vielfach konnte durch unsere Initiative (!) das Austrittsdatum vorgezogen werden"*!

Übrigens: Nimmt ein Kollege so einen „Aufhebungsvertrag" an, hat er eine Sperrfrist für's Arbeitslosengeld von mindestens einem Monat.

„Ablauf befristeter Arbeitsverhältnisse": Immer häufiger stellen die Kapitalisten Kollegen für sechs Monate oder ein Jahr befristet ein, erst danach wird ein fester Arbeitsvertrag abgeschlossen (wenn überhaupt). Schwein Lohaus sagt wann: *„Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen wurden nur dann in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen, wenn deren weitere Tätigkeit zwingend notwendig und durch besondere Leistungen gerechtfertigt war. Diese Maßnahme konnte insbesondere bei den ausländischen Arbeitnehmern (!) angewandt werden... Sie war relativ problemlos."*

Besonders problemlos ist dies für die Kapitalisten geworden, seitdem die Aufenthaltserlaubnisse meist nur noch auf ein Jahr für die BRD beschränkt werden, die Kollegen dann einfach in ihr Heimatland abgeschoben werden können!

„Kündigungen durch den Arbeitgeber": *„Im Rahmen der zulässigen Entlassungsquote* (also immer nur so viel, daß keine Massenentlassung, die besonders begründet werden muß, beim Arbeitsamt angemeldet werden brauchte - Anm. Red.) *wurden Kündigungen aus dringenden betrieblichen Erfordernissen ausgesprochen."*

Noch mal zur Erinnerung: Auf diese oben beschriebenen Weisen entledigte sich Conti-Gummi 1/3 seiner Arbeiter und Angestellten, nämlich 8.000 !!

Kollegen, die mehr als 20 Jahre (!) bei Conti geschuftet haben, bekamen (soweit sie nicht auch entlassen wurden) lediglich einen „Ausgleich" für Verdienstminderungen.

Wie hoch der Ausgleich bei Verdienstminderung und die Abfindungssummen waren, schreibt Lohauß nicht. Man kann es sich aber ungefähr denken, wenn man einige Absätze weiter liest, *„für den Fall der Arbeitslosigkeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses* (sprich Rausschmiß, d. Red.) *wurde Mitarbeitern, die das 50. Lebensjahr vollendet hatten, ein Zuschuß für längstens sechs Monate (!) von DM 150,–* (in Worten: Einhundertfünfzig) *gewährt"*!

Durch das Zusammenspiel der o.a. sechs „Methoden" und auf Grund einer kampfschwachen Conti-Belegschaft konnten die Conti-Herren diesen enormen „Personalabbau" „ohne größere Reibungsverluste" durchziehen. Lohauß drückt das so aus: *„Wir haben die Erfahrung gemacht, daß sie* (man beachte: er meint die Massenentlassung! - d. Red.) .. *ein wenig taugliches Mittel geworden ist und das man mit den aufgezeigten, gegebenenfalls kombinierten Anpassungsmöglichkeiten schneller, humaner (?!) und geräuschloser zum Ziel kommt."* Die Massenentlassung (die Conti ja betrieben hat !), *„ist auch deshalb problematisch, weil sie nicht nur zusätzliche hohe Kosten aus Sozialplänen verursacht, sondern außer einer starken Verunsicherung der gesamten Belegschaft auch sehr nachteilige Wirkungen für den Ruf des Unternehmens in der Öffentlichkeit nach sich zieht."*

Dieser Artikel von Conti-Lohauß im Manager-Magazin ist als Aufforderung an alle Kapitalisten zu bewerten, möglichts ungestört schärfste Rationalisierungen zu betreiben (z.B. 1/3 der Conti-Belegschaft !), und die für die Belegschaft entstehenden Folgen (geringer Lohn, Umsetzung, Einführung der Schichtarbeit, bis hin zu Entlassungen) mit lächerlichen „Handgeldern" zu begleichen ! ●

Genossin der Betriebszellenleitung Beiersdorf/KB Gruppe Hamburg



G. Lohaus, Vorstandsmitglied von Conti-Gummi. Verantwortlich für die Entlassung eines Drittels der Gesamtbelegschaft! Als „Massenentlassung" sieht er das aber nicht an.



Lohauß: „Die erforderliche Flexibilität der Mitarbeiter . . . fehlte oft völlig".

Sozialplan bei Demag-Kalletal:

Kein „Musterbeispiel für ganz Deutschland"

„Dieser Sozialplan war erforderlich und ist so ausgefallen, wie wir es gewollt haben. Er könnte sogar als Musterbeispiel für ganz Deutschland gelten." (Lippische Landeszeitung, LZ, 26. 7.). So kommentierte IGM-Bezirksleiter Janßen aus Münster den Abschluß der Sozialplan-Verhandlungen für die Belegschaft des DEMAG-Werkes Kalldorf. Was Janßen hier als einen großartigen Erfolg anpreist, ist nicht weiter als die Besiegelung der Betriebsschließung. Die Gewerksschaftsführer selber haben durch ihr Verhalten bei den Auseinandersetzungen mit dem DEMAG-Konzern eine Situation geschaffen, in der schließlich nur noch die Aushandlung eines Sozialplans zur Debatte stand, nicht aber die Fortsetzung des Kampfes für die Erhaltung der Arbeitsplätze.

Doch auch der Sozialplan, der jetzt unterschrieben der Belegschaft vorgelegt wurde, enthält nicht die Forderungen der Kollegen.

▶ Jeder Entlassene erhält eine Abfindung, die folgendermaßen errechnet wird: Alter mal Betriebszugehörigkeit, multipliziert mit dem 1 1/2 fachen des letzten Gehalts. Die Kollegenschaft hat das Doppelte gefordert.

▶ Auch die gegenüber dem Sozialplan von 1972 (damals gab es die ersten Massenentlassungen nach Übernahme des Werks durch DEMAG) eingeführte Neuerung, daß auch die Arbeiter, die innerhalb des Konzerns umgesezt werden, eine Entschädigung (50% dessen, was ein Ausscheidender bekommt) kriegen sollen, wurde von der Geschäftsleitung selbst als taktischer Winkelzug dargestellt, *„um eine Einigung im Interesse der Belegschaft nunmehr zum Abschluß zu bringen... In einem Fernschreiben der DEMAG wird darauf hingewiesen, daß auf Grund dieser Klausel Umsetzungen innerhalb des Konzernbereichs praktisch unmöglich würden."*(LZ, 26.7.75)

▶ Durch den Passus: *„Die Zahlung der Abfindung setzt die Unterzeichnung einer Ausgleichsquittung über den Verzicht weiterer Rechte und Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis und seiner Beendigung einschließlich der Erhebung der Kündigungsschutzklage voraus* (!!!)", soll die Schließung des Werkes besiegelt werden und den Kollegen auch die letzten sowieso schon spärlichen rechtlichen Möglichkeiten geraubt werden. Wer dennoch vor Gericht geht, riskiert vor dem bürgerlichen Arbeitsgericht dann nicht nur eine verlorene Klage, sondern verliert jeden Anspruch auf eine Abfindung.

Wenn sich nach diesen Tiefschlägen, die einen „erstklassigen" K.O. für die Arbeiter bedeuten, Janßen noch hinstellt und behauptet, die DEMAG habe auf der ganzen Linie verloren, dann kann man nicht nur an Dummheit glauben.

Trotzdem ist es zu Anfang der IGM gelungen, den Sozialplan als Erfolg zu verkaufen. In der „LZ" vom 26.7., stand groß: *„Arbeitnehmervertreter zufrieden mit dem ausgehandelten Sozialplan."* Und: *„Der Sozialplan sieht gegenüber dem Abkommen von 1972 erhebliche Verbesserungen vor ..."* Dies sind offene Lügen!

Mit solchen Sprüchen sollen die Kalletaler Arbeiter darüber hinweggetäuscht werden, daß die Gewerkschaftsführer niemals ernsthaft bereit waren, den Kampf gegen die Entlassungen konsequent zu führen.

Unter den fortschrittlichen Kalletaler Arbeitern finden jetzt intensive Auseinandersetzungen um den bisher geführten Kampf statt. Der Betriebsrat B. sagte auf einer DGB-Veranstaltung in Bielefeld, daß es ein Fehler war, den Betrieb nicht gleich zu besetzen, als er vorübergehend bestreikt wurde. Man habe zu sehr auf das Signal hierfür vom Frankfurter IGM-Hauptvorstand gewartet (das natürlich nicht kam). Wenn die notwendige finanzielle Unterstützung gewährleistet worden wäre, wäre der Betrieb heute noch besetzt.

B. berichtete von der miesen Stimmung der Kollegen, als diese die wahre Bedeutung des Sozialplanes erkannten. Folge war, daß die Mehrzahl aus der Gewerkschaft austreten wollte. B. und der Vertrauensmann F. versicherten, wie schwer es war, die Austritte zu verhindern und eine Perspektive zu weisen, für die es sich lohnt in der Gewerkschaft zu bleiben.

Sich selbst haben die fortschrittlichen Kollegen die Aufgabe gestellt, als linke Opposition in der Gewerkschaft, im Erfahrungsaustausch mit anderen Betrieben und auf Veranstaltungen ihre Kampferfahrungen mitzuteilen und, wie die Kollegen sagten, „der Gewerkschaftsführung Dampf zu machen".

Mittlerweile sind in Kalletal die ersten 200 Kündigungen ausgesprochen, die restlichen 300 sind vorbereitet.

Die Gewerkschaftsführung hat alle Maßnahmen getroffen, einem befürchteten Unruheherd entgegenzuwirken.

Die Kollegen, die erkannt haben, daß sie trotzdem weitermachen müssen, müssen unterstützt werden.

Ihnen gilt unsere Solidarität im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze und im Kampf für eine konsequente und klassenbewußte Interessenvertretung der Lohnabhängigen. ●

Eine Göttinger KB-Genossin



Kämpfende Kollegen bei Demag-Kalletal; heute sind 200 Kündigungen ausgesprochen worden, 300 vorbereitet.

„Bei uns weht ein anderer Wind!"

Leserbrief zur Abschiebehaft für ausländische Arbeiter

Ich bin von einem türkischen Bekannten gebeten worden, ihm einen Rechtsanwalt zu besorgen. Der Kollege war ohne Aufenthaltsgenehmigung bei einer Verkehrskontrolle erwischt und sofort in Abschiebehaft in den „Polizeigewahrsam" Steglitz gebracht worden.

Da der Rechtsanwalt meinte, ich solle möglichst bei der Verhandlung mit dem Richter dabei sein, habe ich einige Dinge beobachten können.

Im „Ausländerknast" Steglitz, Augustaplatz befanden sich ca. 25 ausländische Kollegen in Abschiebehaft, davon der größte Teil Palästinenser, einige Türken, ein Jugoslawe.

Von diesen 25 haben drei einen Rechtsanwalt!

Das erklärt sich daher, daß den Kollegen meist keine Gelegenheit gegeben wird, sich überhaupt einen Rechtsanwalt zu besorgen!

Die Bullen dort weigerten sich, Briefmarken für sie zu besorgen, oder Briefe für sie einzustecken. Begründung: „Wir sind doch hier keine Post". Die Ausländer haben in diesem Fall nur die Möglichkeit, sich Rechtsanwälte aus dem Telefonbuch rauszusuchen und die sind wohl in den meisten Fällen zu teuer.

Dazu muß gesagt werden, daß die Gefangenen dort ohne Rechtsanwalt praktisch rechtlos sind. So werden viele nicht nach spätestens 48 Stunden, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, dem Richter vorgeführt. Ein Kollege wurde z.B. erst nach drei Wochen (!) dem Richter vorgeführt. In einem anderen Fall wurde der verzweifelten Ehefrau eines türkischen Kollegen, nachdem sie ihrem Mann die ganze Nacht gesucht hatte, die Auskunft gegeben, ihr Mann werde gerade abgeschoben. Die Kripobeamten weigerten sich, ihr seinen Aufenthaltsort zu nennen. Stattdessen versuchten sie, die Frau rauszuschmeißen!

Den wenigen Kollegen, die das „Glück" haben, aus der Abschiebehaft rauszukommen, wird ein Nachweis über ihren Aufenthalt für ihre Arbeitsstelle verweigert, so daß sie ihren Arbeitsplatz (und oft gleich die Arbeitserlaubnis dazu) verlieren, weil sie „unentschuldigt" gefehlt haben.

weil sie „unentschuldigt" gefehlt haben.

Die Kollegen haben auch nur dann, wenn ein Rechtsanwalt bei der Verhandlung mit dem Richter dabei ist, die Möglichkeit, bis zur endgültigen Abschiebung aus der Haft entlassen („beurlaubt") zu werden.

Dazu müssen der Paß und eine Flugkarte bei der Ausländerpolizei hinterlegt werden.

Bei der Verhandlung, die ich erlebt habe, hörte ich dazu vom Richter folgende interessante Argumentation:

Er wollte sich zuerst weigern, einer solchen „Beurlaubung" zuzustimmen, da dies in der letzten Zeit von der Polizei in der Praxis anders gehandhabt würde. Nämlich den Betroffenen trotz Vorlage des Passes



Praktiziertes Ausländergesetz in der BRD: Ausländische Kollegen werden abgeschoben

und der Flugkarte bei der Ausländerpolizei weiterhin bis zur Abschiebung in Haft zu behalten!

So funktioniert der Abbau demokratischer Rechte:

Die Polizei prescht vor und handhabt die Praxis eben „anders", und die Richter ziehen nach, geben der Aushöhlung der Rechte ihren Segen.

Der Antrag auf „Beiordnung" des Rechtsanwaltes, d.h. daß die Verhandlung auf Armenrecht läuft und teilweise vom Staat bezahlt wird, ebenso der Rechtsanwalt, wurde vom Richter mit folgender Begründung abgelehnt: Es gäbe Fälle, wo die beigeordneten (in diesen Fällen meistens vom Gericht bestimmten) Rechtsanwälte nichts für ihre Mandanten getan, sondern nur das Geld eingesteckt hätten. Mit dieser schmierigen Argumentation, daß für die Rechtsanwälte im Kapitalismus so ein Ausländer, der sich sowieso nicht wehren kann, nichts als eine Geldquelle ist, wollte er den Antrag eines fortschrittlichen Rechtsanwaltes, der

quelle ist, wollte er den Antrag eines fortschrittlichen Rechtsanwaltes, der

sich offensichtlich für seinen Mandanten einsetzt, ablehnen.

Der Versuch, auch solche minimalen Rechte abzubauen, bedeutet eine weitere Verschlechterung für die Inhaftierten, weil sie auf diese Weise gezwungen werden sollen, Prozeß und Rechtsanwalt aus eigener Tasche zu bezahlen, oder eben auf einen Anwalt ganz zu verzichten.

Zu den Haftbedingungen:

Es schlafen ca. 20 Leute in einem Raum von 50 Quadratmetern.

Dreimal die Woche ist Hofgang, wobei die Kollegen nach dem Hofgang total durchsucht werden.

Der Dolmetscher (er bekommt 90 DM die Stunde) ist nur bei den Verhandlungen mit dem Richter zweimal die Woche für ein paar Stunden da, für die übrige Zeit gibt es keinen Dolmetscher!

Bücher und Zeitschriften in deutscher Sprache sind verboten (sogar Springer-Zeitungen)!

Als ich die Bullen nach der Begründung fragte, sagte einer: „damit die Leute hier nicht lesen, was ihre Landsleute hier für kriminelle Taten begehen". (!). In diesem Bullenhirn sitzt die rassistische Verhetzung schon felsenfest! Alle Ausländer sind Kriminelle!!!

Als der Rechtsanwalt meinte, Zeitungen und Bücher seien doch selbst in der U-Haft erlaubt, meinte der Bulle: „Bei uns hier weht eben ein anderer Wind!" Mit diesem anderen Wind, der immer stürmischer weht, sind in der letzten Zeit die Razzien auf öffentliche Parks und S-Bahnhöfe (DDR-Gelände) ausgeweitet worden.

Bei allen diesen Maßnahmen arbeiten Ausländerpolizei und politische Polizei in den Heimatländern der Kollegen hervorragend zusam-

sche Polizei in den Heimatländern der Kollegen hervorragend zusam-

men:

So ist es sehr gefährlich, linke Literatur in den Knast zu schmuggeln, weil derjenige, der beim Lesen erwischt wird, sofort einen Vermerk in seine Akte bekommt. Man kann sich ausrechnen, was das für jemanden bedeutet, der z.B. nach Jordanien oder in die Türkei abgeschoben wird! ●

Ein AK-Leser aus Westberlin

Heinrich-Bauer-Verlag:

400 Arbeitsplätze wollen die Bauer-Kapitalisten wegrationalisieren!

Nachdem in der letzten Zeit allein drei der größten Druckbetriebe in Hamburg (Springer, Broschek und Auer-Druck) ca. 500 Arbeitsplätze vernichtet hatten, wollen nun auch die Bauer-Kapitalisten Massenentlassungen großen Stils in Hamburg vornehmen.

Der Heinrich-Bauer-Verlag wird die bisher in Hamburg geplante Druckerei n i c h t bauen.

Weiter haben die Bauer-Kapitalisten beschlossen, die vorhandene Druckerei in Hamburg s t i l l z u l e g e n und die Produktion nach Köln zu verlegen. Das wird 400 Kollegen der Hamburger Druckindustrie die Arbeitsplätze kosten!

In der von der Bauer-Geschäftsleitung herausgegebenen „Hauspost" liest sich das so:

„Es ist geplant, Teile unseres technischen Betriebes von Hamburg nach Köln zu verlagern.

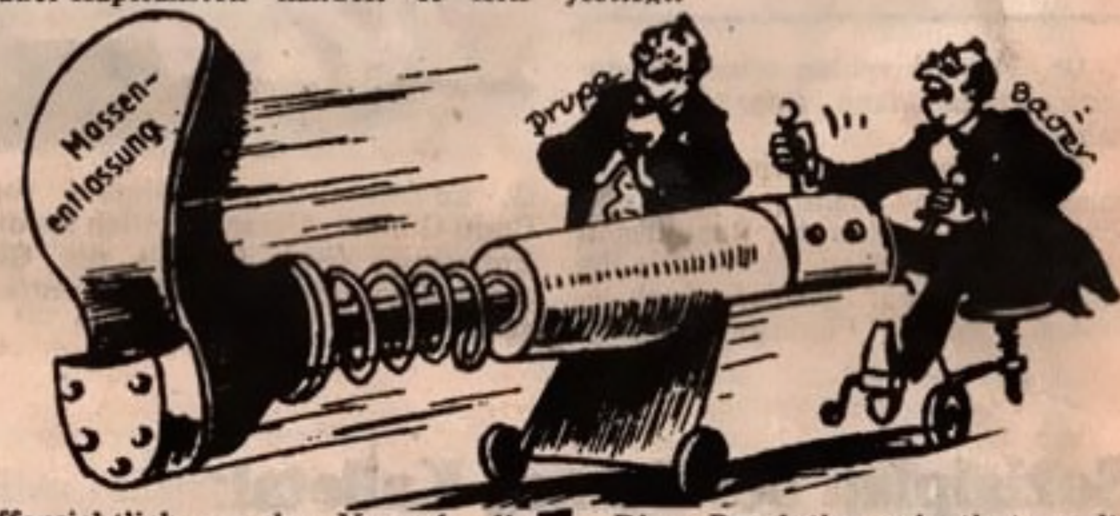
In Köln sind alle räumlichen Voraussetzungen dafür gegeben. (...).

Daß diese Entscheidung eine noch nicht genau zu beziffernde Anzahl von Mitarbeitern hart treffen wird, ist sicher."

Begründet wird der plötzliche Sinneswandel der Bauer-Kapitalisten mit der Wirtschaftskrise im Allgemeinen und mit dem „schlechten Investitionsklima" in Hamburg im Besonderen.

Weiter bemängeln die Bauer-Kapitalisten, der Senat habe nur eine auf fünf Jahre befristete Betriebsgenehmigung für die damals geplante Druckerei erteilen wollen (wegen städteplanerischer Gründe und wegen Umweltschutzgefahren).

Bei diesen „Begründungen" der Bauer-Kapitalisten handelt es sich



offensichtlich um den Versuch, die

offensichtlich um den Versuch, die

Verantwortung für die Vernichtung von 400 Arbeitsplätzen von sich auf den Hamburger Senat abzuwälzen.

Daß der Senat sich in der Tat nicht scheut, auf der einen Seite eine rigorose Sparpolitik zu Lasten der Arbeiterklasse zu betreiben (Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser etc.) und andererseits den Kapitalisten Milliarden-Geschenke zu machen, ist nicht zuletzt am Reynolds-Skandal deutlich geworden.

Dann noch vom „schlechten Hamburger Investitonsklima" zu reden, dazu gehört schon die Unverfrorenheit, zu der nur die Kapitalisten imstande sind.

Die Hamburger DruPa-Führer

Schon bei den Massenentlassungen der Vergangenheit hatten die Hamburger DruPa-Führer nichts unversucht gelassen, damit die Kapitalisten ihre Pläne ohne besondere Probleme über die Bühne ziehen konnten.

Im Fall Auer-Druck, z.B. waren die Ansätze einer Kampffront gegen die Entlassungen mit Hilfe einer „Doppelstrategie" von den Hamburger DruPa-Führern z e r s c h l a g e n worden.

Zum einen waren die Kollegen mit „Argumenten" vom Kampf abgehalten worden: Man dürfe nicht gegen die damals geplanten 120 Entlassungen kämpfen (!), weil (!) sonst die Existenz des Betriebes gefährdet werde und damit nicht nur 120, sondern a l l e 400 Arbeitsplätze verloren gehen könnten!

Zum anderen wurde auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Massenentlassungen bei Auer-Druck die erste Welle von Massenausschlüssen gegen die fortschrittlichen Kollegen und Kommunisten in der Hamburger DruPa eingeleitet. Das war der „Beitrag", mit dem die Hamburger DruPa-Chefs, Wolff und Metzinger, der Entwicklung einer Front gegen die Massenentlassungen die „richtige Orientierung" zu geben hofften.

Im Fall Bauer deutete sich auf der ersten Vertrauensleute-Sitzung nach dem Bekanntwerden der Bauer-Pläne, auf der auch Metzinger zugegen war, ein ähnliches Vorgehen der Hamburger DruPa-Führung an.

Versehen mit den Unterschriften ihrer Abteilung brachten einige fortschrittliche Kollegen folgende Resolution ein:

Resolution:

Die VKL-Mitglieder mögen auf ihrer Sitzung vom 16.9.75 folgende Resolution unterstützen:

Wir unterstützen den Betriebsrat (BR) in seiner Haltung, den geplanten Entlassungen nicht zuzustimmen. Wir sind nicht bereit, die Umverlegungspläne des Bauer-Verlages mit dem Verlust unserer Arbeitsplätze zu bezahlen. Eine Verlagerung, die gleichzeitig verbunden ist mit Arbeitsplatzeinsparungen, würde die Situation auf dem Hamburger Arbeitsmarkt verschärfen und speziell in unserer Branche die Aussicht auf einen neuen Arbeitsplatz praktisch unmöglich machen. Eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl bedeutet für die Kollegen im Betrieb ein zusätzliches Druckmittel der Unternehmer.

Wir fordern deshalb den Ortsvereinsvorstand (OVV) der IG-Druck und Papier und die Betriebsräte und Vertrauensleute der anderen Hamburger Druckbetriebe auf, uns bei der Erhaltung unserer Arbeitsplätze nach Kräften zu unterstützen.

Dazu ist es notwendig, daß der OVV die Pläne des Bauer-Verlages in seinem nächsten Mitteilungsblatt sowie im Zentralorgan veröffentlicht und als Tagesordnungspunkt der nächsten Delegiertenversammlung festlegt."

Diese Resolution orientiert somit

Diese Resolution orientiert somit

auf die solidarische, gemeinsame Abwehr der Pläne der Bauer-Kapitalisten durch a l l e in der Hamburger Druckindustrie beschäftigten Kollegen. Sie wurde einstimmig auf der VLK-Sitzung angenommen.

Das hinderte Metzinger (OVV) und den BR Neumann jedoch nicht daran, gleich darauf eine zweite, ganz anders angelegte, Resolution aus der Tasche zu zaubern.

Im Kern besteht diese zweite Resolution aus der Aufforderung (besser der Bitte) an die Bauer-Kapitalisten, doch von ihren Umverlegungs- und Stillegungsplänen abzusehen. Das alles sei doch gar nicht „notwendig zur Betriebserhaltung"!

Vom Inhalt her ist diese „Vorstands-Resolution" gefährlich und desorientierend vor allem deshalb, weil sie auf der illusionären Vorstellung basiert, der Kapitalist sei durch „Aufforderungen" und unsinnige Belehrungen von seinen – die Existenz der Arbeiter bedrohenden – Plänen abzubringen.

Diese zweite Resolution ist aber nicht nur vom Inhalt her desorientierend. Sie hat auch eine spalterische Stoßrichtung. Nach den Vorstellungen ihrer Verfasser, soll sie sich nur an die Kollegen der Bauer-Technik wenden, noch nicht einmal an die Angestellten bei Bauer. Letztere würden ohnehin nicht unterschreiben, da sie nicht „betroffen" seien. Man solle deshalb auch gar nicht erst versuchen, sie für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen.

Gerade diese beiden Resolutionen bilden u.E. eine gute Grundlage, um in den Diskussionen im Betrieb und in der DruPa herauszuarbeiten, mit welcher Stoßrichtung der Kampf gegen die Massenentlassungen zu entwickeln ist.

Es wäre schon ein nicht zu unterschätzender Erfolg, wenn es gelänge, möglichst viele Kollegen dazu zu bewegen, eine desorientierende und spalterische Orientierung abzulehnen und der ersten Resolution ihre Zustimmung zu geben. ●

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hanomag-Henschel:

Geschäft mit der Arbeitslosigkeit

Noch Ende 1974 wurde bei Hanomag aufgrund einer angeblich schlechten Absatzlage kurzgearbeitet und 418 Kollegen wurden entlassen. Gleichzeitig lief allerdings die Entwicklung eines neuen Transporters auf Hochtouren weiter.

Seit dem Frühjahr 1975 hat sich das Bild plötzlich gewandelt: Die Gesamtproduktion des Transporters wurde nach Bremen verlagert und die Hanomag-Geschäftsleitung plant darüber hinaus, das Werk zu erweitern. So wurde z.B. beim Gewerbeaufsichtsamt die Genehmigung für Feuerungsanlagen von vier Dampfkesseln beantragt.

Seit Anfang 75 stellt Hanomag auch wieder ein: bisher schon über 300 Kollegen, insgesamt soll die Belegschaft um 1000 Kollegen aufgestockt werden. Gleichzeitig nutzen die Hanomag-Kapitalisten die miese Lage auf dem Arbeitsmarkt aber aus, um die Ausbeutung im Betrieb zu verschärfen. Das fängt schon bei der Einstellung an, so wird man erst einmal von oben bis unten beschnüffelt und muß einen lückenlosen Nachweis seiner gesamten Arbeitsverhältnisse erbringen. Hat man die Maschen des Netzes beim Personalbüro geschafft, kann man noch lange nicht meinen, man hätte jetzt einen sicheren Arbeitsplatz. Wer nicht hundertprozentig für den Betrieb schuftet und sich kaputt macht, wer sogar einmal eine bis zwei Minuten zu spät kommt, muß damit rechnen, gleich wieder rauszufliegen. Dabei ist es den Hanomagkapitalisten egal, daß Fehlbestände auftreten, daß müssen die verbleibenden Kollegen eben alles wieder rausholen. Daher kommt es häufig vor, daß die Kollegen dann für zwei arbeiten müssen, so z.B. im Presswerk, wo oft mit 2-3 Mann der Akkord geschafft werden muß, der für vier berechnet ist! Gleichzeitig wird die Arbeitshetze durch raufgesetzte Akkorde weiter erhöht!

Einen besonders üblen Trick haben sich die Kapitalisten mit den befristeten Verträgen ausgedacht: so bekommen viele neue Kollegen nur Drei- oder Sechsmonatsverträge. Auf diese Art wird die gesetzliche Probezeit einfach verlängert und die Kollegen werden entrechtet und verstärkt diszipliniert! Bei jüngeren Kollegen, die noch nicht bei der Bundeswehr waren, wird diese Maßnahme damit begründet, es sei eben nicht klar, ob sie nicht noch einmal eingezogen werden, und dann müßte Hanomag sie ja nach ihrer Dienstzeit wieder einstellen!

Aber die befristeten Verträge bringen den Hanomag-Kapitalisten noch einen weiteren Vorteil: im Rahmen der „Arbeitsplatzsicherung" bekommt Hanomag für jeden Kollegen, der bestimmte Voraussetzungen erfüllt, vom Arbeitsamt 60%, und vom Land Bremen 40% des Lohnes. Da arbeiten die Kollegen also ein viertel oder halbes Jahr umsonst für den Kapitalisten, den Lohn zahlen die Arbeiter über ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und die Steuern! Für die Hanomag-Kapitalisten ein lohnendes Geschäft, denn sind die befristeten Verträge abgelaufen, kann man sich ja wieder einen Mann vom Arbeitsamt holen! ●

„Der Spiegel" –

fortschrittlicher Redakteur entlassen

Die Geschäftsführung des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" hat gegen den Redakteur W. Borsbach Anfang September eine fristlose Kündigung eingeleitet. Der Kollege ist langjähriges Mitglied der dju sowie Delegierter im Ortsverein Hamburg der IG Druck und Papier.

Bei den Betriebsratswahlen im März war W. Borsbach nach einem Ein-Mann-Wahlkampf, bei dem er sich als einziger Kandidat auf ein Programm festgelegt hatte (stärkere Orientierung an den Kollegeninteressen, Diskussionen mit den Kollegen vor allen wichtigen Entscheidungen, mehr Kontrolle des Betriebsrates (BR) durch größere Transparenz), mit rund 28% der Stimmen auf den sechsten Platz (von elf) des „Spiegel"-Betriebsrates gewählt worden.

Die „Spiegel"-Kapitalisten begründeten ihr Vorgehen gegen den Kollegen damit, daß gegen ihn *„der Verdacht eines schwerwiegenden Verstoßes gegen arbeitsvertragliche Pflichten besteht, gerade dieser Verdacht eine unerträgliche Belastung des Arbeitsverhältnisses darstellt und dieser Verdacht dringend, d.h. durch Tatsachen objektiv begründet ist".*

Peinlich, Peinlich – eine böse Fälschung blieb nicht „intern und vertraulich"

Der tatsächliche Anlaß ist folgender: W. Borsbach hatte eine offenkundige Fälschung im „Spiegel", die er als Schlußredakteur ausführen lassen mußte, mit Protest quittiert und mit zahlreichen Kollegen aus verschiedenen Abteilungen des Hauses diskutiert. Dabei hatte er auch Fotokopien der Fälschung weitergereicht und u.a. von der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe eine Diskussion über diesen Fall gefordert.

Es ging dabei um eine Bericht des Redakteurs Tiziano Terzani über die Situation im Mekong-Delta (Süd-Vietnam) nach der Befreiung. Der Bericht handelte von gezielter Gerüchtepolitik von Seiten alter Thieu-Anhänger in Saigon und die von Terziani selbst beobachtete – dazu im Widerspruch stehende – Wirklichkeit. Terziani berichtete über die Bemühungen der Befreier, die ehemaligen Folterknechte des Thieu-Regimes durch geduldige Diskussion umzuerziehen, statt sie einfach standrechtlich zu erschießen; er schilderte weiterhin die Neuaufteilung des Ackerlandes, die von den Bauern großenteils aus eigener Kraft und mit grosser Beteilung des Volkes vorgenommen wird.

Wie alle Berichte Terzianis seit der Befreiung ließ auch dieser erkennen, daß sich der Autor um faire Darstellung bemüht und daß ihn die Entwicklung in Vietnam nach dessen Befreiung beeindruckt.

In Terzianis Bericht hatte der Ressortleiter Dr. Dieter Wild nun folgenden Einschub einkleben lassen:

„Die asiatische Mentalität, sich dem Unabänderlichen willig zu fügen – für Europäer oft ein unbegreiflicher Opportunismus – , hilft, so scheint es, dem neuen Regime wie zuvor dem alten."

es hält eine Dauer-Militärregierung für möglich.

Vietnam: Umerziehung im Mekong-Delta Seit

„Widerspenstige" Offiziere und Gangster-Bosse werden im Mekong-Delta umerzogen. Sie dienten dem alten Regime – oder profitierten von ihm. SPIEGEL-Redakteur Tiziano Terzani fuhr durchs Delta. Vorherrschende Stimmung: drückende Traurigkeit.

Darüberhinaus formulierte er einen Hinweis im Inhaltsverzeichnis, in dem es hieß:

„,Spiegel'-Redakteur Tiziano Terzani fuhr durchs Mekong-Delta. Vorherrschende Stimmung: drückende Traurigkeit."

Eine solche Aussage kam in Terzanis Bericht zwar vor, aber ausschließlich bezogen auf eine Schulklasse, in der soeben die „Marionetten" des Faschisten Thieu ihre von den Amerikanern gelernten Grausamkeiten den Schülern geschildert hatten und die über diese Grausamkeiten betroffen waren! Der Artikel wurde hier also buchstäblich ins Gegenteil verkehrt.

Der Fall wurde von der „Solidarität" aufgegriffen, einem von fortschrittlichen Hamburger Journalisten herausgegebenen Informationsblatt. Es charakterisierte Wilds Einkleber als *„Zeugnis reinsten Rassismus".*

Eine derartige Verdrehung ist natürlich im „Spiegel" kein Einzelfall. Der ARBEITERKAMPF hat bereits mehrere Male nachgewiesen, daß dieses Blatt – wie alle bürgerlichen Zeitungen – planmäßig lügt. Unter bürgerlichen Journalisten erregen derartige Fälschungen an sich auch kein sonderliches Aufsehen, sondern werden – so von Kollegen auf einer Betriebsgruppensitzung der Gewerkschaft dju – als „Normalfall" eingeschätzt.

Das Besondere an diesem Fall war lediglich, daß die Fälschung von seiten der Vorgesetzten besonders klar und beweisbar ist und – vor allem –, daß der mit der Bearbeitung beauftragte Schlußredakteur W. Borsbach dies eben nicht als „Normalfall" hinnahm.

Das Aufdecken der Nachrichtenfälschung in der „Solidarität" nahmen die „Spiegel"-Kapitalisten zum Vorwand, um den seit langem auf der Abschußliste stehenden Kollegen mit Kündigung zu drohen. Er trage die Verantwortung dafür, daß *„interne und vertrauliche Arbeitsvorgänge, wie sie – zutreffend oder unzutreffend – in dem Beitrag ‚Spiegel' auf Seite 5 ff der genannten Schrift angesprochen werden, zur Kenntnis der Verfasser bzw. Verbreiter der Schrift gelangt sind."*

In einem Antwortbrief auf einen verhörartigen Fragebogen der „Spiegel"-Geschäftsführung, der seine Parallelen in den Berufsverbot-Anhörungsverfahren im öffentlichen Dienst findet, bestritt W. Borsbach, die Informationen an die „Solidarität" gegeben zu haben. Er weigerte sich aber andererseits, sich von der Veröffentlichung in der „Solidarität" zu distanzieren.

Im weiteren wies der Kollege u.a. daraufhin, daß er die angeordnete Fälschung *„für einen schweren Verstoß gegen die Grundregeln einer der Wahrheit verpflichteten Berichterstattung* (halte)".

Unter Pressefreiheit verstehe er *„das Recht des Lesers auf wahrheitsgemäße und um Objektivität bemühte Information. Dieser Verpflichtung entsprechend bin ich bisher sowohl betriebs- als auch gewerkschaftsöffentlich aufgetreten".*

Die „Spiegel"-Geschäftsführung reagierte umgehend, in dem sie dem Kollegen für weitere derartige Stellungnahmen rechtliche Schritte androhte. Begründung: mit seiner auch veröffentlichen Antwort habe der Kollege *„erneut" „interne"* und *„vertrauliche"* innerbetriebliche Informationen weitergegeben. Das sei ein Verstoß gegen die arbeitsvertraglichen Pflichten.

Die rechten Betriebsräte eröffnen zweite Kampffront

Im Betriebsrat gab es über den Antrag der „Spiegel"-Geschäftsführung auf Zustimmung zur fristlosen Kündigung des Kollegen Borsbach eine „Kampfabstimmung". Mit sechs zu fünf Stimmen lehnte er (in Abwesenheit des betroffenen Kollegen) den Antrag ab. Dies bedeutete jedoch keineswegs, daß die „Große Koalition" zwischen Sozialdemokraten aller Schattierungen und direkten Vertretern der Geschäftsführung im Betriebsrat uneins in der Frage gewesen wäre, ob man der Absicht der Kapitalisten, den Kollegen abzuschießen, folgen solle oder nicht. Uneinig war man sich nur in der Frage des „Wie".

Der Betriebsratsvorsitzende Gerhard Mauz hatte ein „feineres Mittel" parat, den Kollegen abzuschiessen: er forderte, beim Arbeitsgericht den Ausschluß des lästigen Betriebsrates zu beantragen, weil *„eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Kollegen Borsbach nicht möglich ist".*

Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von zehn (!) zu einer Stimme angenommen. Damit hatte man den peinlichen Image-Verlust vermieden, der Kündigung eines mißliebigen BR-Mitgliedes zugestimmt zu haben, hatte aber gleichzeitig dieses Mitglied zum Abschuß freigegeben. Denn wenige Tage später – der BR hatte inzwischen eine „einstweilige Anordnung" erwirkt, die dem Kollegen sein Mandat bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Arbeitsgerichtes abnahm – wurde W. Borsbach zwangsbeurlaubt und bekam faktisch Hausverbot. Mit der Begründung, daß es nunmehr ja keine „vernünftigen" Grund gebe, sich im „Spiegel" aufzuhalten. Lediglich an einer Sitzung der Gewerkschaftsgruppe und an der Betriebsversammlung durfte er teilnehmen.

Mit einem sechseitigen (!) Schreiben wandte sich der Betriebsrat alsdann an die „lieben Kolleginnen und Kollegen". In diesem umfassenden Werk nahm er mit keinem einzigen Wort zu der Verdrehung durch den Auslandsressortleiter Stellung. Statt-

reichen. Wir haben ihnen vorgeschlagen, das übrige Land anderen zu überlassen. Bis jetzt haben die Leute freiwillig zugestimmt, und die Bevölkerung hat das mit Beifall quittiert."

Die asiatische Mentalität, sich dem Unabänderlichen willig zu fügen — für Europäer oft ein unbegreiflicher Opportunismus —, hilft, so scheint es, dem neuen Regime wie zuvor dem alten.

In einem nahe gelegenen Dorf gab es einen Mann, der 40 Hektar Reisfelder besaß. Aber weder er noch seine Söhne, von denen der eine Polizist in My Tho, der andere Regierungsangestellter in ... Hoa war, bearbeiteten das Land. ...uern bestellten die Felder als ...

dessen: *„Wer auch immer die Solidarität" über interne und vertrauliche Arbeitsvorgänge im Bereich der Redaktion des ‚Spiegel' unterrichtete, beging damit einen groben Verstoß, der eine außerordentliche Kündigung nicht nur rechtfertigt, sondern unumgänglich macht* (!)."

Andererseits: *„Es ist unstreitig, daß Mitarbeitern dieses Hauses und Betriebsratsmitgliedern nicht untersagt ist, zu nach ihrer Meinung vorliegenden Verstößen gegen eine wahrheitsgemäße und objektive Berichterstattung Stellung zu nehmen".*

Diese Stellungnahme haben jedoch „innerhalb des Hauses zu erfolgen".

Allerdings beileibe nicht an beliebiger Stelle innerhalb des Hauses: *„Die Erörterungen sind in den jeweils betroffenen Arbeitsbereichen zu führen. Haben diese Erörterungen nicht das für erforderliche gehaltene Resultat, so steht der Betriebsrat mit seinen Ausschüssen zur Verfügung . . ."*

Warum eine Auseinandersetzung diesen „Dienstweg" nehmen muß und nicht gleichzeitig oder noch vor Gremienberatungen innerhalb der Kollegenschaft beraten werden darf, haben die Reaktionäre im BR nicht verraten.

Wer „Herr im Hause" ist oder sich so fühlt, kann sich offenbar B e g r ü n d u n g e n für seine Anordnungen und Entscheidungen sparen!?

Der Kern der Sache: ein Vertreter linker Politik soll aus Betrieb und Betriebsrat gesäubert werden

Der Kollege Borsbach hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er die Kritik der „Solidarität" an der herrschenden Art, Presse zu machen, teilt. Er hat insbesondere auch in Betriebsgruppensitzungen der IG DruPa sich wiederholt gegen die zunehmende Methode – auch im „Spiegel" – gewandt, Information durch Hetze und Verdrehung zu ersetzen.

Der Kollege hat auch nie ein Hehl daraus gemacht, daß er die Auffassung der „Solidarität" teilt, daß die Kollegen sich gegen die genannte Entwicklung gerade auch der „liberalen" Presse wehren sollten; und daß sie dies tun könnten, indem sie aus der Isolierung und Vereinzelung heraustreten, miteinander in Kontakt treten, Erfahrungen austauschen, sich über Eingriffe gegenseitig verständigen, sich darüber absprechen, wie sie in die bestehenden Gremien (Betriebsgruppe, Betriebsrat, Mitgliederversammlung, schließlich auch Ressortkonferenzen, Redaktionskonferenzen etc.) hineinwirken können.

Diese Auffassung, dieses Verhalten sollen aus dem Betrieb gesäubert werden. Daran läßt die „Spiegel"-Geschäftsführung auch nicht den geringsten Zweifel: wie der Kollege auf der Betriebsversammlung am 22. September berichtete, wird im Schriftsatz der „Spiegel"-Anwälte an das Arbeitsgericht immer wieder seine praktisch-politische und geistige Verwandtschaft mit den Positionen der „Solidarität" als Belastungsmaterial angeführt.

Die gleiche Politik wird mit ähnlichen Argumenten auch von den rechten Betriebsräten unter Federführung des Vorsitzenden Gerhard Mauz bekämpft und soll aus dem BR gesäubert werden.

Es ist klar, daß die BR-Mehrheit nur darauf gewartet hatte, einen Vorwand zum Abschuß des Kollegen zu finden. Nachdem die Geschäftsführung ihn bereits angeschossen hat, war es eine gute Gelegenheit, ihm noch einen Tritt hinterher zu geben. Der BR hat durch sein Vorgehen nicht nur die linke Politik aus dem BR gesäubert, sondern auch die Geschäftsführung aktiv darin unterstützt, eine solche Linie aus dem Betrieb zu säubern. Außerdem haben einige Betriebsräte wie Mauz, Kogelfranz, Betsch und der stellvertretende Leiter (!) der Vertriebsabteilung Overbeck durch ihre massive Hetze die Geschäftsleitung dabei unterstützt, durch Einschüchterung der Kollegen eine eventuelle Solidarisierung mit dem Kollegen Borsbach oder gar eine Weiterführung der von ihm propagierten Politik zu behindern.

Jeder aktive Gewerkschafter und insbesondere jeder demokratische Journalist – nicht nur im „Spiegel" – steht hier einmal mehr vor der Entscheidung, entweder durch Stillhalten jedem weiteren Gesinnungsterror Tür und Tor zu öffnen, oder aber sich gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kollegen zur Wehr zu setzen. ●

Westdeutsche Presse:

„... Grenzen gewerkschaftlicher Interessenvertretung ..." –

„Stuttgarter Zeitung" feuert DJV-Vorsitzenden!

Anfang Juli kündigte die „Stuttgarter Zeitung" Dr. Fritz Richert, der bis dahin Leiter des Ressorts Innenpolitik dieser Zeitung gewesen war. Richert war kurz zuvor zum Vorsitzenden des Deutschen Journalisten Verbandes (DJV) gewählt worden. (Der DJV ist eine ständisch-reaktionäre Journalistenvereinigung, im Gegensatz zur Deutschen Journalisten Union (dju), die eine Berufsgruppe in der IG Druck und Papier bildet). Richert hatte das Ansinnen des Verlages, für die Zeit, in der er den DJV leitet (ehrenamtlich) „Sonderurlaub" zu nehmen, abgelehnt. Daraufhin wurde er gefeurt.

Richerts Rausschmiß löste einigen Wirbel aus. Von den Jusos bis hin zum Deutschen Presserat kamen mehr oder minder „empörte" Proteste. Die Verlagsleitung der „Stuttgarter Zeitung" ging daraufhin mit einer „Erklärung in eigener Sache" auch öffentlich zum Angriff über („Stuttgarter Zeitung" vom 5./6. Juli 75).

„Die Unabhängigkeit von Parteien, Verbänden und Gewerkschaften, mit einem Wort von Gruppeninteressen jeglicher Art", so heißt es dort heuchlerisch, *„gehört zu den Lebensgrundlagen dieser Zeitung. (. . .) Doch wie steht es um diese Unabhängigkeit, wenn ein leitender Redakteur dieses Hauses den Vorsitz einer Gewerkschaft* (aha!) *übernimmt, wenn er auf zwei Hochzeiten tanzt: einmal als Spitzenfunktionär seines Verbandes (. . .), und dann wieder als Ressortleiter Innenpolitik der ‚Stuttgarter Zeitung', für das unter anderen auch die Gewerkschaften (. . .) Gegenstand kritischer Betrachtung sein müssen? (. . .) Dr. Richert kann auf anständige Weise nicht zwei Herren zugleich dienen."*

Das ist allerdings Klartext! So offen ist bisher selten gesagt worden, daß sich für den Kapitalisten und besonders für bürgerliche Zeitungen als Propagandainstrumente der Kapitalistenklasse gewerkschaftliche Interessenvertretung und journalistischer Auftrag ausschließen.

Es kommt aber noch dicker! Die „Stellungnahme in eigener Sache" macht deutlich, daß es der „Stuttgarter Zeitung" in dem kommenden Prozeß vor dem Arbeitsgericht auch noch darum geht, einen Vorstoß in Richtung auf eine neue Variante bzw. die Ausweitung der schon bestehenden Berufsverbote und U n v e r e i n b a r k e i t s b e s c h l ü s s e im öffentlichen Dienst und in den Gewerkschaften zu starten.

Es gehe jetzt auch darum, *„sorgsam zu prüfen, ob es denn nicht eine Grenze (. . .) des Rechts für die Ausübung von Verbandsinteressen am Arbeitsplatz gibt, (. . .). Vielleicht hat es sogar sein Gutes, daß eine Klärung in dieser Frage erfolgt, hinter der sich keinesfalls – wie fälschlich behauptet wird – ein Streit zwischen Personen verbirgt, sondern eine ins Dunkelfeld geratene Grundsatzfrage über Umfang und Grenze gewerkschaftlicher Interessenvertretung vom Arbeitsplatz aus."*

Es geht somit darum, in wieweit nach dem Beginn der Säuberung der Betriebe, der Gewerkschaften und des öffentlichen Dienstes von Kommunisten und konsequenten Demokraten nun gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb generell von den Kapitalisten in Frage gestellt werden kann. **Das von der „Stuttgarter Zeitung" angestrebte Urteil im Prozeß mit dem Redakteur Richert soll den Kapitalisten bescheinigen, daß aktive Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft u n v e r e i n b a r damit ist, beim Kapitalisten „in Lohn und Brot" zu sein.**

Nicht zuletzt die Jusos und die IG Druck und Papier haben „scharf" gegen die Kündigung von Richert Stellung genommen. Völlig richtig wird dieser Angriff gewertet, wenn er als gegen „die grundgesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit" gerichtet bezeichnet wird. Wie wenig ernst solche Äußerungen jedoch zu nehmen sind, wird vor allem daran deutlich, daß es gerade die IG Druck und Papier-Führung war, die – im Verein mit den anderen Gewerkschaftsführungen – schon längst die U n v e r e i n b a r k e i t s b e s c h l ü s s e in der DruPa durchgepeischt hatte, die jetzt den Kapitalisten der „Stuttgarter Zeitung" als „Orientierungshilfe" dienen. ●

Journalisten-Zelle und Druck-Komitte, KB Gruppe Hamburg

Zur Stahltarifrunde

8% – Ein glatter Hohn!

Am 15.9.75 tagte in Essen die Große Tarifkommission der IGM und stellte die Forderung für rund 200.000 Arbeitnehmer und Angestellte der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, Bremen (Klöckner-Hütte) und Osnabrück (ebenfalls Klöckner-Hütte) auf. Nach einer Abstimmung, die mit 98 zu 16 Stimmen ausging, wurden diese Forderungen aufgestellt:

– 8% mehr Lohn und Gehalt
– zusätzliches Urlaubsgeld
– 50.– DM mehr für Auszubildende
– Tarifliche Absicherung der in den Jahren '74 und '75 gewährten Urlaubsgeldsonderzahlung von 300.–

Mit diesem Forderungs„paket" der IGM-Führung, das zum Nachteil einer klaren und ausreichenden Lohnforderung wieder verschiedene Tarifverträge berührt, die gegeneinander auszuspielen sind, stellt sich die Große Tarifkommission ganz klar gegen die Forderungen, die von den Kollegen in einigen Werken aufgestellt worden sind. Vor allen Dingen die schon traditionsgemäß kampfstärksten Belegschaften der letzten Jahre haben auch diesmal wieder eine eigene Forderung aufgestellt oder Diskussionen in der Belegschaft begonnen:

● Klöckner-Hütte Bremen:
– 12% oder mindestens 140.– DM für alle
– 140.– für jedes Lehrjahr
– zusätzlich verlangten die Vertrauensleute die Änderung des Manteltarifvertrags, so daß in Zukunft der Kapitalist die Differenz zwischen Kurzarbeitergeld und 90% des Nettolohns trägt. Diese Forderung entspringt den konkreten Erfahrungen der Klöckner-Kollegen, die seit Monaten durch Kurzarbeit erhebliche finanzielle Verluste hinnehmen müssen.

● Siemens-Martin Werk von Hoesch in Dortmund:
– 12% mehr Lohn und Gehalt, mindestens 140.– DM für alle!

Im Vertrauensleutekörper der Stahlwerke Peine-Salzgitter konnte die Aufstellung einer Forderung bisher nicht durchgesetzt werden. Bei Klöckner in Osnabrück wurde der 1. Bevollmächtigte der IGM aktiv und verhinderte eine konkrete Forderung (besagter „Arbeitervertreter" ist nebenbei Oberbürgermeister der Stadt).

Propagandistisches Trommelfeuer der Kapitalisten...

Propagandistisches Trommelfeuer der Kapitalisten...

Der Aufstellung einer Tarifforderung für die Stahlarbeiter war in der bürgerlichen Presse eine massive Hetzkampagne vorausgegangen: Ausgehend von den „Spar"plänen der Bundesregierung wurde immer wieder „klargemacht", daß bei den kommenden Tarifrunden vor allem die Werktätigen die Zeche zu bezahlen haben: *„Die Verhandlungen müssen bei Null beginnen"* („Welt", 10.9.75). Helmut Schmidt: *„Die Hauptschlacht findet an der Lohnfront statt"* („Welt", 12.9.75). Das sind nur einige Schlagzeilen, die eine neue Etappe zum offenen Lohnraub einleiten sollen. Schon am 6.9. erklärte Hanns Martin Schleyer, daß die *„kommenden Lohnerhöhungen ganz wesentlich (!) unter den letzten Lohnabschlüssen bleiben"* müssen („Handelsblatt" vom 8.9.75). Er forderte zusätzlich, *„die Kosten der Unternehmen auf ein erträgliches Maß zurückzuführen"* und für die Mehrwertsteuer müsse gelten, daß *„diese nicht die Wirtschaft belasten soll, sondern vom Verbraucher zu tragen ist"* („Handelsblatt", 8.9.75). Wohin die Reise nach dem Willen der Kapitalisten bei allen Tarifrunden des nächsten Jahres gehen soll, wird an einem Leitartikel der bürgerlichen reaktionären „Franfurter Allgemeinen Zeitung" deutlich:

„Die jetzigen Reallöhne . . . müssen vorübergehend sinken, die vorangegangene Unmäßigkeit muß wenigstens teilweise korrigiert werden. Das kann in der Weise geschehen, daß demnächst entweder nominale Tariferhöhungen unter der Inflationsrate vereinbart werden oder daß die unveränderte Beibehaltung der geltenden Tarife für ein halbes Jahr vereinbart werden" („FAZ", 9.9.75).

... und die Gewerkschaftsführung gibt klein bei!

Nachdem die 8%-Forderung bekannt wurde, erklärte Wirtschaftsminister Friedrichs: *„Diese Forderung ist nicht in Einklang zu bringen mit der Notwendigkeit eines fundierten Aufschwungs . . . Die Lohnquote darf nicht weiter steigen"* („FAZ", 17.9.). Und weiter: *„Die Forderungen trügen nicht zum Aufschwung und zur Sicherung der Arbeitsplätze bei"* („Welt", 17.9.). Und unter der Überschrift *„Eine falsche Zahl"* macht das „Handelsblatt" die Position der Kapitalisten deutlich: *„Aus Gründen der Wiederbelebung der Investitionsneigung ist 1976 ein Vorsprung der Gewinne vor den Löhnen notwendig"* (17.9.).

Nicht nur, daß sie den Arbeitern und Angestellten niedrige Lohnraubabschlüsse unterjubeln wollen, darüberhinaus verlangen die Kapitalisten für ihre Betriebe auch noch Steuererleichterungen. Und das in einer Situation, wo den Werktätigen u.a. die Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Arbeitslosenversicherung, Branntwein- und Tabaksteuer aufs Auge gedrückt werden.

Diesem konzentrierten Trommelfeuer der Kapitalisten hatte die IGM-
beitslosenversicherung, Branntwein- und Tabaksteuer aufs Auge gedrückt werden.

Diesem konzentrierten Trommelfeuer der Kapitalisten hatte die IGM-Führung nichts mehr entgegenzusetzen. Erklärte Hans Mayr nach der Sitzung der Tarifkommission, durch die Forderung werde der *„Kaufkraftschwund abgedeckt und es werde darüberhinaus eine kleine reale Komponente mit hineingetragen"* („Handelsblatt", 16.9.), wich Eugen Loderer noch einen weiteren Schritt zurück: Die 8% *„sind eine Forderung, kein Ultimatum"* („Frankfurter Rundschau", 18.9.), woraus zu folgern ist, daß die Gewerkschaftsführung von vornherein bereit ist, noch weitere Abstriche zuzulassen. Und genauso kam es dann auch, als Loderer erklärte, daß ein *„Endergebnis von 6% (!) ihm (!) auch genügen würde"* („Süddeutsche Zeitung", 18.9.75). Diese Überheblichkeit kennt schon keine Grenzen mehr: die Bezüge eines IGM-Vorsitzenden sind natürlich nicht von dem Ausgang einer Tarifrunde abhängig und werden zusätzlich durch Aufsichtsratsgelder abgedeckt. Für alle Kollegen der Stahl- und Metallindustrie sind die Tarife aber der wesentliche Teil ihres Kampfes um die Verteidigung und Verbesserung ihres Lebensstandards. Doch darum geht es den Gewerkschaftsführern schon lange nicht mehr. Sie begeben sich von Anfang in die Defensive und beanspru-



chen unter Berücksichtigung der die Produktionszahlen im Stahlwerk

chen unter Berücksichtigung der „wirtschaftlichen Lage" (der Kapitalisten) nur einen „Inflationsausgleich".

Da von den ursprünglichen Forderungen der Kollegen bei solcher Politik nichts übrigbleiben kann, zog die Gewerkschaftsführung eine wortradikale Schau sondergleichen ab. Um mögliche aufkommende Unruhe über die IGM-Politik unter den Stahlarbeitern zu verhindern, erklärte Kurt Herb, Bezirksvorsitzender in Essen: *„Die Arbeitgeber wären gut beraten, wenn sie uns nicht zuviel zumuten würden"* („Handelsblatt", 19.9.) und schloß auch einen Streik nicht aus!

Da das konkrete Verhalten dieser Herren in echten Streikaktionen der Kollegen bekannt ist, sollten sich die Kollegen klar sein, was so eine Erklärung wert ist: eine Beruhigungspille, sonst nichts!!

Die Lage der Kollegen in der Stahlindustrie

Das ganze Jahr über wurde in den Stahlwerken der BRD kurzgearbeitet. Im September werden rund 78.000 Kollegen oder 24% der Gesamtbelegschaften der eisenschaffenden Industrie von Kurzarbeit betroffen sein. *„Im engeren Bereich der Stahlerzeugung (ohne Röhren- und Schmiedewerke) steigt die Kurzarbeitsquote bei rund 64.000 Betroffenen sogar auf 30% an"* („Welt", 16.9.75).

Für die Kollegen bedeutet die Kurzarbeit neben finanziellen Verlusten vor allen Dingen erhöhte Tonnenschinderei. So wurden bei den Hamburger Stahlwerken vor der letzten Kurzarbeitsperiode im Monat Juli die Produktionszahlen im Stahlwerk auf über 50.000 to hochgetrieben. Bei der Klöckner-Hütte in Bremen gab es schon zwei große Blockstillstände, von denen jeweils 5.000 und 3.000 Kollegen betroffen waren. Zwei weitere Stillstände bis Ende des Jahres sind schon eingeplant. Nun hat der Betriebsrat einen Bericht veröffentlicht, nach dem bei fortlaufender Produktion 1975 im Monatsdurchschnitt genausoviel produziert wird wie 1974, dem Jahr des größten Stahlbooms überhaupt! Und das bei einer Arbeitszeit von 32 Stunden in der Woche und einer um 200 Kollegen reduzierten Gesamtbelegschaft! Die Kurzarbeit dient also nicht der Drosselung der Produktion wegen „Absatzschwierigkeiten", sondern ist für die Kapitalisten eine zusätzliche Profitquelle.

Was muß gefordert werden??

In einer Situation, in der die Kapitalisten offen Lohnraubabschlüsse durchsetzen wollen und die Gewerkschaftsführung von vornherein mit 6% „zufrieden" ist, kommt es für die Belegschaften darauf an, für die Forderungen im eigenen Interesse zu kämpfen. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die Forderung des Spaeter-VK's in Hamburg:

– 250.– DM linear für alle (Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge)
– 2 Tage mehr Urlaub
– 10% mehr Urlaubsgeld

Ferner sollte an der Forderung nach EXISTENZLOHN FÜR LEHRLINGE festgehalten werden.

Die Forderung:
GEWERKSCHAFTEN RAUS AUS DER KONZERTIERTEN AKTION ist bei der derzeitigen Politik der Gewerkschaftsführung aktueller denn je. GEGEN DIE ANGRIFFE DER KAPITALISTENKLASSE – DIE EINHEITLICHE KAMPFFRONT DER ARBEITERKLASSE!!!! ●

Metallkomitee KB/Gruppe Hamburg

Tödlicher Arbeitsunfall bei Klöckner

Während des „Blockstillstandes" (Kurzarbeit) auf der Klöckner Hütte vom 25.8. -6.9. ereigneten sich auf der Hütte zwei schwere Unfälle.

Bei einem kam ein Kollege ums Leben, beim anderen wurde ein Kollege schwer verletzt. In beiden Fällen handelt es sich um Kollegen einer Fremdfirma, die von einem 12 Meter hohen Gerüst stürzten. In beiden Fällen war die Ursache verrottetes Gerüstmaterial.

Der Blockstillstand, von den Kollegen allgemein als „Reparatur-Schicht" bezeichnet, wurde von den Klöckner-Kapitalisten dazu ausgenutzt, auf die Schnelle in den 12 Tagen alle anstehenden und liegengebliebenen Reparaturen durchzuführen. Um dies auch in der kurzen Zeit zu schaffen, wurden die Kollegen angetrieben und gehetzt. Obwohl bereits der erste tödliche Unfall auf fehlerhaftes Gerüstmaterial zurückzuführen war, wurde das Gerüst nicht ersetzt, sondern die Kollegen mußten weiterarbeiten. Am 3.9. stürzte dann wieder ein Kollege ab,



dabei hatte er „Glück" und überlebte den Unfall schwerverletzt. Die Ursache: eine verrostete Strebe war unter ihm zusammengebro-

dabei hatte er „Glück" und überlebte den Unfall schwerverletzt. Die Ursache: eine verrostete Strebe war unter ihm zusammengebrochen.

Trotzdem wurde auch nach diesem Unfall mit dem Gerüst weitergearbeitet, die Firma läßt erst einmal durch die Berufsgenossenschaft prüfen, ob das Gerüst nun auch wirklich verrottet ist, denn ihrer Meinung nach war „nur" ein Winkel gelöst!

Die Klöckner-Kapitalisten können sich die Hände reiben, sie kriegen ihre Reparaturen fertig und können so Produktionseinschränkungen einsparen. Auch für die Fremdfirma dürfte es ein lohnendes Geschäft sein! Das Kollegen ihr Leben lassen müssen und ihre Knochen hinhalten interessiert die Kapitalisten natürlich nicht! Sie sehen nur ihren Profit und versuchen, diesen „ohne Rücksicht auf Verluste" herauszuwirtschaften! ●

KB/Gruppe Bremen

Bremen:

Hansa-Waggon: Geschäft mit der Pleite

„Wir bieten Arbeitsplätze mit Zukunft". Mit dieser Überschrift fanden sich noch vor wenigen Wochen Anzeigen von Hansa-Waggon in den Bremer Tageszeitungen. Nun, in der ersten Septemberwoche hat der Betrieb plötzlich dicht gemacht. Morgens, als die Arbeiter zur Arbeit gingen, bekamen sie beim Pförtner einen Brief in die Hand gedrückt, in dem sie erfuhren, daß sie von einem Tag auf den anderen auf der Straße sitzen. Für ausstehende Löhne und Gehalter soll angeblich auch kein Geld mehr da sein!

Tatsache ist, daß die Entwicklung des Umsatzes für Kapitalist Thienes sich positiv entwickelt hat: gegenüber einem Gesamtumsatz von 40 Millionen 1974 betrug der Umsatz im ersten Halbjahr 1975 schon 25 Millionen! Auch an Aufträgen mangelt es nicht: Für 1976 waren schon Bestellungen in Höhe von 40 Millionen Mark fest verbucht, zudem hatte der Betrieb von der Bremer Verkehrsgesellschaft einen Auftrag für den Bau von Straßenbahnwaggons in Höhe von 14,5 Millionen Mark. Dieser Auftrag war, wie der Direktor der Bremer Straßenbahn AG gegenüber der „Morgenpost" vom 30.8. betont „als eine massive Rettungsaktion für die Hansa-Waggon-Werke" gedacht.

Thienes jedoch hat seine Schäfchen bereits ins Trockene gebracht: Mit den bei Hansa-Waggon aus den Arbeitern herausgepreßten Profiten brachte er vier (!) weitere Betriebe in seinen Besitz, trennte dann sein gesamtes Vermögen juristisch von den Hansa-Waggon-Werken ab, und plötzlich war kein Geld mehr da, weitere Aufträge vorzufinanzieren!

Tatsächlich steht dahinter, daß Thienes in die Hansa-Waggon-Werke seit seinem „Einstieg" kaum Kapital investiert hat. Der Betrieb soll total veraltet sein. So wird es für ihn günstiger, den Laden dicht zu machen und in seinen anderen Werken weiterzuproduzieren. In diesem Zusammenhang muß es doch auch seltsam anmuten, daß sich, laut Kapitalist Thienes, der Anteil am Bau von Containern von 15 % plötzlich auf 85 % erhöht hat. Besitzt Thienes doch in Lübeck ein weiteres Werk für Containerproduktion! Schon hieran wird deutlich, daß die Pleite bewußt herbeigeführt worden ist.

Was kümmert's den Kapitalisten, daß 479 Arbeiter und Angestellte auf der Straße sitzen! Angeblich sollen 100 von ihnen eine neue Arbeit gefunden haben, für den Rest sieht es bei einer Arbeitslosenquote von 4,3 % düster aus!

Und der Bremer SPD-Senat behauptet weiter in seiner Wahlwerbung, „Bremens Arbeitsplätze sind stabil". Durch ein großzügiges Investitionsprogramm sollen 70 Millionen Mark in die Bremer Wirtschaft gepumpt werden, angeblich zur „Sicherung der Arbeitsplätze". Wie mit diesem Geld umgesprungen wird, beweist Hansawaggon: Dort waren seit 1971 Gelder in Höhe von fünf Millionen Mark in Form von langfristigen Bürgschaften usw. reingepumpt worden. Dieses Geld dürfte man jetzt auf Thienes Privatkonto oder in seinen anderen Betrieben wiederfinden". Sicherung der Arbeitsplätze durch öffentliche Investitionen", wie immer wieder demagogisch behauptet wird, heißt nichts anderes als Finanzspritzen aus Steuergeldern an die Kapitalisten! ●

KB / Gruppe Bremen

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 16.000
Erscheinungsweise: viermal vierteljährlich, Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

Blohm & Voss/Hamburg

Exempel statuiert

Auf der Hamburger Großwerft Blohm + Voss (B + V) ist bei den Angestellten die Abteilung Zentraler Schreibdienst in der zuletzt sechs Kolleginnen arbeiteten, aufgelöst worden. Bei dieser Auflösung ging es nicht einfach um eine Rationalisierungsmaßnahme (wie von der Geschäftsleitung angegeben), sondern um die Zerschlagung einer Abteilung, in der die Frauen seit einigen Jahren den Kampf um bessere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen aufgenommen hatten. Dieser Kampf stellt bei B + V – zumindest bei den Angestellten – eine noch einmalige Sache dar. Gerade deshalb konnte die Geschäftsleitung diese Kämpfe nicht zulassen: zur Auflösung kam die Kündigung und Beurlaubung der Vertrauensfrau dieser Abteilung, eine weitere schwangere Kollegin wurde ebenfalls beurlaubt !

Im Zentralen Schreibdienst (ZS) bei B + V wurde die Schreibarbeit für eine große Zahl von Abteilungen von B + V erledigt. In vielen Großbetrieben werden solche zentralisierten Schreibbüros aus Rationalisierungsgründen eingeführt, weil dort Frauen im Rahmen der Arbeitsteilung nur diese eine Arbeit (nämlich tippen) in einer hohen Geschwindigkeit ausführen müssen und weil die Kapitalisten auf ein starkes Konkurrenzverhalten der Frauen und Mädchen untereinander hoffen, meistens noch geschürt durch eine über ihnen stehende Leiterin.

Anders bei B + V: Hier ließ die Geschäftsleitung den Schreibdienst schließen, weil er angeblich nicht „rentabel" arbeitete. Beweise hierfür gibt es bis heute nicht. Vielmehr schrieben die beiden von Beurlaubung betroffenen Kolleginnen in einer kürzlich vor dem Betrieb verteilten „Erklärung zur Schließung des Zentralen Schreibdienstes":

„Der wahre Grund der Auflösung muß also woanders liegen und sei hier kurz erzählt:

1. *Wir waren eine 100 %ig gewerkschaftlich organisierte Abteilung;*
2. *Die Kolleginnen des Zentralen Schreibdienstes haben durchsetzen können, daß sie nicht mehr in andere – auch berufsfremde – Abteilungen versetzt werden konnten;*
3. *Wir konnten erfolgreich dafür sorgen, daß zu niedrige Tarifgruppen in unserer Abteilung abgeschafft wurden;*
4. *Trotz Einschüchterung durch unseren Chef nahmen wir geschlossen am IGM-Warnstreik im Frühjahr 1974 teil."*

Die Kolleginnen wählten sich bereits vor drei Jahren eine Vertrauensfrau.

Seit Jahren bemühten sie sich um Angleichung der Gehälter, die bis zu DM 500 für gleiche Arbeit auseinanderlagen! Da der Abteilungsleiter sich weigerte, sich überhaupt um mehr Gehalt zu bemühen, schalteten die Kolleginnen den Betriebsrat ein. Da auch eine auf den Schreibdienst angesetzte Organisationsfrau (die die Kolleginnen mit einer Wandzeitung „Weg mit allen Spitzeln" empfingen) zugeben mußte, daß alle Kolleginnen qualitativ und quantitativ das Gleiche tun, fand in dieser Sache ein Gespräch statt, bei dem die Geschäftsleitung dann nicht mehr auf die Gehälter einging, sondern sofort sagte: „Der Laden wird dichtgemacht!"

Es vergingen dann allerdings noch ca. zwei Monate, bis die Geschäftsleitung mit ihren genauen Absichten (auf Druck der Kolleginnen) rausrückte: Schließung zum 30.9.75, Versetzung der Kolleginnen über die ganze Werft, soweit Arbeitsplätze vorhanden sind . . .

Der Vertrauensfrau „bot" man dann drei Stellen mit jeweils DM 400 weniger Gehalt und Herabsetzung in der Tarifgruppe an. Dieses provokatorische Angebot der Personalleitung konnte die Kollegin natürlich nicht annehmen! Die Kündigung zum 30.9. – der Betriebsrat hat widersprochen – konnte man dann natürlich „leider" aussprechen und wollte endlich eine Vertrauensfrau loswerden, die auch schon auf Betriebsversammlungen und VK-Sitzungen häufiger gesprochen hatte.

Der im siebten Monat schwangeren Kollegin dieser Abteilung bot man eine Planstelle an mit „Steno erwünscht, nicht Bedingung", die sie allerdings ablehnte. Die Vertrauensfrau war daraufhin bereit, nun diese Stelle anzunehmen, da sie die gleiche Ausbildung wie ihre schwangere Kollegin hat und hier ihr Gehalt gleichgeblieben wäre. Doch „plötzlich" nach einer „Überprüfung" durch die Personalabteilung – hatten beide Kolleginnen nicht mehr die Qualifikation für diese Arbeit. Und man forderte die schwangere Kollegin auf, in dieser gleichen Abteilung eine „zeitweilige" Beschäftigung (halt nur ohne Steno) aufzunehmen.

Die Kollegin nahm daraufhin Rücksprache mit dem Amt für Arbeitsschutz und erklärte dann schließlich auf deren Empfehlung hin ihre Bereitschaft, die zeitweilige Stelle anzunehmen. Doch es war schon „zu spät": Die Personalleitung hatte den Antrag auf fristlose Entlassung (!) beim gleichen Amt bereits eingereicht (dazu ist sie bei Schwangeren verpflichtet) und die Kollegin wurde mit sofortiger Wirkung bis zum Beginn ihrer Mutterschutzfrist beurlaubt. Zum Glück lehnte das Amt diesen *„ziemlich einmaligen Antrag bei Firmen dieser Größe"* (so das Amt) ab. Wahrscheinlich war dies auch den B + V-Kapitalisten klar. Doch es ging ihnen dabei um die Wirkung dieser Maßnahme auf die Kollegen, denen noch einmal deutlich gemacht werden sollte, wie brutal B + V selbst gegen schwangere Frauen vorzugehen bereit ist.

Während dieses Hin und Hers um die Planstellen *„fing man vorletzte Woche* (d. h. Ende August! – Anm. d. Red.) *an, provokativ den Schreibdienst aufzulösen (vorgesehene Schliessung: 30.9.!): Als einer Kollegin von der Personalabteilung ihre für den nächsten Tag vorgesehene Versetzung mitgeteilt wurde, standen die Möbelpacker bereits im Raum, als sie zurückkam. Die zweite Kollegin – gerade aus dem Urlaub zurückgekommen – mußte gleich am nächsten Tag mittags ihre Sachen packen, ebenso die dritte. Des weiteren schleppte man Maschinen, die noch gar nicht benötigt wurden, aus dem Raum."* („Erklärung ...")

Nicht einschüchtern lassen !

Die beiden Kolleginnen nahmen die Angriffe der B + V-Kapitalisten nicht so einfach hin, sondern sie verteilten eine persönliche „Erklärung zur Schließung des Zentralen Schreibdienstes" vor dem Betrieb am Tage der letzten Betriebsversammlung, die bei den Angestellten-Kollegen recht gut ankam. Auch in den VK wurden die Schreibdienst-Probleme eingebracht und einigen fortschrittlichen Kollegen gelang es, eine Resolution auf der letzten VK-Sitzung durchzusetzen. Dabei entschied sich der VK allerdings für einen recht verwaschenen Entwurf der VK-Leitung. Ein anderer, der klar den gewerkschaftlichen Kampf der Kolleginnen als Grund der Auflösung und Kündigung aufzeigte, wurde abgelehnt.

Diese Resolution wurde auch – allerdings ohne Erläuterung seitens des Betriebsrates oder der VK-Leitung – auf der Betriebsversammlung verlesen.



Betriebsversammlung mit „KPD"-Einlage

Zu dieser Betriebsversammlung waren wesentlich mehr Kollegen als sonst erschienen. Dies gesteigerte Interesse hatte jedoch eine besondere Bewandtnis. Die Kollegen warteten auf den Auftritt des „KPD"-Provokateurs und bei B + V rausgeschmissenen Betriebsrates Stamer. Dieser hatte sich in den letzten Wochen und Monaten einen unrühmlichen Namen dadurch gemacht, daß er mit einem ungeheuren Aufwand (Flugblätter, Megaphon, Spruchbändern gegen den „Sozialimperialismus", Happenings vor und im Betrieb) eine wahre Schimpf- und Zeterkanonade losgelassen hatte. Hauptangriffsziel war dabei der Betriebsrat und dessen Vorsitzender Knödler („niederträchtige, dickwanstige und aufgeblasene Kreatur", „Wanze", „Knödler am Gängelband der Sozialimperialisten", „Prototyp eines Arbeiterverräters" etc.), ohne daß dabei auch nur ein betrieblicher Mißstand aufgegriffen wurde. Dies hatte in der Belegschaft zu einem nicht zu unterschätzenden Solidarisierungseffekt mit dem von rechten SPDlern beherrschten Betriebsrat geführt. Unter diesem Vorzeichen hatte die Geschäftsleitung Stamer ohne auch nur die geringste Empörung des Großteils der Kollegen rausgeschmissen.

Stamer erschien tatsächlich auf der Betriebsversammlung – „getarnt" im Blaumann mit Helm auf dem Kopf und Megaphon in der Plastiktüte.

So stand diese Betriebsversammlung von Anfang an unter dem Vorzeichen von Stamers „Auftritt". Der Betriebsrat hatte dafür ein gut einstudiertes Schauspiel vorbereitet, bei dem er sich seines Erfolges sicher sein konnte.

Während durch Stamers provokatorischen „Auftritt" eine gute Gelegenheit zunichte gemacht wurde, den mangelnden Einsatz des Betriebsrates am Beispiel des Schreibdienstes konkret nachzuweisen, wußte sich Knödler unter dem Jubel der anwesenden Kollegen als „einziger, wahrer Arbeitnehmervertreter" („Wehe dem, der es wagt, gegen uns noch einmal aufzutreten"!!) ins „rechte" Licht zu rücken, indem Stamer erst lächerlich gemacht und dann mit reaktionären Sprüchen („Kollegen, ihr wißt ja, wie's den Arbeitern da geht, wo das Chaos herrscht" u. v. a. m.) unter dem Johlen der Kollegen von der Bühne geschickt wurde, ohne daß er überhaupt ans Mikrophon gekommen war.

In diesem Klima noch Widerstand gegen die Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung vorbringen, ohne gleich als „Chaot etc." verschrien zu werden, ist bei B + V nicht mehr leicht. Immerhin wurde nach der Betriebsversammlung doch von vielen Kollegen über die Schließung des Schreibsaales und den Rausschmiß der Vertrauensfrau lebhaft diskutiert. Wenn auch bei dem niedrigen Stand der Kampferfahrungen der Blohm-Belegschaft mit Solidaritätsaktionen nicht zu rechnen ist, erwarten die Kollegen doch mit Spannung den Ausgang der Kündigungsschutzklage, die bereits gegen die B + V-Kapitalisten läuft.

Der Kampf der Kolleginnen des Schreibsaals hat sich mit großer Zähigkeit, allerdings ohne große „Paukenschläge", über mehrere Jahre entwickelt. Ein wichtiger Gesichtspunkt war dabei, daß sie konsequent darauf bedacht waren, ihre Selbständigkeit in der Auseinandersetzung zu wahren und nicht etwa wichtige Entscheidungen, die sie selbst betrafen, z. B. dem BR zu überlassen. Insofern hat der Schreibsaal für B + V – ein sehr kampfschwacher Betrieb – eine durchaus vorbildliche Rolle Rolle gespielt, besonders wenn man berücksichtigt, daß es sich hier um eine Angestellten-Abteilung handelt, in der zudem noch ausschließlich Frauen beschäftigt waren ! ●

B + V-Angestellten-Zelle
KB / Gruppe Hamburg

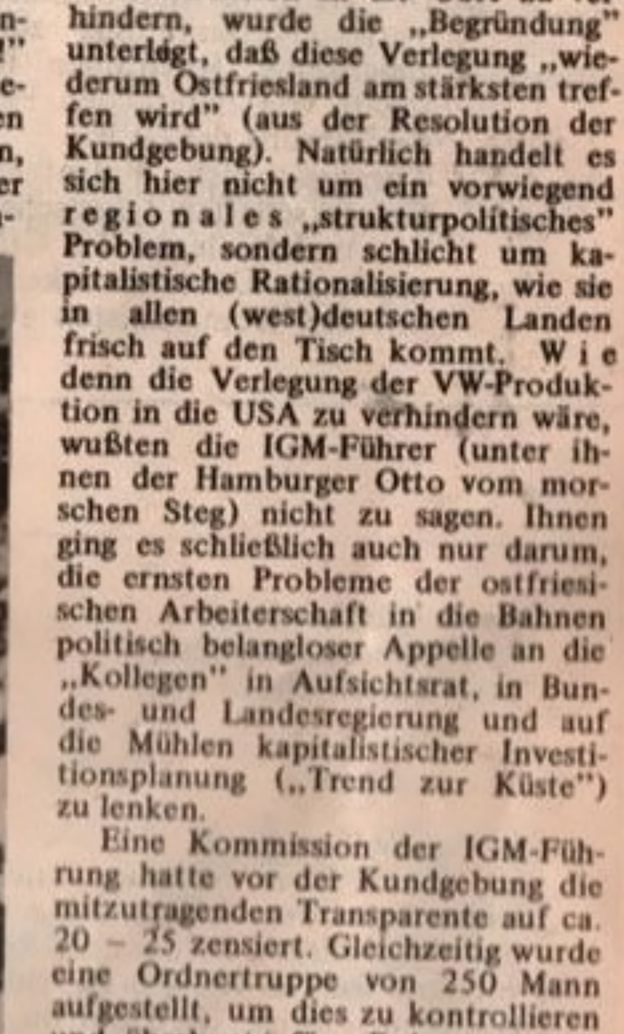
Emden, Ostfriesland

3.000 gegen Arbeitslosigkeit und kapitalistische Rationalisierung

Etwa 2 – 3.000 Kollegen vor allem der Emdener Großbetriebe VW und „Rheinstahl-Nordseewerke" (Großwerft) sowie der Werften Schulte & Bruns und Cassens kamen am 18.9. zu einer Kundgebung der IG Metall, die auch von anderen Einzelgewerkschaften unterstützt und von Kollegen anderer Branchen und aus dem ostfriesischen Raum besucht wurde. Der Hintergrund dieser Demonstration: Die Arbeitslosigkeit hat hier seit einem Jahr konstant Spitzenwerte von 10 – 15 % erreicht; mit den geplanten Rationalisierungen in Emdener Betrieben – vor allem die schrittweise Stillegung des Emdener VW-Werkes zugunsten der Errichtung eines Werkes in den USA – wird sich diese Situation noch erheblich weiter zuspitzen! Hinzu kommt die Aussiedlung verschiedener großer Behörden aus Ostfriesland (so vor allem das Regierungspräsidium und das Wasser- und Schiffahrtsamt in Aurich), was wiederum Auswirkungen auf andere Sektoren hat.

Von Kapitalisten- und Regierungsseite wird beschwichtigt, es stünden großartige Investitionen in die Infrastruktur und Industrieansiedlungen bevor. Erstens ist von alledem noch nichts über das Stadium von Versprechungen hinaus gediehen; zweitens gehen diese Maßnahmen zu Lasten der Arbeiter und bringen keine Arbeitsplätze mit sich, die die laufende Rationalisierung auffangen könnten. Die neu anzusiedelnden Betriebe sind zumeist hochautomatisiert, bringen Umweltschäden mit sich, und die betreffenden Kapitalisten nutzen die bestehende krasse Arbeitslosensituation weidlich zu Lohndrückerei und Arbeitshetze aus. Nach Informationen des Emdener „Arbeitskreises für Umweltschutz" hat z. B. die Errichtung des „Methanolwerks" in Emden wegen Umweltverschmutzung (Giftstoffe) und Lärmbelästigung u. a. die Gefährdung von 180 Arbeitsplätzen im Gemüsebau zur Folge, während nur 40 – 60 neue, meist unqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden.

Trotz alledem – die IG Metall-Führer zogen die Kundgebung am 18.9.75 gemeinsam mit dem Emdener Oberbürgermeister (und mit Unterstützung von „Solidaritäts"-Telegrammen der Herren Bundestagsabgeordneten) unter der Losung durch: „Ostfriesland darf nicht das Armenhaus der Bundesrepublik werden!" Unter dieser Losung wurden Forderungen nach staatlichen und privaten Investitionen (u. a. Dollart-Hafen, Autobahnen, Elektrifizierung der DB-Strecken ...) erhoben; der (richtigen) Forderung, die Verlegung der VW-Produktion in die USA zu verhindern, wurde die „Begründung" unterlegt, daß diese Verlegung „wiederum Ostfriesland am stärksten treffen wird" (aus der Resolution der Kundgebung). Natürlich handelt es sich hier nicht um ein vorwiegend regionales „strukturpolitisches" Problem, sondern schlicht um kapitalistische Rationalisierung, wie sie in allen (west)deutschen Landen frisch auf den Tisch kommt. Wie denn die Verlegung der VW-Produktion in die USA zu verhindern wäre, wußten die IGM-Führer (unter ihnen der Hamburger Otto vom morschen Steg) nicht zu sagen. Ihnen ging es schließlich auch nur darum, die ernsten Probleme der ostfriesischen Arbeiterschaft in die Bahnen politisch belangloser Appelle an die „Kollegen" in Aufsichtsrat, in Bundes- und Landesregierung und auf die Mühlen kapitalistischer Investitionsplanung („Trend zur Küste") zu lenken.



Eine Kommission der IGM-Führung hatte vor der Kundgebung die mitzutragenden Transparente auf ca. 20 – 25 zensiert. Gleichzeitig wurde eine Ordnertruppe von 250 Mann aufgestellt, um dies zu kontrollieren und überhaupt für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen. Während der Kundgebung, zu der mehrere Demonstrationszüge direkt aus den Betrieben führten, wurde nicht gestreikt: Den Kollegen (erwartet wurden 8.000 darunter mehrere Schichten von VW und Rheinstahl) wurde dafür der Lohn abgezogen. ●

KB / Gruppe Oldenburg



3.000 Arbeiter demonstrieren in Emden

Spalter- und Spitzel (un)wesen in der GEW

2 Dokumente

Wir veröffentlichen hiermit zwei Briefe des Vorsitzenden der Lehrergewerkschaft Erich Frister. In beiden Fällen geht es darum, durch Maßnahmen der Gewerkschaftsführung demokratische Entscheidungen der Gewerkschaftsbasis zu liquidieren.

In Westberlin hatte die Landesvertreterversammlung im Dezember '74 die Aufhebung der berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB auf satzungsmäßigem Wege gefordert. Dieses Abweichen vom stramm antikommunistischen Kurs der GEW-Führung wurde bereits damals mit wüsten Beschimpfungen und Drohungen beantwortet.

Durch eine neue reaktionäre Bundessatzung sollen seitdem alle Landesverbände zur Praktizierung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gezwungen werden. Der Westberliner Landesverband weigerte sich im Juni, diese Bundessatzung zu übernehmen – allerdings weil auch die Rechten zum Teil gegen diese Übernahme stimmten, um so ein Eingreifen des Bundeshauptausschusses (wie es der Brief im einzelnen ausführt) zu erzwingen. Mittlerweile haben die Ausschlußdrohungen gewirkt und der Landesverband Westberlin hat am 4.9. die Bundessatzung übernommen. Solche Erpressungen sind eigentlich nur als Gangstermethoden zu bezeichnen. Es ist bemerkenswert, daß Frister auf jegliche inhaltliche Argumentation verzichtet und nur noch knallhart eine reaktionäre Ausrichtung der GEW mit allen ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln erzwingen will.

Im zweiten Fall geht es um die Ausschaltung zweier von den Mitgliedern gewählten Linken im Ortsvorstand Nürnberg. Der reaktionäre Ortsvorsitzende Koch weigerte sich, mit den gewählten im Ortsvorstand zusammenzuarbeiten und machte stattdessen mit seiner Clique illegale Vorstandssitzungen, zu denen die beiden Linken nicht eingeladen wurden! Dagegen wehrten sich diese mit gerichtlichen Schritten. Darauf forderte Koch vom Landesvorstand den Ausschluß dieser Kollegen. Der liberale Landesvorstand Bayern um den im Brief erwähnten Dr. Eckart, sah gar keinen Anlaß zu einem Ausschlußverfahren. Koch wandte sich daher direkt an Frister. Von dem uns insgesamt vorliegenden Schriftwechsel veröffentlichen wir den Antwortbrief Fristers. An ihm wird die Funktion der neuen im März '75 verabschiedeten Bundessatzung besonders deutlich: **Sie soll Säuberungen der GEW durch den Bundesvorstand auch dann ermöglichen, wenn sich Landesvorstände zu Handlangerdiensten dabei nicht bereit finden. Es reichen dazu die Denunzianten vom Schlage eines Koch. Danach, daß die Mitgliederbasis hier Kollegen ihres Vertrauens gewählt hat, wird mit keinem Wort gefragt. Frister handelt nach der Devise: Macht geht vor Recht. Und Demokratie ist für ihn ein Fremdwort.**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund — Vorlagen-Nr. 653

An die Mitglieder des Hauptausschusses — 18. August 1975
Fr/Ar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich bitte Sie, nachstehenden Vermerk als informatorische Vorbereitung auf die Sitzung des Hauptausschusses am 6./7. September 1975 zu betrachten.
Der Ausgang der Vertreterversammlung der GEW-Berlin am 4. September 1975 im Hinblick auf die Sicherung des Vorranges der Satzung der GEW gegenüber der GEW-Berlin ist nicht vorherzusagen. Es lassen sich sowohl für das Erreichen der Zweidrittelmehrheit als auch für das Nichtzustandekommen dieser Mehrheit gewichtige Gründe anführen. Ich werde mich bemühen, in den nächsten Tagen noch eine eingehende Analyse des Sachverhalts anzufertigen, die auch die Einbettung der Vorgänge in die Gesamtsituation der GEW umfaßt. Leider nimmt mich das gemeinsame Seminar mit der Israel Teachers' Union – da der Generalsekretär (Vorsitzende) der Israel Teachers' Union am Seminar teilnimmt – die ganze nächste

Vorgänge in die Gesamtsituation der GEW umfaßt. Leider nimmt mich das gemeinsame Seminar mit der Israel Teachers' Union – da der Generalsekretär (Vorsitzende) der Israel Teachers' Union am Seminar teilnimmt – die ganze nächste
Woche in Anspruch, so daß Sie diese Analyse wahrscheinlich erst etwa eine Woche vor der Sitzung des HA erhalten werden.
Angesichts der Unsicherheit des Ausgangs der VV in Berlin steht der Hauptausschuß am 6./7.9.1975 je nach dem Ausgang vor folgenden Möglichkeiten:

1. Die Zweidrittelmehrheit wird erreicht
   A. Der Hauptausschuß nimmt das dem Willen der Vertreterversammlung vom 8. März 1975 entsprechende Ergebnis zur Kenntnis und appelliert an die Mitglieder der GEW in Berlin zur Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft und satzungsgemäßer Mitarbeit.
   Voraussichtliche Folge: Etwa 400 bis 800 Berliner GEW-Mitglieder werden die GEW verlassen. Dabei handelt es sich um aktive GEW-Mitglieder, die für die Satzung von DGB und GEW einschließlich ihrer Verwirklichung durch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in Übereinstimmung mit dem Mehrheitswillen der Vertreterversammlung der GEW vom März 1975 einstehen. Unter Berücksichtigung der bisher schon erfolgten Austritte solcher Kolleginnen und Kollegen dürfte dann die Politik des Berliner Landesverbandes auf längere Zeit durch eine Vertreterversammlung und einen Vorstand bestimmt werden, der gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und für das Bündnis mit kommunistischen Parteien und Gruppen eintritt. Die GEW dürfte dann in Berlin künftig für den Lehrernachwuchs ausserhalb des linkssozialistischen Spektrums nicht mehr interessant sein.
   Oder
   B. Der Hauptvorstand nimmt den Beschluß der Berliner Vertreterversammlung zur Kenntnis und beschließt gleichzeitig Richtlinien für die fördernde Mitgliedschaft von natürlichen Personen gemäß § 6 Ziffer 5 der Satzung der GEW.
   Voraussichtliche Folge: Für die aktiven und an einer Gewerkschaftsmitgliedschaft interessierten Kolleginnen und Kollegen der GEW in Berlin, die den Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und das Bündnis mit den Kommunisten ablehnen, besteht die Möglichkeit, ihre Bindung an die GEW unter Aufrechterhaltung wesentlicher Rechte und Pflichten bestehen zu lassen, ohne den Landesverband Berlin durch ihren Beitrag zu unterstützen und durch ihre Mitgliedschaft seine Stärke innerhalb der GEW zu vergrößern. Das Bestehen einer zweiten GEW-Organisation in Berlin neben dem Landesverband könnte einen weiteren Mitgliederschwund aufhalten und auch die Organisation des Lehrernachwuchses für die GEW sichern, der anderen als linkssozialistischen politischen Vorstellungen anhängt. Auf längere Sicht könnte eine Zusammenführung der Organisationen nach dem Vorbild der GEW in Bremen möglich sein.
2. Die Zweidrittelmehrheit wird nicht erreicht
   C. Der Hauptausschuß räumt der GEW-Berlin eine zweite Nachfrist für die Satzungsänderung ein. Diese Frist könnte bis zum Ablauf der ordentlichen Vertreterversammlung 1976 ausgedehnt werden, die den turnusmäßigen Frühjahrswahlen zur Vertreterversammlung der GEW-Berlin folgt.
   Voraussichtliche Folge: Im wesentlichen wie bei Möglichkeit A.
   D. Der Hauptausschuß räumt eine zweite Nachfrist ein wie
   der GEW-Berlin folgt. Voraussichtliche Folge: Im wesentlichen wie bei Möglichkeit A.
   D. Der Hauptausschuß räumt eine zweite Nachfrist ein wie bei C. und verabschiedet gleichzeitig Richtilinien über die Fördernde Mitgliedschaft wie bei B.
   Voraussichtliche Folge: In Etwa wie bei B.
   E. Der Hauptausschuß stellt das Ausscheiden der GEW-Berlin aus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund fest und beschließt über die Errichtung eines Landesverbandes Berlin der GEW im DGB.
   Voraussichtliche Folge: Der neu zu errichtende Landesverband Berlin wird voraussichtlich innerhalb von drei Monaten auf eine Mitgliederzahl von gut 2.000 anwachsen. Einige hundert Mitglieder der GEW-Berlin werden sowohl die GEW-Berlin verlassen, als auch dem neuen Landesverband nicht beitreten. Der Vorstand der GEW-Berlin wird gegen die Entscheidung des Hauptausschusses klagen und versuchen, in einem mehrjährigen Prozeß sein Zurückfallen in eine politisch unbedeutende Organisation zu verhindern. Bei zunehmender Attraktivität des neuerrichteten Landesverbandes dürfte eine Zusammenführung beider Organisationen in den nächsten Jahren nach dem Vorbild der GEW Bremen zu erwarten sein.

Alles in allem stehen wir vor einer der berüchtigten Situationen, bei denen es keine befriedigenden Lösungen, sondern nur die Wahl unter Übeln gibt. Persönlich schlage ich dem Hauptausschuß – vorbehaltlich anderer Erkenntnis durch die Ereignisse der nächsten Wochen – im Falle 1. die Möglichkeit B., im Falle 2. die Möglichkeit E. vor.
Die für die Möglichkeiten B., D. und E. erforderlichen Vorlagen habe ich vorbereitet. Sie werden im Laufe dieser Woche mit der Kollegin Hoppe, dem Kollegen Verging und dem Kollegen Müller abgestimmt und am 18. August 1975 als Alternativvorlagen für die auftauchenden Eventualitäten verschickt.

Mit freundlichen Grüßen
Erich Frister

Herrn Günther Koch
85 Nürnberg-Langwasser
Josef-Simon-Straße 161

27.1.1975
Fr/Ar

Lieber Kollege Koch,
ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 18. Januar 1975, der leider durchweg schlechte Nachrichten enthält. Das Vorgehen der Kollegen Oehler über Rechtsanwälte gegen den Kreisvorstand paßt so völlig in das Bild der Zermürbungstaktik von Kollegen, die die GEW auf die Bandbreite kommunistischer und kommunistenfreundlicher Politik reduzieren wollen. Kollege Dr. Eckart nennt so etwas die Entwicklung der GEW zur Gewerkschaft. In dieses Konzept gehören auch die Finten und Tricks, mit denen in der GEW Bayern Studenten, die diese politische Auffassung teilen, in Funktionen gehalten werden sollen. Ich bitte Sie sehr, dieser Zermürbungstaktik nicht nachzugeben und nicht zu resignieren. Nutzen Sie die Möglichkeit, die Schiedskommission anzurufen. Sie wissen, es gibt auch bei Ablehnungen die Berufungsinstanz der Bundesschiedskommission, und machen Sie ggf. mit präzisen Darstellungen den Hauptvorstand der GEW auf Vorgänge aufmerksam, die Ihrer Meinung nach eine Satzungsverletzung oder Verletzung von Beschlüssen der GEW darstellen. Der Hauptvorstand hat dann die Möglichkeit, dies zu prüfen und ggf. seinerseits Verfahren bei der Bundesschiedskommission einzuleiten. Wir sollten gegenüber Dr. Eckart und seinen Anhängern nicht den Fehler des Kollegen Gemählich und seiner Freunde wiederholen, nämlich, ihnen den Gefallen tun, die Flinte ins Korn zu werfen. Wir sollten versuchen, durchzuhalten und diese abenteuerliche, die GEW immer weiter ins Abseits führende Politik zu stoppen.

Mit freundlichen Grüßen
Erich Frister

GEW-Hamburg Erste Landesvertreterversammlung:

Gar nicht so schlecht!

Am 22. und 23.9. fand in Hamburg die erste Landesvertreterversammlung der GEW statt, die aus 755 Delegierten besteht. Die Zahl der Anwesenden schwankte zwischen 620 und 690. Zur Feier des Tages war GEW-Chef Frister zugegen: hatte doch erst durch die Hilfe der GEW-Bund der Hamburger Vorstand es geschafft, die „kommunistisch unterwanderte" Mitgliederversammlung (HV) abzuschaffen (vgl. AK 63) und eine Delegiertenversammlung einzurichten, die, wie er hoffte, eher seiner Politik zustimmte. So sollten die Delegierten als ihre erste „Bewährung" einer Verschärfung der „Abhängigkeitsklausel" (vgl. AK 66) zustimmen, die die Mitgliederversammlung im Mai abgelehnt hatte.

Trotz Einschüchterungsversuchen burger GEW-Chef, nach dem bekannten Muster, „sonst werden wir aus dem DGB ausgeschlossen", erreichte der Vorstand sein Ziel nicht: die Delegierten lehnten die Verschärfung der „Abhängigkeitsklausel" mit Mehrheit ab.

Danach haben nur die Delegierten des Landesverbandes das Recht, ihre Satzung zu ändern, mit dem Pferdefuß jedoch, daß die GEW-Bund-Satzung für Änderungen Vorbild ist!

Delegierte nehmen ihre Rechte wahr!

Delegierte nehmen ihre Rechte wahr!

Eine Konsequenz aus der Ablehnung einer „automatischen" Abhängigkeit vom Bund zogen die Delegierten auf der Stelle: für die Einrichtung einer Landesschiedskommission, deren Aufgabe u.a. im Verhängen von Funktionsverboten besteht, bewilligten sie im Haushalt keinen Pfennig Geld, die Wahl von Mitgliedern für die Landesschiedskommission wurde mehrheitlich abgelehnt.

So lange die Hamburger LVV keine Landesschiedskommission beschlossen hat, ist laut Satzung der GEW Hamburg die Vertrauensleuteversammlung für Ausschlüsse zuständig – und die ist noch kein von den Mitgliedern abgehobenenes Gremium.

In noch einem weiteren Punkt ließen sich die Delegierten ihr Recht nicht nehmen: Sie bestanden mehrheitlich darauf, daß die LVV und nicht der Hamburger Vorstand einen Hamburger Vertreter in die „Reformkommission" der GEW-Bund schickt (in diesem Gremium wird die „neue" Einheitssatzung für den Bundeskongreß 77 ausgeklüngelt). Dies, obwohl Frister die „Autonomie" des Hauptvorstandes wortstark dagegen ins Feld führte, in dessen „Dienst" allein dieser Ausschuß steht. Gewählt wurde einer der Hauptkläger aus dem Verfahrensstreit um Satzungsfragen gegen den Vorstand.

Entlastung des Vorstands

Die Nichtentlastung des Vorstandes scheiterte an den Stimmen der „linken" Sozialdemokraten und der DKP, die es noch nicht einmal für nötig hielten, ihre Entlastung zu begründen (was sie inhaltlich natürlich auch gar nicht konnten). Etwa 200 Kollegen stimmten der von uns unterstützten Forderung nach Nichtentlastung zu, die hauptsächlich mit den vom Vorstand begangenen Satzungsbrüchen begründet wurde. Ca. 70 bis 100 Kollegen enthielten sich der Stimme.

Wahlen

Zum 1. und 4. Vorsitzenden wurden zu guter letzt nicht die Vorstandskandidaten, sondern die der „Linken" gewählt und zwar mit deutlicher Mehrheit! ●

**Lehrerkomitee,
KB/Gruppe Hamburg**

Kahlschlagsanierung in den Krankenhäusern

Eines der am meisten betroffenen Opfer der momentanen „Spar"- und Krisenpolitik der Bundesregierung ist das westdeutsche Gesundheitswesen und damit auch die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung.

In **Hessen** sollen bis 1985 4.566 Krankenhausbetten weniger als ursprünglich geplant (und für notwendig befunden!) errichtet werden. Dadurch würde eine Summe von 700 Millionen Mark gespart („Welt", 19. 8.75).

In **West-Berlin** sind Teile eines sogenannten OBI-Planes (objektbezogene Investitionsplanung) durchgesickert: der Plan sieht bis 1990 in West-Berlin die Schließung von 5.583 (!) Krankenbetten vor, fast ausschließlich auf Kosten der sog. Akutbetten, von denen 5.496 (das entspricht 27,5% des gegenwärtigen Bettenstandes) verschwinden!! -Dialog 7/75).



Auf die Vorstellungen für Hamburg wollen wir etwas näher eingehen; entsprechend dem „Sparprogramm" wird hier in den Krankenhäusern das Personal bis 1978 jährlich um zwei bis 4% gekürzt. Nach den Bettenbauplänen der Gesundheitsbehörde und dem Senator Nölling werden die Allgemeinen Krankenhäuser (AK) wie folgt verkleinert:

AK St Georg um 830 Betten auf 500
AK Heidberg um 730 Betten auf 370
AK Barmbek um 300 Betten auf 990
AK Rissen um 130 Betten auf 470
AK Harburg um 65 Betten auf 850
Hafenkrankenhaus (230 Betten) und Wintermoor (328 Betten) werden ganz geschlossen.

Weiter sind erhebliche Bettenreduzierungen für die freigemeinnützigen und privaten Krankenhäuser vorgesehen:

Marienkrankenhaus um 150 Betten auf 470 Betten

Kinderkrankenhaus Rothenburgsort um 70 Betten auf 200 Betten.

Die Krankenhäuser: Elim (233 Betten), Bethanien (224 Betten), DRK-Krankenhaus am Schlump (221 Betten), Alsterdorf (178 Betten), Klinik Dr. Guth (170 Betten), Elisabeth-Krankenhaus (153 Betten), Kinderkrankenhaus Wilhelmsstift (1o1) Betten) sind im Krankenhausbedarfsplan nicht mehr vorgesehen! Das gleiche gilt für alle übrigen freigemeinnützigen oder privaten Krankenanstalten mit weniger als 100 Betten; sie sind damit zum Absterben verurteilt, weil nur noch Krankenhäuser im Krankenhausbedarfsplan Zuschüsse nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz erhalten. Angesichts dieser harten Tatsachen muß die Propaganda der Hamburger „Sozialliberalen" als purer Hohn erscheinen: *„Auf die Gesundheit der Bürger hat der Senat stets sein besonderes Augenmerk gerichtet. Der Fortschritt der Medizin muß allen Bürgern gleichermaßen zugute kommen"* **(aus „Was geschieht mit unserem Geld?" – Informationen der Finanzbehörde).**

Das DRK-Krankenhaus und das Elisabethkrankenhaus planen für die nächsten Jahre mit Unterstützung des Senats den Neubeu eines 400-Bettenhauses in Rahlstedt; hier wird ein Loch gestopft, im Zentrum geht eins auf! – Den Streichungen gegenüber stehen weiterhin Investitionen für die Modernisierung des AK Barmbek, 6 Mill. DM für ein Zentrum für Querschnittgelähmte, sowie 75 Mill. DM für den Ausbau des AK Eilbek, welches auf verschiedene Spezialabteilungen (z.B. die Strahlentherapie aus St. Georg und eine Abteilung für die chirurgische Behandlung erkrankter Herzkranzgefäße) übernehmen soll.

Letztlich wird hier die Bettenzahl jedoch nur von 1oo3 auf 1.076 erhöht.

Die Bilanz kann letztlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Hamburger Bettenzahl jährlich um 380 verringert werden soll, also bis 1985 insgesamt um 3.880, d.h. die Streichung eines Viertels (!) aller Akut-Betten in der Hansestadt.

In der Stadtteilzeitung des KB UNSERE STADT, Nr. 2 vom September '74 haben wir die „kapitalistische Gesundheitspolitik in Hamburg" kritisiert, indem wir anhand des Gesundheitsberichtes der Gesundheitsbehörde nachgewiesen haben, daß sie nicht der Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung entsprechend den Bedürfnissen der Menschen dient; weiter schrieben wir:

„diese Politik zielt auch nicht auf eine Anpassung der medizinischen Versorgung an die Möglichkeiten, die Technik und Wissenschaft heute erreicht haben."

Damals gab die Gesundheitsbehörde an, daß bis 1985 der „Bettenüberhang" von 1.150 Betten in Hamburg abzubauen sei. . . Diese Zahl wurde mit Hilfe des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) „wissenschaftlich" berechnet; wir wiesen damals nach, daß die Behörde sowohl mit falschen Zahlen arbeitet, als auch von Richtwerten ausgeht, die allein einer „gesunden Finanzpolitik" und nicht der vollständigen Wiederherstellung der Gesundheit der erkrankten Menschen dient. Das betraf sowohl die Bevölkerungsentwicklung, die Liegezeiten, den Belegungsgrad der Krankenhäuser als auch die Krankenshaushäufigkeit; hier nur zum letzten Punkt: der Gesundheitsbericht schreibt 1972: *„Vom DKI wurde eine Steigerung der Krankenhaushäufigkeit von 130 auf 145 Einweisungen in 15 Jahren prognostiziert, also eine Steigerung pro Jahr und 1.000 Einwohner um eine Einweisung. Dieser Wert wurde übernommen, da er durch die Entwicklung der letzten Jahre gerechtfertigt erscheint."*

Diese Zahlen stimmen nun leider nicht mit der Realität überein; 1963 **hatten wir schon 128 Einweisungen** auf 1.000 Einwohner. Eine AOK-Statistik, die auch der Behörde bekannt ist, weist nach, daß sich die Zahl der Krankenhauseinweisungen jährlich um drei erhöht, was bedeuten würde, daß man 1985 nicht mit 145 Einwohnern zu rechnen hat, sondern mit 196 (!) auf 1.000 Einwohner. *„Und das heißt in Bettenbedarf ausgedrückt, daß die Prognose der Gesundheitsbehörde um rund 5.000 Betten (!) zu niedrig liegt"* (Bürgerinitiative AK Heidberg).

Genauso „wissenschaftlich exakt", wie man 1972 plante, tat man es auch beim neuen „Krankenhausbedarfsplan"; doch die „Wissenschaft" der Gesundheitsbehörde ist konjunkturabhängig:

- Ging man 1972 noch von 1,8 Mill. Menschen aus, die vom Hamburger Gesundheitswesen im Jahr 1985 zu betreuen sind, so sind es jetzt nur noch 1,5 bis 1,6 Mill.
- hielt man es 1972 noch für richtig und vertretbar, die Verweildauer der Patienten in den Krankenhäusern von 18.7 auf 16,5 Tage zu senken, so ist es jetzt „wissenschaftlich exakt", die Verweildauer auf 14,0 Tage zu beschränken; usw.usf.

Eines der am schwersten betroffenen Krankenhäuser ist das in Arbeitervierteln gelegene AK St Georg; zum 150-jährigen Bestehen dieses Hauses war sich die Gesundheitsbehörde nicht zu schade, die Senatorin Dr. Ilse Elsner zu zitieren: *„Sehr sorgfältig muß der Planer den Horizont abtasten und die Entwicklung für Jahrzehnte voraus einkalkulieren . . . Das Allgemeine Krankenhaus hat als Schwerpunktkrankenhaus (!) einen hervorragenden Platz. Mag es ihn wie in der Vergangenheit auch in Zukunft mit Erfolg einnehmen."*

Und der ärztliche Direktor schrieb 1973: *„Ein Blick in die Organisation unserer Abteilungen zeigt, daß eine alle neuen Erkenntnisse berücksichtigende Therapie sehr wohl in veralteten Gebäuden zu Hause sein kann."*

Urplötzlich sind diese Meinungen vom Tisch gewischt, und man geht daran, den „Bettenüberhang" abzubauen und die „grundlegende Reorganisation" (so die staatliche Pressestelle) des Hamburger Krankenhauswesens mit großzügigen Schritten

bauen und die „grundlegende Reorganisation" (so die staatliche Pressestelle) des Hamburger Krankenhauswesens mit großzügigen Schritten

voranzutreiben. Selbst auf die Bedenken einiger Ärzte geht die Behörde nicht mehr ein; so wies Dr. Witten nach einem Vortrag des Gesundheitssenators Nölling in der Ärzteversammlung am 26.2.75 im Curio-Haus darauf hin, daß 60% der Fachärzte und 76,5% der Allgemeinpraktiker *„häufig Schwierigkeiten"* bei der Einweisung ihrer Patienten in Krankenhäuser hätten, weil zu wenig Betten da seien. Für Hüftgelenk-Operationen im AK St. Georg bestehen Wartezeiten bis zu drei Jahren!!!

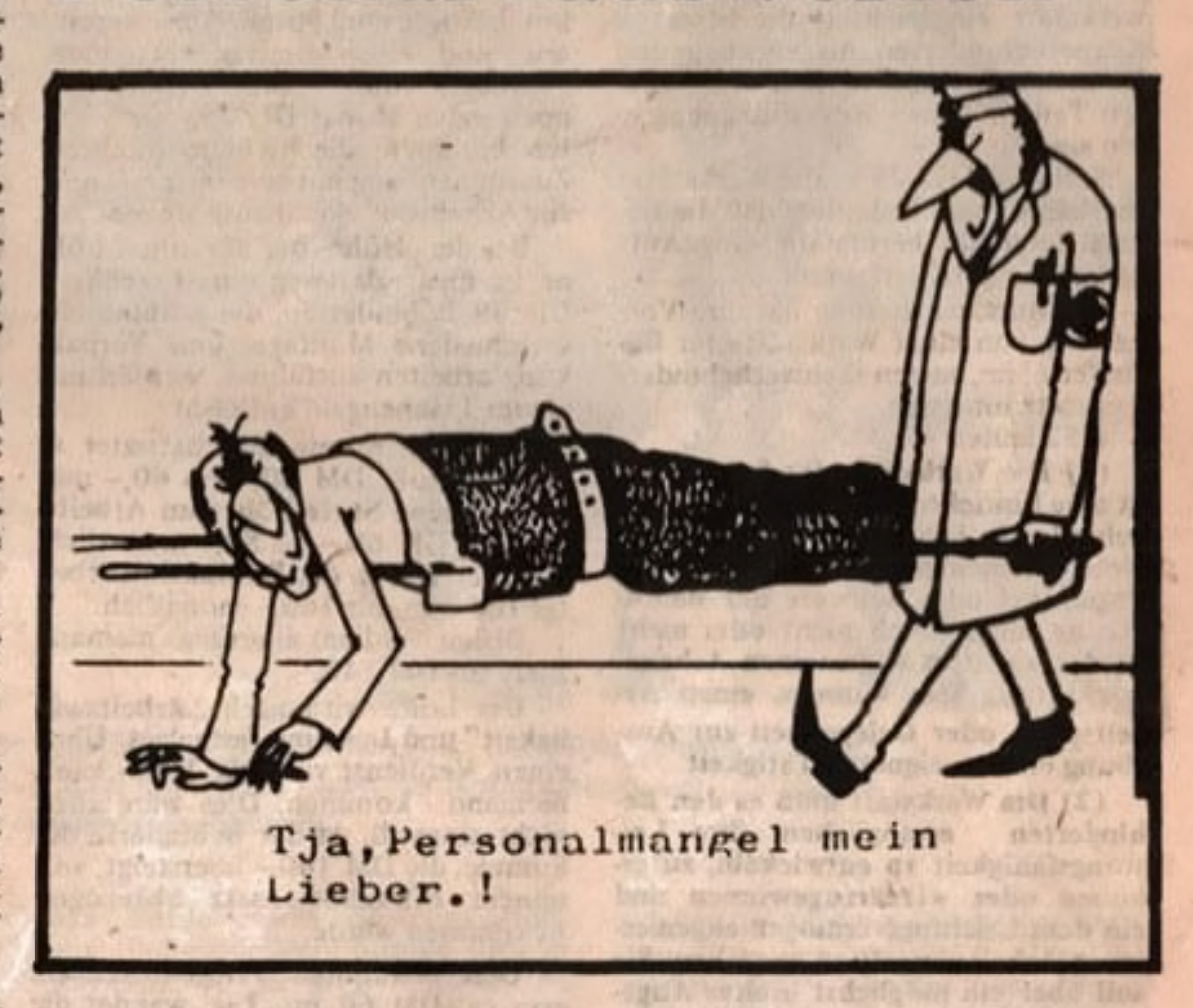
Ein Kinderarzt (Ruhrmann) warf Nölling vor, *„daß im Bereich der querschnittsgelähmten Kinder ein besonderes Problem besteht, als nämlich in Hamburg keine Möglichkeit besteht, Spina-bifida-kranke Kinder* (Mißbildungen der Wirbelsäule) *vernünftig orthopädisch, neurochirurgisch und pädagogisch zu behandeln".* Und weiter: *„Ein anderer Punkt der gesamtnotleidenden Psychiatrie ist die Kinder-Psychiatrie, die in Hamburg auf besonders schlechten Füßen steht."*

Nichts desto weniger wird auch in Hamburg die Zahl der Kinderbetten flott reduziert; ebenso nach dem demagogischen Grundsatz „Qualität geht vor Quantität", mit dem man auch die Zahl der anderen Betten verringert. Wir sind der Meinung, daß dieser Grundsatz erst anwendbar ist, wenn man eine medizinische Betreuung der Bevölkerung gewährleisten kann, die ihren Bedürfnissen (keine Säle in den Krankenhäusern, keine langen Wartezeiten usw., usw.) und den wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten entspricht. Doch bis dahin ist noch ein langer Weg, der gewiß nicht über die arbeiterfeindliche Politik des Hamburger Senats führt, sondern allein über den Zusammenschluß breiter Bevölkerungsteile im Kampf für ihre Interessen und für den Sozialismus. ●

Ein Genosse aus der Krankenhaus-Zelle Altona/St. Georg KB/Gruppe Hamburg

„Vorschlag" der Ärzteorganisationen:

Nicht nur Betten, sondern auch Personal rauswerfen



Als Gesundheitssenator Nölling Anfang des Jahres auf der Allgemeinen Ärzte-Versammlung die Ärzte über seine Vorstellungen zum Hamburger Gesundheitswesen bis 1985 informierte, hagelte es schon massenhaft Kritik; der größte Teil der Ärzte sah „die Zukunft grau", da sie fürchteten, daß ihre Privilegien beschnitten würden; insbesondere an den Punkten, wo der Senator andeutete, daß die Krankenhäuser in Zukunft einen Teil der Vor- und Nachsorge der Patienten übernehmen sollen und dort, wo versuchsweise in einigen Kliniken „Ambulatorien" eingerichtet werden sollen. Früher hatte es viele dieser Ambulatorien gegeben, die von den Krankenkassen betrieben wurden; doch mit Hilfe einer reaktionären und erpresserischen Politik war es den Standespolitikern gelungen, diese abzuschaffen und sich dadurch das Monopol der ambulanten Versorgung zu sichern. Jetzt wittern sie hier einen Angriff und bangen um ihre Einkommen.

sichern. Jetzt wittern sie hier einen Angriff und bangen um ihre Einkommen.

Mittlerweile ist ihnen auch schon die CDU zur Hilfe gekommen; sie möchte Diagnostik und Nachbehandlung den Kliniken wegnehmen und den Ärzten in freier Praxis übertragen. Einen entsprechenden Antrag hat sie jetzt an den Senat gerichtet („Hamburger Abendblatt" vom 13.9.75).

Doch die Standespolitiker selbst sind auch nicht träge, wenn es um die Verteidigung ihrer Privilegien und enormen Gewinne auf Kosten der Versicherten geht.

Am 11.9. schickte jetzt die Kassenärztliche Vereinigung an ihre Mitglieder eine „Wichtige Terminsache", in der sie alle Ärzte in den Praxen über die Vorstellungen Nöllings in bezug auf die Bettenschließungen informierte und sie aufforderte, an einer Zahlenmaterialsammlung mitzuarbeiten, damit man Nöllings Plänen entgegentreten kann: *„Wir sind sicher, daß Senat und Bürgerschaft die Stellungnahme der Hamburger Kassenärzte, den Krankenkassen und der anderen wesentlich Beteiligten* (ob das wohl die Patienten sind? – AK) *nicht außer Acht lassen werden"* („Wichtige Terminsache", S. 3).

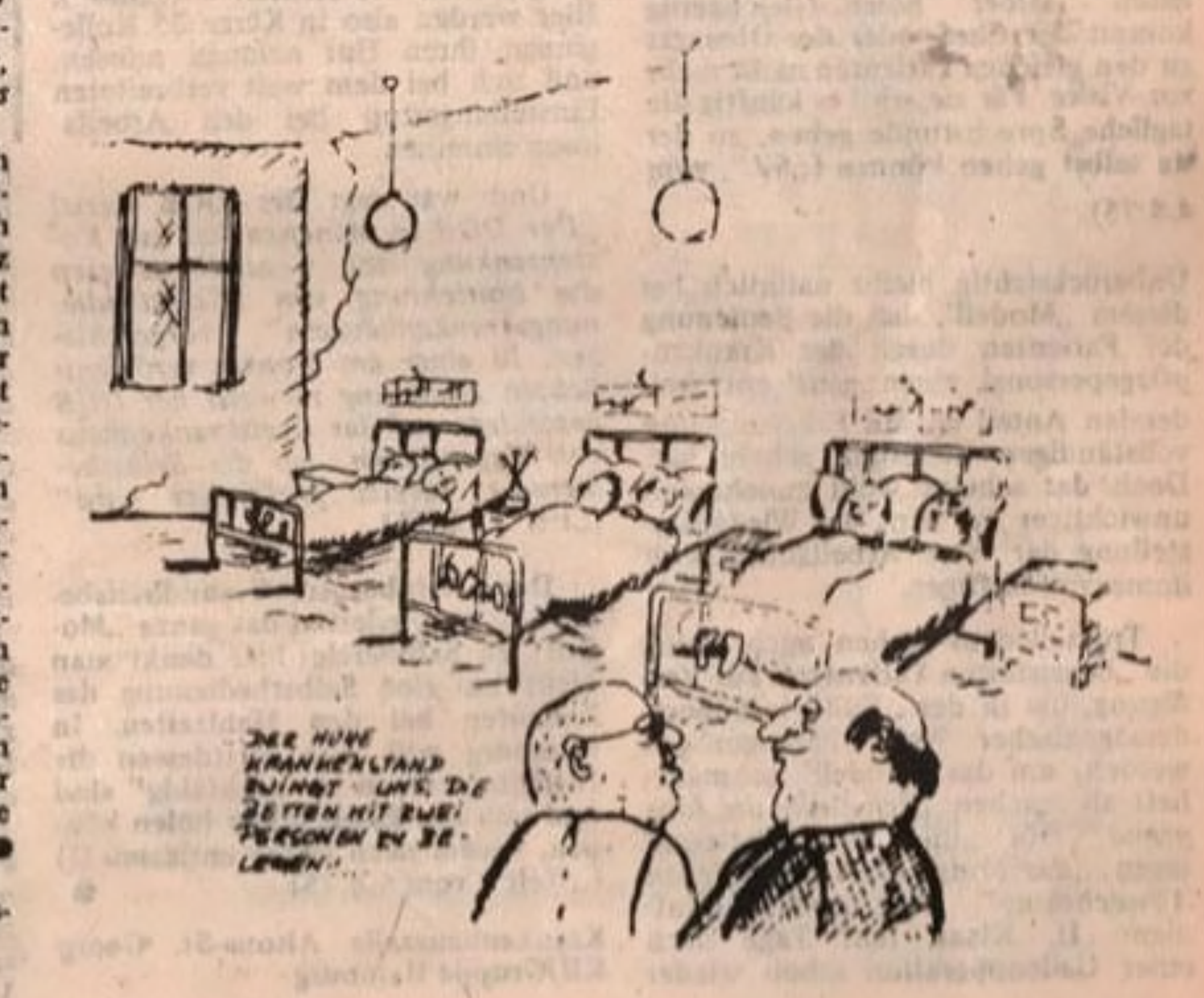
Die Standespolitiker seien *„nicht gesonnen, sich einem derartigen Postulat* (die Bettenstreichungen) *zu unterwerfen".* (ebenda, S. 2)

Das hört sich vordergründig recht fortschrittlich an, doch wie die Vergangenheit schon oft genug gezeigt hat, wird weder die Bevölkerung noch das Krankenhauspersonal die Ärzteorganisation zu ihren Bündnispartnern zählen können, da sie prinzipiell allein die Absicherung ihrer Privilegien und die Erhöhung ihrer schon jetzt immensen Einkommen im Sinn haben. Das beweist auch die

Privilegien und die Erhöhung ihrer schon jetzt immensen Einkommen im Sinn haben. Das beweist auch die

jetzige standesbornierte Argumentation gegen die Pläne Nöllings: *„Wir* (die Kassenärztliche Vereinigung) *werden deshalb eine klare gesundheitspolitische Stellungnahme für die Hamburger Kassenärzte abgeben, die in groben Umrissen und in einem wichtigen Punkt schon festliegt, nämlich der in unseren Augen unsinnigen Vorstellung, Betten abbauen zu wollen, ohne die Personalzahlen in den Krankenhäusern gleichzeitig entsprechend zu reduzieren.* (!!)" (ebenda, S. 2) **Kurz: Wenn schon Betten gestrichen werden sollen, dann aber bitte kräftig Personal entlassen; in diesem Punkt wird es sicherlich zwischen Ärzteorganisation und Gesundheitsbehörde eine Übereinstimmung geben.** ●

Ein Genosse aus dem Krankenhaus Altona, KB / Gruppe Hamburg



Zur Lage der Behinderten in der BRD

Beispiel Boxdorf

In Boxdorf, einem Ortsteil von Nürnberg, wurde 1973 eine Behindertenwerkstatt eingerichtet, die etwa 40 Körperbehinderten aus Nürnberg und Umgebung beschäftigt, die zum größten Teil auf einen Rollstuhl angewiesen sind.

Seit dem 15.7.75 ist die Werkstätte anerkannt, was bedeutet, daß die Beschäftigten als berufstätig eingestuft und sozialversichert werden.

Die Bundesregierung hat ihre Vorstellung von einer Werkstätte für Behinderte im neuen Schwerbehindertengesetz umrissen.

§ 52 lautet:

(1) Die Werkstätte für Behinderte ist eine Einrichtung zur Eingliederung Behinderter in das Arbeitsleben. Sie bietet denjenigen Behinderten, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, einen Arbeitsplatz oder Gelegenheit zur Ausübung einer geeigneten Tätigkeit.

(2) Die Werkstatt muß es den Behinderten ermöglichen, ihre Leistungsfähigkeit zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und ein dem Leistungsvermögen angemessenes Arbeitsentgelt zu erreichen. Sie soll über ein möglichst breites Angebot an Arbeitsplätzen und Plätzen für Arbeitstraining sowie eine Ausstattung mit begleitenden Diensten verfügen.

(3) Die Werkstätte soll allen Behinderten, unabhängig von Art oder Schwere der Behinderung, offenstehen, sofern sie in der Lage sind, ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen.

Wie dieses Gesetz verwirklicht wird, kann am Beispiel Boxdorf abgelesen werden, wobei erwähnt werden muß, daß es sich hier um eine verhältnismäßig gute Einrichtung handelt.

Die Werkstätte wurde vom „Verein zur Förderung spastisch gelähmter Kinder" initiiert und zum Teil finanziert.

Von diesem Verein wird die Werkstätte auch jetzt noch getragen. Im Vorstand sitzen allerdings nur Leute ohne fachliche Qualifikation. Jeder Beschäftigte muß Mitglied des Vereins sein und einen Beitrag entrichten. Trotzdem muß jeder Beschäftigte noch jeden Monat DM 25,– für Fahrten bezahlen, die nicht in direktem Zusammenhang mit seinem Transport zur Arbeit und nachhause stehen.

Bei der ‚Höhe' der bezahlten Löhne ist dies glattweg eine Frechheit. Die 39 Behinderten, die größtenteils verschiedene Montage- und Verpackungsarbeiten ausführen, werden mit einem Taschengeld entlohnt:

So verdient ein Beschäftigter in der Teststufe DM 40,– bis 60,– monatlich; eine Stufe höher im Arbeitstraining DM 60,– bis 80,– monatlich; wenn er voll in der Produktion arbeitet DM 80,– bis 160,– monatlich.

Bisher verdient allerdings niemand mehr als DM 140,–.

Der Lohn wird nach „Arbeitswilligkeit" und Leistung festgelegt. Über einen Verdienst von DM 160,– kann niemand kommen. Dies wäre auch nicht sinnvoll, da der Behinderte die Summe, die DM 160,– übersteigt, von seinem Pflegekostensatz abgezogen bekommen würde.

Den erwähnten Pflegekostensatz von ca. DM 60 pro Tag wendet die Sozialhilfe für ‚förderungswürdige' Behinderte auf. ‚Förderungswürdig' ist ein Behinderter dann, wenn seine Arbeitsleistung durch Behandlung gesteigert werden kann. Die Therapie findet innerhalb der bezahlten Arbeitszeit statt.

So soll jeder Behinderte nach Möglichkeit einmal wöchentlich reiten, schwimmen, an der Gruppengymnastik teilnehmen und spezielle Krankengymnastik machen. Wenn erforderlich, sollte er außerdem einer Beschäftigungstherapie unterzogen werden.

Die strikte Durchführung ist aufgrund von Personalmangel leider nicht gewährleistet. So kommt es vor, daß Therapie, die einmal in der Woche stattfinden soll, nur vierzehntägig durchgeführt wird. Die Räume für die Therapie sind in der Werkstatt untergebracht; man mußte allerdings nach Fertigstellung z.B. des Schwimmbades die Erfahrung machen, daß nicht alles behindertengerecht gebaut ist.

Die Therapie findet sicher unter dem Gesichtspunkt statt, die Behinderten leistungsfähiger zu machen; trotzdem weigert sich das Sozialamt häufig, einen Behinderten als förderungswürdig anzuerkennen. So zum Beispiel im Falle einer Spastikerin, deren Arbeitsleistung auch durch Behandlung nicht mehr gesteigert werden kann.

Förderungswürdig im Sinn der Sozialhilfe sind nur die Behinderten, aus denen noch möglichst viel Gewinn zu schlagen ist.

Aufgrund des Gewinnstrebens der Unternehmen, die der Werkstätte Aufträge erteilen, sind die auszuführenden Arbeiten für die Behinderten sehr unbefriedigend, da sie nur körperlichen Einsatz und keinen Geist erfordern, der bei den meisten Behinderten aber sehr wohl vorhanden ist.

Die Werkstätte verfügt über fünf Arbeitsräume und eine Druckerei.

In einem Arbeitsraum z.B. werden Schreibmaschinenkabel für die Leonischen Drahtwerke hergestellt. Die Abisolierung der Kabel und die Betätigung an einer Punktschweißmaschine und einer Spritzgußmaschine bringt hier Behinderten einen Arbeitsplatz. In einem anderen Raum werden für die Firma Winter Arbeitsschutzbrillen zusammengesetzt. Dieser Arbeitsvorgang wird von 10 - 12 Behinderten in einem Verfahren bewältigt, das einem Fließband ohne Automatik gleicht. In weiteren Räumen werden Montagearbeiten für die Firmen BIG und Carrera erledigt.

Speziell bei Arbeitsgängen, die ein Zusammenwirken der einzelnen Beschäftigten erfordern, müssen die Stärkeren die Schwächeren mit über die Runden bringen, was sich mit dem Gruppenakkord in der freien Wirtschaft vergleichen läßt.

Die tägliche Arbeitszeit umfaßt 8 Stunden. Die Werkstatt ist zwischen 8 und 16 Uhr in Betrieb; davon entfallen 6 1/2 Stunden auf die reine Arbeitszeit und 1 1/2 Stunden auf Pausen.

Jedem Arbeitsraum ist mindestens ein nichtbehinderter Betreuer zugeteilt. Dieser kann frei entscheiden, ob er an der Produktion mitarbeiten will oder nicht. Wenn er sich weigert, was auch geschieht, steigt der Leistungsdruck für die Behinderten; gleichzeitig sinkt der Lohn.

Die Behinderten können ihren Arbeitsplatz nicht frei wählen, sondern werden je nach Leistungsvermögen eingesetzt. Sie müssen eine vorgegebene Stückzahl erreichen, da die Arbeiten termingerecht fertig werden müssen. Die Leistungserwartung gegenüber Behinderten steigt ständig.

Teile des Personals sind immer noch Kräfte, die keine soziale Ausbildung durchlaufen haben, so z.B. viele Ersatzdienstleistende. Dies soll jetzt abgebaut werden, da es zu erheblichen Schwierigkeiten zwischen Behinderten und Betreuern gekommen ist.

Auch der Leiter hat keinen Sozialberuf, sondern war früher in der Industrie tätig.

Die Behinderten sind bei der Vertretung ihrer Interessen auf sich allein gestellt, da die Gewerkschaften nichts unternehmen, um Behinderte zu organisieren oder zu unterstützen.

Ihnen bleibt zur Durchsetzung ihrer Interessen nur die Beschäftigtenvertretung innerhalb der Werkstatt, die aber auch nur sehr wenig ausrichten kann, da die Werkstatt in erster Linie von Industrieaufträgen abhängig ist und erst in zweiter Linie die Bedürfnisse ihrer Beschäftigten berücksichtigt.

An der Spitze der Beschäftigtenvertretung steht der Vertrauensmann. Alle 6 Wochen wird eine Beschäftigtenvollversammlung einberufen, auf der die Behinderten ihre Belange vortragen können. Viele Behinderte halten jedoch mit ihrer Meinung aus Angst vor Nachteilen zurück. Die Beschäftigtenvertretung dient – nach Aussagen von Leuten, die es wissen müssen – dazu, den Schein von Mitbestimmung nach außen zu wahren. In Wirklichkeit geschieht in der Werkstatt das, was die Leitung für richtig hält.

Im Gegensatz dazu stehen Erfahrungen, die bei einem Urlaub im sozialistischen Albanien gesammelt wurden, woran auch einige Behinderte teilgenommen haben.

In Albanien gibt es keine Ghettos und extra Werkstätten für Behinderte.

Allerdings gibt es auch sehr wenig Behinderte, da ein vorbildliches Gesundheitssystem funktioniert und normalerweise keine Geburt ohne Kontrolle von medizinischem Personal verläuft.

Zum anderen gibt es keinen privaten Autoverkehr, also auch so gut wie keine Unfälle. Durch das Wegfallen der kapitalistischen Arbeitshetze sind auch kaum Arbeitsunfälle zu verzeichnen.

Ist in Albanien jemand trotz allem körperbehindert, so wird er voll in das Kollektiv, in dem er lebt, integriert. Dieses plant und erstellt ihm auch eine entsprechende Wohnung. Er wird nach Möglichkeit auch in den Produktionsprozeß eingegliedert; zum Beispiel wird er für Schreibtischarbeiten eingesetzt. Viele Gehbehinderte arbeiten als Kioskverkäufer.

Die Entlohnung richtet sich nach der Tätigkeit, beträgt aber mindestens 400 Lek, was knapp der Hälfte des Durchschnittslohnes entspricht. Zusätzlich werden den Behinderten vom Staat alle erforderlichen Zuschüsse gewährt.

Was in der BRD für viele Körperbehinderte ein Traum ist, ist in Albanien Realität. Jeder gehunfähige Mensch bekommt vom Staat einen elektrischen Rollstuhl. ●

Genossinnen der Frauenzelle der GNK

Selbstbedienung im Krankenhaus

Darüber lacht die Hamburger Gesundheitsbehörde

Um die Sparlust der Bevölkerung noch zu steigern, wurde Anfang August von allen westdeutschen Zeitungen das „Musterbeispiel" des sparwütigen Landrats von Eggenfelden (Niederbayern) propagiert; diesem Herrn ist es gelungen, im Kreiskrankenhaus ein Selbstbedienungsmodell einzuführen; alle gehfähigen Patienten müssen sich das Essen selber holen. Gleichzeitig kommt der Chef- oder der Oberarzt zu den gleichen Patienten nicht mehr zur Visite. Für sie wird es künftig die tägliche Sprechstunde geben, zu der sie selbst gehen können („SZ", vom 4.8.75).

Unberücksichtig bleibt natürlich bei diesem „Modell", daß die Bedienung der Patienten durch das Krankenpflegepersonal einen ganz entscheidenden Anteil an der Erholung und vollständigen Genesung gehabt hat. Doch das scheint wohl zunehmend unwichtiger zu sein; die Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft wird immer notdürftiger.

Trotzalledem stehen auch gleich die „begeisterten Patienten" zur Verfügung, die in der „Bild" in äußerst demagogischer Weise herangezogen werden, um das „Modell" schmackhaft zu machen: *„Ich finde die Idee prima"* läßt „Bild" eine Patientin sagen, *„das bringt doch ein bißchen Abwechslung"*. Und weiter: Kaufmann H. Klaas, fünf Tage nach einer Gallenoperation schon wieder gehfähig, meint: *„Es ist doch unnötig, sich im Bett abfüttern zu lassen, wenn man aufstehen kann"* („Bild", 6.8.75).

Ob das Personal auch so begeistert ist, wenn es von den Folgen dieses „Experiments" hört?! – Landrat Mayer: *„Ich schätze, wir können nach und nach auf 35 (!) Pflegerinnen verzichten"* („Bild"). Hier werden also in Kürze 35 Kolleginnen ihren Hut nehmen müssen, und sich bei dem weit verbreiteten Einstellungsstop bei den Arbeitslosen einreihen.

Und was sagt der DGB dazu? *„Der DGB in München hat zur Kostensenkung im Gesundheitswesen die Einrichtung von „Selbstbedienungskrankenhäusern" vorgeschlagen. In einer am Montag veröffentlichten Erklärung verweist der DGB besonders auf das Kreiskrankenhaus von Eggenfelden, wo die Selbstbedienung bereits praktiziert wird"* („FR", 5.8.75).

Der Hamburger Gesundheitsbehörde ist wiederum das ganze „Modell" zu halbherzig; hier denkt man nicht an eine Selbstbedienung der Patienten bei den Mahlzeiten. In Hamburg will man stattdessen die Patienten, wenn sie „gehfähig" sind und sich das Essen selber holen können, wieder nach Hause entlassen (!) („Welt", vom 6.8.75). ●

Krankenhauszelle Altona-St. Georg KB/Gruppe Hamburg

Protest gegen NPD-Faschisten



Bremer Polizisten schützen die Faschisten



Mit Schildern, Schlagstöcken, dem berüchtigten Kampfgas „chemical mace" und mit Hunden gingen die Bullen gegen die Antifaschisten vor (im Hintergrund wird einer zusammengeschlagen).

Am Sonnabend dem 20.9. hatte die NPD in Bremen zu einer Demonstration und Großkundgebung aufgerufen. Anlaß hierfür waren die am 28. September stattfindenden Bürgerschaftswahlen, zu denen die NPD als „4. Partei", „Vereinigte Rechte" kandidiert. Als Redner waren die Faschisten-Führer Mußgnug (NPD-Vorsitzender) und Frey (Herausgeber der „Nationalzeitung") angekündigt. Die Faschisten hatten für diese Aktion ihre Anhänger im gesamten Bundesgebiet mobilisiert (so waren beispielsweise Wagen aus Iserlohn, Wanne-Eickel und Hamburg dabei). Insgesamt demonstrierten gut 400 NPD-Anhänger in der Stadt.

Zu Protesten fanden sich rund 300 Antifaschisten auf dem Marktplatz ein. Verschiedene Organisationen, darunter der KB, verteilten Flugblätter, die das provokatorische Auftreten der Faschisten in Bremen entlarvten und zum Protest aufriefen. Die Antifaschisten störten mit Sprechchören („Nazis raus aus Bremen", „Demokraten, Kommunisten - einig gegen die Faschisten", „Tod dem Faschismus, nieder mit der braunen Pest") und Pfeifkonzerten die Faschisten-Kundgebung.

Einmal mehr zeigte sich in dieser Auseinandersetzung, daß sich die Faschisten in ihrem provokatorischen Treiben auf die Unterstützung durch den Staatsapparat verlassen können. Mehrere Hundert Politzisten der Schutz- und Bereitschaftspolizei sicherten die NPD-Kundgebung ab. Sie gingen mit Schilden, Schlagstöken, mehreren Hunden und dem berüchtigten Kampfgas „chemical mace" gegen die Antifaschisten vor, schlugen brutal auf sie ein und verhafteten mehrere. Ein Antifaschist wurde dabei übel zugerichtet und mußte in ärztliche Behandlung. NPD-Schläger beteiligten sich mit langen Latten und NPD-Schildern an der Prügel-Aktion der Bullen. Fotografen, die die Prügelszenen aufnahmen, wurden von Polizisten die Filme mit der Begründung abgenommen, sie *könnten Beamten bei unkorrektem* Verhalten fotografiert haben!

Nach Aussagen einiger Augenzeugen wurde einem der Verhafteten von Polizisten ein Messer untergeschoben(!!), das ganz offensichtlich hinterher als Begründung für den brutalen Polizeieinsatz herhalten soll (die Demonstranten waren bewaffnet etc.).

Mit Sprechchören „Bremer Polizisten - schützen die Faschisten" protestierten die Antifaschisten gegen den Bulleneinsatz. Unter dem Schutz der Polizei konnten die Faschisten ihre Kundgebung beenden, nicht ohne daß ihnen allerdings einige Eier um die Ohren flogen und Autos mit platten Reifen zurückblieben.

Insgesamt war diese Aktion der Antifaschisten allerdings recht schwach, gemessen am Potential der Linken in Bremen. Die beiden stärksten Gruppen am Ort – der KBW und die DKP – hatten es wieder einmal nicht für nötig gehalten, gegen die faschistische Provokation aufzutreten; beide, sahen es als wichtiger an, ihren eigenen Wahlkampf zu führen, der KBW bereitete zusätzlich noch den „Volksentscheid gegen den § 218" vor. Der KBW hat auf eine schriftliche Einladung des KB zu einer gemeinsamen Aktion überhaupt nicht reagiert. Um so erfreulicher ist es, daß eine Reihe von KBW-Genossen sich an der Aktion beteiligen. ●

KB/Gruppe Bremen

Hamburg:

Verbrecherischer Bombenanschlag

Am Samstag, 13. September, explodierte in einem Gepäck-Schließfach im Hamburger Hauptbahnhof eine Bombe. Mehrere Menschen wurden verletzt, davon einer schwer.

Die Täter hatten sich wenige Minuten vorher in einem Telefon-Anruf als Mitglieder der „Roten Armee" (RAF) ausgegeben und „Rache für Reinders" (kurz zuvor als angebliches Mitglied einer terroristischen Gruppe verhaftet) angekündigt.

Dieser Bombenanschlag ist keine revolutionäre Tat, sondern ein Verbrechen. In diesem Sinn äußerte sich auch Ralf Reinders selbst.

Anonym ging uns eine Erklärung zu, die offenbar aus dem Umkreis der RAF und ähnlicher Gruppen stammt. Darin heißt es: *„Die Bombenexplosion im Hamburger Hauptbahnhof war ein Terrorakt der westdeutschen Polizeiorgane! Sie sind dazu übergegangen, die Bevölkerung blutig zu terrorisieren, um die Guerilla zu treffen. Dies ist ein alter Hut der Staatsschutzbehörden ..."* – Erinnert wird dann an den Bombenanschlag im Bremer Hauptbahnhof am 8. Dezember vorigen Jahres, an angebliche Drohungen mit Bombenanschlägen in Stuttgart im Juni 1972, mit Raketen gegen die Fußball-Weltmeisterschaft 1974 und mit Trinkwasserverseuchung im August 1974.

In der uns zugeschickten Erklärung heißt es dazu: *„Die revolutionäre Gewalt der Guerilla richtet sich niemals gegen das Volk, sonder ausschließlich gegen Institutionen und Funktionsträger des Imperialismus!"* – In diesem Sinn wird der Bombenanschlag auf das Hamburger Springer-Haus im Mai 1972 als „Fehler" kritisiert (damals wurden 13 Arbeiter verletzt):

„Der Fehler war, anzunehmen, daß das Schwein Springer sich ein einziges Mal nicht als Schwein erweisen würde und er das Haus nach rechtzeitiger Warnung räumen lassen würde".

Alle Umstände sprechen dafür, daß die verbrecherischen Bombenanschlage in den Hauptbahnhöfen Hamburgs und Bremens auf das Konto von Staatsorganen und Faschisten gehen. Beispiele aus der Vergangenheit sind der von den Nazis inszenierte „Reichtagsbrand" und der von Faschisten verübte Bombenanschlag auf eine Mailänder Bank im Dezember 1972 (16 Tote!), der den Anarchisten in die Schuhe geschoben werden sollte. Nicht einmal die politisch verblendeten Mitglieder von RAF und ähnlichen Gruppen können sich von solchen verbrecherischen Anschlägen gegen die Bevölkerung irgendeinen politischen Vorteil versprechen; wohl aber sehen der Staat und die Rechtsradikalen in solchen Verbrechen ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Linke.

Die „Guerilla" arbeitet dem Staat in die Hände

Wenn es der Bourgeoisie gelingt, mit solchen verbrecherischen Anschlägen wie in Bremen und Hamburg Verwirrung zu stifen, so ist das aber nicht zuletzt der Tatsache zuzuschreiben, daß die sogenannte „Guerilla" vollständig vom Volk isoliert ist. Die Handlungen der „Guerilla" sind losgelöst von den realen Klassenauseinandersetzungen und haben inzwischen vorwiegend die Form eines Privatkrieges zwischen dem Staat und der RAF u.ä. angenommen (Anschläge auf die Justiz, Befreiung von Gefangenen, Bankraub zur Selbstfinanzierung). Die „Guerilla" ist den Massen fremd und leistet keinen Beitrag zu ihrem Kampf. Das einzige „Verdienst" der „Guerilla" besteht darin, dem Staat ein geeignetes Objekt zur konkreten Erprobung seines in den letzten Jahren enorm ausgebauten Unterdrükkungs-Apparats geboten zu haben.

Als beachtliche Unverschämtheit muß in diesem Zusammenhang ein Flugblatt erwähnt werden, daß am 12. September in Hamburg während der Chile-Veranstaltung des KB verteilt wurde: Darin wurden die Veranstaltungsteilnehmer zuerst wild als *„voyeurhafte Sadisten des Kolonialismus"*, Angsthasen etc. angepöbelt, und dann dreist von ihnen gefordert: *„Es ist eure Aufgabe, die Notwendigkeit des bewaffneten antiimperialistischen Kampfes in den Metropolen den Massen klarzumachen".*

Auf einer ähnlichen Linie liegt es, wenn in der uns zugeschickten Erklärung zum Anschlag im Hamburger Hauptbahnhof gefordert wird: *„Aufforderung an Eure Kader, anhand der Aktionen der Guerilla und anhand des Terrors der Staatsschutzbehörden in den Massen die noch vorherrschenden Unklarheiten über revolutionäre Gewalt zu bekämpfen".*

Das ist die Bankrotterklärung der „Guerilla", deren bisherige These es ja war, daß ihre „Aktionen" den Massen unmittelbar und spontan einsichtig und verständlich seien („Propaganda der Tat"). Wenn sie jetzt die von ihnen ansonsten als „legalistisch", „feige", „opportunistisch" etc. beschimpfte Linke auffordern müssen, den Massen i h r e „Aktionen" verständlich zu machen (weil sie selbst dazu nicht in der Lage sind!), dann ist das der Ausdruck des totalen Scheiterns dieser „Guerilla".

Diese „Guerillas" dürfen sicher sein, daß wir ihnen den Gefallen nicht tun werden, sondern daß wir im Gegenteil weiterhin die Schädlichkeit derartiger isolierter „Aktionen" deutlich machen werden. Wenn die „Guerilla" sich von verbrecherischen Anschlägen wie im Hamburger Hauptbahnhof distanziert, werden wir ihre Erklärungen bekannt machen – nicht aus Sympathie für den „Kampf" der „Guerilla", deren Vorgehen wir i n s g e s a m t für falsch und schädlich halten, sondern um der Ausnutzung solcher Anschläge durch die Bourgeoisie entgegenzutreten, die damit die gesamte Linke treffen will. ●

Die eigenen Henker finanziert !

Die „Welt" weiß am 16.9.75 folgendes zu berichten: *„Die NPD will ihre bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen aufgelaufenen Schulden von 174.000 DM in monatlichen Raten von 750 DM an die Landeskasse zurückzahlen. Zeitraum für die Tilgung: 19 Jahre (!); Zinssatz 0% (!!). Das Düsseldorfer Finanzministerium hat diesem Plan bereits zugestimmt."*

Entstanden sind diese Schulden der NPD dadurch, daß die Parteien vor den Wahlen eine Unterstützung erhalten, die von ihrem bei den Wahlen zu erwartenden Abschneiden abhängig gemacht wird. Allerdings hatte man sich mit dem zu erwartenden Wahlergebnis der NPD leicht „verschätzt", statt mehreren Prozent gab es für die Faschisten nur blamable 0,4% und einen Schuldenberg von eben jenen 174.000 DM.

Das Finanzministerium in Nordrhein-Westfalen wird von einem Sozialdemokraten geleitet, der sich auch nicht zu schade war, das Entgegenkommen gegenüber den Faschisten auch noch zu rechtfertigen: *„Die NPD steht schon in Bonn mit 1,9 Millionen DM aus der Bundestagswahl 1972 in der Kreide (!) . . . Gerade wegen der Bonner Schulden aber, ist bei der NPD gar nichts mehr zu holen".*

Die Behauptung, die Nazis seien pleite, ist dabei nichts weiter als eine blanke Lüge! Bekanntlich wurde die NPD ja beispielsweise von dem Puddingmillionär Oetker gefördert, und Vorsitzender der Hamburger NPD war der auch nicht gerade unvermögende Reeder Schweimer. Die wirkliche finanzielle Situation der NPD ist sicherlich auch den Sozialdemokraten bekannt .Es zeigt sich, daß diese Sozialdemokraten sich nicht mehr zu schade sind, die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse, auch der sozialdemokratischen Kollegen, zu unterstützen. ●

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Mölln



„. . . bei der NPD ist leider nichts mehr zu holen . . ."

Eutin:

Hans-Adolf Asbach muß endlich bestraft werden!

Seit nunmehr 14 Jahren verschleppt die Justiz von Schleswig-Holstein die Eröffnung der Hauptverhandlung gegen den Kriegsverbrecher Asbach, ehemaliger Sozialminister Schleswig-Holsteins. Asbach ist für die Ermordung von mehr als 3.000 Juden verantwortlich.

Die 1961 erstattete Anzeige eines jüdischen Bürgers ließen die Behörden bis auf den heutigen Tag unbeachtet.

Das Gerichtsverfahren wird also bewußt verschleppt!

Die Zeit läuft für derartige Mörder. So behauptet der Hamburger Justizsenator Klug, daß in der langen Zeitspanne zwischen Verbrechen und Verfahren das Erinnerungsvermögen der noch lebenden Zeugen „stark verblaßt" sei. Falls die Verbrecher trotzdem verurteilt werden sollen, erhalten sie aus „Altersgründen" Haftverschonung bzw. sie werden schon vorher für „verhandlungsunfähig" erklärt.

So zu verfahren, ist das bewußte Konzept des Staatsapparats, um die NS-Verbrecher straffrei ausgehen zu lassen. Das belegt schon alleine der Fakt, daß seit 1966 nur 13 (!) NS-Verbrecher in der BRD rechtskräftig verurteilt wurden.

Antifaschisten jedoch wollten dieser offensichtlichen Verschleierung und Prozeßverschleppung der Justiz im Fall Asbach ein Ende setzen und entlarvten die Verbrechen dieses faschistischen Gewaltverbrechers auf dem hier abgebildeten Steckbrief. Des weiteren wurde sein Haus mit dem ihn genau kennzeichnenden Wort „Mörder" beschrieben.

Am 7.8. und am 8.8. erschienen fast gleichlautende Artikel in der Lokalpresse („Ostholsteiner Anzeiger", „Kieler Nachrichten"):

Wer sah Schmierfinken?

Eutin. Erhebliche Farbschmierereien an Privathäusern und öffentlichen Gebäuden der Stadt Eutin wurden in Verbindung mit unerlaubtem Plakatieren in der vergangenen Nacht von noch unbekannten Tätern verübt. Der entstandene Sachschaden an den betroffenen Gebäuden ist erheblich. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Hinweise auf verdächtige Vorgänge und Personen nimmt die Kriminalpolizei Eutin Telef. 0 45 21/40 64 entgegen. Angaben werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

Wer sah Verdächtige?

Eutin (Zt) Durch Farbschmierereien und unerlaubtes Plakatieren sind in der Nacht zum Donnerstag Privathäuser und öffentliche Gebäude der Stadt verunziert worden. Nach Angaben der Kriminalpolizei Eutin sind dadurch erhebliche Sachschäden entstanden. Die Kripo bittet deshalb jeden, der verdächtige Vorgänge oder Personen beobachtet hat, sich unter der Telefonnummer 0 45 21 / 40 64 zu melden. Die Hinweise werden auf Wunsch vertraulich behandelt.



Asbachs Hauswand — von Antifaschisten bemalt

Nicht zuletzt die fast gleichlautende Fassung der Notizen verrät, daß die Darstellung („Farbschmierereien", „erheblicher Sachschaden an Privathäusern und öffentlichen Gebäuden" usw.) auf den Polizeibericht zurückgeht. Natürlich wird total verschwiegen, worum es bei den „Schmierereien" eigentlich geht.

Nun also ist offenkundig, daß man einen Mörder nicht mehr als solchen bezeichnen darf, ohne Polizei, reaktionäre Presse und hinlänglich bekannte reaktionäre Elemente auf den Plan zu rufen.

Weitere „Amtshilfe" für den Juden-Mörder Asbach:

— Eutiner Polizisten versuchten mit Messern, möglichst viele Aufkleber unlesbar zu machen. An den Stellen, wo viele Aufkleber die Verbrechen Asbachs enthüllten, wurden anliegende Bewohner nach „verdächtigen Personen" befragt.

— Auf dem Schulhof des Realschule Eutin versuchten Rektor Ernst Harm (CDU-Stadtrat) und Hausmeister Wutzke die Steckbriefe zu entfernen. Wutzke tobte: „Wenn ich die erwische, die diese Schweinereien gemacht haben, schlage ich sie so lange gegen die beklebten Fenster, bis die Aufkleber ab sind!" Ernst Harm, für den sich Antifaschisten wegen seiner Vergangenheit ohnehin interessieren, will Strafanzeige erstatten.

Bei der Verteilung eines Flugblattes gegen Mörder Asbach ging Harms sogar noch einen Schritt weiter: Er rief die Polizei, um die Verteilung zu stoppen. Zwei Zivilbullen kreuzten daraufhin auf. Einer fotografierte die Verteiler. Als er entdeckt wurde, verschwand er. Kurz darauf kam ein Bullenwagen. Bulle Nielsen (Pol.-Nr. 7110) wollte die Personalien feststellen. Doch die Verteiler ließen sich durch dieses freche Auftreten nicht einschüchtern.

Selbst auf der Wache erreichten die Bullen nicht ihr Ziel, denn die Flugblattverteiler beharrten auf ihrem Grundrecht. So ließen die Bullen sie unverrichteter Dinge abziehen. Mit diesem Zuträgerdienst für die Polizei und deren Fotokarteien hat sich Harms eindeutig auf die Seite des NS-Mörders Asbach gestellt. Verbirgt Harms hinter dieser eindeutigen Hilfe für Asbach seine eigene NS-Vergangenheit? Untersuchungen werden dies zu Tage fördern!

— Um zu verhindern, daß die Schüler die Aufkleber in den Pausen lesen, wurden von Harms die Pausen gestrichen, er machte Unterricht in die Pausen hinein.

strichen, er machte Unterricht in die Pausen hinein.

— Frank-Richard Proch, Mitglied der Jungen Union (Jugendorganisation der CDU), Sohn von Asbachs ehemaligen Chauffeur Bruno Proch (heute Fahrschullehrer in Eutin und Nachbar von Asbach), rief zum „Schutz" Asbachs auf. Seine Meinung: Man müsse sich mit einem Gewehr bewaffnen und das Haus Asbachs bewachen.

— Bruno Proch selbst nahm das Flugblatt gegen seinen ehemaligen Chef so sehr mit, daß er sich gleich selbst verneint: Er meinte, Asbach könne gar nicht so viele Juden umgebracht haben, denn er kenne ihn schon seit 1942!

Proch war nämlich als Leutnant ab 1942 ständig mit Asbach zusammen.

Da stellt sich doch die Frage, in wie weit hat Proch gar selbst noch mit diesen Verbrechen zu tun?! Proch pflegt noch heute engen Kontakt mit dem Mörder.

— Nach einer weiteren Meldung soll Asbach Polizeischutz angefordert haben.

Das alles zum Schutz eines vielfachen Nazi-Mörders, über dessen Verbrechen sogar die „Süddeutsche Zeitung" vom 2.4.75 und die „Frankfurter Rundschau" vom 2.5.75 berichteten.

Wir werden mit unserer Forderung nach sofortiger Aburteilung des Nazimörders Asbach keine Ruhe geben.

Erst wenn der Mörder Asbach abgeurteilt ist, werden wir seine Akte schließen.

Schluß mit der Prozeßverschleppung!

Antifaschisten fordern Aburteilung!

KB/Gruppe Eutin und Antifa-Kommission des KB/Gruppe Kiel

Mörder gesucht!

Hans-Adolf Asbach

geb. 1904 in Demmin/Pommern
wohnt in Eutin/Fissau, Auestr.

- seit April 1933 Mitglied in der NSDAP
- bis 1939 Leiter der Sozialabteilung der Gauverwaltung Stettin für die Deutsche Arbeits-Front (DAF)
- ab Januar 1940 Beförderung zum Kreishauptmann und Einmarsch mit der faschistischen deutschen Wehrmacht in das okkupierte Galizien/Polen
- dort verantwortlich für die Ermordung von 500 Juden am 2.10.41 in Brzezany/Polen, die auf seinen Befehl von der Sicherheitspolizei hingerichtet wurden
- auch verantwortlich für die Erschießung im Frühsommer 42 in Brzezany von 600 weiteren Juden, Männern, Frauen und Kindern, die in vorbereitete Massengräber geworfen wurden
- am 20.3.42 in Rohatyn/Polen erneut auf seinen Befehl 2000 Juden von SS-Einheiten erschossen.
- im Januar 1943 erteilte Asbach den Befehl zur Erschießung von 45 jüdischen Kindern aus Rohatyn, an der er sich selbst sowie an anderen Mordaktionen in Rohatyn und Potutory beteiligte
- von 1950 - 57 war der gesuchte Mörder Sozialminister unter der Regierung Kai-Uwe von Hassel und dessen Stellvertreter im Kieler Landtag
- 1953 forderte dieser Verbrecher die Wiedereinführung des Arbeitsdienstes, wendet sich gegen die Verfolgung der Alt-Nazis und verhalf zahlreichen Faschisten in führende Positionen
- Mitbegründer des reaktionären "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE)
- die seit 1961 erstattete Anzeige wurde bis auf den heutigen Tag verschleppt

Antifaschisten fordern Aburteilung!

Faschistischer Richter: „Mörder muß man hängen"

„Beim Mörder muß Schluß sein – das ist eine Frage der Kultur und des Menschseins überhaupt... Die Mörder müssen hängen" (Spiegel 37/75). Diese Sätze stammen nicht etwa aus Hitlers ‚Mein Kampf', sondern sind ein kleiner Ausschnitt des offen faschistischen Gedankenguts eines amtierenden „Bewahrers unserer rechtsstaatlichen Ordnung": des Richters Hansjürgen Auwärter, Mitglied der CDU, 36 Jahre alt, Richter am Landgericht Heilbronn und Mitglied der 1. Großen Strafkammer. Richter Auwärter konnte in mehreren Leserbriefen im Lokalblatt „Heilbronner Stimme" und der Gefangenenzeitung „ZU" ungestört seine faschistische Gesinnung zur Schau tragen.

„Der eigentliche Sinn der Strafe (liegt) in der Vergeltung"

In der August-Nummer 11 der Gefangenenzeitung „ZU" der Heilbronner Justizvollzugsanstalt hatte sich Auwärter mit der zynischen Anrede „Sehr geehrte Herren" an die Gefangenen gewandt. Zunächst rechnet Auwärter den Gefangenen vor, daß sie im Knast noch zuviel verdienen, denn *„vom Lohn sind nämlich die Kosten für Verpflegung, Kleidung, Unterbringung... nicht zuletzt die Kosten des Wachpersonals abzuziehen. Da bleibt dann sogar ein Minus"*, das der Steuerzahler aufbringen müsse. *„Ursprünglich war der Straftäter ein ganz manierlicher Mann"* fährt er fort – *„er sah seine Schandtaten ein und sühnte sie aus einem inneren Bedürfnis heraus. In letzter Zeit aber haben linke Pfarrer, politische Wirrköpfe, überkandidelte ‚Sozialreformer' u.a. Individuen den Straftäter verwirrt"*, indem sie den Gefangenen weismachen wollten, die kapitalistische Gesellschaft sei für ihre Kriminalität verantwortlich.

Und weiter: *„Sagen Sie mal, meine Herren, glauben Sie denn derartigen*



Schmonzes?" *„Jeder kann Verbrecher werden, wenn er in eine entsprechende Lage gerät"*, beginnt Auwärter scheinheilig seinen nächsten Satz, aber ob einer kriminell wird, *„das hängt von seiner freien (!) Entscheidung ab."* *„Haben Sie sich einmal überlegt"* schreibt er, *„daß man die brutalen Schläger, die viehisch brutalen Sexualverbrecher, die gewalttätigen Einbrecher, die gemeinen Betrüger usw. als... ‚Teufel in Menschengestalt' ansieht? Daß man sie lieber in russischen Straflagern als im Heilbronner Musterknast sähe? ...Auch Sie wissen, daß man vor 200 Jahren, als man den Dieb kurzerhand am Galgen aufhing, keine Haustür abschließen brauchte..., daß, als der gemeine Sexualverbrecher auf Dauer ins Zuchthaus einfuhr und ggf. noch das Messer des Kastrators mitwirkte, Frauen und Kinder sorglos durch einsame Straßen gehen und Kinder auch im Wald spielen konnten und die ‚Triebtäter' auf einmal ‚mit normalem Antrieb fahren konnten'* ... (Zitate aus dem Leserbrief von Auwärter an die Redaktion von „ZU", zitiert in „KVZ" Nr. 36).

„Die Todesart ist mir dabei nicht gleichgültig..."

Nach diesem Leserbrief passierte erstmal gar nichts. Es sollte noch dikker kommen. Auwärter, seit 1973 Mitglied der CDU, *„weil ich (A.) sie für eine Rechtspartei und keine bürgerliche SPD halte"*, Ortsverbandsvorsitzender in Bad Wimpfen, wo er sofort einen Antrag auf Einführung der Todesstrafe stellte („Spiegel", a.a.O.), äußerte sich in einem weiteren Leserbrief im Lokalblatt „Heilbronner Stimme" näher zur Todesstrafe. *„Die Todesart ist mir dabei nicht gleichgültig, vielleicht gar vorher noch eine Betäubungsspritze – das halte ich für keine Vergeltung... Mörder müssen hängen. Die Todesnot, die sie anderen brachten, müssen sie auch selbst erleiden. Weil es ewig gültiges Recht (!) ist und weil andere Behandlung Unrecht ist."* Nicht nur Mörder sollen nach ihm an den Galgen, sondern auch *„erpresserische Kindesräuber"*, selbst wenn das Opfer heil davonkommt, *„denn das ist die gleiche ungeheuer schweinische Gesinnung"* („Spiegel", a.a.O.).

SPD und CDU — belassen Auwärter erstmal im Amt...

Nicht zum ersten Mal bewiesen SPD und CDU, daß der „Radikalenerlaß" nur für die Linken gemacht ist. Der „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen" kamen angesichts „der letzten Ausfälle Auwärters" in der „Heilbronner Stimme" lediglich *(„Zweifel (!), ob ein solcher Mann noch das erforderliche Maß an Unbefangenheit (?!) besitzt."* Justizminister Bender (CDU) distanzierte sich zwar von den Auffassungen A's über die Todesstrafe, über dienstrechtliche Konsequenzen wollte er sich aber *„nicht äußern"* („Spiegel", a.a.O.).

Stattdessen: „ZU" wird beschlagnahmt

Während man Auwärter in Ruhe ließ, ging das Justizministerium gegen die „ZU" Nr. 12 vor und beschlagnahmte sie mit der Begründung, es gelte, *„strafbare Handlungen"* zu verhindern. Für das Verbot waren insbesondere zwei Artikel maßgebend: 1. Der Artikel „Richter Auwärters Versuch über Klassenjustiz" vom Gefangenen Hildebrandt (er ist leitender Funktionär des KBW und sitzt wegen Teilnahme an einer Demonstration gegen den US-Imperialismus seit dem 23.6. im Knast Heilbronn). In der Beschlagnahmebegründung heißt es: *„In diesem Artikel wird der Raub... aus gesellschaftspolitischen Gründen für notwendig erachtet."* Hildebrandt hat-

notwendig erachtet." Hildebrandt hat-

te u.a. geschrieben: *„Was also ist die Ausraubung einer Bank gegen die Gründung einer Bank?"* 2. Ein Antrag des Gefangenen S. Gilberg an das Amtsgericht zur Entmündigung des Richters A. erfülle die Straftatbestände *„Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung"*. Gilberg hatte u.a. die *„sofortige Entmündigung und schnellstmögliche Einweisung des Auwärters in eine geschlossene und geeignete Anstalt beantragt."* („KVZ", a.a.O.).

Inzwischen hat ein vom Justizministerium einberufenes ‚klärendes Gespräch' stattgefunden, an dem der Leiter des Strafvollzugs, der Pressesprecher des Ministeriums, der Gefängnisbeirat und die Redakteure von „ZU" teilgenommen haben. Nachdem der Gefangene Gilberg wegen seines Antrags auf Entmündigung und der darauf folgenden Strafanzeige seinen Arbeitsplatz verlor (zwei Monate vor seiner Entlassung), gelang es nach 3 1/2 Stunden, die Redaktion auf eine Erklärung zu verpflichten, die ein Wiedererscheinen der Zeitung möglich macht. In dieser Erklärung verpflichtet sich die Redaktion u.a. die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten und keine Sachen mit strafbarem Inhalt zu veröffentlichen. Ferner erklärt sie, daß in der Heilbronner Anstalt „die Menschenwürde" nicht „mit Füßen getreten wird". Für eine „Übergangszeit" wird das Heft vor seinem Vertrieb von einem Bediensteten der Anstalt im Auftrag des Anstaltsleiters „durchgeschaut" („KVZ", Nr. 37).

Fast überflüssig zu erwähnen, daß die Strafanzeigen weiter bestehen und daß von Richter Auwärter in dem Gespräch nicht die Rede war.

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Behördliche Schikanen gegen KB

Über die Versuche der Polizei Bremens und Bremerhavens, den Vertrieb linker Presseerzeugnisse auf der Straße zu verhindern, berichteten wir bereits in vergangenen Ausgaben des ARBEITERKAMPF's. Nun haben die Bürokratenhirne von Stadt und Polizei in Bremerhaven einen neuen besonders dämlichen Trick ersonnen, kommunistische Agitation zu behindern: Neuerdings findet man es besonders witzig, unsere Anträge, die wir zur Genehmigung für über den üblichen Rahmen hinausgehende Aktivitäten stellen (etwa große Info-Stände oder Saalveranstaltungen in öffentlichen Gebäuden), bewußt gänzlich mißzuverstehen, ihre Bearbeitung zu verzögern und schließlich abzulehnen.

Der Kommunistische Bund hatte am 3. September einen Antrag auf Genehmigung von Chile-Info-Ständen gestellt. Die Antwort kam prompt und dreist: *„Der Kommistische Bund Westdeutschlands (?!) hat uns mitgeteilt, daß eine Kommunistische Gruppe Bremerhaven seiner Organisation nicht bestehe. Alleinige Organisationseinheit in Bremerhaven sei der Landesverband Bremen . . . Nur von dieser Organisationseinheit kann daher ein Antrag gestellt werden."* Gegen diese Unverschämtheit legten wir natürlich sofort Widerspruch ein. Der Genosse, der den Widerspruch bei den Bullen abgeben wollte, wurde dort sogleich zum Direktor der Ortspolizeibehörde zitiert. Dieser stellte sich erst dämlich und dann quer. Anfangs zweifelte er die Existenz des KB an, dann meinte er, im gegenwärtigen Wahlkampf dürften nur die kandidierenden Parteien auf der Straße auftreten. Schließlich rückte er mit den wesentlichen Dingen raus: Er könne die Erlaubnis nur an Parteien im Sinne des Parteiengesetzes erteilen. So eine Partei müßte eine demokratisch gewählte Führung haben. Der Genosse solle doch mal Namen nennen . . .

In diesem Sinne kam dann ein paar Tage später folgender Bescheid bei uns an. *„Damit über Ihren Antrag entschieden werden kann, bitten wir Sie umgehend nachzuweisen, daß Sie Partei . . . im Sinne des Parteiengesetztes sind."*

Wo sich die Polizei dumm stellt, darf die übrige Stadtbürokratie nicht fehlen. Das Hauptamt des Magistrats lehnte es unter Verwendung des gleichen Tricks ab, uns die Aula einer Schule für eine Chile-Veranstaltung am 18.9. zur Verfügung zu stellen. Die Gründe dafür hätte man unserer Gruppe *„z.Hd. Herrn M.L. bereits am 17.4. mitgeteilt."* Tatsächlich war damals der Bremerhavener KBW-Sympathisantengruppe die Benutzung verwehrt worden, mit der Begründung, sie sei „verfassungswidrig". Und das hatte man dem damaligen KBW-Antragsteller M.L. mitgeteilt. Bleibt noch anzumerken, daß wir unseren Chile-Info-Stand und die Veranstaltung trotzdem erfolgreich durchführten. ●

KB/Gruppe Bremerhaven

„Schleswig-Holstein-Treffen" in Kiel-Molfsee

Revanchistischer Geist hinter Volksfest-Fassade

Mit großer Werbetrommel durch die bürgerliche Presse wurden die Schleswig-Holsteiner, besonders im Raum Kiel, zum sogenannten „Heimattreffen" des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB) und des Bundes der Vertriebenen (BdV) am 30.31. August eingeladen. In Schlagzeilen wie *„Das wird wieder ein ganz tolles Volksfest in Kiel"* („Hamburger Morgenpost", 5.8. 75). wurde dieses Treffen als Volksfest à la „Kieler Woche" deklariert, um Zehntausende anzulocken und ihnen vor der Kulisse des Freilichtmuseums in Molfsee Vaterlands- und Heimatgedanken näher zu bringen. Es konnten schließlich annähernd 20.000 Menschen mobilisiert werden.

Die Heimatverbände und -gruppen stellten sich dort als harmlose, alte Sitten und Kultur aufrechterhaltende Verbände dar. Historische Trachten, Tanz- und Trachtengruppen wie z.B. die Kemper und Wilsteraner Fahnenschwenker oder Schwerttanz und auch Zeremonien wie eine Hochzeit nach altem Brauch bildeten die Fassade.

Auf die Jugend wurde dabei ein besonderes Augenmerk gerichtet: ein riesiger Laternenumzug durch das Freilichtmuseum, Jahrmarkt, Kasper-Theater und anschließend für die Älteren Beat.

Hinter dieser Fassade wurde das eigentliche Anliegen der Veranstalter sehr schnell deutlich: Revanchismus, Vaterlandsideologie und Antikommunismus an den Mann zu bringen.

So wurde extra ein Haus eingerichtet, in dem Literatur über die „schöne alte Heimat" auslag. Es soll sich dem Besucher der Eindruck aufdrängen, daß dieses „schöne Land" zurückerobert werden muß. ... Ein Beitrag zur ideologischen Kriegsvorbereitung.

Zudem trat auch der Landesvorsitzende des BdV, Altnazi Domabyl (ehemaliges NSDAP-Leitungsmitglied im okkupierten Prag), zu Beginn der Festansprache von Ministerpräsident Stoltenberg (CDU) in Erscheinung. Er sprach der CDU-Landesregierung Dank für die vielfältige Hilfe aus, worauf auch Stoltenberg in seiner Rede u.a. zur „weiteren Solidarität mit den unterdrückten Nachbarn in Mecklenburg und auch den Mitteldeutschen" aufrief, „ehe man sich den Völkern der weiten Welt in Chile oder Kambodscha zuwendet".

Außerdem wurden massenhaft revanchistische Zeitungen und Flugblätter verteilt. So z.B. die „Leitsätze der Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen in der CDU/CSU (VOM)". Dort heißt es: *„In der Bundesrepublik Deutschland ist die demokratische Grundordnung dreifach bedroht: durch die wachsende Aktivität von Verfassungsfeinden..., durch die expansive und mit nationalem Alleinvertretungsanspruch betriebene Klassenkampfpolitik der SED, durch die von der Sowjetunion im Rahmen der Politik der friedlichen Koexistenz angestrebte schrittweise Ausweitung ihres Einflußbereiches in Europa".*

Verteilt wurde dieses Material der CDU/CSU u.a. vom ehemaligen Landesleiter der „Jungen Nationaldemokraten" und heutigen Landesvorstandsmitglied der NPD, Heiko Oetker (Norderstedt). Dieser enge Kampfgefährte des NPD-Vorsitzenden von Ostholstein, Hans-Herbert Hain (ebenfalls Mitglied des Landesvorstandes der NPD, Landesführer im „Bund Volkstreuer Jugend" und Teilnehmer am Flensburger „Reichstag" der faschistischen „Bürgerinitiative Deutsches Reich") des Rechtsanwalts Roeders, trat zudem als „harmloser" Verkäufer von Souveniers der „alten Heimat" auf.

Des weiteren ist Oetker bereits im September 1971 in Hamburg als Filiale der rechtsradikalen „Gesellschaft ostdeutsche Grundeigentümer' in Erscheinung getreten.

Erneuter Beweis für die enge Verbundenheit zwischen Altnazis, NPD, militanter Rechten, CDU/CSU, Revanchistenorganisationen etc. in ihrem gemeinsamen Ziel: Revanche für die Niederlage des Hitler-Faschismus zu nehmen und Antikommunismus zu schüren.

Diesem Zweck dienen derartige Veranstaltungen. ●

Antifa-Kommission/KB-Gruppe Kiel

Hausverbot für demokratische und kommunistische Gruppen geplant

Unter der Überschrift „Radikalen droht Hausverbot" berichtete die Presse von Überlegungen des Kasseler SPD-Magistrats, ein Hausverbot für sogenannte „politisch extreme" Organisationen in städtischen Einrichtungen durchzusetzen.

Als Anlaß für diese Pläne mußte ein gemeinsames Flugblatt der Sympathisantengruppe des KB und des BDJ herhalten, in dem alle antimilitaristischen Kräfte Kassels aufgefordert wurden, ein gemeinsames Vorgehen gegen eine geplante öffentliche Vereinigung von 1.000 Rekruten in der Kasseler Innenstadt zu diskutieren. Als Ort der Diskussion war das städtische Hermann-Schafft-Haus angegeben.

In Zeiten der Hochkonjunktur des SPD-Reformgesäusels hatten demokratische und kommunistische Gruppen in den städtischen Einrichtungen uneingeschränkte Arbeitsmöglichkeiten. Im Zuge der Faschisierung von Staat und Gesellschaft und des Rechtskurses innerhalb der SPD, geht auch der Kasseler Magistrat daran, die Möglichkeiten für demokratische und kommunistische Organisationen einzuschränken.

Eine verschärfte Gangart gegen diese Gruppen wird bereits seit einiger Zeit, z.B. im Schafft-Haus praktiziert. War es hier anfänglich möglich, formlos und unbürokratisch einen Raum für Veranstaltungen bzw. Gruppensitzungen zu bekommen, so muß jetzt ein schriftlicher Antrag mit Benennung eines Verantwortlichen gestellt werden. Ein totales Hausverbot wäre allerdings für die Kasseler Linke eine Maßnahme von einschneidender Bedeutung. Gegenwärtig werden die meisten Veranstaltungen und viele Sitzungen in städtischen Häusern durchgeführt. Ausweichmöglichkeiten auf Kneipen o.ä. existieren so gut wie nicht. Unter diesen Bedingungen könnte praktisch keine grössere Veranstaltung in Kassel mehr durchgeführt werden.

Deshalb müssen sich die demokratischen und kommunistischen Gruppen Kassels gegen diese Beschränkung ihrer Meinungs- und Informationsfreiheit entschlossen zur Wehr setzen.

Weg mit dem geplanten Hausverbot! ●

KB/Sympathisantengruppe Kassel

Erneuter Vorstoß zur Einschränkung des Demonstrationsrechtes

Nach Auffassung des Sonderrichters Hasse (lt. „RF" 36/75) sollen Protestdemonstrationen künftig verboten werden, wenn eine Person als Faschist oder Kriegsverbrecher bezeichnet wird, „es diese Überzeugung (aber) nicht allgemein gibt". Damit wird das Demonstrationsrecht kurzerhand ad absurdum geführt und praktisch in seiner demokratischen Funktion aufgehoben.

Den Hintergrund für diese „Interpretation" des Demonstrationsrechtes bildet der Hirohito-Prozeß, der bei Einsetzung eines Sondergerichtes unter Vorsitz des Richters Hasse gegen sechs Beteiligte einer Protestdemonstration anläßlich des Staatsbesuches Hirohitos (Japans Kaiser) 1971 in Bonn durchgeführt wurde. Die Demonstration, deren Hauptparole „Hirohito war und ist ein Kriegsverbrecher und Faschist" lautete, wurde damals in den engen Straßen der Stadt mit Wasserwerfern, Polizeiketten und Polizeiprovokationen auseinandergeprügelt.

Zwar hatte die japanische Botschaft darauf verzichtet, Anklage auf Beleidigung eines Staatsoberhauptes zu stellen, aber dieses Geschäft besorgte sehr viel gründlicher die Staatsanwaltschaft. Offensichtlich verfolgt sie die Absicht, über ihr schon durch mehrere politische Prozesse qualifiziertes Ausführungsorgan, den Richter Hasse, Gesinnungsurteile zu fällen; denn die Anklage kann keine Beweise für ein angebliches Einschreiten der Demonstranten mit „Schlagwaffen" erbringen. Die Polizeizeugen verwickelten sich zunehmend in Widersprüche oder verweigerten, in die Enge getrieben, die Aussage.

Ein letzter Versuch von Hasse besteht nun darin, den Rechtsanwalt Crummenerl von der Verteidigung auszuschließen; „Begründung": angeblich habe sich der Rechtsanwalt selbst an der Demonstration beteiligt. Verschiedene Anzeichen weisen darauf hin, daß der als „Schutz eines fremden Staatsoberhauptes" deklarierte Polizeieinsatz gegen die Demonstranten von vornherein eingeplant war.

So schreibt der „Express" (ein Bonner Lokalblatt):

„Im Tennoprozeß bahnt sich eine Wende an ... eingeleitet wurde sie überraschend durch die Aussagen des ehemaligen Schupochefs Christian Keller. Der Leitende Polizeidirektor a. D. hatte vor Gericht erklärt, daß er bei der Demonstration 1971 ... nicht angeordnet habe, auf der einen Seite Wasserwerfer in den engen Citystraßen einzusetzen und auf der anderen Seite eine Polizeikette aufzubauen. Für die Verteidigung ist damit klar, daß der ehemalige Polizei-Vizepräsident Steckhan den Demonstrationszug in eine Falle lockte ...", zumal von den angeblichen Schlagwaffen auf über 80 Photos der Polizei nichts zu sehen war.

Das Vorgehen des Präsidenten und in der weiteren Ausführung nun des Richters Hasse zielte also darauf ab, Konfrontationen zwischen Polizei und Demonstranten zu provozieren, um in den nachfolgenden Prozessen nicht nur einzelne Demonstranten zu kriminalisieren, sondern zusätzlich weitere Vorstöße zum Abbau des Demonstrationsrechtes vorzunehmen. Die Auffassung des Sonderrichters Hasse gibt dabei schon jetzt eine sehr deutliche Richtung an. ●

IKAH Hamburg (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

„Ehrengerichtsverfahren" gegen Rechtsanwalt Hannover:

Angriff auf Meinungs- und Redefreiheit der Rechtsanwälte!

Heinrich Hannover, bekannter fortschrittlicher Rechtsanwalt in Bremen, hat wegen einer ganzen Liste von „Vergehen" ein Verfahren vor dem „Ehrengericht der Rechtsanwälte" bekommen. Die Generalstaatsanwaltschaft beschuldigt ihn, *„etliche Male seine Pflicht als Rechtsanwalt schuldhaft verletzt und sich außerhalb des Berufs, der Achtung und des Vertrauens, welches die Stellung des Rechtsanwalts erfordert, nicht würdig erwiesen zu haben"* (laut „WK" vom 9.9.75). Was sind das nun für „Vergehen", die die Stellung des Rechtsanwalts derart entwürdigt ?

H. Hannover zeigte 1968 einen Journalisten an, der seinen wegen Unzucht mit Abhängigen angeklagten Mandanten in übelster Weise diffamiert hatte und ihn faktisch vorweg schuldig gesprochen hatte. Der Beschuldigte wurde dann in zwei Instanzen freigesprochen! – Oberstaatsanwalt Pellens wertete Hannovers Vorgehen gegen den Autoren des Hetzartikels als *„standeswidriges"* Verhalten. Pellens zog diesen Punkt der Anschuldigung bei der Verhandlung jedoch zurück, da er wohl einsehen mußte, daß er bei der bisher noch gültigen Rechtsprechung hieraus keinen Strick für Hannover drehen konnte.

Ein weiterer Punkt der Anschuldigungen betraf Hannovers Äußerungen über die Haftbedingungen von Baader, Meinhof und anderer Mitglieder der RAF in der Fernsehsendung „Panorama" 1973. Damals bezeichnete er die unmenschliche Isolationshaft der Häftlinge als „verfassungswidrige Folter" (laut „WK", 18.9.). Dieser Punkt wurde vom Verfahren abgetrennt und soll unter Befragung von Zeugen gesondert behandelt werden.

Die anderen Anschuldigungen bewegen sich auf einer ähnlichen Ebene:

- ▶ Bei einem Kriegsdienstverweigererprozeß hatte Hannover die bürgerliche Justiz als das bezeichnet, was sie ist: Klassenjustiz! Ein Rechtsanwalt darf so etwas nach Meinung von Pellens nicht sagen – das Gericht schloß sich dieser Meinung an.
- ▶ Bei zwei Prozessen in Bremen verließ Hannover unter Protest die Verhandlung, weil er sich nicht Richtern aussetzen wollte, deren Verhandlungsführung Hannover's Verteidiger Schily so charakterisierte: *„Der wollte sein Mütchen an unserem Kollegen kühlen."* – Das Ehrengericht entschied: *„standeswidriges Verhalten"*.
- ▶ Über eine der Verhandlungen schrieb Hannover in der Zeitschrift „Pardon" einen Bericht. Der Bericht entspricht unwiderlegtermaßen der vollen Wahrheit. Das „hohe Gericht" meint dazu: nicht nur der Richterstand, die Justiz allgemein wäre dort lächerlich gemacht worden.
- ▶ Ebenfalls 1968 würdigten in Hamburg Studentinnen während eines Prozesses im Amtsgericht die bürgerliche Justiz mit einem Oben-Ohne-Happening im Gerichtssaal. Hannover zeigte den Richter, der die Studentinnen aus dem Saal schmeißen ließ, wegen „Nötigung zur Unzucht!" an. Die Staatsanwaltschaft wertet dies als *„beleidigend"* für die Justiz („WK", 9.9.) und das Ehrengericht als *„standeswidriges Verhalten"* („BN", 18.9.).
- ▶ 1969 verließ Hannover den Saal bei einer Verhandlung vor der Jugendkammer während der Urteilsverkündung aus ähnlichen Gründen wie bei den beiden genannten Prozessen von 1968. Der Vorsitzende des damaligen Verfahrens, Richter Penning, sagte jetzt als Zeuge vor dem Ehrengericht aus, Hannover sei für ihn *„ein rotes Tuch"* („WK", 18.9.). Das Ehrengericht stellte fest, Hannovers Verhalten sei *„ein bewußter Affront"* gewesen („WK", 18.9.).

Alle diese „Untaten" Heinrich Hannovers, die jeder mit einem normalen demokratischen Bewußtsein ausgestattete Mensch eher (und richtiger!) als Ausschöpfung der Meinungsfreiheit und Freiheit der Rede bezeichnen würde, waren so „schwerwiegend", daß er vom „Ehren"gericht zu 1.500,– DM Geldstrafe verurteilt wurde und einen Verweis bekam.



Rechtsanwalt Croissant, auf gleicher Grundlage bereits vom Berufsverbot betroffen.

Unserer Ansicht nach diente doch das ganze Ehrengerichtsverfahren allein dem Zweck, einen weiteren linken Anwalt zu disziplinieren, der sich bemüht, den Spielraum für eine wirkliche Verteidigung auszuschöpfen, den „unsere" bürgerliche Justiz noch läßt. Als politisch engagierter Anwalt, der sich parteilich auf die Seite der Unterprivilegierten stellt, verzichtet er nicht freiwillig auf seine Grundrechte der Meinungs- und Redefreiheit. Dieser Angriff und Einschüchterungsversuch gegen H. Hannover ist keine bremische Spezialität: Seit Monaten wird mit Verdächtigungen, Lügen und Diffamierungen gegen die Anwälte gehetzt, die die Angeklagten im RAF-Prozeß verteidigen. Damit wurde die reaktionäre „Reform" der Strafprozeßordnung vorbereitet, die dann auch ohne wesentliche Widersprüche und Proteste durchgesetzt werden konnte, damit wurde der Ausschluß von Verteidigern in Stuttgart-Stammheim legitimiert, Berufsverbote gegen fortschrittliche Anwälte begründet.

Der bürgerliche Staat ist darangegangen, die Möglichkeiten, verbriefte Rechte auf dem juristischen Wege durchzusetzen, massiv einzuschränken und abzubauen. ●

KB/Gruppe Bremen

Hamburg:

Provokation geplant!

Die Demonstration gegen die Todesurteile in Spanien am 6.9.75 in Hamburg war – wie immer – an der Spitze sowie am Ende des Zuges begleitet von zivilen Polizeispitzeln, die teilweise nebenherliefen, teilweise in einem roten VW-Bus hinterherfuhren. An der Esplanade machte ich eine interessante Entdeckung: zwei Spitzel verließen den Wagen und trafen sich mit einer Horde von rund 20 Rockern, den finstersten Gestalten, die man sich denken kann. Von ihrem Gespräche konnte ich einige Fetzen mithören: der Zivilbulle fragte, ob auch alle ihren Personalausweis dabeihätten. Klar: damit nach einer eventuellen Provokation die Staatsgewalt ihre Agents Provokateurs sofort wieder unbehelligt entlassen kann.

Die erwartete Provokation erfolgte nicht. Warum, darüber können wir nur spekulieren: hatten sie tatsächlich ihre Personalausweise nicht dabei ? Erschien den Bullen der Zeitpunkt unangebracht oder ergab sich nur keine Gelegenheit ? Oder hatten die Rocker einfach Schiß vor dem sofort aufgebauten Ordnerwall und unserem Schäferhund ?

Wie dem auch sei, eines steht fest: daß die Bourgeoisie in Zukunft verstärkt die sozial entwurzelten Elemente ihrer Gesellschaftsordnung in den terroristischen Kampf gegen die Arbeiterklasse und ihre bewußte Vorhut einbeziehen wird. Ein Blick nach Schweden genügt, um sich vorzustellen, wie das aussehen kann: dort ist es bereits Gang und Gebe, daß Rockertrupps linke Demonstrationszüge zusammenprügeln.

Fest steht also auch, daß wir uns gegen derartige Übergriffe wappnen müssen. Das heißt 1.: eine entsprechende Ausrichtung des Ordnertrupps und der militanten Linken, 2.: verstärkte Bemühungen in Jugendzentrumsinitiativen und Häusern der Jugend zur Gewinnung dieser sozialen Randgruppen, die doch meist der Arbeiterklasse entstammen, für ihre klassenmäßigen Interessen. ●

Ein Genosse des Ordnertrupps

Verkauf auf neuen Wegen

Angeregt durch unsere letzte Verkaufsdiskussion („neue Käuferschichten gewinnen!“) kam mir die Idee, meine AK-Tüte doch auf alle Fälle auf den Wochenendbesuch meiner Eltern mitzunehmen.

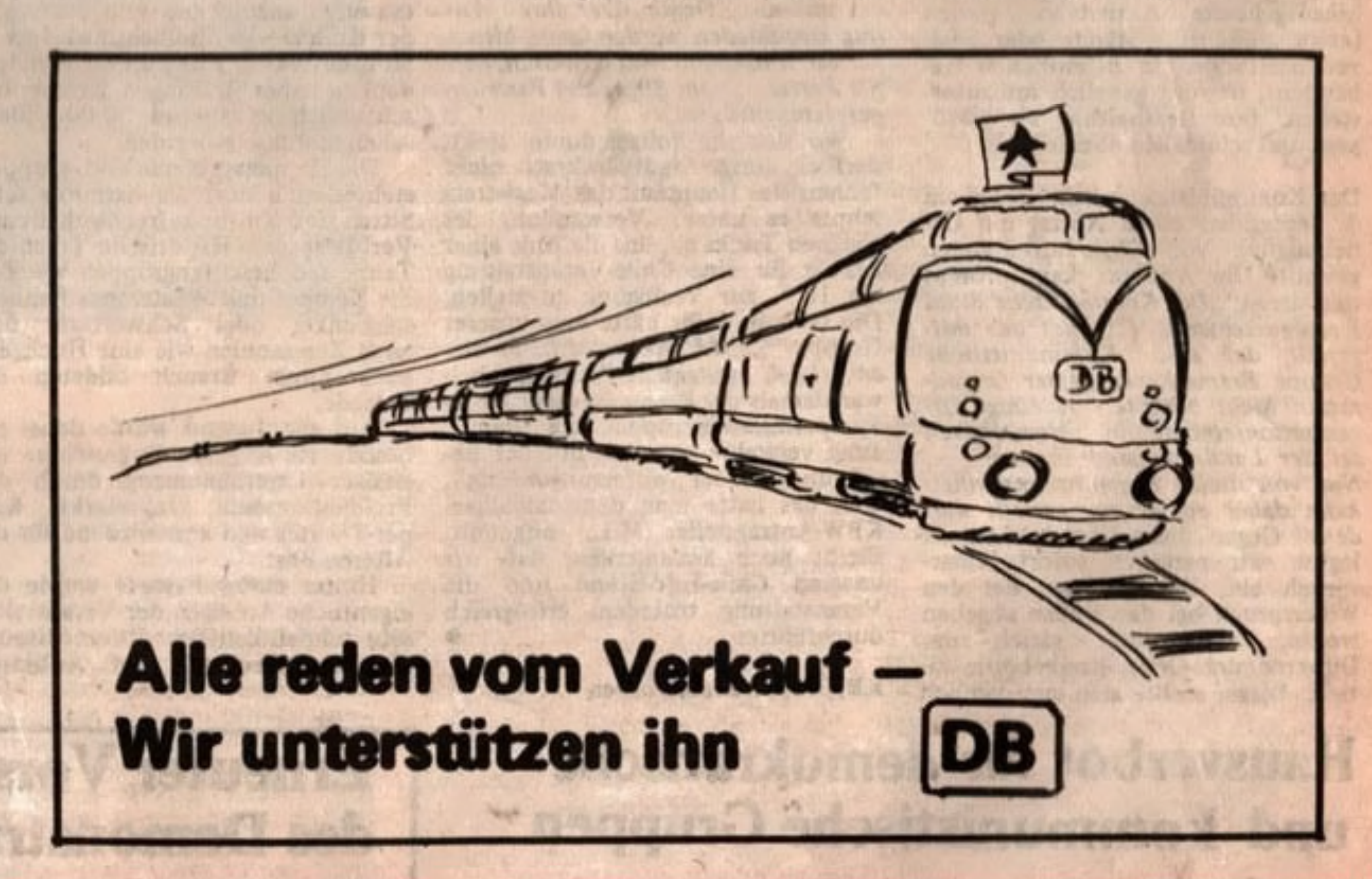
Gleich im Harburger Bahnhof sah ich einen jungen Mann, der sich als Reiselektüre „Stern“ und „Spiegel“ kaufte. Ich fragte: „Willst Du zur Ergänzung nicht noch den ‚Arbeiterkampf‘ kaufen?“ Er tat's und las dann auf der Fahrt nur den AK; „Stern“ und „Spiegel“ blieben in der Tasche.

Ich stieg in den gleichen Zug (D-Zug von Flensburg nach Köln) und ins gleiche Abteil wie er. Wir lasen eine Weile gleichzeitig im AK, dann unterhielten wir uns über die Zeitung und über seine Situation. Es stellte sich heraus, daß er Soldat in der Harburger Scharnhorst-Kaserne war und in Wilhelmsburg wohnte. Da er über Kontaktmangel klagte, gab ich ihm noch den „Biss“ (Zeitung der Jugendzentrumsinitiative Harburg) mit.

Dann nahm ich meine Tüte und ging in etwa zwei Stunden (zwischen Bremen und Hagen) durch den Zug. der zu 80% mit Soldaten aus Kiel, Flensburg und dem Hamburger Raum besetzt war – es war Freitag! Ich habe dabei acht AK und eine „Internationale“ verkauft und vier recht ausführliche Gespräche geführt. Leider hatte ich die Zeitung des Soldaten-Komitees des KB nicht dabei!

Hätte ich weniger Zeit beim AK-lesen zugebracht und mehr Zeitungen mitgenommen, hätte ich sicher noch 50% mehr verkauft, denn ich war noch gar nicht durch den ganzen Zug durch. Also: Sicher – Schnell – Bequem = der AK-Verkauf in der Deutschen Bundesbahn! ●

Gesundheitszelle III
KB/ Gruppe Hamburg



Ein klares Feindbild!

Offiziell hat die Bundeswehr (BW) kein „Feindbild“. Das wird vor allem im politischen Unterricht als Unterscheidungsmerkmal zu den Armeen der Sowjetunion und anderer Staaten des Warschauer Pakts, hervorgehoben. Tatsächlich wird in der BW aber eine hysterische Hetze gegen diese Völker dieser Staaten betrieben. Während der zur Zeit laufenden Serie von Herbstmanövern wurden die Soldaten unserer Kompanie (spät abends) im Saal einer Kneipe zusammengerufen. Auf das Programm hatten die Herren Offiziere eine besonders makabere „Modenschau“ gesetzt. Zwei Soldaten wurden uns in den Uniformen der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR und der Sowjetarmee präsentiert. Äußerster Wert wurde auf die genaue Beschreibung dieser Uniformen gelegt. Wir wurden aufgefordert, uns die Besonderheiten gut einzuprägen.
Nach dem Sinn dieser Vorführung befragt, reagierten die Initiatoren äußerst scharf. Jeder, der zu fragen wagte, warum man sich gerade die Uniformen dieser Armee einprägen sollte, wurde als „Verfassungsfeind“, der alle „Grundlagen unserer freiheitlich - demokratischen Grundordnung“ in Frage stellt, beschimpft. Am Abschluß der „Lehrvorführung“ durften wir noch Einblick in die antikommunistische Gerüchteküche der BW-Führung nehmen. Es wurde frech behauptet, daß die DDR-Soldaten ständig gegen jeden Angehörigen der BW aufgehetzt würden. An den Offiziersschulen der DDR würden angeblich gelehrt, daß jeder BW-Soldat ein Mörder sei, Frauen vergewaltigen würde usw.

Mit diesen frei erfundenen Stories sollen wir schon frühzeitig für kriegerische Einsätze im Interesse der Imperialisten scharf gemacht werden. ●

Ein Soldatengenosse KB/Sympathisantengruppe Kassel

So sozial ist das oberste „Sozialgericht“

Folgenden Artikel entnahmen wir der Rhein-Zeitung, vom 16.7.75:

„Ein Tag kann für Rente wichtig sein!

So hart können manchmal Fristenbestimmungen sein: Fehlt für den Anspruch auf Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung der Nachweis gezahlter Beiträge auch nur für einen (!) Tag, so muß die Rentenanstalt den Antrag ablehnen.

Das hat das Bundessozialgericht (Kassel) entschieden.

In dem Fall ging es um eine Waisenrente aus der Versicherung der verstorbenen Mutter. Bis zu ihrem Tode waren nur 59 (der erforderlichen) Monate Beitragszeit nachgewiesen.

Als 60. Monat gab die Waise den 1. August an, an dem ihre Mutter noch beschäftigt gewesen war; ein Tag genügt bereits für einen Monat Beitragszeit in der Rentenversicherung. Jedoch: Dieser Tag war ein arbeitsfreier Samstag.

Rentenbeiträge können aber nur für solche Tage gezahlt werden, an dem Arbeitslohn erzielt wird – meinte auch das Bundessozialgericht.

Es blieb bei der Rentenablehnung!“

Inhalt